DIE WELT

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 9. April 1984 - D **

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 85 - 15.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Steuerreform: Die Haushaltsexperten der Bonner Koalition wollen sicherstellen, daß die Entlastung der Steuerzahler nicht durch eine gleichzeitige Anhebung von Verbrauchsteuern ausgeglichen wird. Vielmehr soll die Staatsverschuldung langsamer abgebaut und bei den Subventionen gespart werden. (S. 10)

Europa-Armee: Die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee forderte CSU-Chef Strauß auf dem Wehrpolitischen Kongreß der Partei. Die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Europäer würden ausreichen, ein „kriegsverhinderndes Potential" zu bilden. (S. 10)

Kiesls Pläne: Der abgewählte Münchner Oberbürgermeister Kiesl hat seine Kandidatur für den Posten des CSU-Fraktionschefs im Rathaus angekündigt. (S. 4)

Mittelamerika: Die USA haben Paris wissen lassen, daß französische Hilfe bei der Minenräumung vor den Küsten Nicaraguas nicht in ihrem Interesse sei. (S. 10)

Indochina: An der chinesisch-vietnamesischen Grenze kam es zu den schwersten Grenzzwischenfällen seit dem Krieg vor fünf Jahren. Hanoi meldete, chinesische Einheiten seien auf vietnamesisches Gebiet vorgerückt und in einer dreistündigen Schlacht zurückgetrieben worden. (S. 5)

Polen: Die Westhilfe für die Landwirtschaft nimmt konkrete Formen an. Ein erstes Projekt, eine Fabrik für Schädlingsbekämpfungsmittel, soll noch in diesem Jahr anlaufen. (S. 10)

„Vorwärts": Die SPD ist davon abgerückt, die Parteizeitung durch erhöhte Mitgliedsbeiträge zu finanzieren. Ein solches Vorhaben sei nicht durchzusetzen.

Tschad: Bei der Explosion einer Mine wurden neun französische Soldaten getötet. (S. 10)

Heute: Treffen der EG-Außenminister in Brüssel. – Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen bei Reagan.

Tötet die Schule unsere Kinder?

Jedes Jahr begehen in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1500 Schülerinnen und Schüler Selbstmord. Und annähernd 14 000 versuchen es. Was sind die Gründe? Die WELT berichtet auf einer Sonderseite (S. 6)

WIRTSCHAFT

US-Kapitalmarkt: Mit Wirkung von heute steigt der Diskontsatz der amerikanischen Notenbank von 8,5 auf neun Prozent. Die Erhöhung wurde mit dem relativ weiten Abstand zu den kurzfristigen Zinssätzen begründet. (S. 11)

Arbeitsplätze: Die deutsche Industrie will trotz besserer Wachstums-Erwartungen 1985 rund 160 000 Menschen weniger beschäftigen als 1983, ermittelte das Münchner Ifo-Institut. (S. 11)

Währungsfonds: Die Türkei erhält vom IWF einen Kredit über 238 Millionen Dollar für ein Jahr. Peru wurden 318 Millionen Dollar in Aussicht gestellt.

Berichte über die Hannover-Messe: Seite 14

ZITAT DES TAGES



» Ich will mich zur Vaterschaft der Wende gern bekennen, denn das war ein erfolgreiches und notwendiges Unternehmen «

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Sinfonieorchester: Die Honorare für Dirigenten und Solisten sollten in der kommenden Spielzeit grundsätzlich auf dem Stand von 1982/83 eingefroren werden, beschlossen Vertreter der bedeutendsten Orchester aus zehn westlichen Ländern in Zürich.

Buchmesse: „Computerbücher", die Melodien summen oder Geschichten vortragen, haben sich auf dem Markt der Kinder- und Jugendbücher fest etabliert, wie die 21. internationale Messe in Bologna zeigte. Derart rasant war ihr Vormarsch, daß sich die italienische Presse bereits fragt: „Sind sie der böse Wolf, der die Bücher verschlingen wird?" (S. 19)

SPORT

Olympia: Trotz scharfer Angriffe kommunistischer Medien sehen westliche Sportführer keine erhöhte Boykott-Gefahr für die Olympischen Spiele in Los Angeles. (S. 18)

Formel 1: Einen Doppelsieg für McLaren-Porsche gab es beim Grand Prix von Südafrika. Es gewann Niki Lauda (Österreich) vor Alain Prost (Frankreich).

Fußball: Viele Spieler des Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig akzeptieren die angekündigte 50prozentige Gehaltskürzung nicht. Sie wollen wieder Amateure werden.

Leichtathletik: Die südafrikanische Weltrekordläuferin Zola Budd ist britische Staatsbürgerin geworden. Damit darf sie bei Olympia starten. (S. 17)

AUS ALLER WELT

„Bomber-Harris": Sir Arthur Harris, als Luftmarschall der Royal Air Force im Zweiten Weltkrieg verantwortlich für den Bombenkrieg gegen Deutschland, starb im Alter von 91 Jahren. (S. 3)

Challenger: Der Versuch der amerikanischen Weltraumfähre, den Satelliten „Solar Max" auf seiner Umlaufbahn zu reparieren, ist im ersten Anlauf gescheitert. Zuvor war das Aussetzen eines Forschungssatelliten problemlos geglückt. (S. 24)

Wetter: Weiterhin bewölkt, vereinzelt Schauer. 7 bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Strauß: Wir können uns einen Streik doch gar nicht leisten

Arbeitsniederlegungen im Druckbereich / Kirchner: Tür steht weit offen

DW. Bonn

„Eindeutige politische Motive" sieht der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hinter dem Festhalten der IG Druck und der IG Metall an der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. In einem Interview mit der „Bild"-Zeitung sagte Strauß: „Wir können uns einen Streik gar nicht leisten. Die wirtschaftliche Erholung ist noch nicht gesichert, die Arbeitslosigkeit noch nicht wirksam bekämpft. All dies wird durch einen Streik gefährdet. Es geht auch nur vordergründig um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich; ich sehe eindeutige politische Motive. Da wollen einige ihr Mütchen kühlen für den Regierungswechsel in Bonn." Wer wirtschaftlichen Verstand habe könne nur „nein" sagen zur 35-Stunden-Woche.

Außerdem seien die Streiks gegen die Arbeitslosen gerichtet und die Vorruhestandsregelung sei „viel arbeitnehmerfreundlicher". Strauß erklärte, er sei nicht generell für die 40-Stunden-Woche um jeden Preis, aber wenn in einzelnen Branchen kürzer gearbeitet werde, „dann mit dem Einsatz von mehr Robotern und mehr Samstags-Arbeit". Er glaube aber, so Strauß weiter, immer noch an einen „Sieg der Vernunft der besonnenen Gewerkschafter".

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat dagegen Arbeitnehmer und Gewerkschafter aufgefordert, weiterhin für den „Einstieg in die 35-Stunden-Woche" zu kämpfen: „Wenn die Arbeiterbewegung fundamental herausgefordert wird – und die Massenarbeitslosigkeit ist eine solche fundamentale Herausforderung – dann müssen wir gemeinsam diese Herausforderung annehmen und dürfen nicht vor ihr kuschen."

In der Druckindustrie hatten Arbeitsniederlegungen am Freitag die Produktion der Wochenend-Ausgaben mehrerer Zeitungen behindert. In München mußten die Zeitungsleser auf die Samstag-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung" verzichten. Nur deren Fernausgabe hatte noch rechtzeitig gedruckt werden können.

Zu Arbeitsniederlegungen kam es am Freitag auch in der Druckerei der „Bild"-Zeitung in Neu-Isenburg. dpa berichtet, in dieser Druckerei, in der normalerweise 1,4 bis 1,5 Millionen Exemplare der „Bild"-Zeitung hergestellt werden, sei „fast nichts gelaufen". In Frankfurt wurden lediglich 70 000 Exemplare verkauft, die aus einer Druckerei in Stuttgart kamen.

Für den Metallbereich hat sich der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, für eine Fortsetzung des am Freitag ergebnislos beendeten Spitzengesprächs mit der IG Metall ausgesprochen. „Die Tür ist nicht zugeschlagen", sagte er, „im Gegenteil – sie ist sperrangelweit offen."

Die Arbeitgeber wollten allerdings keine Verhandlungen auf regionaler Ebene mehr aufnehmen. Er äußerte die Hoffnung, daß die IG Metall auf ihrer für Montag einberufenen Vorstandssitzung die „von den Arbeitgebern gebaute Brücke beschreiten". Die Arbeitgeber hätten mit einem Lohnangebot von 3,3 Prozent und einem Vorruhestandsgeld bis zu 70 Prozent mit 58 Jahren der IG Metall „ein so hoch qualifiziertes und kostenträchtiges Angebot gemacht wie nie zuvor".

Hannover: Tendenz zeigt aufwärts

Kann zum Jahresende mit Neueinstellungen in der Industrie gerechnet werden?

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Nahezu deckungsgleich sind die Aussagen der auf dem hannoverschen Messegelände vertretenen Wirtschaft: Es ist dies die beste Hannover-Messe seit vielen Jahren. „Wenn sich die zur Halbzeit abzeichnenden Ergebnisse im weiteren Verlauf der Veranstaltung verfestigen und die Stimmung dieser Messe übertragen werden kann auf das Wirtschaftsklima insgesamt, dann hat Hannover seinen Zweck erfüllt", meinte gestern der Sprecher eines bedeutenden deutschen Unternehmens.

Mit Euphorie haben Stellungnahmen dieser Art kaum etwas gemein. Immerhin ist aber die optimistische Grundstimmung in Hannover unverkennbar. Die Tendenz zeigt eindeutig aufwärts; der von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff zur Eröffnung der Messe angesprochene „sich selbsttragende Aufschwung" spiegelt sich in einer regen Ordertätigkeit wider.

Nicht nur die Aussteller der traditionell begünstigten Büro- und Informationstechnik verweisen auf gut gefüllte Auftragsbücher. Auch in Teilbereichen der Elektroindustrie, des Maschinen- und Anlagenbaus sowie der Zulieferindustrie wird von übertroffenen Erwartungen gesprochen. Dies alles spricht dafür, daß auch der Motor in der Investitionsgüterindustrie auf Touren kommt.

Von zweistelligen Zuwachsraten im 1. Quartal berichten so wichtige Branchen wie die Chemie- und Bauelementeindustrie. Zu den Unternehmen, die heute schon von einer Umkehrung des negativen Beschäftigungstrends sprechen, gehört zum Beispiel Siemens, der größte deutsche Elektrokonzern. Technik-Vorstand Beckurts geht davon aus, daß spätestens zum Jahresende mehr Mitarbeiter eingestellt werden als ausscheiden.

Erfolgsmeldungen kommen inzwischen auch von den Industrieansiedlern. Auf dem Messe-Pavillon des Landes Niedersachsen sind zahlreiche Unternehmen vorstellig geworden, die Interesse an der Errichtung von Betrieben haben. Teilweise – so ist zu hören – ist es bereits zum Abschluß von Ansiedlungsverträgen gekommen.

Die ausländischen Aussteller, die dafür gesorgt haben, daß die Hannover-Messe '84 eine Rekordbeteiligung verzeichnet, sind durchweg von der Resonanz auf ihre Präsentation zufrieden. In besonderem Maße gilt dies für Indien, dem diesjährigen Partnerland. Aus den ersten Kontakten und Anbahnungsgesprächen mit Kunden aus aller Welt haben sich für die Inder auf der Messe bereits einige Kooperationsverträge ableiten lassen. Auch der Ostblock ist mit der Beteiligung zufrieden, wenngleich darauf hingewiesen wird, daß noch beträchtliche Reserven für intensivere Wirtschaftsbeziehungen bestehen, wie der Sprecher der sowjetischen Delegation erklärte.

Allen Grund zur Zufriedenheit haben die Veranstalter der größten Investitionsgüterschau der Welt. Nach anfänglicher Zurückhaltung weist alles darauf hin, daß die Rekordbesucherzahl des Vorjahres (660 000) in diesem Jahr noch deutlich übertroffen wird.

Unfall in der „DDR": Seuchengefahr

Landwirtschaft im Randgebiet der Bundesrepublik und die Ostsee betroffen?

WERNER KAHL, Bonn

Auf der Ostsee-Insel Riems im Greifswalder Bodden, dem Sitz der zentralen „DDR"-Tierseuchenforschung, hat sich vor kurzem ein Umweltunglück von bisher unbekanntem Ausmaß ereignet. Bei Arbeiten mit besonders gefährlichen Virusarten gelangten infolge eines Defektes Abwässer aus dem Infektionsbereich ins Freie. Der von Ost-Berlin geheimgehaltene Vorgang, der auch für die Landwirtschaft in Zonenrandgebieten der Bundesrepublik Folgen haben kann, wurde der WELT am Wochenende aufgrund in Bonn vorliegender Erkenntnisse bestätigt.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Georg Gallus (FDP), hatte vergangene Woche erklärt, das Ministerium habe keine Kenntnis von einem Unfall am Friedrich-Löffler-Institut für Tierseuchenforschung auf der Insel Riems. Mit einer schriftlichen Anfrage war der Bundestagsabgeordnete Eduard Lintner (CSU) nach einem Hinweis auf den Abwässerdefekt wegen der damit verbundenen möglichen Gefährdung der an die Ostsee angrenzenden landwirtschaftlichen Gebiete der Bundesrepublik bei der Bundesregierung vorstellig geworden. In den letzten Jahren hatten wiederholt Maul- und Klauenseuche, Rotlauf bei Schweinen und epidemische Geflügel-Krankheiten in der „DDR" erheblichen Schaden angerichtet.

Der Ablauf des Unfalles auf der kleinen Insel vor Greifswald läßt, soweit er jetzt bekannt geworden ist, die Frage offen, ob und welche Stoffe in die Ostsee geschwemmt worden sind, mit Schuhen oder auf andere Weise auf das nahe Festland der pommerschen Küste übertragen worden sein könnten. Unbekannt ist auch mit welchen Viren und Teststoffen am Schadenstag experimentiert wurde.

Die östliche Quarantäne-Inspektion verhängte eine Seuchensperre über die Insel und erließ ein befristetes Ein- und Ausreiseverbot bis zum Abschluß der Desinfizierungsmaßnahmen. Nach internationaler Vereinbarung sind die Ostberliner Behörden nur zu einer Meldung verpflichtet, wenn ein nachweisbarer Schaden eingetreten ist. Im Fall Riems könnten Folgen jedoch erst in den kommenden Monaten festgestellt werden.

Das Friedrich-Löffler-Institut – 1910 nach seinem Gründer benannt – genießt als Zentrum der Tierseuchenbekämpfung einen hohen internationalen Ruf. Zum Institut gehört das Versuchsgut Koowall auf der benachbarten Insel Koos. Die Wissenschaftler stehen unter dem Druck der SED-Führung, möglichst rasch Impfstoffe von „Weltniveau" für Landwirtschaft und Haustierhaltung zu entwickeln. Die Ausweitung der Forschungsaufträge, die auch von den Sowjets und anderen Ostblockstaaten erteilt werden, führte wiederholt zu Engpässen in der Sicherheitstechnik, so daß möglicherweise darin eine Ursache des Defekts liegt.

Unter der Bevölkerung an der Südküste Rügens und auf Usedom – der Insel Riems benachbart – hat die Nachrichtensperre inzwischen zu Gerüchten über Seuchengefahren durch freigesetzte Viren für den Fischbestand und in der Ostsee Badende geführt.

Schwieriger Weg zu den Laser-Waffen

Das Projekt Romano als erster Schritt / Noch viele „Technologie-Wunder" nötig

A. BÄRWOLF, Hamburg

Unter Nevada bebte wieder die Erde. Im Spielcasino des Sands-Hotels von Las Vegas bemerkte jedoch niemand die Stoßwelle, die sich vom Herd der Explosion auf dem Testgelände Mercury ausgebreitet hatte. Die Amerikaner hatten letzten Dezember im Einklang mit den bestehenden internationalen Verträgen eine nukleare Explosion unterhalb der 150-Kilotonnen-Grenze tief unter der Erde von Nevada ausgelöst. Es war eine besondere Atomexplosion: es war die Bombe des Projektes Romano.

Die Atombombe mit dem Codenamen Romano war eine besondere Bombe, weil um den Bombenmantel herum Dutzende von Stäben aus einem transparenten Material mit besonders dichten geheimen Stoffen wie Gold angebracht waren. Im Augenblick der Detonation bewirkte die freiwerdende Energie der Atombombe in Form von Gammastrahlen den Effekt der Lichtverstärkung durch Strahlenanregung in den Dutzenden von Laser-Stäben. Und aus jedem der Laser-Stäbe schossen mit Lichtgeschwindigkeit hochenergiereiche Lichtblitze mit parallelen Strahlen durch die unterirdische Kammer. Eine Millisekunde später hatte die Druckwelle der Kernexplosion die Strahlenkanone zerstört.

Die Bombe Romano war der bislang erfolgreichste Versuch der USA, das von Präsident Reagan am 23. März 1983 verkündete Ziel zu verwirklichen, durch Stationierung von Strahlenwaffen im Weltraum ballistische Offensivraketen der Sowjetunion unschädlich zu machen. Die Abwehr von Raketen, die bislang mit konventionellen Mitteln nicht erreicht werden kann, soll durch unkonventionelle Methoden gelingen, die die Politik der Abschreckung ablösen. Dabei nimmt der Plan immer mehr Gestalt an, den Vernichtungseffekt durch Laser zu erreichen, die durch Gammastrahlen nuklearer Explosionen „gepumpt" werden.

Die politische Initiative Präsident Reagans vom 23. März 1983 mit der Direktive an die vereinigten Stabschefs, mit hoher Priorität weltraumgestützte Strahlenwaffen entwickeln zu lassen, verlangt praktisch die Realisierung technologischer Wunder. Diese „technologischen Wunder" müssen auf wenigstens acht Gebieten der Ultratechnologie vollbracht werden. Das ist selbst vom heutigen Pla-

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Streik ?

HERBERT KREMP

Wenn die 35-Stunden-Woche kommt, wird es zweifellos mehr Arbeitsplätze geben – allerdings für die Japaner und Koreaner, die bekanntlich keine Mühe scheuen. Dieser Hinweis Hans-Dietrich Genschers auf die Politik der Arbeitsplatz-Vertreibung, die einige Gewerkschaften in Gang setzen wollen, hat sich bei der Mehrheit der Deutschen offenbar längst festgesetzt. Sonst wäre es nicht erklärbar, daß nach einer Meinungsumfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen 73 Prozent der Befragten die 35-Stunden-Woche ablehnen – unter den SPD-Wählern 62,3 Prozent. Die Vernunft hat ein breites Fundament.

Wird das etwas nützen? Die Kampfansagen der IG Metall und der IG Druck beruhen nicht auf wirtschaftlichem Kalkül. Denn man weiß auch dort, daß die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich dem Verhalten eines Piloten gleicht, der beim Start einer schweren Maschine zwei Triebwerke ausschaltet: Der Vogel sackt ab. Die Verteuerung der Arbeit kostet die Wirtschaft Schubkraft. Steigende Produktionskosten fördern die ausländische Konkurrenz. Sie zwingen die Unternehmen zu Rationalisierungen und zum Abbau von Arbeitsplätzen. Diese beinharte Logik ist denjenigen, die jetzt zum Streike rüsten, durchaus bekannt. Warum handeln sie dann aber kontra-produktiv – letzten Endes gegen die Interessen der von ihnen vertretenen Arbeitnehmer?

Die im DGB organisierten Gewerkschaften sind sich nicht einig. Man kann dem Gewerkschaftsbund als ganzem daher nicht den Vorwurf machen, er wolle den begonnenen Aufschwung stoppen, weil in Bonn andere regieren. Die ideologische Speerspitze bildet die IG Druck. Könnte sie ihre Forderungen durchsetzen, hätten die Unternehmen in diesem Jahr rund 40 Prozent mehr Lohnkosten zu zahlen. Mit diesem langen Zug aus der Pulle wäre es aber nicht getan. Die Gewerkschaft fordert darüber hinaus einen scharfen Rationalisierungsschutz und aus diesem Anlaß eine Mitbestimmung bei der Arbeitsorganisation, der Gestaltung der Arbeitsinhalte und bei der Zahl der Arbeitsplätze. Mit anderen Worten: Die Unternehmer sollen einbetoniert werden, damit sie sich nicht mehr nach den Gesetzen der Wirtschaft bewegen können.

Die IG Druck handelt gesellschaftspolitisch. Sie weiß, daß ihre Forderungen ruinös sind; sie weiß, daß die Verlage dezimiert würden, gäbe es nicht doch noch einen Weg zurück zur Vernunft der breiten Mehrheit. Sind Informationsfülle und Meinungsfreiheit nicht Werte, über die trotz aller Kontroversen Einigkeit bestehen sollte?

FDP: Kritik und Beifall für Genscher

DW. Bonn

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat gestern in Wolfsburg auf dem Parteitag der niedersächsischen Freien Demokraten inhaltlich zu der Kritik Stellung genommen, die am Vortag auf einem Parteitag der hessischen FDP in Langgöns an ihm geäußert worden war. Genscher sagte lediglich, es sei nicht seine Art, sich mit denen auseinanderzusetzen, die nicht da seien. Der FDP-Chef, der sich erneut für Mehrheitsentscheidungen im EG-Ministerrat anstelle des Einstimmigkeits-Prinzips aussprach, erhielt für seine Rede in Wolfsburg anhaltenden Beifall. Zu einer Aussprache kam es nicht, da Genscher in Wolfsburg nur 90 Minuten lang anwesend war.

Auf dem Parteitag der hessischen FDP am Samstag hatte der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der nordhessischen FDP, Alfred Schmidt, von zahlreichen Delegierten Zustimmung für seine Forderung erhalten, die FDP brauche ein „politisches Profil mit Kanten und Ecken". Schmidt erneuerte auf dem Parteitag seine schon zuvor geübte Kritik an Genscher und warf ihm vor, er stehe einer programmatischen Erneuerung der Partei im Wege und sei mitschuldig daran, daß besonders junge Wähler der FDP den Rücken kehrten.

Der oberfränkische FDP-Bezirksvorsitzende Peter Jacobi legte am Wochenende aus Protest gegen die „Führungs- und Richtungslosigkeit der FDP auf Bundesebene" sein Amt nieder.

Seite 2: Aufstand der Utopisten
Seite 4: Genscher in Schußlinie

Sowjetmarschall rechtfertigt Jumbo-Abschuß

fhn. Moskau

Den Abschuß eines südkoreanischen Verkehrsflugzeuges durch sowjetische Abfangjäger am 1. September 1983 hat der stellvertretende Verteidigungsminister, Luftmarschall Alexander Koldunow, anläßlich des Tages der sowjetischen Luftabwehr im Partei-Organ „Prawda" als Beispiel „hoher Bereitschaft zur Erfüllung des Kampfauftrages" gewürdigt. Er bezeichnete den Abschuß, bei dem 269 Zivilisten den Tod fanden, als „Unterbindung einer von amerikanischen Geheimdiensten vorbereiteten Provokation". Koldunow verwies dabei auch auf die „Vernichtung" der US-Aufklärer vom Typ U-2 und RB-47 im Jahre 1960, erwähnte aber nicht die durch Beschuß erzwungene Notlandung einer Passagiermaschine der Korean Airlines im Sommer 1978 bei Murmansk.

Mit den gleichen Argumenten verteidigte auch Luftwaffen-General-Oberst Moskwiteljew in der Zeitung „Selskaja Schisn" (Dorfleben) den Abschuß des koreanischen Jumbo bei Sachalin. Es ist wohl kein Zufall, daß die Versuche, den Vorfall ein weiteres mal zu rechtfertigen, von hohen Offizieren der Luftwaffe unternommen wurden. Sie hat den Angriff auf das Verkehrsflugzeug unmittelbar zu verantworten.

Verteidigunsminister Marschall Ustinow sprach in einem Tagesbefehl an die Truppen der Luftabwehr auch die „Arbeiter der Rüstungsindustrie" an und wünschte ihnen weitere Erfolge bei der Schaffung und Vervollkommnung von Abwehrwaffen.

Anzeige

Wir möchten Sie zu einem Besuch herzlich einladen.



Damit ist die Auswahl unter erlesenen Orientteppichen und Brücken bei uns größer und wertvoller geworden.
Wir geben Ihnen einen umfassenden Überblick über ausgesuchte und unverfälschte Teppiche und Brücken aus den klassischen Knüpfzentren.



Münster, Rothenburg 14–17, Tel. 02 51/7 90 31

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Aufstand der Utopisten

Von Enno v. Loewenstern

Sie haben ja so recht, die Parteifreunde, die Genscher an den Kopf warfen, er stehe für „die Zeit der Macher". Von Taktik versteht er was. Viel Volk lief zusammen, um bei den Niedersachsen seine Abfuhr an den Nordhessen Alfred Schmidt zu hören. Stattdessen redete Genscher von Aufschwung und 35-Stunden-Woche, von Technologie und Elite, von Gott und der Welt und Europa, aber nicht von seinen Kritikern.

Das war schon eine Abfuhr, noch dem Motto: nicht einmal ignorieren. Und er konnte es sich leisten. Nicht nur, weil Mischnick und der hessische FDP-Chef Gerhardt ihm die Henkersarbeit abgenommen hatten. Sondern auch deshalb, weil jener Alfred Schmidt und seine Streitgenossen das Elend der FDP selber so ergreifend darstellten.

Was lasten sie Genscher an? Daß die Partei in einer „Schieflage" sei und wieder „politisches Profil mit Ecken und Kanten" brauche sowie den „Mut, unbequem zu sein." „Wir sollten unsere gemeinsamen Sorgen in Aktivitäten umsetzen, die die FDP wieder zu einer attraktiven Partei machen." Die Protesthaltung der jungen Leute zeige, „daß es bei uns Fehler geben muß". Man brauche „sichtbare eigenständige Programmatik der FDP in der neuen Bonner Koalition". Genscher stehe für die „Zeit der Macher"; jetzt seien Politiker gefragt, die „Visionen, Utopien und langfristige Ziele" verkörperten.

Ein Sammelsurium – oder Sabbelsurium – von Leerformeln also. Man versteht die Angst vor dem Rückgang an Mitgliederzahlen (allein in Niedersachsen von 10 000 auf 8500) und Wählerstimmen. Nur: Die Aufgabe der Kritiker wäre es, zu sagen, was Genscher falsch macht und wie man bessere Politik machen kann.

Mit Visionen und Utopien verbinden die denkenden Menschen im Lande jene dreizehn Jahre, die ihnen zweieinhalb Millionen Arbeitslose und ein verwüstetes politisches Klima eingebracht haben. Die Jugend braucht ordentliche Schulen und Lehrstellen und nicht Aktivitäten um der Aktivitäten willen. Wenn die FDP dazu Nützliches beiträgt, verdient sie Wählerstimmen; wenn Genschers Kritiker dazu Nützliches beitrügen, verdienten sie Beachtung.

Der Schießbefehl gilt

Von Werner Kahl

Daß in diesem frostigen Frühlingserwachen die Friedhofsruhe der Minenfelder an der innerdeutschen Grenze – noch – nicht von Salven aus Maschinenpistolen zerrissen wurde, bedeutet leider kein Ende der dreiundzwanzigjährigen Menschenjagd. Die relative Ruhe erklären Kenner der Szene mit zwei Maßnahmen des Regimes. Ein neuer Elektrosignalzaun anstelle der Todesautomaten fängt Flüchtlinge bereits im Vorfeld von Minen und Todesstreifen ab. Und die in jüngster Zeit erteilten Ausreisegenehmigungen veranlassen jene, die jetzt eine Chance zu legaler Ausreise sehen, ihr Leben nicht am Todesstreifen zu riskieren.

Der Führung in Ost-Berlin kommt das Spiegel-Bild, das jüngst erst wieder Klaus Bölling mit Ostexperten-Gestus herzustellen suchte – „seit Werbellin" hätten „Grenzsoldaten nur noch ganz selten gezielt geschossen"; das habe nicht mit Salzgitter, sondern „mit Denkprozessen im SED-Politibüro" zu tun –, gewiß nicht ungelegen. Tatsächlich wurde jedoch der Schießbefehl weder gemildert noch gar aufgehoben. Darüber besteht unter Fachleuten gerade nach den Aussagen in jüngster Zeit geflüchteter Grenzposten kein Zweifel.

Die Höchststrafe für Schüsse in die Luft oder Wegschauen bei Fluchtversuchen, darauf weisen Instrukteure wieder nachdrücklich hin, ist zehn Jahre Zuchthaus. Die Überfüllung der Militärstrafanstalt Schwedt an der Oder spricht eine deutliche Sprache – auch für diejenigen, die gerade jetzt nach Abschaffung der Erfassungsstelle Salzgitter rufen.

Unter den Häftlingen, die Armeestrafen verbüßen, machen Grenzposten einen hohen Prozentsatz aus. Sowjetmarschall Kulikow hatte gewiß seine Gründe, die „DDR"-Armeeführung erst kürzlich wieder bei einem Garderegimentsappell an die internationalistische Treuepflicht zu erinnern sowie daran, daß „die DDR erstes Glied der Verteidigungskoalition der sozialistischen Staatengemeinschaft" sei. An den Grenzabschnitten, wo der moderne elektronische Sicherungszaun noch nicht errichtet werden konnte, gilt ein verschärfter Schießbefehl: der Posten hat ohne Anruf sofort gezielt zu schießen.

Freiheit macht Angst

Von Joachim Neander

Rückzüge sind oft verlustreicher als die schneidigste Attakke. So gesehen, darf die SPD in der Medienpolitik zur Zeit eine gewisse Nachsicht beanspruchen. Manches allerdings, was jetzt aus dieser Richtung kommt, kann nur noch als kurios eingeordnet werden.

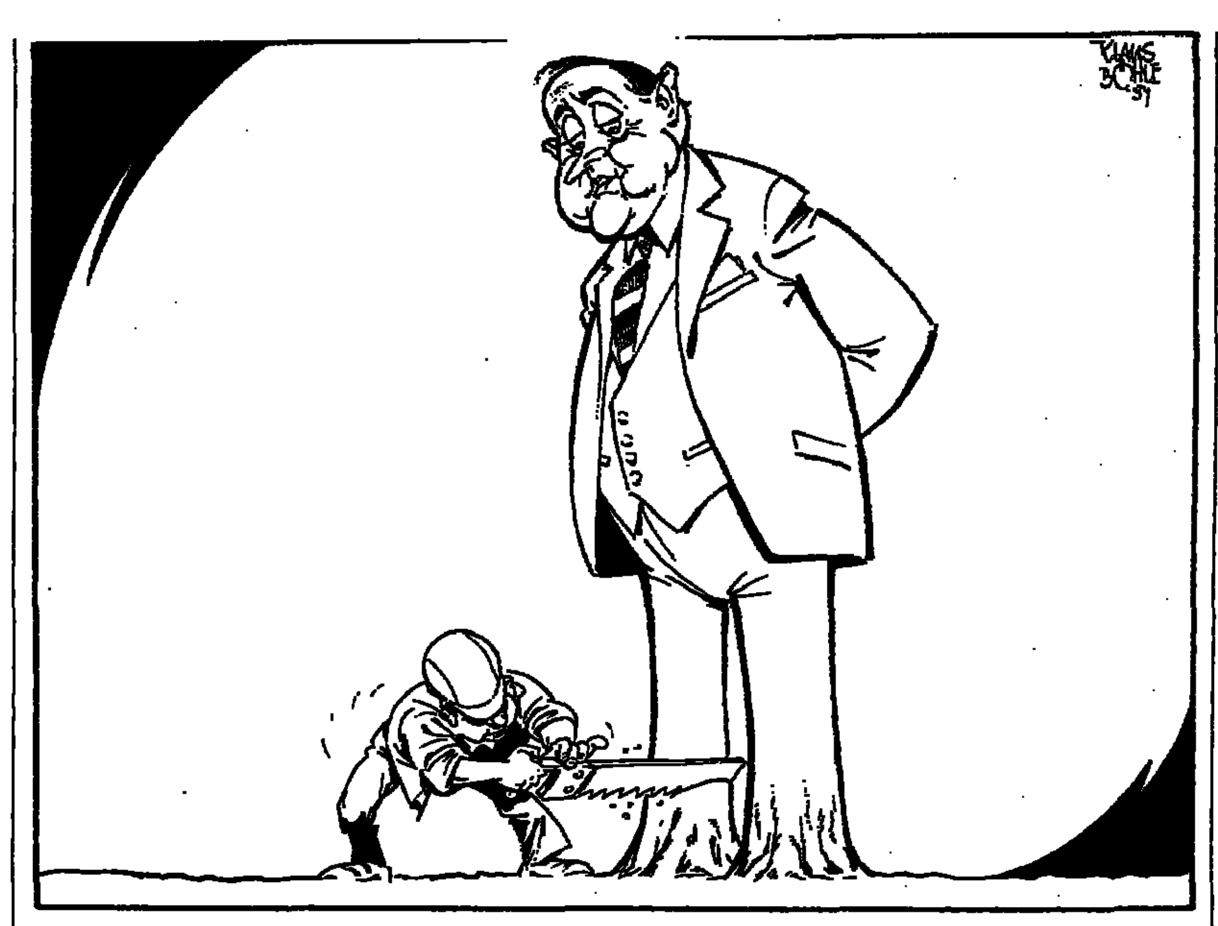
Da schlägt die SPD Rheinland-Pfalz zum Beispiel allen Ernstes vor, sämtliche jetzige und künftige Rundfunk- und Fernsehaktivität im Lande außer ZDF und Südwestfunk in einer weiteren, natürlich öffentlich-rechtlichen, Rundfunkanstalt namens „Rheinland-Pfalz-Funk" zusammenzufassen.

Diese neue Anstalt soll sich nicht etwa wie jetzt die Anstalt für Kabelkommunikation beim Pilotprojekt Ludwigshafen auf juristische, technische, organisatorische sowie allgemeine Programmaufsichtsfunktionen beschränken. Nein, sie soll einen eigenen Intendanten, eine eigene Programmdirektion, eigene Aufsichtsräte und unter Umständen sogar einen eigenen redaktionellen und Produktionsapparat erhalten.

Die Führungsspitze der Anstalt (natürlich nach Kollegialprinzip, wo es bei Radio Bremen doch so vorzüglich funktioniert) soll darüber wachen, daß das Gesamtprogrammangebot der vielen Veranstalter auch ausgewogen ist. Ist sie es nicht, soll die Anstalt selber durch eigene oder Auftragsproduktionen für den nötigen Ausgleich sorgen. Bezahlen sollen das alles die übrigen Veranstalter über eine Gebühr.

Fassungslose Beobachter fragen sich, wer außer zuchtreinen Funktionärsdeppen sich für so eine Programmpolizei- und -feuerwehrfunktion finden würde, um daumendrehend zu warten, bis die anderen unausgewogen sind, um dann auf Befehl „linke" (auch „rechte"?) Gegensendungen zu zaubern.

Risiko und Ungewißheit auf so neuen Feldern bleiben groß genug, vor allem für die aktiv Beteiligten. Die SPD als (noch) nicht Beteiligte sollte zumindest in der allerersten Phase darauf verzichten, gleichzeitig von einem „totgeborenen Kind" zu reden, aber das tote Kind außerdem auch noch zu fesseln und zu knebeln, weil es so gefährlich sei. Wie einleuchtend wäre für die Sozialdemokraten die Position: Schweigen und abwarten. Kruzitürken, muß das schwer sein.



Wer sägt denn da? ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Dienste neu ordnen

Von Manfred Schell

Unsere Nachrichtendienste müssen vom System her neu durchdacht werden. Kompetenzüberschneidungen, mangelnde Kommunikation zwischen den Diensten und zum Teil unpräzise Rechtsgrundlagen haben dieses Gefüge, das für die Sicherheit so eminent wichtig ist, aufgeweicht. Politiker haben durch Fehlleistungen zusätzliche Unruhe und Unsicherheit in die Dienste hineingebracht. Der Osten jedenfalls hat Schlupflöcher gefunden.

Es ist gewiß kein Zufall, daß 1983 die Spionage vor allem gegen die Wirtschaft und Technologie zugenommen hat, aber überzeugende Erfolge der Spionageabwehr ausgeblieben sind. Der Glanz früherer Enttarnungen – Guillaume und Lutze/Wiegel – hat dieses Manko bislang überdeckt. Die Experten um den früheren Bundesinnenminister Hermann Höcherl, die sich derzeit durch das Dickicht von Pannen und menschlichem Versagen in der Affäre Kießling schlagen, sollten es deshalb nicht bei der Durchleuchtung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) bewenden lassen, sondern Vorschläge für eine Neuordnung des gesamten Terrains anbieten.

Dabei geht es nicht in erster Linie um mehr Macht und mehr Mittel für die Dienste, nicht einmal um besser geschultes Personal. Vor allem anderen müssen wir eine klare Zuweisung der Zuständigkeiten haben, zum Beispiel für den MAD und den Verfassungsschutz.

Wie ist die Lage heute? Wenn auf einem Fliegerhorst mit viertausend Beschäftigten der Kantinenwirt, also ein Zivilist, in den Verdacht der nachrichtendienstlichen Tätigkeit gerät, dann ist dafür nicht der MAD, sondern der Verfassungsschutz zuständig. Dies gilt auch dann, wenn nahe Angehörige von Bundeswehroffizieren unter Spionageverdacht geraten. Diese Rollenverteilung ist falsch, weil sie nach der „Person", nicht aber nach dem „Ziel" des Gegners ausgerichtet ist. Das MfS oder das KGB wollen die Bundeswehr ausforschen. Das ist ihr Ziel. Deshalb sollte die Abwehr in diesem Bereich dem MAD überlassen bleiben.

Hinzu kommt, daß der Verfassungsschutz aufgesplittert ist und die Behörden der Länder eifersüchtig auf ihre Zuständigkeiten pochen. Immerhin ist es dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gelungen, zumindest in der Spionagebekämpfung über die koordinierende Funktion hinaus eine gewisse Zuständigkeit „zu erkämpfen". Unbegreiflich aber bleibt, daß die Sicherheit im Bereich der Wirtschaft – einschließlich der Firmen, die Rüstungsgüter produzieren! – zunächst dem Bundeswirtschaftsminister obliegt. Dieser hat dafür aber keinen adäquaten Apparat. Die Bundesrepublik Deutschland leistet sich diese Konstruktion, obwohl bekannt ist, daß der Osten die Industriespionage forciert, um die technische Überlegenheit des Westens einzuholen.

Andere Länder haben sich darauf besser eingerichtet. In den USA zum Beispiel gibt es für militärtechnologische Produktionsserien einen systembegleitenden Nachrichtenoffizier, der den Abschirmungsprozeß organisiert. Auch daran sollten die Verantwortlichen denken, wenn es darum geht, für die Arbeit des MAD eine Gesetzesgrundlage zu schaffen. Was die Ausbildung des Personals betrifft, so sind die „Nachrichtendienstler", wenn man dabei an den Bundesnachrichtendienst (BND) denkt, besser, als viele es glauben. Dies gilt auch für den überwiegenden Teil der MAD-Angehörigen, die durch die katastrophalen Fehler der Führung in ein schiefes Licht gerückt werden.



Mehr als eine Personalfrage: MAD-Chef Helmut Behrendt FOTO: HEINRICH SANDEN / DPA

Wie steht es mit der Kommunikation zwischen den Diensten? Hier gibt es zweifellos Lücken, die zum Sicherheitsrisiko werden können. Ein Beispiel dafür: Ein Landesamt für Verfassungsschutz fand heraus, daß das KGB einen Mann darauf angesetzt hatte, ein Glied der Leopard-Panzerkette zu bekommen, für die ein neues Härteverfahren entwickelt worden ist. Dadurch ist die Lebensdauer dieser Kette wesentlich verlängert worden. Nun hat es die Spionageabwehr, aus bestimmten anderen Überlegungen heraus, zugelassen, daß dieses Panzerglied an den Osten „geliefert" wurde. Die Experten waren der Meinung, aus der Materialanalyse heraus könne der Härteprozeß nicht abgelesen werden. Aber dieses Landesamt hat es nicht für nötig erachtet, das andere Landesamt, in dessen Bereich die Herstellerfirma für diese Panzerketten sitzt, über diesen Vorgang zu unterrichten.

Überdacht werden muß auch die Aufgabenaufteilung zwischen dem BND und dem in Ahrweiler sitzenden „Amt für das Nachrichtenwesen der Bundeswehr" hinsichtlich der elektronischen Aufklärung. Diese Art der Aufklärung – unter anderem fahren dafür zwei mit Elektronik vollgestopfte Schiffe auf der Ostsee – ist unverzichtbar. Aber die Konstruktion läßt den Schluß zu, daß in gewissen Bereichen der militärischen Aufklärung Doppelarbeit geleistet wird, es andererseits aber auch weiße Flecken gibt: Als die Sowjets Afghanistan überfielen, war Bonn zunächst „blind". Der BND als Auslandsaufklärungsdienst hingegen ist richtig geordnet. Er besinnt sich jetzt zudem wieder auf seine Aufgabe, möglichst viele „menschliche Quellen" zu erschließen.

Affären in und um Geheimdienste hat es schon vielfach gegeben, auch im Ausland. Aus ihnen sollten behutsam die Konsequenzen gezogen werden. Roßkuren sind in diesem Metier das untaugliche Mittel. Die Höcherl-Kommission hat die große Chance, hier den richtigen Weg zu weisen.

IM GESPRÄCH Shimon Peres

Pechvogels späte Chance

Von Rafael Seligmann

Shimon Peres hat als Kandidat der Arbeiterpartei die besten Aussichten, nächster Regierungschef Israels zu werden. Alle Meinungsumfragen bestätigen seiner Partei steigende Beliebtheit. Vorgezogene Wahlen stehen an. Die Arbeiterpartei hätte also allen Grund zur Zufriedenheit – wenn Peres nicht unter dem Ruf litte, Israels unbeliebtester Politiker zu sein.

Nicht wenige in der Arbeiterpartei fürchten, daß ihr wegen ihres unpopulären Vorsitzenden ein fast sicherer Wahlsieg wieder entgleiten könnte, wie beim letzten Mal, als Begin entgegen allen Erwartungen die Wahl gewann. Dabei verfügt Peres über Organisationstalent und unerschöpflichen Fleiß, wie man beides bei wenigen seiner Konkurrenten findet.

Israels Staatsgründer Ben Gurion erkannte diese Eigenschaften recht früh und betraute 1948 den damals 25jährigen schon mit wichtigen außenpolitischen Missionen. Vier Jahre später ernannte er Peres zum Generaldirektor des Verteidigungsministeriums, das er selber neben seinem Amt als Premierminister leitete. Zwölf Jahre war Peres die entscheidende Figur in der israelischen Sicherheitspolitik. In dieser Zeit entwickelte Peres die schlagkräftigste Armee des Nahen Ostens weiter zu jenem hohen Standard, der sie 1967 siegen und 1973 sich auch gegen einen anfänglichen Rückschlag siegreich behaupten ließ. Darüber hinaus baute er eine hochqualifizierte Rüstungsindustrie auf.

Gerade diese Erfolge und das ungebrochene Vertrauen seines Mentors Ben Gurion schadeten Peres: In Armee und Politik nahm man ihm sein selbstbewußtes Auftreten und sein häufiges Intervenieren übel. Besonders die damalige Außenministerin Golda Meir war über die Einmischungen Peres' in ihr Ressort erbost. In der Armee geriet er vor allem mit dem ehrgeizigen späteren Generalstabschef Rabin aneinander.



Zuviel Selbstbewußtsein, zu wenig Charisma: Peres FOTO: CAMERA PRESS

1965 folgte Peres, ebenso wie der spätere Staatspräsident Navon, David Ben Gurion in die Reformpartei Rafi. Nach seiner Rückkehr zur Mutterpartei (1967) haftete ihm der Makel des Opportunismus an. Golda Meir und Yitzhak Rabin sorgten als Premierminister dafür, daß Peres in der zweiten Linie blieb.

Als die Arbeiterpartei, nicht zuletzt durch Fehler von Golda Meir und Rabin, 1977 in die Opposition geschickt wurde, übernahm Peres das unpopuläre Amt des Oppositionsführers. Der Ärger mit Rabin ging gleichwohl weiter. Aber wie einst im Verteidigungsministerium erwies Peres sich auch in der Partei als erfolgreicher Organisator, und nun, nachdem die schlechte Wirtschaftspolitik des Likud und Begins Rücktritt eine neue Lage geschaffen haben, verstärkt sich der Eindruck, daß Israel nicht gegen seine traditionsreichste und mächtigste politische Gruppierung, die Arbeiterpartei, regiert werden kann. Vielleicht schafft der ebenso tüchtige wie äußerlich glanzlose Mann mit 61, was viele dem 25jährigen voraussagten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HESSISCHE ALLGEMEINE

In dem Kasseler Blatt heißt es zur Tariflage:

Im Tarifkampf um die 35-Stunden-Woche stehen nach dem Abbruch des Metall-Spitzengesprächs die Zeichen auf Sturm. Die Hoffnung, in einer Serie von Kontakten doch noch einen Ausweg aus der verfahrenen Lage zu finden, hat sich nicht erfüllt. Das ist um so bedauerlicher, als die jüngsten Vorschläge von Gesamtmetall für eine flexiblere Regelung der betrieblichen Arbeitszeiten gründlicheres Nachdenken verdient gehabt hätten ... Die Bevölkerung hätte kein Verständnis für einen totalen Arbeitskampf, der die Ansätze eines konjunkturellen Aufschwungs zerstören würde.

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt kommentiert Frankreichs Mittelamerika-Politik:

Das Angebot aus Paris, bei der Räumung der Minen zu helfen, die anti-sandinistische Guerrillas vor den Häfen Nicaraguas legen, ist ein weiterer Beweis für das doppelte Spiel der französischen Außenpolitik. Auf der einen Seite beteuert Präsident Mitterrand seine Treue zum Atlantischen Bündnis, auf der anderen Seite unterstützt seine sozialistisch-kommunistische Regierung aktiv die prosowjetischen Kräfte in Lateinamerika. Frankreich ist einer der Waffenlieferanten Nicaraguas. Doch auch in Paris weiß man sehr gut, daß ein Teil dieser Waffen an die kommunistischen Rebellen in El Salvador weitergeleitet wird. Mitterrands Ehefrau Danielle ist Vorsitzende eines „Hilfskomitees für Nicaragua", und einer der engsten Mitarbeiter des Präsidenten ist der ehemalige Kampfgefährte Ché Guevaras, Regis Debray, der häufig nach Kuba reist.

The Daily Telegraph

Zur Politik der Demokratischen Partei der USA gegenüber dem mittelamerikanischen Staat El Salvador heißt es hier:

José Napoleon Duarte, der Spitzenreiter bei den salvadorianischen Präsidentschaftswahlen, verdankt seine herausragende Stellung amerikanischer Unterstützung ... Ein bedeutender Teil der Demokratischen Partei im Kongreß hat jetzt Duarte, dem Favoriten seines letzten Präsidenten, die Unterstützung entzogen, unterstützt jetzt praktisch die Kommunisten und versucht, die Hilfe für El Salvador genau in dem Augenblick zu blockieren, da Duarte kurz vor der Erringung der Präsidentschaft steht. Dies spiegelt die zunehmende Radikalisierung der Demokratischen Partei wider.

DER BUND

Über die Ausreisewelle aus der „DDR" allgemein äußert sich das Berner Blatt:

Was sich gegenwärtig in der DDR abspielt, ist eine Art doppeltes Plebiszit. Tausende von Umsiedlern drükken – wie früher die Flüchtlingsmassen – mit den Füßen ihre Unzufriedenheit mit der DDR aus. Gleichzeitig „wählt" sich die kommunistische Obrigkeit mit der Ausmerzung kritischer Elemente eine linientreue Bevölkerung, gemäß dem Spottgedicht Bert Brechts, der nach dem Ostberliner Aufstand 1953 fragte, ob es nicht einfacher wäre, „die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes".

Grenada und die Grenada-Werfer in der Botschaft

Was Fidel Castro so beim Nachbarn trieb / Von Günter Friedländer

Nachrichten aus Grenada machen kaum noch Schlagzeilen. Das Thema ist nämlich bestimmten Kreisen peinlich, die immer noch davon reden möchten, daß Reagan ein unschuldiges Inselchen nur deshalb überfallen hat, weil er einen sozialistischen Aufbau zum Wohl des Volkes nicht zulassen wollte. Es ist vor allem dann peinlich, wenn von einem Waffenfund in der einstigen kubanischen Botschaft berichtet wird, kurz nachdem ihr letzter Geschäftsträger jetzt das Gebäude räumte.

Das Arsenal von Schußwaffen des Typs M-16 und AK-47 sowie Granatwerfern ist bemerkenswert genug. Noch interessanter ist der Fundort: Ein grenadischer Wachsoldat entdeckte sie unter dem doppelten Boden eines großen Wandschranks. Grenadas Regierung hält den Fund für so bedeutungsvoll, daß sie ihn in Fort Rupert ausstellen wird, wo am 19. Oktober des vergangenen Jahres der frühere Premierminister Maurice Bishop und mindestens vierundzwanzig seiner Gefolgsleute ermordet wurden. Mit eben den AK-47, die Bishop auf die Insel bringen half.

Im März 1979 hatte Maurice Bishop die Regierung des exzentrischen Ufo-Spezialisten Gairy gestürzt und eine „revolutionäre Regierung des Volkes" proklamiert. Mit Kubas Hilfe nahm er als wichtigstes Programm – angeblich zur Hebung des Fremdenverkehrs – den Bau des neuen Flugplatzes Point Salines in Angriff. In Wirklichkeit sollte das lange Rollfeld Zwischenlandungen kubanischer Truppentransportflugzeuge nach Afrika erlauben. Zudem beherrschte der neue Flughafen den Seeweg von fünfzig Prozent aller Schiffe, die Erdöl und andere Waren in die USA bringen. Westliche Banken wollten den Bau nicht finanzieren, weil sie ihn für überflüssig hielten. Kuba half: mit Geld und Bauarbeitern, die sich später in bewaffnete Soldaten verwandelten.

Nach der Polizeiaktion des vergangenen Oktobers wurden weitere „Hilfspläne" Kubas bekannt. Es versprach in einem Geheimabkommen zusammen mit anderen Ländern des Sowjetblocks, zwischen 7200 und 10 000 Männer und Frauen in achtzehn Bataillonen der „revolutionären Streitkräfte des Volkes von Grenada" aufzustellen, auszubilden und zu bewaffnen. Kuba sollte zunächst zwanzig militärische Berater schicken. Der Plan war bereits im Stadium der Verwirklichung, als die Nachbarn mit US-Hilfe in Grenada eingriffen.

Bishop ereilte freilich vorher schon das Schicksal anderer Handlanger der Weltrevolution wie des Südjemeniten Salim Rubai Ali oder der Afghanen Mohammed Daoud, Taraki oder Hafizullah Amin. Als er Verständnis für die Interessen seiner Nachbarn zeigte und sogar an Wahlen dachte, wurde er beseitigt. Eugenia Charles, Premierministerin des benachbarten Dominica, erklärte unter Bezug auf ihr bekannte Unterlagen: „Die Befehle Fidel Castros sind der stärkste Beweis dafür, daß Kuba an der Absetzung und Ermordung des Premierministers von Grenada schuld hat." Das hinderte Castro nicht daran, in einer zynischen, wortreichen Erklärung die „scheußliche" Ermordung zu beklagen und drei Trauertage auszurufen. Nicaragua folgte dem Beispiel.

Warum nun versteckten die Kubaner Waffen in ihrer Botschaft? Es gehört zu den Abmachungen des Wiener Protokolls, das zum letzten Mal 1962 in der Wiener Konvention erneuert wurde, daß der Sitz einer diplomatischen Vertretung Hoheitsgebiet des Heimatlandes und nicht Territorium des Gastlandes ist. Große Botschaften – und die kubanische war die größte in Grenada – unterhalten in ihren Gebäuden einen bewaffneten Sicherheitsdienst, der die Uniform des Heimatlandes trägt. Man brauchte Waffen nicht zu verstecken – es sei denn, daß sie nicht der legitimen Verteidigung der Botschaft dienten. Gerade im, wie Castro zu sagen pflegte, „befreundeten" Grenada aber hatte doch die kubanische Botschaft ohnehin nichts zu befürchten!

Eine Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses wird auf Ansuchen kubanischer Flüchtlinge die Zusammenarbeit Kubas mit der PLO, und in diesem Zusammenhang besonders die Rolle der kubanischen Diplomaten in Mittelamerika, untersuchen. Es gibt mancherorts diplomatische Vertretungen, die Gruppen unterstützen, welche unter dem Mantel der Pflege guter Beziehungen zum Gastland in Wirklichkeit eine Fünfte Kolonne schaffen.

Welche Rolle spielte Kubas Botschaft in Grenada? Hat sie die Gruppe ausgerüstet und angeleitet, die Bishop ermorden ließ und die Macht an sich riß? Zusammengearbeitet hat sie mit den Kräften um Coard und Hudson, gekämpft haben die Kubaner in Grenada auf Castros ausdrücklichen Befehl für diese Leute – sie hätten sich ja auch neutral verhalten können. Und, wie gesagt, warum waren die Waffen in der Botschaft versteckt, wenn sie legitimen Zwecken dienten? Nicht zuletzt: Welchen legitimen Zwecken können Granatwerfer in einer Botschaft dienen?

Im Kreml wartet ein „junger Mann“ auf seinen Zug

Schon jetzt gilt er als Erbe Konstantin Tschernenkos: Michail Sergejewitsch Gorbatschow, mit 53 der „Benjamin“ im Moskauer Politbüro, ist, verglichen mit den meisten seiner Kollegen, ein Mann mit Zukunft. Doch zwangsläufig ist sein weiterer Aufstieg nicht.

Von CARL G. STRÖHM



Michail Gorbatschow: Kommt mit ihm der Generationen-Wechsel? FOTO: CAMERA PRESS

Der „junge Mann“ aus Stawropol ist seit Lenin der erste Volljurist im Politbüro und schon deshalb eine ungewöhnliche Erscheinung. Seine akademische Ausbildung genoß er an der Moskauer *Lomonossow-Universität* – was gleichfalls als Gütezeichen gelten kann. Westliche Gesprächspartner,die ihm während seiner Kanada-Reise und in Frankreich begegneten, bezeichnen ihn als weltoffen, sachkundig (er studierte außer Jura später auch noch Landwirtschaft)und sachlich. Kurzum, Gorbatschow erscheint fast als Idealtypus der lang erwarteten „neuen“ sowjetischen Führungs-Generation,von der man in West und Ost hofft, sie werde eines Tages das Steuer in die Hand nehmen und das große sowjetische Imperium endlich reformieren, modernisieren und in die Staatengemeinschaft unserer Erde einordnen.

In der Tat spricht vieles für Gorbatschow. Er ist von Vergangenem unbelastet. Die Frage, was er während der blutigen Stalin-Jahre gemacht, ob und wen er denunziert, ans Messer geliefert, welche Menschen er terrorisiert haben könnte, fällt gewissermaßen unter die Jugend-Amnestie: Als Stalin 1953 starb, war Gorbatschow knapp 22 Jahre alt und erst kurz zuvor in die Partei eingetreten. Wenn man so will, ist Gorbatschow eher ein Kind der Entstalinisierung. *Das unterscheidet ihn von seinem um* acht Jahre älteren Rivalen Grigori Romanow aus Leningrad, der sowohl vom Jahrgang her wie in seiner Mentalität viel eher mit der „alten“ und „großen“ Zeit verbunden ist.

Der junge Gorbatschwo, so scheint es, hatte seinen Aufstieg – auch hier wiederum anders als Romanow – nicht dem militärisch-technisch-industriellen Komplex, sondern dem verstorbenen Chef-Ideologen Suslow zu verdanken, der ihn aus Stawropol nach Moskau holte. In Stawropol hatte er sich vorher im Komsomol, in der Landwirtschaftsverwaltung und in der Partei hochgedient. Erst 1967 schloß er auch sein Landwirtschaftsstudium ab und gilt seither als Agrarexperte.

Wer aber in der Sowjetunion mit Landwirtschaft zu tun hat, muß damit rechnen, einen sehr undankbaren Posten auszufüllen, auf dem es viele Risiken und wenig Lorbeer zu ernten gibt. Er wird zum anderen aber auch mit den Versorgungsnöten der Bevölkerung konfrontiert. Er muß versuchen, sie immer wieder gegen die überlegene Phalanx der „Eisenfresser“ und der anderen Schwerindustrie- und Rüstungs-Fetischisten durchzusetzen. Von daher ist die Vermutung nicht abwegig, daß Gorbatschow zwar kein Liberaler im westlichen Sinne ist, wohl aber ein Mann, *der sich über die wirtschaftliche* Situation des Imperiums keine Illusionen macht.

Ein gewisser vorsichtiger Liberalismus wird ihm allerdings nachgesagt: Er war es, der bereits als Politbüro-Mitglied als einer der ersten ein unkonventionelles Moskauer Theaterstück unter dem Titel „Wir werden siegen“ besuchte. In diesem Stück war Lenin als ein Verfechter von Wirtschaftsreformen und Modernisierungen beschrieben worden. Die Vermutung, Gorbatschow sei ein „Andropow-Mann“ hat sich inzwischen als falsch erwiesen. Der seit 1978 als ZK-Sekretär für Landwirtschaftsfragen zuständige Funktionär hat offenbar gute Verbindungen zu Tschernenko gehalten. Zu den Militärtechnokraten um Marschall Ustinow und zu Gromyko waren seine Kontakte nicht so eng. Nach Andropows Tod wurde er mit der Position betraut, die bisher Tschernenko innehatte und die einst unter seinem Förderer Suslow zu den mächtigsten Säulen der sowjetischen Führung zählte: Parteisekretär für ideologische Fragen und damit faktisch „zweiter Mann“ in der Hierarchie der *KPdSU*.

Hat Tschernenko damit eine Wahlkapitulation zugunsten der politisch jungen Generation eingehen müssen? Noch scheint es angesichts der versteinerten Machtstrukturen des sowjetischen Kommunismus keineswegs sicher, ob Gorbatschow der Sprung an die Spitze gelingen kann. Es hängt nämlich auch vom Gesundheitszustand Tschernenkos ab. Wenn der neue Generalsekretär die nächsten fünf oder gar sieben Jahre überleben sollte, dann ist inzwischen aus dem „jungen“ Reformer Gorbatschow gleichfalls ein alter Mann geworden.

Zum anderen stellt sich die Frage, ob das „liberale“ Profil, das Gorbatschow bisher präsentierte (wobei der Begriff liberal hier stets im östlichen Sinne zu verstehen ist), nicht auch Gegenkräfte mobilisieren muß. Es läßt sich schwer vorstellen, daß ein Ustinow und ein Gromyko einem solchen Nachwuchsstar die ganze Bühne überlassen würden. Wenn man von Tschernenko absieht, der unter eher ungewöhnlichen und nicht wiederholbaren Umständen reüssierte, ist bisher in der Sowjetunion noch niemals ein Mann an die Macht gekommen, der offiziell als „Kronprinz“ galt. 1924 machten nicht Trotzky oder Bucharin das Rennen, sondern ein völlig unbekannter,mittelmäßiger *Mensch namens Stalin.* Als Stalin starb, sprachen alle von Berija und Malenkow – dann aber kam der „kleine Pinja“ Chruschtschow. Und als Breschnew hinschied, galt Tschernenko als der Favorit.

Außerdem muß der These, wonach es in der sowjetischen Führung eine Art Fronde der „Jungtürken“ gibt, welche gemeinsam gegen den Mobilismus der Alten vorgehen wollen, mit großer Skepsis begegnet werden. Die „Jungen“ mögen sich zwar darin einig sein, daß unter den alten Herren nichts mehr vorwärts geht – aber die gegenseitige Konkurrenz ist groß, und das ruhigere Leben unter einem betagten Generalsekretär ist vielen angenehmer als die Machtübernahme durch einen relativ jungen und dynamischen Welt-, Partei- und Regimeverbesserer.

Für Gorbatschow könnte auf die Dauer auch problematisch werden, wenn westliche Medien und Politiker ihn als großen Liberalen und Fortschrittler preisen. In der sowjetischen Hierarchie gilt noch immer der alte Satz August Bebels, man müsse sich fragen, was man falsch gemacht habe, wenn der Feind einem Lob spende.

*Die Frage nach der Reform*willigkeit und Reformfähigkeit des sowjetischen Systems ist seit Andropows kurzer Amtszeit immer wieder von westlichen Beobachtern gestellt worden. Die Publizität, die Gorbatschow heute in den westlichen Medien genießt, geht bewußt oder unbewußt auf diese gleiche Frage zurück. Nur scheint es, daß der Westen auch diesmal wieder das Beharrungsvermögen des „realen Sozialismus“ unterschätzt. Selbst wenn einzelne Gestalten des Systems die Untragbarkeit und Gefährlichkeit gewisser Beharrungstendenzen erkennen, heißt dies noch lange nicht, daß sie ihre Erkenntnis im Politbüro, im ZK und gegenüber den immer stärkeren Generalen durchsetzen könne.

Wenn der neue zweite Mann gut beraten ist, wird er nicht aus der Deckung gehen. Als Ideologe muß er jetzt auch andere Töne anschlagen, um seinem Posten gerecht zu werden.

Der Rüstungswettlauf wird weitergehen – weil weder Tschernenko noch erst recht Gorbatschow es sich heute leisten könnten, den Generalen in den Arm zu fallen. Weitergehen wird aber auch die Entspannung, wie Moskau sie versteht. Ein Übergang also, der eine Figur wie Michail Gorbatschow in den Wartesaal verweist. Ob und wann sein Zug je abfahren wird, kann heute niemand sagen.

Der Mut zum Kredit ist gewachsen

Fast täglich kommen Rekordmeldungen aus dem Kreditgewerbe. Sind die Spitzengewinne, mit denen Banken und Sparkassen glänzen, ein Spiegelbild der besseren Konjunktur? Der erste Eindruck täuscht.

Von CLAUS DERTINGER

An den Ertragsrechnungen der Geldhäuser ist die konjunkturelle Belebung im Laufe des *letzten Jahres fast spurlos* vorübergegangen, wenn man einmal davon absieht, daß es sich manche mit dem Abebben der Pleitenwelle leisten konnten, die Risikovorsorge zu Lasten der Gewinne etwas zu reduzieren. Das Kreditgeschäft lief zwar im letzten Jahr wieder ein wenig flotter als 1982, doch damit sind nicht die höheren Zinsgewinne, die wichtigste Ertragssäule, zu erklären, zumindest nicht im kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäft der Geschäftsbanken und Sparkassen. Im langfristigen Kreditgeschäft besonders der Hypothekenbanken sieht es allerdings an*ders aus.*

Man hat es während der letzten Tage von den Bossen der Großbanken oft genug gehört. Im Firmenkreditgeschäft herrschte 1983 Flaute. Auch von anderen Bankleuten kommen derlei Klagen. Die Kredite an das verarbeitende Gewerbe, unter den Krediten an Unternehmen und Selbständige der größte Block, sind gerade nur um 0,6 Prozent gestiegen. So paradox es auch klingen mag: Diese Stagnation ist eine Folge der Konjunkturbelebung. Die Unternehmen brauchten kaum Kredit, weil höherer Absatz und bessere Gewinne mehr Geld in die Kassen brachten, mit dem sie einen erheblichen Teil ihrer immer noch etwas zögerlichen Investitionen finanzieren konnten.

Das war besonders bei Großunternehmen auf der Sonnenseite der Konjunktur der Fall, was sich bei den Großbanken, die traditionell diese Kundschaft betreuen, sogar in einem Rückgang der Kredite an das verarbeitende Gewerbe niederschlug. Außerdem spielte sich das Geschäft zum Teil außerhalb der deutschen Bankbilanzen im zinsgünstigeren Luxemburg ab.

Der Handel, der mit der konjunkturellen Besserung seine Lager aufbaute, war dagegen mehr auf Bankkredite angewiesen. Sie nahmen um gut 6 Prozent zu. Ein wirklicher Quell der Freude waren für das Kreditgewerbe eigentlich nur die wirtschaftlich unselbständigen Privatpersonen, eine Kreditnehmergruppe, deren Bedeutung sicherlich häufig unterschätzt wird. An sie hat das Kreditgewerbe immerhin mehr als die Hälfte der 864 Milliarden Mark ausgeliehen, mit denen inländische Unternehmen und *Selbständige in der Kreide stehen.* Die Privathaushalte haben ihre Verschuldung im letzten Jahr um 9,3 Prozent erhöht, so stark wie keine andere Kreditnehmergruppe. Das waren immerhin mehr als 40 Milliarden Mark, während die fast doppelt so große Schuldnergruppe Unternehmen und Selbständige lediglich 50 Milliarden Mark mehr Kredit brauchte.

Auch das ist ein Reflex der besseren Konjunktur – und vielleicht auch der politischen Klimaveränderung. Die Bundesbürger hatten einfach wieder mehr Mut, sich zu verschulden, vor allem für den schon lange hinausgeschobenen Kauf eines neuen Autos. Und ganz besonders blühte die Nachfrage nach Hypotheken für die Realisierung des Wunsches nach eigenen vier Wänden oder für die Modernisierung, wofür steuerliche Vorteile lockten.

Da die Zinsgewinne des Kreditgewerbes trotz eines insgesamt schwachen Kreditgeschäftes kräftig gestiegen sind, liegt die Vermutung nahe, daß Banken und Sparkassen ihre Zinsspanne auf Kosten der Kreditkunden und Sparer sowie sonstiger Einleger aufgebessert haben. Das lassen sich die Bankherren natürlich nicht gern vorhalten. Mit Recht weisen sie jedenfalls den Vorwurf zurück, sie hätten ihre deutschen Kunden geschröpft, um mit den von ihnen kassierten Zinsgewinnen die Wertberichtigungen auf unsichere Auslandskredite zu finanzieren. Das hieße ja wohl, daß der Wettbewerb nicht funktionierte. Doch der ist gerade wegen der Flaute im Kreditgeschäft ausgesprochen hart. Die besseren Zinsgewinne kommen zu einem erheblichen Teil aus einer anderen Quelle, nämlich aus Krediten, die früher zu höheren Festzinssätzen gegeben wurden und die inzwischen mit niedrig verzinster Einlage refinanziert werden können.

Manchmal gewinnt man den Eindruck, Bankengewinne würden in der Öffentlichkeit als etwas beinahe Unanständiges wenn nicht sogar Unmoralisches angesehen. Die Kreditinstitute, so heißt es, sollten doch lieber auf einen Teil ihrer Gewinne verzichten und statt dessen Kredite verbilligen, um so der Wirtschaft zu einem schnelleren Aufschwung zu verhelfen. *Solche Betrachtungsweise ist* jedoch recht kurzsichtig, denn der Löwenanteil der 1983 deutlich höheren Erträge aus dem Zins- und Provisionsgeschäft, zu dem vielfach noch beachtliche Eigenhandelsgewinne vor allem aus dem Wertpapiergeschäft kommen, kommen ja schließlich nicht irgendwelchen großen oder kleinen Kapitalisten und sonstigen Eigentümern zugute, er wird vielmehr, abgesehen von dem erheblichen Brocken, den der Fiskus einstreicht, für die innere Stärkung verwendet, was unerläßlich ist, um das Kreditgewerbe gegen Stürme abzusichern und im Interesse der ganzen Volkswirtschaft funktionsfähig zu halten.

Riesige Beträge sind abermals in die Nach- und Vorsorge für die Risiken im nationalen und internationalen Kreditgeschäft gesteckt worden. Da Milliarden-Beträge an überschuldete Länder praktisch auf Jahre eingefroren sind und eine das Bankensystem der gesamten westlichen Welt erschütternde Explosion an der internationalen Schuldenfront trotz mancher Beruhigungstendenzen noch lange nicht ausgeschlossen werden kann, wäre es mehr als leichtsinnig, wenn die Banken sich nicht gegen den größten aller Unfälle ausreichend mit Wertberichtigungen absichern würden. Dafür haben viele Banken bisher eher zuwenig als zuviel getan.

Der Zukunftsvorsorge dient es schließlich auch, wenn die Banken aus Gewinnen mehr Eigenkapital als Basis für künftiges Kreditgeschäft bilden, worauf besonders die um die Sicherheit der Geldhäuser besorgten Bankenaufseher im Interesse der Einleger dringen.

„Bomber Harris“, ein Architekt der Vernichtung

Für seine Verehrer war er ein Kriegsheld. Für die Kritiker seines Heldentums war er ein Schlächter. Sir Arthur Harris, der Mann, der den Bombenkrieg der Briten gegen Deutschland organisierte, starb nun im Alter von 91 Jahren.

Von FRITZ WIRTH

Am Ende ging er mit jenem Etikett in die Kriegsgeschichte ein, das mehr oder minder wertfrei nur das Handwerkliche seines Tuns kennzeichnete. Man nannte ihn „Bomber Harris“. Sir Arthur Harris war der Planer, Organisator und Befehlshaber des vornuklearen Massenmordes. Die Stationen seines Heldentums sind Brandmale auf der dünnen Haut der Humanität geblieben: Köln, Essen, Hamburg, Dresden. Er hat diese Städte mit einer Strategie zerstört, die nicht mehr Ziele, sondern nur noch Flächen kannte, die Soldaten und Zivilisten, Krieger und Wehrlose mit unterschiedsloser Unbarmherzigkeit in den Tod schickte. „Bomber Harris“ war der Architekt des „Flächen-Bombens“.

Die Grobkörnigkeit seiner Zielansprache suchte er mit grobkörniger Kriegsphilosophie zu rechtfertigen. Er sprach nach dem Sieg, den er maßgeblich auch für seinen Sieg hielt, viel von Moral. Nicht nur strategische Ziele, auch die Moral der deutschen Zivilbevölkerung sollte getroffen werden, verteidigte er sich. Und die Moral seiner eigenen Truppe, die diese Strategie mit 47 268 Toten bezahlte, sei stets exzellent gewesen und habe niemals in Frage gestanden.

Den ethischen Gebrauch der Vokabel „Moral“ vernachlässigte er, und ein Wort des Bedauerns aus seinem Munde über die tödliche Ernte, die sein „strategisches Bomben“ unter Frauen und Kindern einbrachte, ist nicht in Erinnerung geblieben. „Bomber Harris“ starb, so wird aus seinem Trauerhaus berichtet, am Wochenende „friedlich im Schlaf“. Er wurde 91 Jahre alt.

Er habe einen feinen Sinn für Humor gehabt, sagen seine Freunde. Der wurde jedoch zumindest in den ersten Jahren nach dem Kriege von deutlicher Verbitterung überlagert, als viele Briten zum ersten Mal die schreckliche Wirkung seiner Kriegsstrategie besichtigen konnten und sich befremdet zu ihm auf Distanz begaben. Es bedurfte erst nachträglicher massiver Vorstellungen britischer Luftwaffen-Offiziere beim damaligen Premierminister Clement Attles, um Harris zum Luft-Marschall zu befördern.

In den Adelsstand aber, eine übliche Auszeichnung für alle führenden Offiziere und Kriegshelden der Nation im Jahre 1946, mochte man ihn noch nicht erheben. Diese Ehre wurde ihm erst im Jahre 1953 zuteil, als Winston Churchill wieder Premierminister war, und auch dann war es nur der bescheidenste aller britischen Adelstitel. Man machte ihn zum Baronet.

Hätte er im Kriege auf der Seite der Verlierer gestanden, hätte er sich mit Sicherheit des Vorwurfs des Kriegsverbrechens erwehren müssen. Seine Freunde und seine Kriegskameraden verteidigten ihn stets mit dem Argument, daß er nicht der Initiator, sondern nur der Vollstrecker von Befehlen seiner Vorgesetzten war. Sie weisen darauf hin, daß das Konzept des „strategischen Flächen-Bombens“ das Ergebnis der Casablanca-Konferenz vom 21. Januar 1943 gewesen und von Winston Churchill und Präsident Roosevelt abgesegnet worden sei.



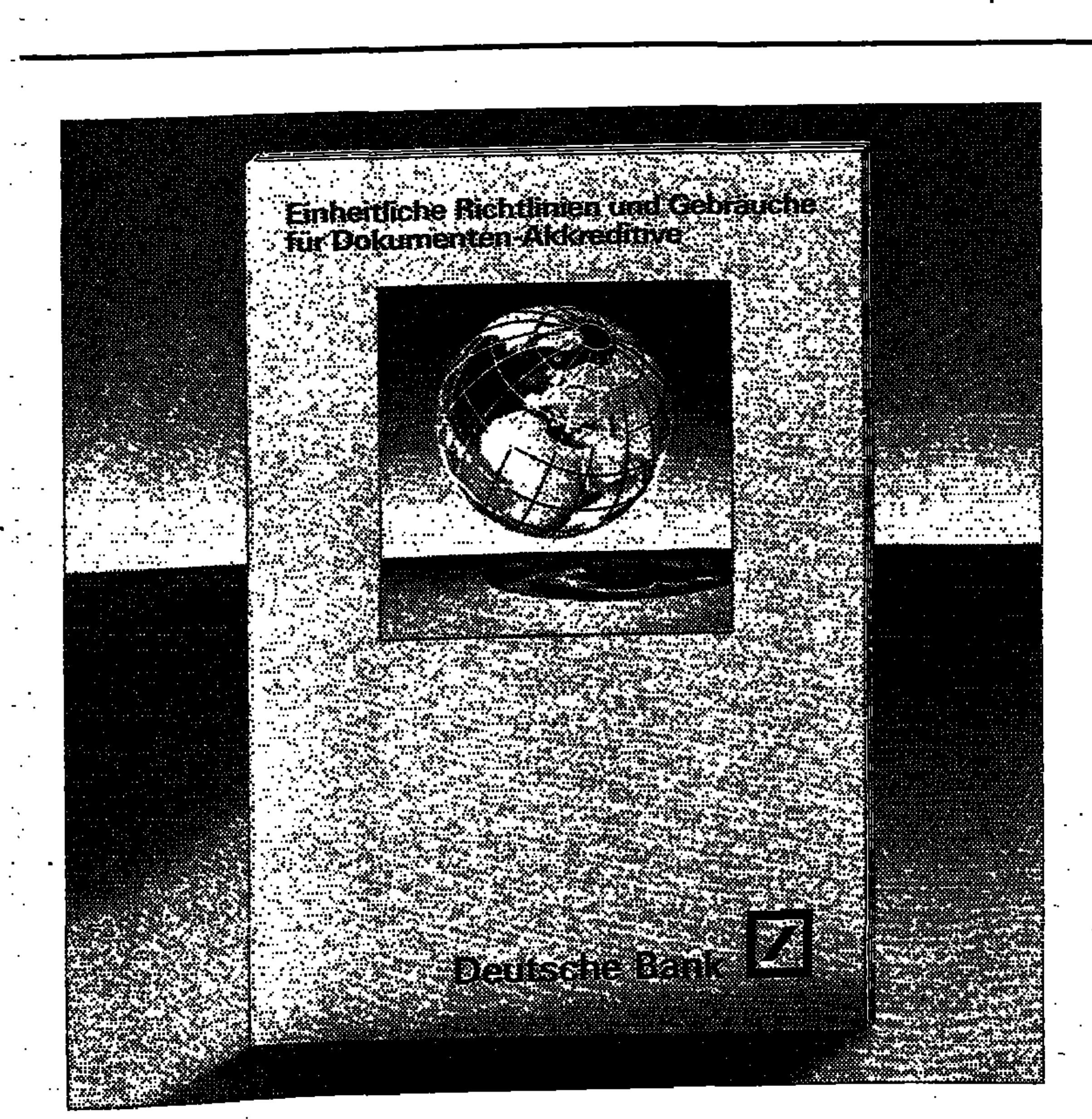
Sir Arthur Harris 1981 im Museum der Royal Air Force in Hendon FOTO: AP

Harris selbst jedoch hat diese Entschuldigung niemals gebraucht. Aus gutem Grund, denn er war schon lange vorher der Prophet der „Air Power“ gewesen, mit der er bereits vor Casablanca seine grausame Premiere feierte. Es war der Angriff auf Köln im Jahr 1942, bei dem er zum ersten Mal mit der Strategie der „Tausend Bomber“ einen Großeinsatz flog. „Wir werden Deutschland von oben bis unten zerstören“, verkündete er in einer Rundfunkansprache an die Ausgelieferten seiner Strategie.

Selbst wenn er fest davon überzeugt war, daß die Opfer unter der Zivilbevölkerung ein notwendiger Preis für die Zerstörung der deutschen Kriegsmaschinerie sei, so galt dieses Argument mit Sicherheit nicht mehr im Februar 1945, als die deutsche Kriegsmaschinerie bereits zerstört war und dennoch der Angriff gegen Dresden geflogen wurde, bei dem mehr Menschen umkamen als in Hiroshima. Mag sein, daß andere den Befehl zu diesem Angriff gaben, Sir Arthur Harris war und blieb der Vollstrecker.

Der „Sunday Telegraph“ zitierte gestern einen RAF-Offizier namens Ray Piper, der die strategische Zielsuche des Sir Arthur Harris so beschrieb: „Wir stellten ihn uns in einem Sessel in seinem Hauptquartier sitzend vor, von dem aus er einen Wurfpfeil auf eine Deutschlandkarte warf. Der erste Treffer war stets das Ziel für die jeweilige Nacht.“

Das ist Karikatur und wird gewiß nicht dem Denken und Tun dieses Mannes gerecht. Die „Sunday Times“ wählte einen vielsagenden Nachruf auf diesen Mann. Sie schwieg.



Wie wichtig Beratung gerade im Außenhandel ist, zeigt unsere neue Broschüre.

Am 1. Oktober 1984 tritt eine Neufassung der „Einheitlichen Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive“ der Internationalen Handelskammer, Paris, in Kraft. Wir haben den vollständigen deutschen und englischen Wortlaut in einer Broschüre zusammengefaßt und einige für Sie wichtige Änderungen erläutert.

Die neuen Richtlinien berücksichtigen insbesondere aktuelle Entwicklungen im Transportwesen und in der Kommunikationstechnik.

Außerdem weisen die Regeln ergänzende Bestimmungen auf, die im Interesse einer einheitlichen internationalen Akkreditivpraxis vornehmlich der Klarstellung dienen sollen.

Die Broschüre erhalten Sie von unserem Kundenbetreuer – auch wenn Sie noch nicht unser Kunde sind. Er berät Sie auch gern umfassend in allen Geld- und Kreditfragen.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank

Genscher geriet in Schußlinie seiner hessischen Parteifreunde

FDP-Chef verzichtete auf Gegenangriff / Mischnick stellt sich hinter Vorsitzenden

GEORG BAUER/DW. Langgöns

Die hessischen Freien Demokraten haben scharfe Kritik an FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher geübt. Ihr Parteitag am Samstag in Langgöns bei Gießen wurde neben der Frage nach programmatischen Perspektiven der Liberalen von der Kritik an der Führungsqualität Genschers bestimmt. Der FDP-Chef, der gestern auf dem Parteitag der niedersächsischen FDP in Wolfsburg die liberale Funktion seiner Partei hervorhob, verzichtete auf eine Stellungnahme zu den hessischen Vorwürfen. „Ich möchte bei meinem Stil bleiben, daß ich mich innerparteilich mit jenen auseinandersetze, die da sind und nicht mit jenen, die nicht da sind". Weitere Kritik an der FDP-Bundespo-litik kam in Wolfsburg nicht auf.

Anders sah es am Vortag bei den Liberalen in Langgöns aus. Nach Meinung eines wesentlichen Teiles der Delegierten war der Schuldige für die Unsicherheit über den zukünftigen Weg der Partei schnell ausgemacht. Mit der Bemerkung, er habe keine Grußadresse an den Bundesvorsitzenden zu richten, stellte der FDP-Landesabgeordnete Alfred Schmidt den Parteichef Hans-Dietrich Genscher gleich zu Anfang seiner Rede an den Pranger. Schmidt, der bereits in der vergangenen Woche den Bundesvorsitzenden zum Rücktritt aufgefordert hatte, warf der Parteispitze Überheblichkeit und Mangel an Zukunftsperspektiven vor.

Mit Blick auf die mageren FDP-Wahlergebnisse erklärte er: „Wer eine Niederlage nicht zugeben kann, wer nicht bereit ist, nach Fehlern zu suchen, der bekommt kein Vertrauen und wirkt arrogant." Das Gesamtbild der Partei sei, so fuhr der Liberale fort, in eine Schieflage geraten. Man gelte als Unternehmerpartei und dies sei draußen kein ausreichendes Programm. Die FDP brauche wieder ein Profil mit Ecken und Kanten, um wieder als Partei der Bürgerrechte von kritischen jungen Bürgern akzeptiert zu werden. Als Gedankenstütze und Leitfaden empfahl er dem Parteivorsitz, die Lektüre „Noch eine Chance für die Liberalen" von Karl Hermann Flach zu lesen.

Andere Delegierte schlugen in die gleiche Kerbe. So warf ein Jungliberaler Graf Lambsdorff in Zusammenhang mit dem Umweltschutz eine unverantwortliche Politik vor. Auf diesem Gebiet wirke die FDP mittlerweile als Bremser, wenn sie – wie es der Wirtschaftsminister getan habe – dem Innenminister Friedrich Zimmermann mit der Warnung vor umweltpolitischer Hektik in den Arm falle.

Auch die Personalpolitik des Parteivorsitzenden erregte den Unmut mancher. Habe Frau Adam-Schwaetzer nur deshalb zurücktreten müssen, weil sie Genscher unbequem geworden sei? Verhindere der Parteivorsitzende etwa das Nachrücken jüngerer profilierter Liberaler in verantwortungsvolle Positionen?

Die Kritik, unterbrochen von Beifall, mochte der ehemalige hessische Wirtschaftsminister Klaus Jürgen Hoffie, nicht ohne Antwort lassen. Kaum am Rednerpult, sprang er für Genscher in die Bresche und stellte lautstark klar: „Hans-Dietrich Genscher ist heute und für absehbare Zeit unverzichtbar." Wer den Bundesvorsitzenden zur Diskussion stelle, müsse auch eine Alternative nennen. Zum Programm erklärte er: „Die Wende ist die größte Leistung, die wir als FDP gebracht haben." Die Entscheidung, aus der Koalition mit der SPD auszuscheren, sei damals kein taktisches Verhalten gewesen, sondern die Orientierung hin zu solideren Haushalten.

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, der als Seismograph Bonns nach Langgöns geschickt worden war, nickte ob solcher Worte wohlgefällig mit dem Kopf. Auch er brach eine Lanze für Genscher. Wer den Parteivorsitzenden kritisiere, aber keine Alternative nenne, der laufe Gefahr, Genscher zu demontieren. Außerdem setze Genscher als Außenminister Politik der Freien Demokraten durch und weder der Paragraph 218 noch das Demonstrationsstrafrecht seien in der Koalition mit den Christdemokraten geändert worden. Mischnick, der die Delegierten daran erinnerte, daß man nicht mehr mit den Sozialdemokraten koaliere, appellierte an die Solidarität der FDP-Mitglieder: „Die Partei muß eine Entscheidung gemeinsam tragen." und mit erhobener Stimme: „Ich stehe für das, was die Bundespartei macht, gerade und lasse nicht zu, daß alles auf den Bundesvorsitzenden abgeladen wird." Gegenüber der WELT erklärte Mischnick gestern auf Anfrage: „Für mich gibt es keine Führungskrise. Sie darf auch nicht herbeigeredet werden". Und weiter: „Ich bin der Überzeugung, daß Genscher im Sommer als Parteichef wiedergewählt wird. Es ist ernstlich keiner da, der sagt, er solle den Parteivorsitz abgeben".

Mehrheit der Jugend ist zufrieden

dpa, Hamburg

Die weit überwiegende Mehrheit der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland ist nach einer repräsentativen Umfrage des sozialwissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrer Lebenssituation zufrieden. Über die bisher unveröffentlichte Umfrage unter 2000 jungen Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet berichtet die Zeitung „Bild am Sonntag" in ihrer neuesten Ausgabe.

Nach Angaben des Blattes ist das Leistungsprinzip in der bundesdeutschen Gesellschaft für 68 Prozent der Befragten „in Ordnung". Mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland seien 80 Prozent zufrieden oder sehr zufrieden. 70 Prozent erklärten: „Ich möchte Kinder haben und ein glückliches Familienleben führen." Etwa gleich viele wollten berufliche Karriere machen.

Bundeskanzler Helmut Kohl sagte zu diesen Ergebnissen: „Dieser Bericht über die Jugend von heute widerlegt alle Schwarzseher und Schwarzmaler." Berichte über Randerscheinungen hätten das Bild über die wirklichen Ansichten der Jugend total verzerrt. Er freue sich, daß eine große Mehrheit der jungen Menschen mit „Tatkraft, Leistung und Optimismus" an die anstehenden Aufgaben herangehe.

„Unsere Jugend ist viel besser, als der ihr angedichtete Ruf", erklärte der Bundeskanzler gegenüber „Bild am Sonntag" zu den überraschenden Umfrage-Ergebnissen, von denen „Bild am Sonntag" als erste Zeitung erfahren hatte. Diese Ergebnisse stehen im Widerspruch zu anderen Untersuchungen, wonach es unter Hinweis auf die anhaltende Jugendarbeitslosigkeit heißt, die junge Generation verharre in Resignation.

Flugmanöver der Sowjets sorgen für Unruhe unter den Berlinern

Nach der Gefährdung von Zivilmaschinen jetzt Lärmbelästigung über der Stadt

F. DIEDERICHS, Berlin

Die alliierte Luftsicherheitszentrale in Berlin hat zum Wochenende eine stark gestiegene Anzahl von Manöverflügen sowjetischer Militärflugzeuge über der Stadt registriert, die zu Belästigungen und erheblicher Unruhe in der Berliner Bevölkerung geführt haben. Am späten Freitagnachmittag hatten die Sowjets mit ihren Manöverflügen begonnen, in deren Verlauf „mindestens zehn MiG-Düsenjäger", so ein alliierter Sprecher, über dem freien Teil der Stadt mehrfach die Schallmauer durchbrachen. Dabei kam es im gesamten Stadtgebiet zu Beschädigungen an Fenstern und Schaufensterscheiben. Zahlreiche Berliner begehrten über den Notruf Auskunft über die Hintergründe der Lärmbelästigungen.

In der vergangenen Woche hatten bereits die USA, Großbritannien und Frankreich bei der Sowjetunion gegen immer häufiger auftretende gefährliche Behinderungen alliierter Passagiermaschinen bei den Flügen von und nach Berlin protestiert und ihre Entschlossenheit bekräftigt, den freien Zugang nach Berlin offenzuhalten.

Politische Beobachter werten die Flugmanöver der Sowjets vom Wochenende als weitergehenden Versuch, sich über die in den alliierten Kontrollratsbeschlüssen festgelegten Regeln zur Benutzung der drei Luftkorridore hinwegzusetzen und mit erhöhter Militärpräsenz zu einer Demonstration der Stärke zu kommen. Nachdem Moskau mittlerweile die Proteste der Alliierten als „unbegründet" zurückgewiesen hat, wird in diplomatischen Kreisen in Bonn betont, man werde die Beschwerden weiterhin auf höchster Ebene zur Sprache bringen. Die westalliierten Fluggesellschaften hätten sich lediglich aus Gründen der Flugsicherheit an die von den Sowjets willkürlich festgelegten Sperrzonen in den Luftkorridoren gehalten, so daß es zu Verspätungen bei Linienflügen gekommen sei.

Zuletzt hatte am vergangenen Donnerstag der Pilot einer PanAm-Linienmaschine auf dem Flug von Berlin nach Frankfurt „Sichtkontakt" und Verfolgung durch einen sowjetischen Düsenjäger gemeldet. Während hier die Besatzung „nicht reagieren mußte", so PanAm-Sprecher Werner Drescher, wurden jedoch mehrfach Piloten zu abrupten Kursänderungen oder waghalsigen Landeanflügen gezwungen, weil zumeist in der „DDR" stationierte Jäger, Bomber oder Hubschrauber gefährlich nahegerückt waren.

Die Manöverflüge der Sowjets werden zwar von diesen über den ständig residierenden Vertreter in der alliierten Luftsicherheitszentrale in Berlin fallweise, aber keinerwegs regelmäßig angemeldet. Der sowjetische Vertreter weist dabei stets darauf hin, so verlautete aus allierten Kreisen, daß er die Sicherheit westalliierter Zivil- und Militärflugzeuge nicht garantieren könne. Gekoppelt wird diese Erklärung mit der „Empfehlung" an die Alliierten, ihren Maschinen möglichst eine andere Höhe zuzuweisen. Dieser Forderung werde wiederum besonderer Nachdruck verliehen, indem die Sowjetunion Militärmaschinen dicht zu den westalliierten Flugzeugen heranfliegen lasse.

Diese Pressionen verletzen nach Ansicht der Westalliierten in Berlin eindeutig die in den Jahren 1945 und 1946 gefaßten Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates, der unter der Zustimmung der Sowjetunion drei Luftkorridore für den Verkehr westalliierter Zivil- und Militärmaschinen über die damalige sowjetische Besatzungszone nach Berlin einrichtete. Die auch für die Sowjets verbindlichen Regeln sehen vor, daß Moskau für die Sicherheit der Korridor-Flüge sorgen muß, wenn die Zivil- oder Militärmaschinen ordnungsgemäß und dem Flugplan entsprechend in der Luftsicherheitszentrale angemeldet sind.

Wie wenig sich der Ostblock an diese Vereinbarungen gebunden fühlt, zeigt eine Bilanz der Zwischenfälle, die sich seit 1945 in den Luftkorridoren ereigneten. So rammte 1948, noch vor der Blockade, ein sowjetischer Jäger eine britische Passagiermaschine, 15 Menschen starben beim Absturz nahe des Flugplatzes Berlin-Gatow. 1952 beschießt eine sowjetische „MiG" eine „Air France"-Linienmaschine, vier Passagiere werden verletzt. 1953 wird ein britisches Militärflugzeug im Korridor Berlin-Hamburg abgeschossen, sechs Männer sterben. 1962 werfen die Sowjets wiederholt Stanniolstreifen über den Berliner Einflugschneisen ab, um die Radaranlagen zu stören.

Zu Beinahe-Zusammenstößen mit sowjetischen Jägern kommt es 1975 und 1978, und im Februar 1981 landet eine britische Hercules-Transportmaschine mit Mühe in Berlin, nachdem ein Acht-Millimeter-Geschoß eines sowjetischen Jägers in ihren Tank eingeschlagen war.

Kiesl war auf Niederlage vorbereitet

CSU-Politiker will sich jetzt um das Amt des Fraktionsvorsitzenden bewerben

PETER SCHMALZ, München

Die schwere Niederlage der CSU und ihres Oberbürgermeisters bei der Kommunalwahl in München hat Wahlverlierer Erich Kiesl nicht unvorbereitet getroffen. Zur Überraschung mancher Parteifreunde erklärte Kiesl während einer Klausurtagung der CSU-Stadtratsfraktion am Wochenende, er habe mit diesem Wahlausgang bereits seit Ende vergangenen Jahres gerechnet.

Ihm habe im Dezember eine „große und bedeutende" Umfrage vorgelegen, durch die er „den möglichen Wahlausgang" gekannt habe. Er habe damals nur seinen Münchner Parteifreund, den bayerischen Bundesratsminister Peter Schmidhuber, davon unterrichtet. Nicht einmal Parteichef Franz Josef Strauß scheint davon gewußt zu haben. Strauß hatte noch nach der Wahl erklärt, ihm bekannte Umfragen hätten einen klaren Sieg Kiesls mit etwa 53 Prozent im ersten Wahlgang über seinen SPD-Konkurrenten Georg Kronawitter signalisiert.

Vor Journalisten erklärte Kiesl gestern, der CSU sei es knapp drei Monate vor der Wahl nicht mehr möglich gewesen, ihren auf Leistung programmierten Wahlkampf umzustellen. Das Wahlkampfkonzept wurde inzwischen von mehreren Stadträten kritisiert. In der Partei wird es zunehmend als Fehler betrachtet, daß für diese wichtige Wahl die in Wahlkämpfen noch wenig erfahrene Agentur eines CSU-Stadtrates jener Werbeagentur vorgezogen wurde, mit der die CSU seit über einem Jahrzehnt erfolgreiche Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen bestreitet. Ein Scherbengericht, so Kiesl, habe es auf der Tagung jedoch nicht gegeben: „Wir haben ein ganz, ganz hohes Maß an Solidarität."

Über sein vorläufiges politisches Schicksal hat sich Kiesl, der noch bis Ende des Monats das Amt des Oberbürgermeisters innehat, bereits entschieden. Den „einfachen Stadtrat Kiesl", wie ihn der Wahlverlierer am Abend der Stichwahl angekündigt hatte, wird es nicht geben. „Ich werde mich um das Amt des Fraktionsvorsitzenden bewerben", sagte er gestern. Ebenso wird er den Vorsitz des Münchner CSU-Bezirks behalten und sich dafür im kommenden Jahr zur Wiederwahl stellen. Privat will er seine Zulassung als Rechtsanwalt beantragen.

Eine Rückkehr in die Landespolitik scheint in absehbarer Zeit kaum möglich. Kiesl war vor seiner Wahl zum Oberbürgermeister Münchens Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium und hatte damals Chancen, als Nachfolger von Bruno Merk Innenminister zu werden. Eine schnelle Rückkehr ins Kabinett wird nach dieser Niederlage ausgeschlossen.

Trotz des Verlustes der absoluten Stadtratsmehrheit und des Oberbürgermeisteramtes will Kiesl die künftige CSU-Fraktion selbstbewußt führen und erhebt für seine Partei den Anspruch auf den zweiten Bürgermeister. Kiesl: „Zumindest nach den Stimmen sind wir die stärkste Fraktion." Nach den Sitzen liegt die CSU derzeit mit 35 noch gleich auf mit der SPD, die Nachzählung, deren Ergebnis Ende dieser Woche verkündet werden soll, könnte jedoch den Verlust eines SPD-Mandats bringen. Kiesl wird sich für das Amt des Bürgermeisters nicht bewerben, als aussichtsreichster Kandidat gilt der derzeitige Amtsinhaber Winfried Zehetmeier, in der Partei kursieren aber auch Überlegungen, einen jüngeren CSU-Politiker in dieses Amt zu wählen, um ihm damit eine Plattform zu geben, sich als CSU-Oberbürgermeisterkandidat für 1990 aufzubauen. Kiesl erklärte gestern, er werde nicht nochmals für das Amt des Oberbürgermeisters kandidieren.

CDU: C-Waffen vernichten

dpa, Bonn

Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, hat die sowjetische Führung aufgefordert, den Vorschlag von US-Präsident Reagan anzunehmen, weltweit alle chemischen Waffen überprüfbar zu vernichten. Es sei ein Schlag ins Gesicht aller Menschen, die für eine weltweite Abschaffung aller chemischen Waffen einträten, daß sich die Sowjetunion weigere, den Abbau zuverlässig überprüfen zu lassen, sagte der Unionspolitiker weiter. Die Sowjetunion habe gegenüber dem Westen eine Überlegenheit in einem Verhältnis von mehr als zehn zu eins im Bereich der chemischen Waffen. Die Ablehnung der Kontrolle nähre den Verdacht, daß die Sowjetunion heimliche Reserven an chemischen Waffen behalten wolle. Der Westen könne sich im Ernstfall nicht gegen einen chemischen Angriff des Ostens mit einem unüberprüfbaren Vertrag in der Hand verteidigen, erklärte Todenhöfer.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Blüm: Keine Einigung mit der FDP

Weiteres Modell zur Neuordnung der Hinterbliebenen-Versicherung aufgetaucht

GISELA REINERS, Bonn

In den Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP ist keine Einigung über den Weg zur Neuordnung der Hinterbliebenen-Versicherung in Sicht. Bei einem Gespräch zwischen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) und dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick sowie dem Sozialexperten Dieter Cronenberg in der vergangenen Woche wurden lediglich die kontroversen Auffassungen ausgetauscht.

Blüm versucht, Unterstützung für sein Anrechnungs-Modell zu finden, die FDP besteht zu Teilen auf einer Teilhabe-Rente, wie sie auch von einigen Gruppierungen in der Union bevorzugt wird. Bei dem Koalitionsgespräch zwischen Blüm und Mischnick ist noch ein weiteres Modell aufgetaucht, das in der FDP Freunde gefunden hat.

Bei der Teilhabe-Rente werden Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung dadurch gleichgestellt, daß nach dem Tod eines Partners der andere 70 Prozent der gemeinsamen Rentenanwartschaften erhält. Sollte die eigene Rente höher sein als diese 70 Prozent, bliebe ihm diese garantiert. Diese Lösung, die lange Zeit von weiten Kreisen favorisiert worden war, gilt inzwischen als nicht finanzierbar, vor allem deshalb nicht, weil auch eine Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Frauen im Rentenrecht vorgesehen war.

Die Regierung möchte das Anrechnungs-Modell verwirklichen. Der überlebende Partner erhält Hinterbliebenenrente, auf die ihm aber andere Einkünfte zu 40 Prozent angerechnet werden, wenn sie einen Freibetrag von 900 Mark übersteigen. Hier geht der Streit vor allem um die Einbeziehung der anderen Einkünfte. Auf jeden Fall angerechnet werden sollen eigene Renten und Beamtenpensionen, aber keine Betriebsrenten, also auch nicht die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. Hier gibt es aber schon Stimmen, die dagegen sind. Umstritten ist vor allem aber die Anrechnung von berufsständischen Versorgungsleistungen, gegen die sich die FDP wehrt.

Sie würde ein neues Teilhabe-Modell bevorzugen, das Teilhabe-Prozentsätze sowohl von 70 als auch von 60 Prozent vorsieht. 70 Prozent der gemeinsamen Anwartschaften erhält der Hinterbliebene, wenn zwei Versicherungen bestanden; 60 Prozent, wenn nur eine bestand. Waren also Mann und Frau berufstätig, bezieht z.B. die Witwe 70 Prozent, war sie Nur-Hausfrau dann nur 60 Prozent Rente.

Diese Rente soll nur gezahlt werden, wenn die Witwe mindestens 60 Jahre alt ist. Erzieht sie jedoch noch Kinder, ermäßigt sich diese Altersgrenze um fünf Jahre pro Kind. So wäre eine Witwe mit drei noch im Haushalt lebenden Kindern auch schon mit 45 Jahren berechtigt, Hinterbliebenenrente zu beziehen. Ist sie beim Tod des Mannes 50 und hat nur ein Kind zu versorgen, erhält sie nichts.

Blüm verwirft diese Lösung genauso wie ein anderes Modell, das eine 65-prozentige Teilhabe vorsah und einen Zuschlag von 2,5 Prozent pro Kind für die Frau. Teilhabe-Renten wirken sich nämlich hauptsächlich zum Nachteil der berufstätigen Frauen aus. Schon für Frauen mit geringem eigenen Rentenanspruch entsteht ein Verlust bei der Zusammenlegung der Anwartschaften, der um so höher wird, je niedriger der Teilhabesatz ausfällt. „Wenn ich den Hausfrauen und Müttern etwas geben will, bedeutet das nicht, daß ich es den berufstätigen Frauen wegnehmen will", meint Blüm dazu. Er hat mittlerweile Unterstützung vom DGB erhalten. Der DGB findet die Anrechnungs-Lösung „prüfenswert".

AIR FRANCE LE CLUB: UNSERE GASTFREUNDSCHAFT HEBT UNS AB.

Unsere Gastfreundschaft beginnt schon, bevor Sie an Bord sind. Als Le Club-Passagier können Sie Ihren Sitzplatz schon bei der Buchung reservieren. Bei der Abfertigung steht Ihnen ein spezieller Schalter zur Verfügung. An Bord kümmern wir uns um Ihre Garderobe und bieten Ihnen schon vor dem Abflug einen Willkommensdrink an. Während des ganzen Fluges steht Ihnen unsere Bordbar zur Verfügung – selbstverständlich kostenlos. Aber wir bedienen Sie auch gern an Ihrem Platz aus unserem umfangreichen Getränkeangebot. Die Mahlzeiten, die wir Ihnen servieren, sind in bester französischer Tradition ausgewählt und von einer Qualität, die selbst den Vergleich mit Spitzenrestaurants nicht zu scheuen braucht.



Bayern erwartet einen Steuer-Kompromiß

Dezente Kritik an Bundesfinanzminister Stoltenberg

PETER SCHMALZ, **München**

Nach Ansicht bayerischer Finanzpolitiker wird Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg das Volumen seines Steuerentlastungspakets für einen ersten Schritt deutlich reduzieren müssen. Anstelle der angestrebten 25 Milliarden Mark erwartet man im Münchner Finanzministerium einen Kompromiß von 15 Milliarden Mark, dem man einen doppelten positiven Effekt beimißt: Er wäre, so argumentiert man in München, ohne Steuererhöhungen finanzierbar und könnte schon als Einstieg in die versprochene Reform zum 1. Januar 1986 und nicht erst – wie Stoltenberg vorsieht – 1988 realisiert werden.

Dabei sind an zehn Milliarden Mark gedacht, die der Rückgabe „heimlicher Steuererhöhungen" zugute kommen sollen, also einer Änderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression, sowie fünf Milliarden Mark für einen Familienanteil, der nach bayerischen Vorstellungen eine Erhöhung der steuerlichen Kinderfreibeträge von jetzt 432 Mark pro Kind und Jahr auf 3000 Mark bringen soll. Die Bundesregierung schlägt einen Freibetrag von nur 2400 Mark vor, hier müssen sich die Unionsparteien noch einigen. CSU-Chef Franz Josef Strauß hatte in einem WELT-Interview (7. April) die „Familienausgleichs-Komponente" im Steuerpaket bereits mit „fünf Milliarden Mark plus x" beziffert, sein Staatssekretär Edmund Stoiber erklärte gegenüber der Münchner Landtagspresse, die Frage, ob ein Familienausgleich komme, sei „gegessen, es geht jetzt nur noch um das x".

Unterschiedliche Auffassungen zwischen Stoiber und Finanzminister Max Streibl werden in der Beurteilung erkennbar, welche Größenordnung der tarifliche Teil der Steuerreform haben sollte, um politisch sinnvoll zu sein. Eine Änderung der Progression, die weniger als 20 Milliarden Mark Entlastung bringen würde, ist nach Stoibers Ansicht „unsinnig", da sie für die Betroffenen nicht meßbar und damit als Entlastung nicht spürbar wäre.

Streibl meint dagegen, für einen Einstieg könnten zehn bis zwölf Milliarden ausreichen und wären bei einem sorgfältig durchgearbeiteten Konzept durchaus als Entlastung spürbar. Man müßte allerdings der Öffentlichkeit plausibel erklären, daß es sich um einen Beginn der Tarifänderungen handelt, dem weitere Schritte folgen, der aber ohne Steuererhöhung in anderen Bereichen finanziert werden kann, heißt es im Münchner Finanzministerium.

Pläne, die Reform zumindest teilweise über Steuererhöhungen zu finanzieren, stoßen auf entschiedenen bayerischen Widerspruch. Eine Anhebung der Mineralölsteuer lehnt Streibl kategorisch ab: „Mit Bayern nicht zu machen." Ebenso dürfe nicht die Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe wieder beseitigt werden, die als „Mittelstandskomponente" im Steuerentlastungsgesetz 1984 eingeführt wurde und zu einer „deutlichen strukturellen Verbesserung" geführt hat. „Zu einer Fortführung des FDP/SPD-Kurses eines Zick-Zack und rein und raus darf es in der Steuerpolitik nicht kommen", meinte der Finanzminister. „Der Wirtschaftsaufschwung braucht Vertrauen und Beständigkeit."

Aber auch Bundesfinanzminister Stoltenberg darf sich des ungeteilten bayerischen Mißtrauens sicher sein, die Kritik an ihm wird jedoch aus Unions-Räson dezenter vorgetragen. Immerhin registriert man in München mit Genugtuung, daß Stoltenberg beim Spitzengespräch am Montag beauftragt wurde, nun doch eine Berechnung über die Höhe der in den letzten Jahren durch die Progression aufgelaufenen „heimlichen Steuererhöhungen" vorzulegen. Dabei sind mehrere Berechnungsmodelle denkbar, im Münchner Finanzministerium stützt man sich aber auf eine Berechnung des Bonner Instituts „Finanzen und Steuern", das diese stillen Erhöhungen für die Zeit vom Regierungsantritt von CDU und CSU bis 1985 auf 15 bis 16 Milliarden Mark schätzt. „Eine 1986 mit 15 Milliarden begonnene Steuerreform würde demnach zumindest den Betrag zurückgeben, der unter der Regierungsverantwortung der Unionsparteien durch die Progression kassiert wurde", heißt es im bayerischen Finanzministerium.

Über eine Finanzierung des erwarteten 15-Milliarden-Kompromisses macht man sich in München keine Sorgen. „Wir haben in unserer Finanzplanung bereits entsprechende Rückstellungen vorgenommen", sagt Minister Streibl.

Seite 10: Steuerreform bleibt weiter umstritten.

Reagans unnötiger Kampf gegen 535 Außenminister im Kongress

Schuldzuweisungen zum falschen Zeitpunkt stören neuen Konsens der Staatsgewalten

Von TH. KIELINGER

Die amerikanische Verfassung, ein Musterbeispiel von Dauer in der Geschichte des modernen Rechtsstaates, hat sich mit dem Prinzip der strengen Gewaltenteilung zwischen Kongreß und Exekutive gleichzeitig einen beständigen Irritationspunkt geschaffen. Nirgendwo kommt die Erkenntnis, daß die Gewalten im amerikanischen System häufig mehr verfeindet als nur geteilt sind, mehr zum Ausdruck als auf dem Felde der Außenpolitik. Hier liegen Rechtsgelehrte wie Regierungsmitglieder im beständigem Streit.

In diese grundsätzliche Debatte hat sich jetzt Präsident Reagan vehement eingeschaltet, darin unterstützt von einem durch den Libanon-Rückzug sichtlich niedergeschlagenen Außenminister George Shultz. Es ist der Kongreß, so schalt Reagan gleich zweimal in der vergangenen Woche, der die Administration in ihrer Außenpolitik „unterminiert". Shultz wie Reagan gaben in gesonderten Vorträgen der Vermutung Raum, daß in Libanon die Terroristen geradezu ermutigt wurden, gegen das amerikanische Interesse vorzugehen, weil sie aus der Debatte im US-Kongreß ablesen konnten, daß der Präsident sich aufgrund dieser heimischen Kritik ohnehin nicht lange in Libanon würde halten können.

Libanon war als Thema fast verblaßt

Man muß sich fragen, was das Weiße Haus bewegt haben mag, gerade jetzt die Attacke gegen die Gesetzgeber und ihre „Unverantwortlichkeit" zu reiten, da Libanon als Thema im weiten Land schon so gut wie verblaßt war. Der Präsident bringt hier ein dem amerikanischen politisch denkenden Publikum wohlvertrautes Anliegen – die Suche nach Überparteilichkeit in der US-Außenpolitik – auf die Ebene eines sehr parteilichen Streitfalls – und das scheint nicht einer seiner besten Schachzüge der letzten Monate zu sein.

Die Überparteilichkeit in der Außenpolitik: Das ist eine alte Wunschvorstellung aller durch die Gewaltenteilung sich geschmälert vorkommenden US-Präsidenten. Die Überparteilichkeit hatte ihre goldenen Jahre in der Zeit des 2. Weltkrieges und auch noch in der Frühära des kalten Krieges. Spätestens seit den Vietnam-Kriegsjahren aber hat sich die Bereitschaft des Kongresses, mit der Administration in der Außenpolitik zusammenzuarbeiten, verflüchtigt. Das Gefühl, in Vietnam betrogen, vom Weißen Haus hintergangen worden zu sein, machte sich in verheerender Aufmüpfigkeit der Gesetzgeber bemerkbar. Der „War Powers Act" von 1973, der den Kongreß ermächtigt, das Weiße Haus im Einsatz militärischer Gewalt zu überstimmen, war nur eines der Ergebnisse dieser Jahre.

Über einhundert Sondergesetze hat die amerikanische Legislative seit 1973 erlassen. Und alle laufen auf eine Erweiterung der außenpolitischen Befugnis des Kongresses hinaus. Es war der Kongreß, der die letzte Hilfe für Saigon abschnitt; es war der Kongreß, der – mit dem berüchtigen „Clark Amendment" von 1975 – dem Weißen Haus jede Chance versagte, in Angola einzugreifen.

Paßt auch Libanon in dieses Bild? Zweifel sind angebracht. Im Oktober 1983 erhielt Präsident Reagan nach langer Debatte vom Kongreß die Ermächtigung, die US-Marines 18 weitere Monate in Beirut zu stationieren. Verlängerung wäre, nach erneuter Überprüfung der Sachlage, möglich gewesen. Doch noch vor dem Kongreß standen die militärischen Experten dem ganzen Unternehmen mit höchstem Mißbehagen gegenüber. Sehr deutlich kam das in dem Bericht der Long-Kommission im Dezember zum Ausruck, die die Ursachen und Umstände des Massakers im US-Hauptquartier in Beirut zu untersuchen hatte. Erst nachdem Admiral Long seine Studie vorgelegt hatte, rief der Kongress nach einer Überprüfung der 18-Monate-Frist.

Verständlicher wäre es gewesen, wenn das Weiße Haus seine Philippika mit dem Beispiel Mittelamerika als Hauptargument ausgerüstet hätte. Hier zeigt sich an einer anderen strategisch zentralen Region, wie aus dem Engagement der Administration durch die Querschläge des Kongresses so etwas wie ein Halbengagement – oder weniger – wird. Die Gegner der amerikanischen Politik können sich keinen besseren Mithelfer wünschen als einen zur Kooperation unentschlossenen und zur Disziplin unfähigen Kongreß mit 535 US-Außenministern, wie George Shultz sarkastisch anzumerken pflegt.

Und dennoch – auch hier war der Zeitpunkt der Reagan-Attacken ungünstig gewählt. Just am Tag vor der Anti-Kongreß-Rede des Präsidenten bewilligte der Senat 61 Millionen Dollar Militärhilfe für El Salvador und 21 Millionen Dollar Unterstützung für die in Nicaragua operierenden Anti-Sandinisten-Gruppen, genannt „Contras". Das ist nicht alles, was die Administration verlangt – aber beträchtlich mehr als das, womit sie am Ende gerechnet hatte.

Vor vier Jahren noch undenkbar

Überhaupt ist der Kontrast zur Carter-Ära überwältigend: Undenkbar, daß noch vor vier Jahren so etwas wie offen ausgewiesene Subversionshilfe für Guerrilla-Kräfte in einem zentralamerikanischen Staat überhaupt nur debattiert, geschweige denn bewilligt worden wäre.

Die Geschichte der drei bisherigen Reagan-Jahre ist das erstaunliche Dokument einer so nicht mehr für möglich gehaltenen Zusammenarbeit zwischen amerikanischer Exekutive und Legislative. Denn im Kontext der Nach-Vietnam-Geschichte und der fast vollkommenen Zerstörung des Konsensus zwischen den Gewalten steht die Reagan-Amtszeit als bemerkenswerte Tendenzwende schon jetzt in den Annalen, was immer die Kooperations-Mängel sein mögen, die dem Weißen Haus weiterhin zu schaffen machen.

So gesehen, hat sich der Präsident mit seiner Attacke zum falschen Zeitpunkt mehr als nötig vergeben. Der Kongreß, obwohl beklagenswert führungslos und ohne jene Integrationskräfte, die noch am Werk waren, als ein Senatsführer namens Lyndon Johnson und sein Gegenüber im Repräsentantenhaus, Sam Rayburn, das Sagen hatten – dieser Kongreß hat unter der Leitung des Weißen Hauses ganz allmählich auch wieder ein Gespür für den Einsatz militärischer Macht gewonnen.

In Italien droht eine neue Regierungskrise

Christdemokraten verweigern Craxi die Gefolgschaft

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

In Italien ist die entscheidende Parlamentsschlacht um das Regierungsdekret zur Abbremsung der inflationstreibenden gleitenden Lohnskala im vollen Gange. Die Abgeordnetenkammer, von der das Dekret, wenn es nicht verfallen soll, bis zum 16. April verabschiedet werden muß, tagt praktisch in Permanenz: von morgens acht Uhr bis nachts drei Uhr. Auch am gestrigen Sonntag fand eine solche Marathonsitzung statt, in deren Verlauf die Regierung die Vertrauensfrage stellte. Damit hat der sozialistische Premier Bettino Craxi alle verfügbaren Register gezogen, um der kommunistischen Obstruktionstaktik zu begegnen.

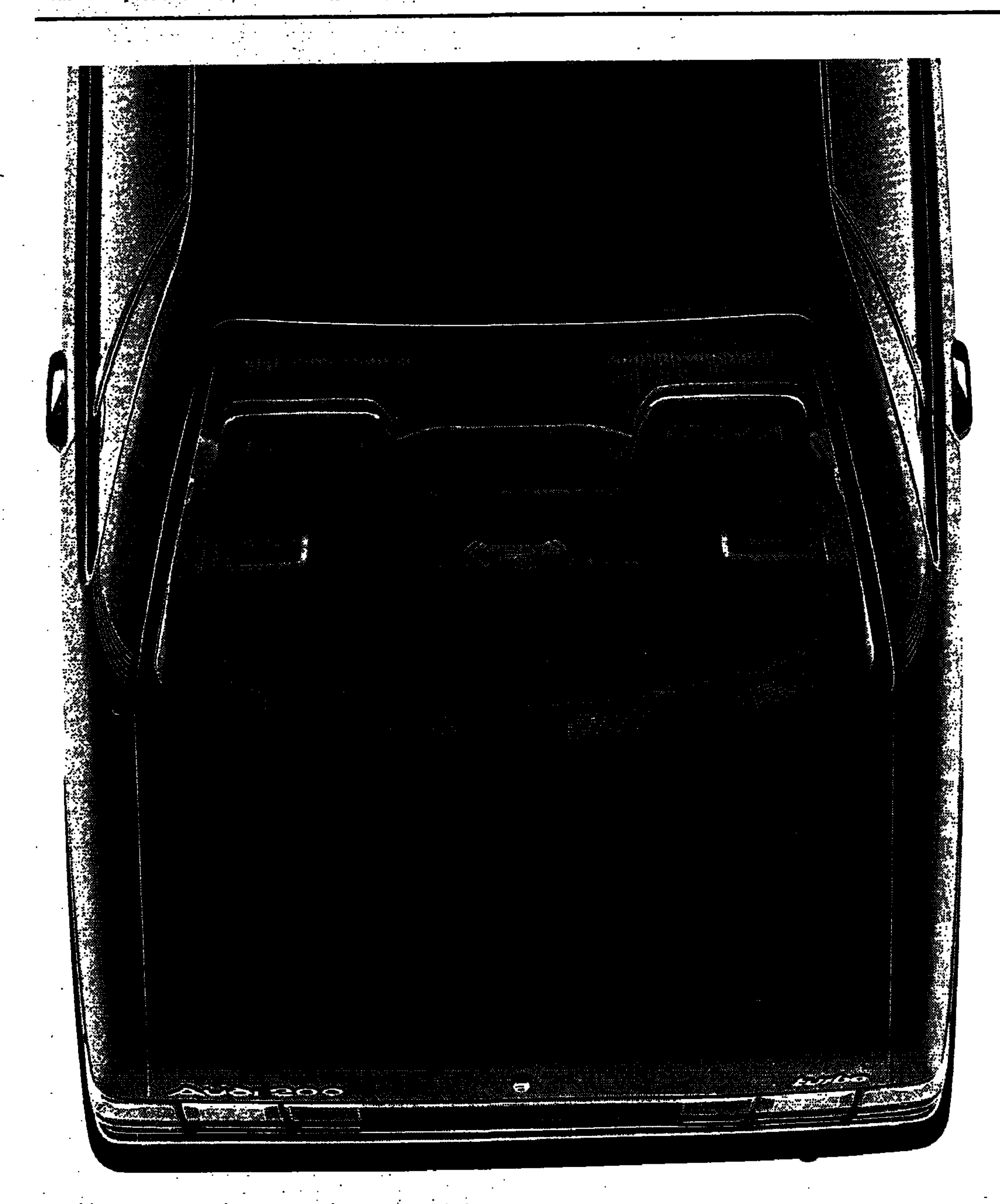
Craxis Erfolgschancen werden trotzdem als äußerst gering bewertet. Da die kommunistische Präsidentin der Abgeordnetenkammer, Nilde Jotti, unter Berufung auf eine Geschäftsordnungsbestimmung verfügt hat, daß jeder Abgeordnete der Opposition 45 Minuten lang zu den rund 2 000 Abänderungsanträgen sprechen kann, die die Linke und die Neofaschisten zum Dekret eingereicht haben, kann bis zum 16. April im günstigsten Fall wahrscheinlich gerade noch über die Vertrauensfrage abgestimmt werden. Danach müßte das Dekret aber dann noch einmal in einer geheimen Abstimmung gebilligt werden, die durch weitere Manöver der Opposition wiederum verzögert werden könnte.

Craxi selbst scheint entschlossen zu sein, die Auseinandersetzung mit der KP mit letzter Konsequenz durchzufechten. Er kündigte seine Absicht an, das Lohndekret im Falle der nicht rechtzeitigen Ratifizierung durch die Kammer sofort neu einzubringen und außerdem eine „zweite Front" in der Geschäftsordnungsfrage zu eröffnen: Die Regierungsmehrheit aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen soll durch eine Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnungsbestimmungen oppositionelle Obstruktionsmanöver zur Blockierung von Regierungsvorlagen künftig unmöglich machen.

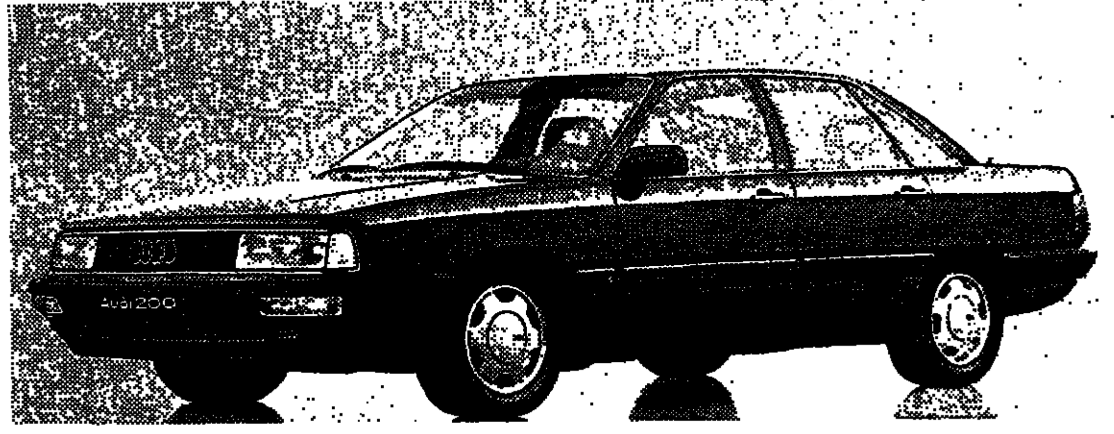
KP-Sekretär Enrico Berlinguer ließ in einer ungewöhnlich scharfen Kammerrede am Wochenende keinen Zweifel an der Entschlossenheit seiner Partei, gegen solche Pläne mit allen Mitteln anzugehen. Im Regierungslager wurden gleichzeitig Stimmen gegen eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzung mit den Kommunisten laut. Vor allem starke Kräfte der Democrazia Cristiana mit Parteisekretär Ciriaco De Mita an der Spitze scheinen eher den Kompromiß als die offene Konfrontation mit der KP zu suchen. De Mita sagte am Wochenende, er wisse nicht, ob man das Lohndekret bei Verfall unverändert neu einbringen solle. Er plädierte dafür, bei der Verwirklichung der Regierungspolitik „Phantasie" an Stelle von Gewalt zu setzen. Außerdem machte er deutlich, daß er nichts von der Eröffnung einer „zweiten Front" im Bereich der parlamentarischen Geschäftsordnung hält.

In Rom verstärkt sich unter diesen Umständen der Eindruck, daß die Democrazia Cristiana immer weniger an einem klaren Erfolg des Regierungsexperimentes Craxi interessiert zu sein scheint. Bei einer Zusammenkunft der Regionalfunktionäre der Partei soll in den letzten Tagen von verschiedenen Rednern auf die Gefahr hingewiesen worden sein, daß bei der Bevölkerung durch das entschiedene Vorgehen Craxis der Eindruck erweckt werde, als ob die Christdemokraten – obwohl nach wie vor stärkste Partei des Landes – zu einer reinen Hilfstruppe des sozialistischen Ministerpräsidenten geworden seien. Ein Alarmsignal für Craxi hatten schon am Freitag 26 (vermutlich christdemokratische) „Heckenschützen" gesetzt, die in einer Geheimabstimmung gemeinsame Sache mit den Kommunisten machten.

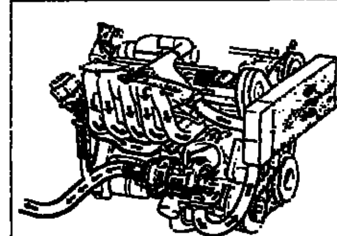
Die Sozialisten reagierten auf die christdemokratischen Warnungen vor einem „Frontalzusammenstoß" mit der KP und auf De Mitas „Phantasie"-Plädoyer sofort mit der Beschuldigung, die DC habe damit der kommunistischen Opposition auf dem Höhepunkt einer harten parlamentarischen Auseinandersetzung „eine Art Geschenk" gemacht. Craxi erklärte: „Niemand kann den großen Schaden bagatellisieren, den die Exzesse des Obstruktionismus der Politik und auch der Wirtschaft zugefügt haben." Er sprach vom Risiko „einer progressiven, lähmenden Dekadenz der Institutionen und des parlamentarischen Lebens". Und schon sprechen christdemokratische Abgeordnete offen von einer bevorstehenden Regierungskrise.



Lassen Sie Traditionelles hinter sich.
Audi 200 Turbo.



Mit dem neuen Audi 200 bekommt die Spitzenklasse ganz neue Werte. Er bringt wieder den Beweis für technische Höchstleistung von Audi. Mit dem neuen 134-kW-(182-PS-) Fünfzylinder-Einspritz-Turbomotor, der wichtige Konstruktionsmerkmale aus dem rennerprobten Audi Quattro-Triebwerk erhielt: Mit den in seiner Klasse weltbesten aerodynamischen Eigenschaften, mit einem niedrigen Kraftstoffverbrauch, mit dem aufwendigen Hochleistungsfahrwerk mit vorteilhaftem Frontantrieb und mit der großzügigsten serienmäßigen Ausstattung seiner Klasse. Da fehlt das Anti-Blockier-System ebensowenig wie z.B. die Zentralverriegelung.
Gab es jemals stärkere Argumente in der Spitzenklasse?
Audi. Vorsprung durch Technik.



Extras: Metallic-Lackierung, Scheinwerfer-Reinigungsanlage, Radio. Neu: 3 Jahre Lackgarantie

Audi
Bei Ihrem V.A.G Partner

Schüler-Selbstmord oder Der Tod als Ausweg

Jedes Jahr begehen in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1500 Schülerinnen und Schüler Selbstmord; annähernd 14 000 versuchen es. Tötet die Schule unsere Kinder? Die Wissenschaft verneint das. Sie beschäftigt sich seit langem mit dem Phänomen der Schüler-Selbstmorde. Übereinstimmend haben Pädagogen, Soziologen, Psychologen, Ärzte und Geistliche Lebensangst, zerrüttete Familienverhältnisse, Pubertätskonflikte, Liebeskummer, überhöhte Erwartungen von Elternhaus, Schule und Umwelt sowie das bei vielen Jugendlichen vorhandene Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Sinnlosigkeit des Lebens als Hauptursachen erkannt. Die Wissenschaft lehnt Schuldzuweisungen ab. Sie hält Prävention für möglich, muß jedoch zugeben, daß auch sie letztlich machtlos ist, wenn sich junge Menschen von Hochhäusern und Brücken stürzen, vor Lastwagen und Züge werfen, wenn sie zur Pistole oder zu Tabletten greifen, um diesem Leben zu entfliehen.

Von WALTER H. RUEB

Schüler-Selbstmorde machen in unserem Land immer wieder Schlagzeilen. Das Aufsehen verwandelt Gleichgültigkeit in Anteilnahme, die Reaktionen sind stets heftig, die Fälle jedoch schnell wieder vergessen. Wer erinnert sich der folgenden?

- Im Sommer 1980 beschäftigte der Freitod eines 16jährigen Schülers aus dem bayerischen Schnaittenbach den Landtag in München. Aus Angst, nicht versetzt zu werden, hatte sich der Junge im Juli 1979 im Wald erhängt. Ein Pilzsammler fand seine Leiche und die mit rosa Tinte geschriebene letzte Bitte: „Bringt es meinen Eltern schonend bei."
- Vor oder nach der Zeugnisverteilung nahmen sich Anfang 1981 innerhalb von nur zwei Wochen allein in Bayern fünf Jugendliche das Leben. Die Staatsanwaltschaft Memmingen ermittelte als Motiv für den Selbstmord eines Hauptschülers aus Illertissen „Leistungsdruck in der Schule". Der Junge erschoß sich in der elterlichen Wohnung mit einem Gewehr. Eine Dreizehnjährige aus Regensburg sprang von einer Autobahnbrücke vor einen Lastwagen. Grund des Freitods: Sie war von der 10. in die 9. Klasse zurückversetzt worden. In Coburg warf sich ein Sechzehnjähriger vor einen Zug, nachdem er zum Rektor zitiert worden war. Eine körperbehinderte Regensburger Schülerin schied aus dem Leben, nachdem der angestrebte Hauptschulabschluß nicht mehr zu erreichen war. Sie hinterließ einen erschütternden Abschiedsbrief. Ein 20jähriger Gymnasiast aus Memmingen im Allgäu ließ sich von einem Eilzug überfahren. Nachdem eine Woche zuvor sein Vater gestorben war, erschienen ihm seine Schulschwierigkeiten unmittelbar vor dem Abitur als unüberwindlich.
- Zwei 16jährige Jungen aus Bad König im Odenwald verübten im Juni 1982 aus Scham über ihr Schulversagen Selbstmord. Sie verließen ihr Zuhause Anfang Mai, zogen ziellos in der Gegend umher, fanden schließlich im bayerischen Landkreis Bad Tölz in einer Scheune Unterschlupf, jedoch keine Lösung ihrer Probleme. In ihrer Verzweiflung erhängten sie sich.

Gunnars Angst vor der „Kette der Vergeblichkeit"

- Im niedersächsischen Dorf Hollenstedt blieb 1982 ein 14jähriger Junge dem Schulunterricht neun Monate lang fern, weil er im Unterricht nicht mitkam ... Im November 1982 wurde von den Behörden schließlich seine Vorführung angeordnet. Ehe die Polizei die behördliche Anordnung ausführen konnte, griff der Schüler zum Gewehr seines Vaters und tötete sich.
- In Fulda nahmen sich Anfang Februar 1984 zwei Mädchen im Alter von 16 und 18 Jahren das Leben. Mit einem Schlauch leiteten sie Auspuffgase in ihr Auto ... In Abschiedsbriefen begründeten die Mädchen den Freitod mit „totaler Resignation angesichts unserer beruflichen und privaten Perspektiven".
- Ungefähr zur gleichen Zeit sprangen in Hamburg ein Fünfzehnjähriger sowie seine ein Jahr ältere Freundin aus dem 15. Stock eines Hochhauses in den Tod. Nach den Ermittlungen der Polizei handelten die beiden jungen Menschen nicht aus Liebeskummer. Fest steht, daß der Junge seit Jahresbeginn nicht mehr in die Schule gegangen war, nachdem er wegen ungenügender Leistungen vom Gymnasium zur Realschule zurückgeschickt worden war.
- Innerhalb weniger Tage haben sich zwei Schüler des 13. Jahrgangs am Gymnasium von Garbsen unweit von Hannover selbst getötet. Die beiden Jungen waren gute Schüler und hatten das Abitur bereits geschafft. Am Grab der beiden machte sich bei der Beerdigung hilflose Trauer bemerkbar: Die beiden Selbstmörder waren ohne Abschiedsbriefe aus dem Leben geschieden. Weder Eltern noch Schule und Polizei haben eine Erklärung für ihr Handeln.

Töten die Schulen unsere Kinder? Der Anschein spricht dafür: Rund 1500 Schülerinnen und Schüler nehmen sich in der Bundesrepublik jedes Jahr das Leben, annähernd 14 000 versuchen es. Suizid rangiert bei Jugendlichen in der Statistik der Todesursachen hinter Unfällen an zweiter Stelle. Und nach den Erkenntnissen von Wissenschaftlern ist die Dunkelziffer hoch, die registrierte Zahl von Selbstmorden steigend.

In der Öffentlichkeit werden Rufe nach Humanisierung unserer Schulen und nach Abbau von Schulstreß und Leistungsdruck laut. Die Abschaffung von Noten und Zeugnissen wird in die Wege geleitet. Die Kultusminister hören Appelle, sie möchten Sorge tragen, daß die Schulen nicht als „Krisenherde unserer Gesellschaft" und „Massengrab unserer Kinder" in Verruf geraten.

Nach übereinstimmender Ansicht von Pädagogen, Soziologen, Psychologen, Ärzten und Geistlichen verursacht jedoch nicht die Institution Schule diese Tragödien. Die Wissenschaftler haben Lebensangst, Vereinsamung, Isolierung, Liebeskummer und Familienzerrüttung als Hauptgrund des Beschlusses ermittelt, aus dieser Welt in eine andere zu fliehen, allerdings auch Versagen in der Schule und beim Sport. Auch steigende Kriminalität (die Zahl jugendlicher Tatverdächtiger stieg innerhalb von zehn Jahren um 63,7 Prozent an), wachsende Verrohung (die von Jugendlichen begangenen Körperverletzungen stiegen während eines Dezenniums um 153 Prozent an) sowie Drogensucht spielen verhängnisvolle Rollen (in einem einzigen Jahr nahm die Zahl der Rauschgiftdelikte bei Kindern von sechs bis vierzehn Jahren um 134 Prozent zu).

Die Wissenschaft beschäftigt sich notgedrungen und seit langem mit dem Phänomen der Schüler-Selbstmorde. Kurt Singer, Dozent für Schulpädagogik an der Universität München, erkannte schon vor Jahren, daß die Schule an den Verzweiflungstaten junger Menschen durch unablässige Überforderung und unpädagogische Noten, das Nicht-Versetzen sowie angstmachende Beziehungsferne zum Schüler mitverantwortlich sei. Jedoch die Hauptursache für die Schüler-Selbstmorde erkannte auch Singer vor allem in der Verzweiflung über menschliche Beziehungslosigkeit, in zerrütteten Familienverhältnissen, Pubertäts-Konflikten, überforderten Erwartungen des Elternhauses und der Umwelt sowie in einem bei vielen Jugendlichen vorhandenen Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Sinnlosigkeit des Lebens.

Aus einem Gefühl der Sinnlosigkeit des Lebens scheinen vor wenigen Wochen auch der 15jährige Gunnar S. und seine 16jährige Freundin Ines aus dem Hamburger Hochhaus in die Tiefe gesprungen zu sein. Gunnars Mutter sagte nach dem Selbstmord ihres Sohnes, der Fünfzehnjährige habe darunter gelitten, daß Mühen und Anstrengungen stets umsonst seien und das Leben letztlich eine Kette schrecklicher Vergeblichkeit sei.

Was Gunnar eine „Kette der Vergeblichkeit" nannte und was ihn schließlich in den Tod trieb, ängstigt in Hamburg viele Eltern und macht Pädagogen und andere Fachleute ratlos. Der Hamburger Psychiater Hans Ramm aber sagte in einem Zeitungsinterview: „Gunnars Angst vor dem Tod durch Zerstörung der Umwelt oder einen Atomkrieg muß so groß gewesen sein, daß er beschloß, seinem Leben selbst ein Ende zu setzen und es nicht dem Schicksal zu überlassen. Damit wollte er der Umwelt demonstrieren, daß er noch ein Stückchen Macht über sich selbst hat. Seit der Trennung seiner Eltern hat Gunnar seine Umwelt als Bedrohung erlebt. Nichts lief so, wie er es sich vorstellte. Die Familie zerbrach, als der Sohn, der ohne Geschwister groß wurde, Bezugspersonen brauchte. Er fand sie später in einer Gruppe gleichgesinnter Jugendlicher, die zwei Ziele vereinte: Ablehnung des Althergebrachten und Brechen mit Konventionen. Für Gunnar wurde die Gruppe schließlich zu einer Art Elternersatz. Diese jungen Menschen diskutierten stundenlang über ihre Zukunft, die ihnen hoffnungslos erschien. Sie erlebten sich als Opfer der Erwachsenen, die bestimmen, was richtig ist und was nicht. Vor diesem Hintergrund reifte in Gunnar der Entschluß, seiner feindlichen Umgebung zu beweisen, daß er selbst bestimmen kann, was mit seinem Leben passiert. Seine Aggressionen gegen eine Welt, die ihn nicht versteht, wurden immer größer und richteten sich schließlich gegen ihn selbst."

Ob sich auch die beiden Achtzehnjährigen vom Gymnasium am Planetenring in Garbsen aus Angst, aus Aggression oder in der Annahme töteten, das Leben sei eine Kette der Vergeblichkeit, wurde nicht ermittelt. Die Lehrer der beiden Jungen, die das Abitur mit guten Noten bestanden hatten und weder Problemfälle waren noch Depressionen erkennen ließen, stehen vor einem Rätsel. Sie sind keineswegs zur Tagesordnung übergegangen. Bei manchen Pädagogen des Gymnasiums am Planetenring machen sich sogar Schuldgefühle bemerkbar.

Das Stichwort dabei heißt Anonymität. Tatsächlich haben Kurssystem und Größen vieler Schulen für Schülerinnen und Schüler Gefahren heraufbeschworen, die in der Enge und Überfüllung früherer Schulen und Klassen unbekannt waren. Immer mehr wird über Beziehungslosigkeit zwischen Lehrern und Schülern geklagt, die Verlorenheit und Anonymität des einzelnen angeprangert. Insbesondere das sogenannte Kurssystem scheint problemträchtig: Die Zusammensetzung des Schülerkollektivs wechselt von Stunde zu Stunde, Freundschaft und Kameradschaft kommen zwischen Schülerinnen und Schülern zu kurz. In Garbsen gestand der Mitschüler eines Selbstmörders, er habe den anderen kaum gekannt, obwohl dieser ein halbes Jahr lang im gleichen Klassenzimmer gesessen und dieselben Aufgaben und Probleme gehabt habe.

Das Kurssystem hat nach Ansicht von Kritikern auch den Nachteil, daß in Gesamtschulen eine Zwei-Klassen-Schülerschaft entsteht. Die Schüler aus den E-Kursen (Erweiterungskursen) blicken auf jene der G-Kurse (Grundkurse) herunter. „Wo ursprünglich die Absicht bestand, mehr Gerechtigkeit zu schaffen, ist jetzt statt mehr Miteinander mehr Gegeneinander festzustellen", sagte ein Kritiker. „Und zahlreich sind beispielsweise an Ganztags-Gesamtschulen Sprößlinge aus Familien, in denen der Vater Karriere machen und die Mutter sich selbst verwirklichen muß, so daß Sohn und Tochter der Schule überlassen und ihre Erziehung der Schule aufgebürdet werden. Die Schule aber ist dabei überfordert. Sie kann nicht übernehmen, was im Elternhaus unterbleibt und versäumt wird. Die Konsequenzen sind folgenschwer: Die Kinder fühlen sich alleingelassen, die Erziehung wird vernachlässigt, die Bindungen zum Elternhaus lockern sich, Entfremdung tritt an Stelle von Geborgenheit, Vermassung ersetzt Individualität, die Zahl von Problem-Schülern steigt."

Die Zunahme sogenannter Problem-Schüler schlägt sich seit Jahren auch im Stellenplan unserer Großschulen nieder. In einer nordrhein-westfälischen Gesamtschule mit 1800 Schülern und 150 Lehrern arbeiten beispielsweise mehr Schulpsychologen und Sozialhelfer als Musiklehrer. In Frankfurt gilt es gar als fortschrittlich, wenn Eltern sagen können, daß sie ihre Kinder der Obhut eines Schulpsychologen anvertraut haben ...

Die Zahl von Schülerinnen und Schülern, die dem Schulpsychologen vorgestellt werden, steigt seit Jahren stetig an. Sie wird von Fachleuten auf das acht- bis zehnfache der Fälle zu Beginn der 70er Jahre geschätzt. Und dies, obwohl manche Lehrerinnen und Lehrer sich dagegen sträuben, mit einem Schüler den Weg zum „Seelendoktor" anzutreten. „Aussichtsreicher ist es, sich als Lehrer und vertraute Bezugsperson mit dem Problem-Schüler zu beschäftigen", sagte ein erfahrener Pädagoge. „Wenn aber erst einmal die Lehrerkonferenz von einem Problem-Fall Wind bekommen hat, ist eine individuelle Behandlung des Falles unmöglich. Da werden dann sofort die sozialen Errungenschaften des Staates und seine systemimmanenten familienergänzenden Einrichtungen gepriesen und der jugendliche Problem-Fall ihnen überantwortet."

Der Garbsener Schulpsychologe Michael Springer (40), der auch für das durch zwei Schüler-Selbstmorde ins Gerede gekommene Gymnasium am Planetenring zuständig ist, verwahrte sich gegen den Verdacht, bestimmte Schultypen förderten oder provozierten gar den Schüler-Suizid.

Ein Sechsjähriger wollte dem toten Großvater folgen

Die Varianz des Schultyps spiele diesbezüglich eine unbedeutende Rolle; im übrigen sei die Rolle der Schule bei Schüler-Selbstmorden längst nicht geklärt, sagte Springer und verteidigte die Gesamtschule gegen den Vorwurf, besonders sie fördere durch das Kurssystem Anonymität und Vereinsamung ihrer Schüler und bereite dadurch den Nährboden zu gefährlichen Entwicklungen. „Gerade die Gesamtschulen haben auf ihre Fahnen das Bemühen geschrieben, Abseits- und Randstellungen abzubauen", meinte Springer. Durch den vom niedersächsischen Kultusminister gewährten Spielraum bei der Gestaltung des Unterrichts könnten die negativen Begleiterscheinungen des Kurssystems in Grenzen gehalten werden.

Springer räumte jedoch ein, daß Gesamtschulen verstärkt mit Problemen konfrontiert würden, weil ihre Schüler vielfach aus weniger gesicherten Elternhäusern stammten als etwa Gymnasiasten. „Die Schüler-Biographien geben darüber klar Auskunft", sagte Springer. „Schuldzuweisungen nach Schultypen bei Schüler-Selbstmorden aber sind völlig unmöglich. Neben der Schule üben vor allem Familie und Öffentlichkeit Einfluß auf die Schüler aus. Die Familie ist entscheidend. Wenn ein Schüler in der Familie Probleme hat, sich in der Schule aber geborgen und anerkannt fühlt, ist eine Gefährdung klein. Wenn aber einer Schwierigkeiten in Schule u n d Familie hat, wird die Gefahr groß. Heranwachsende bedürfen besonderer Hilfe. Sie müssen in der Schule aufgefangen werden, wenn die Familie versagt ... Eltern, Schule und Umfeld des jungen Menschen müssen sich der Verantwortung bewußt werden. Mit Schuldzuweisungen allein kommt man nicht weiter."

In den USA wird vom Problem der Schüler-Selbstmorde nicht durch weltanschaulich und politisch motivierte Schuldzuweisungen abgelenkt. In dem Lande, wo man sich ebenso zwanglos auf das Ledersofa des Psychiaters legt wie auf den Behandlungsstuhl des Zahnarztes setzt, wurden die tieferen Ursachen der Schüler-Selbstmorde in Gewaltdarstellungen im Fernsehen, hoher Scheidungsrate, Mangel an familiären Bindungen, Liebesproblemen und im Druck der Eltern auf ihre Kinder, in Schule, Sport und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfolgreich zu sein, erkannt.

Die Regierung von Kalifornien – in diesem Staat der USA unternehmen jährlich rund 16 000 Jungen und Mädchen einen Selbstmordversuch, 1983 starben so fast 200 Jugendliche – entwickelte jetzt ein Programm gegen den Selbstmord in den Schulen. Sie läßt sich dies rund 300 000 Dollar kosten, setzt aber darauf, daß die Pädagogen künftig einen Selbstmord-Kandidaten rechtzeitig erkennen können.

In der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sich die Wissenschaft zumeist erst nach einem mißlungenen Selbstmord- Versuch mit dem jungen Menschen, der zur Selbstzerstörung bereit war. Der Hamburger Kinder- und Jugendpsychiater Kai-Uwe Nöhring behandelt jährlich 40 bis 50 Jugendliche, die Selbstmord-Versuche unternahmen.

Der Facharzt betreut seine Patienten in einem Kinderkrankenhaus. „Da habe ich eine eigene Abteilung mit 32 Betten", sagte Nöhring. „Sie sind stets belegt. Nach einem Suizid-Versuch ist es wichtig, so schnell wie möglich festzustellen, ob die jungen Menschen weiterhin suizidgefährdet sind. Dies ist eine große und verantwortungsvolle Aufgabe."

Nach Nöhrings Erfahrungen sind manche Selbstmord-Versuche Appelle an die Umwelt. „Beachtet mich mehr, wollen die jungen Menschen sagen", enthüllte der Facharzt für Psychiatrie. Er lehnt es ab, Schuldzuweisungen vorzunehmen. „Schon gar nicht gegen die Eltern", sagte Nöhring. „Wenn Eltern sich nach einem Suizidversuch an mich wenden, suchen sie Hilfe für ihr Kind – da sind Vorwürfe unangebracht ..."

Sein jüngster Selbstmord-Kandidat war knapp sechs Jahre alt. „Der Knirps hatte den über alles geliebten Großvater verloren", verriet Nöhring. „Er suchte ihn, vergaß die Umwelt. Schließlich erfuhr der Junge, daß der Opa tot war. Hinterher erzählte ihm jemand, daß der Tod auch durch einen Sprung von der Fensterbank eintreten könne ..."

Nach Erkenntnissen von Nöhring unternehmen Mädchen viermal so oft Selbstmord-Versuche wie Jungen, bei Jungen enden die Versuche jedoch öfter tödlich. Das liegt daran, daß Mädchen eher zu Tabletten greifen, Jungen sich jedoch meist radikalerer Methoden bedienen: Sie nehmen das Messer oder die Pistole, oder sie stürzen sich vor Züge oder aus Hochhäusern in die Tiefe.

Nöhring ist der Ansicht, daß die Umgebung von Selbstmord- Kandidaten das Heraufziehen einer lebensbedrohenden Krise bei einiger Aufmerksamkeit erkennen könne. Als Symptome bezeichnete der Psychiater krasse Schul- und Familienschwierigkeiten, das plötzliche Sich-Zurückziehen aus sozialen Bindungen, auffallende Interesselosigkeit, Einzelgängertum, Klagen über Aussichtslosigkeit und Sinnlosigkeit des Lebens und schließlich auch Trauer über unglückliche Liebe. Nöhring warnte: „Selbstmordankündigungen von Kindern und Jugendlichen müssen ernst genommen werden."

Was aber ist zu tun, wenn Eltern ihren einzigen Sohn durch Selbstmord verlieren und nicht die leiseste Ahnung von seinen Motiven haben? Ein Hamburger Ehepaar beispielsweise quält sich seit Oktober 1983 mit unablässiger Ursachenforschung – bisher vergeblich. Ihr 20jähriger Sohn hatte das Abitur geschafft und auch einen Studienplatz gefunden. Die Familie war intakt, es gab weder finanzielle noch sonstige Probleme. Dennoch nahm er sich während einer kurzen Abwesenheit von Eltern und Schwester das Leben ... Seither zermartern sich die Hinterbliebenen die Köpfe über die möglichen Motive, und die Mutter klammert sich auch ein halbes Jahr nach dem Freitod ihres Sohnes verzweifelt an die Hoffnung, einen Abschiedsbrief zu finden, in dem der Tote ihnen wenigstens Beruhigung über ihre Schuldlosigkeit zukommen läßt.

Möglicherweise wird sich die Hoffnung der schwergeprüften Familie nicht erfüllen. Die Statistik über den Anteil jugendlicher Selbstmörder, die Abschiedsbriefe hinterließen, ist düster: Sie besagt, daß in unserem Land nur jeder zehnte Selbstmörder einen Abschiedsbrief hinterläßt; in Skandinavien fand man bei 20, in der Schweiz immerhin bei 18 Prozent der Suizidanten Abschiedsbriefe.

Auf einer Tagung der Schweizer Stiftung Pro Juventute wurde jetzt sogar detailliertes Material über Abschiedsbriefe jugendlicher Selbstmörder vorgelegt. Danach variiert ihr Umfang von lapidaren Notizen bis zu mehrseitigen Schilderungen der Selbstmord-Gründe. Meist wird der Brief am Tatort hinterlassen, in selteneren Fällen der Post anvertraut.

Der Inhalt ist vielfältig. Manche Briefe enthalten Appelle an die Nachwelt, in vielen wird um Verzeihung, in anderen um Verständnis gebeten. Groß ist die Zahl von Abschiedsbriefen mit Vorwürfen und Beschuldigungen. Manche Briefe kommen regelrechten Racheakten gleich, und nicht selten entpuppen sich Abschiedsbriefe junger Menschen, die einen mißlungenen Selbstmordversuch unternahmen, hinterher als reiner Erpressungsversuch mit dem Appell, den jungen Menschen wieder zu lieben, zu unterstützen, aufzunehmen oder ihm zu verzeihen.

Ein aufsehenerregendes Buch von Kurt Biener, Professor am Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich, hatte die Stiftung als Herausgeberin des Werkes veranlaßt, zur Tagung einzuladen. Dort wurden die Tagungsteilnehmer mit Zahlen über eidgenössische Suizidfälle konfrontiert, die bis ins Jahr 1876 zurückreichten. Die neuesten Schweizer Zahlen lauten: 1574 Selbstmorde im Jahr 1982; davon entfielen auf Kinder deren acht, auf Jugendliche 233. Eine alarmierende Höhe: Die Zahl von 241 Schülerselbstmorden in der Schweiz entspricht einem Sechstel jener aus unserem Land, das südliche Nachbarland aber hat lediglich ein Zehntel unserer Einwohnerzahl ... Eine große Zahl von Schüler-Selbstmorden in der Schweiz wurde sorgfältig untersucht. Dabei wurden folgende Suizid-Gründe am häufigsten geortet: Vorwürfe von Eltern und Schulschwierigkeiten, Streit mit Geschwistern, Minderwertigkeits- und Unsicherheitsgefühle gegenüber Schulkameraden, Erwischtwerden bei Diebstählen, Depressionen, Angst vor Strafe und Schlagen und schließlich Nachahmung von Selbstmorden in Film und Fernsehen.

Interessant und aufschlußreich sind die Erkenntnisse, die man in der Schweiz über Regionen und Agglomerationen gewann, in denen entweder keine oder besonders viele Jugendliche Selbstmord begingen. In den Kantonen Uri, Nidwalden, Zug und Appenzell-Innerrhoden – in den Augen mancher Schweizer die letzten Reste einer heilen Welt – wurde zwischen 1960 und 1970 kein einziger Schüler-Selbstmord verzeichnet; in Zürich, der größten Schweizer Stadt, aber schieden im gleichen Zeitraum 438 junge Menschen freiwillig aus dem Leben.

Tagungsleiter Werner Stauffacher und Professor Biener unternahmen schließlich mutig den Versuch, die Beweggründe der jungen Menschen zu ihrem „Schritt ohne Wiederkehr" zu beleuchten. Stauffacher sagte, alles wachse – das Bruttosozialprodukt, der Hunger und die Desorientierung ... Die Welt erscheine kompliziert und nicht mehr gestaltbar, die Sinnfindung innerhalb der Lebensgemeinschaft werde erschwert. Professor Biener machte auf die Zunahme von Situationen aufmerksam, welche die Aggressionen verstärkten. Sie müßten abgebaut werden, ehe sie sich gegen einen selber richteten. Biener riet den jungen Menschen, ihre Not niederzuschreiben und sich dadurch selbst zu helfen.

Es gibt jedoch Beispiele von Selbstmordhandlungen junger Menschen, welche den da und dort zur Schau getragenen Optimismus, das Problem der Schüler-Selbstmorde in absehbarer Zeit meistern zu können, Lügen strafen. Terje Neraal, ein norwegischer Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Mitarbeiter in der Ambulanz der Familien- und Sozialtherapie am Zentrum für Psychosomatische Medizin der Justus-von-Liebig-Universität von Gießen, berichtete von einem Schüler-Selbstmord-Versuch, der Erkenntnisse des Soziologen Durkheim aus dem Jahre 1897 bestätigte, wonach Selbstmordhandlungen kein medizinisches Problem, sondern letztlich das Ergebnis einer Auseinandersetzung des einzelnen mit der Gemeinschaft sind.

Peters Preis für das Überleben der anderen

Neraal schilderte den Fall des 13jährigen Schülers Peter, der auf einen Zettel „Scheiß Schule" schrieb, sich in die Badewanne legte und große Mengen von Schlaftabletten schluckte. Neraal lernte den Fall später als Familientherapeut kennen.

Peter war ein pflichtbewußter und strebsamer Durchschnittsschüler. In seiner Familie herrschte eine gute Atmosphäre, dennoch spielte sich in ihr eine Tragödie ab, ohne daß jemand davon etwas merkte. Ausgangspunkt der Tragödie war Peters Schwäche in der Mathematik. Früher hatte er sich bei Schwierigkeiten hoffnungsvoll an den Vater gewandt oder die älteren Geschwister um Hilfe gebeten, später aber zog er sich immer öfter, unzugänglich für Rat, doch empfindlich bei Kritik, in sein Zimmer zurück.

Der Grund wurde zu spät erkannt: Der Vater besaß eine zu geringe Schulbildung, so daß seine Kenntnisse nicht ausreichten, um Peter in der höheren Mathematik helfen zu können. Und die älteren Geschwister waren selbst so eingespannt, daß sie sich nicht auch noch um den jüngeren Bruder kümmern konnten ...

Neraal folgerte: „Aus individualpsychologischer Sicht kann man bei Peter von einer narzistischen Krise sprechen, die durch die eingetretene Kluft zwischen idealisiertem und realem Selbstbild entstanden war. Die dabei aufkommende narzistische Kränkung führte bei dem sensiblen Pubertäts-Jugendlichen mit einem noch nicht gefestigten Selbstbild zum Rückzug und schließlich zur Flucht in den Freitod. Auch könnte man von einem ödipalen Konflikt mit dem Vater sprechen. Peter hatte sich nicht getraut, Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, die dazu führten, daß er fähiger als der Vater erscheinen würde ... Aus familiendynamischer Sicht ist die Krise von Peter als ein Symptom für die Dekomposition der gesamten Familie zu verstehen. Die Selbsthilfepotentiale waren erschöpft, der Vater konnte in seiner Hilflosigkeit bei Schwächen des Sohnes nur mit autoritären Drohgebärden reagieren, die älteren Geschwister kämpften selber um ihr Überleben."

Peter war schließlich bereit, das Überleben der anderen mit seinem Leben zu bezahlen – ein hoher Preis, den nur ein gütiges Schicksal nicht annahm.

Tötet die Schule unsere Kinder? FOTO: DIE WELT

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Mediziner im Atomkrieg

„Im Atomkrieg sind die Ärzte machtlos"; WELT vom 4. April

Dr. Karsten Vilmar, der Präsident der Bundesärztekammer, hat auf einem Medizinerkongreß in Tübingen erklärt, daß eine organisierte ärztliche Hilfe im Falle eines Atomkriegs unvorstellbar sei. Diese Erklärung ist aus folgenden Gründen zu bedauern:

Unsere Erfahrungen über den Atomwaffeneinsatz stecken noch in den Kinderschuhen. Was wirklich sein wird, weiß keiner. Unbeschadet dessen steht aber fest, daß mit zunehmender Entfernung von Zentrum einer Atombombenexplosion die Möglichkeiten einer ärztlichen *Hilfeleistung* wachsen. Demgemäß ist das Pauschalurteil jenes Kammerpräsidenten unhaltbar.

Seine Erklärung ist aber auch aus politischer Sicht fragwürdig. Denn sie fördert die Bestrebungen jener Kreise, die eine Landesverteidigung und die Verteidigung Mitteleuropas ablehnen, wobei sie in aller Regel unsere Heimat in den düstersten Farben als künftiges atomares Traumziel und Trümmerfeld darstellen. Demgegenüber wird aber *ein künftiger* Krieg nicht zwangsläufig ein Atomkrieg sein, zumal sich beide Supermächte darüber im klaren sind, daß eine solche Eskalation kaum auf Mitteleuropa begrenzt bliebe.

Im übrigen brächte eine atomare Zerstörung Europas keine Kriegsentscheidung, sondern nur eine unbrauchbare zerstörte Landschaft. Damit würden aber die Sowjets die von ihnen begehrte westeuropäische Industrie und die von ihnen gewünschten Absprungbasen gegen die USA nicht erlangen – während gleichzeitig die USA ihrer europäischen Handelspartner verlustig gingen.

Im übrigen sollte der Präsident einer führenden Ärzteorganisation alles tun, um die Ärzteschaft aus der Politik herauszuhalten. Das erfordert das ärztliche Berufsethos und die Stellung unserer Ärzte in der Gesellschaft. Denn auch insoweit wäre ein Versagen dieser Organisation ein An*fang vom Ende – vom Ende* eines angesehenen Berufsstandes.

Dr. Friedrich Nyland, Weinheim

*

Die Aussage: „Ärzte gegen Atomkrieg" ist in ihrer Selbstverständlichkeit Unsinn und billige Reklame. Es muß heißen: „Ärzte gegen jegliches Töten, auch das Töten der Ungeborenen". Es muß heißen: „Alle gegen die Atomwaffen, alle gegen alle Waffen". Abrüstung total!

Frieden ohne Freiheit gibt es nicht. Die Freiheit *bekommen wir nicht* zum Nulltarif.

Nicht die amerikanischen Waffen bedrohen die Menschheit, sondern nur die russischen SS 20. Rußland hat die Weltrevolution nie aufgegeben.

Unsere Ideologen scheinen nur eine partielle Intelligenz zu haben. „Wer anstatt über die Quellen und Gründe der Kriegsgefahr nachzudenken, seinen leidenschaftlichen Protest nur auf die Waffen reduziert, *vermeidet bewußt oder unbewußt die* Suche nach dem Feuerherd und erliegt der heute weit verbreiteten Neigung, die Mittel mit den Zielen zu verwechseln". (Manès Sperber in seiner Dankrede für den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, Oktober 1983).

Dr. J. Michalke, Papenburg

*

Der Vorstellung des MdB Kroll-Schlüter „Ärzte müssen auch im Atomkrieg Hilfe leisten" (WELT, 3. April 1984), liegt ein phantastischer und lebensgefährlicher Irrtum zugrunde: Der möglich gewordene Atomkrieg wird verharmlost. Auch Ärzte können einen Atomkrieg nicht überleben.

Der Atomkrieg hinterläßt keine Sieger und keine Besiegten. Er hinterläßt nur Tote. Und tote Ärzte können nicht helfen. Die einzige Hilfe, die Ärzte jetzt noch leisten können, heißt: Aufklärung darüber, daß sie im Atomkrieg niemandem helfen können. Eine Verharmlosung der Atomkriegsfolgen widerspräche ärztlichem Ethos. Der Eid des Hippokrates ist ein Eid für das Leben. Bundeskanzler Kohl nennt den Atomkrieg zurecht die Apokalypse.

Dr. Franz Alt, Baden-Baden

Wort des Tages

„Arbeite immer daran, in deiner Brust jene kleine Flamme des göttlichen Feuers lebendig zu erhalten, das man Gewissen nennt."

George Washington, US-Präsident (1732–1799)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Für Bücher, die sich mit dem Problem des Alterns beschäftigen, sind vier Autoren mit dem Wilhelmine-Lübke-Preis des Kuratoriums Deutsche Altershilfe ausgezeichnet worden. Für „Niemand soll mich sehen, Protokoll einer Pflege", wurde in Stuttgart **Kristel Neidhart** aus Konstanz mit 6000 Mark ausgezeichnet. **Lore Bartholomäus** aus Paderborn erhielt 5000 Mark für „Ich möchte an der Hand eines Menschen sterben – Aus dem Alltag einer Sterbeklinik". Außerdem gingen Preise von jeweils 2000 Mark an den Mainzer **Jochen Schmauch** für „Ich will mit Euch zusammen alt werden" sowie an den Wiener **Robert Polt** für „Der dritte Kreis – oder Pensionisten-Brevier". Das Kuratorium Deutsche Altershilfe mit seinem Sitz in Köln war vor 22 Jahren von dem damaligen Bundespräsidenten **Heinrich Lübke** und seiner Frau **Wilhelmine Lübke** gegründet worden.

*

Professor Dr. **Karl-Friedrich Gander** ist für seine Verdienste auf dem Gebiet der Nahrungsmittelforschung mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Die Auszeichnung überreichte Hamburgs Wissenschaftssenator Professor **Hansjörg Sinn**. Gander, 1923 in Pommern geboren, studierte in Darmstadt chemische Technologie. Seit 1977 war er der Leiter des Hamburger Forschungszentrums des Lebensmittelherstellers Unilever. Im letzten Jahr trat Gander in den Ruhestand, ist aber weiterhin in Verwaltungsräten und verschiedenen Kuratorien der Firma tätig.

*

Bremens Bürgermeister **Hans Koschnick** verlieh in der Landesvertretung Bremen in Bonn den „Frankreich-Preis" für das Schuljahr 1983/84. Koschnick erinnerte als Schirmherr des erstmals bundesweit von der Robert-Bosch-Stiftung ausgeschriebenen Wettbewerbs für Schüler an die Notwendigkeit der intensiven Beschäftigung mit dem Nachbarland Frankreich. Prämisse sei dabei das Erlernen der Sprache. Die fünf ersten Preise, die jeweils für die gesamte Klasse eine zehntägige Studienreise nach Frankreich beinhalten, gingen an je ein Gymnasium in Friedrichshafen, in Bad Homburg, in Cuxhaven, in Ludwigshafen und eine höhere Handelsschule in Baesweiler.

THEATER

Der künftige Intendant der Hamburger Staatsoper, Professor **Kurt Horres**, gab jetzt den Spielplan für die Saison 1984/85 bekannt. Kurt Horres, Jahrgang 1932, der seine Arbeit 1959 als Regieassistent an der Komischen Oper Berlin begann, dann Oberspielleiter in Lübeck wurde und von 1964 bis 1975 Operndirektor in Wuppertal war, ist derzeit Intendant des Staatstheaters Darmstadt. Für seine Arbeit in Hamburg hat er sich vorgenommen, neben der Erweiterung und Erneuerung des bestehenden Repertoires jährlich einen Beitrag der Moderne zu bringen. Deshalb möchte er auch versuchen, fünf statt bisher vier Neuinszenierungen pro Saison vorzustellen.

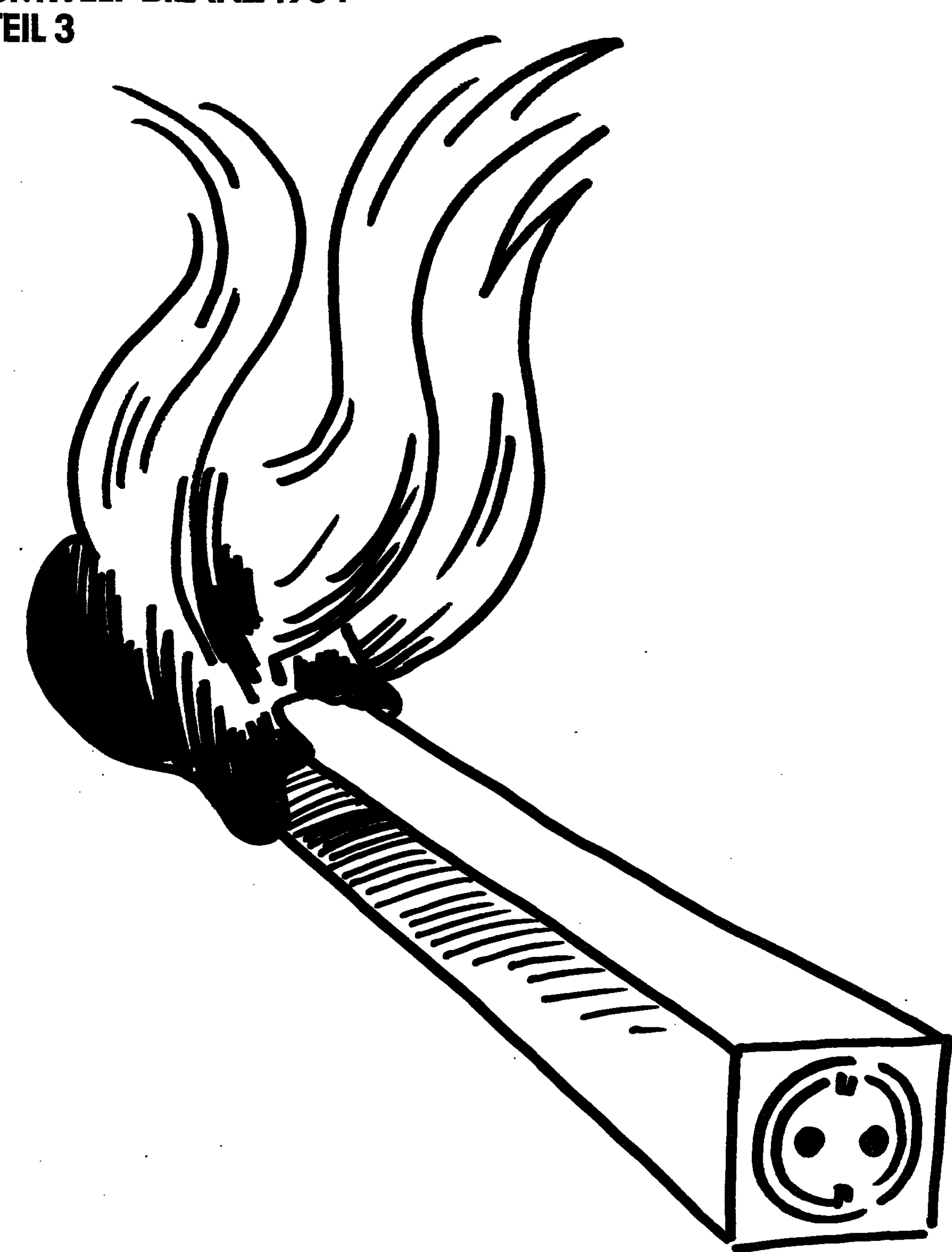
ARCHÄOLOGIE

Constantin Könen, der rheinische Altertumsforscher und Entdecker der römischen Legionsfestung Novaesium, wird von der Stadt Neuss im Rahmen der 2000-Jahr-Feier der Stadt in besonderer Weise geehrt. Erstmalig erschien jetzt eine Biographie über ihn, und gleichzeitig erinnert eine Ausstellung im Rathaus-Foyer an den Ausgräber mit internationalem Rang. **Hans Seeling** ist der Verfasser der Biographie „Constantin Könen (1854-1929) – Leben und Werk des Archäologen".

JUBILÄUM

Bei der Oberpostdirektion Düsseldorf vollendete am 1. April der Fernmeldeamtsrat **Wilhelm Bischof** eine Dienstzeit von 50 Jahren. Der Präsident der Oberpostdirektion Düsseldorf, **Dr. Manfred Bänsch**, sagte in seinen Glückwünschen und Dankesworten an Bischof, der den Aufstieg vom Telegraphenbaulehrling bis zum Fernmeldeamtsrat schaffte, daß eine 50jährige Dienstzeit selbst für eine Bundesverwaltung ein besonderes Ereignis mit Seltenheitswert darstellt.

RWE
UMWELT-BILANZ 1984
TEIL 3



CHEMIESTUNDE

oder: Wer etwas verbrennt erzeugt nicht nur Hitze.

Seit den ersten Versuchen im Chemie-Unterricht weiß jeder: Wird ein Stoff verbrannt, werden andere Stoffe frei. Welche das sind, zeigen oft schon auf den ersten Blick die Farben der Flammen.

Andere Stoffe sind nicht ohne technische Hilfsmittel erkennbar, wohl aber zu riechen. Wieder andere lösen sich völlig unbemerkt in Luft auf. So wie beispielsweise das Schwefeldioxid (SO_2).

Woher kommt die SO_2-Belastung?
Die Hälfte kommt aus dem Ausland, rund 30% aus unterschiedlichen Quellen im Inland und etwa 20% von allen deutschen Kraftwerken. Und wir tun alles, um diesen Anteil noch weiter zu senken.

Gemeinsame Umwelt, gemeinsamer Umweltschutz
Allein für die Entschwefelung seiner alten Braunkohle-Kraftwerke, die längerfristig betrieben werden, wird das RWE in den nächsten Jahren rund 3 Mrd. DM ausgeben. Weiter geben wir 5 Mrd. DM für den Bau von 4 neuen, umweltfreundlicheren 600-MW-Braunkohleblöcken aus, um möglichst schnell alte Kraftwerksleistung ersetzen zu können.
Dadurch wird das RWE den Gesamt-SO_2-Ausstoß seiner Kraftwerke um rund 75% reduzieren. Damit allein ist unserer Umwelt aber nicht geholfen. Es geht um jede Feuerungsanlage jeder Größe, auch um die vielen privaten Einzelfeuerungen. Hoffen wir, daß unsere gemeinsamen Anstrengungen auch für unsere Nachbarländer beispielgebend sind.

RWE
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
4300 Essen, Kruppstraße 5

Biya verspielte den guten Ruf Kameruns

Nach dem Putschversuch: Kein Hort mehr der Stabilität

B. RÜTTEN, Bonn

Die erfolglosen Coups werden in Afrika nicht gezählt. Drei Tage nachdem ein Militärputsch in Guinea die Zahl der erfolgreichen Staatsstreiche auf 61 gebracht hatte, probte das Militär in Kamerun den Aufstand, in einem Land, das sich einen Ruf als Insel der Stabilität in Afrika erworben hatte.

Als im November 1982 Ex-Präsident Ahmadu Ahidjo, aus dem moslemischen Norden stammend, nach über zwanzigjähriger ununterbrochener Herrschaft freiwillig zurücktrat und das höchste Amt seinem Premierminister Paul Biya, einem Mann des eher christlichen Südens, übergab, galt dies als eines der wenigen Beispiele geglückten friedlichen Machtwechsels in Afrika. Aber nicht lange! Denn als Biya im Juni 1983 drei wichtige Nordkameruner, Vertrauensleute Ahidjos, aus dem Kabinett ausschloß, kam es zum offenen Zerwürfnis zwischen neuem und altem Präsidenten, der sich bald darauf nach Frankreich absetzte. Biya machte Ahidjo in Abwesenheit den Prozeß, der im Februar dieses Jahres mit der Verurteilung Ahidjos zum Tode endete, auf dem Gnadenwege aber in lebenslänglich Gefängnis umgewandelt wurde.

Ob Alt-Präsident Ahidjo hinter dem Putsch-Versuch vom letzten Freitag steckte, läßt sich nicht zweifelsfrei klären. Vor Reportern in Paris wies Ahidjo jeden Verdacht zurück, er könne hinter dem gescheiterten Umsturzversuch stehen. Aber vieles deutet darauf hin; denn es war die Präsidentengarde, die gemeutert hatte, nachdem Biya am Vortag beschlossen hatte, ihre aus dem Norden stammenden und noch unter Ahidjo rekrutierten Kader zu versetzen.

Seit jeher ist der Gegensatz zwischen dem islamischen Norden und dem christlichen Süden ein potentieller Unruhefaktor in Kamerun, der vor der Unabhängigkeit und kurz danach zu blutigen Auseinandersetzungen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hatte. Ahidjo überzog das Land mit seiner Einheitspartei, die jegliche Opposition ausschloß. Er regierte mit starker Hand. Seine Geheimpolizei benutzte nicht nur die feinsten Methoden. Kamerun konnte mit Fug und Recht ein Polizeistaat genannt werden. Aber Ahidjos Verdienst war und ist unbestritten: Er brachte dem Land nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Stabilität. Mit der sparsamen Haushaltspolitik eines vorsichtigen Familienvaters gelang ihm das in Afrika seltene Kunststück, die beachtlichen Rohölvorkommen auszubeuten, ohne die blühende Landwirtschaft in ihrem Bestand zu gefährden. Kamerun gilt seitdem als eines der zwanzig anlagesichersten Länder der Welt.

Die Staatschefs der Elfenbeinküste und Senegals hatten ihrem Kollegen in Kamerun Mäßigung empfohlen. Denn in Afrika zahlt es sich nicht aus, einen Vorgänger auch nur symbolisch zu töten, der im Ruf steht, der „Vater" des Landes zu sein. Indem er das Erbe Ahidjos zerstörte, nahm Biya das Risiko auf sich, die alten Stammesfehden und den traditionellen Widerspruch zwischen dem Norden und dem Süden des Landes neu zu entfachen. Er gefährdete die nationale Einheit und könnte nach Ansicht mancher politischer Beobachter zu Verhältnissen führen, wie sie der Kongo erlebte.

Ob nun Ahidjo tatsächlich seinen Entschluß zurückzutreten nachträglich bereute und mit Hilfe seiner Gefolgsleute gegen Biya zu intrigieren oder ihn gar zu stürzen suchte, ist angesichts dieser Lage relativ belanglos. Die Schmähungen und das Todesurteil, mit denen der neue den alten Präsidenten bedachte, stellten sich politisch jedenfalls als ein katastrophaler Fehler heraus, der Biya eine Menge Feinde einbrachte.

Bei seinem Amtsantritt hatte Biya den Eindruck erweckt, er wolle die politische und wirtschaftliche Stabilität des Landes mit einer allmählichen Liberalisierung krönen und schrittweise das Einheitsparteien-System zu demokratischem Pluralismus entwickeln. Mit seinem Versuch, die unbestreitbaren Verdienste Ahidjos zu leugnen und sein Andenken zu verunglimpfen, stößt er nicht nur die Anhänger Ahidjos vor den Kopf, sondern auch all diejenigen, die von seiner Herrschaft das erwartet haben, was sie unter Ahidjo vermißten. Vor allem aber hat diese Entwicklung gezeigt, daß Macht auch in Kamerun unteilbar ist und ein friedlicher Wechsel in Afrika auf nicht absehbare Zeit die Ausnahme bleiben wird.

Peking und Bangkok wollen eine neue Offensive Hanois vereiteln

Vietnams Expansionismus gefährdet die gesamte Region / Die Schlacht am Palai-Paß

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Auf dem dschungelüberzogenen „Hügel 642" wehen wieder die rot-weiß-blauen Farben der thailändischen Flagge. Zehn Tage lang hatten sich hier vietnamesische Truppen verschanzt. Über fünfhundert Soldaten, unterstützt von Panzern des sowjetischen Typs T-54 und mehreren Lastwagen, waren am 25. März über den Palai-Paß bis zu fünf Kilometer tief auf thailändisches Territorium vorgedrungen. Gleichzeitig feuerten vietnamesische Artilleristen mit ihren zielsicheren 130mm-Geschützen auf das im Gebiet um den Palai-Paß gelegene Hauptquartier Nord der Roten Khmer.

Die Absicht der Vietnamesen war klar. Sie wollten dieses von Khieu Samphan geführte Hauptquartier zerschlagen und den Palai-Paß unter ihre Kontrolle stellen. Dazu braucht man den auf thailändischem Boden gelegenen Hügel 642 als strategische Position.

Erst intensive Bombardierung aus der Luft, flankiert von schwerer Artillerie, konnte die Vietnamesen zum Rückzug zwingen. Dabei haben die Vietnamesen schwere Verluste erlitten. Generalleutnant Chaovalit Yongchaiyut, stellvertretender Stabschef des königlich-thailändischen Heeres, schätzt die Zahl der toten Vietnamsoldaten auf über zweihundert. Die der Verwundeten dürfte weit darüber liegen. 63 Vietnamsoldaten sind in Gefangenschaft der Thais geraten. Zwei vietnamesische Panzer liegen zerstört auf thailändischem Boden, drei weitere unmittelbar jenseits der Grenze.

„Schwerste" Verletzung der Grenze seit 1978

Abziehende Vietnamsoldaten haben die Panzer offenbar vermint, weshalb es den Thais bis heute nicht gelungen ist, diese Beweisstücke der vietnamesischen Grenzverletzung aus dem Kampfgebiet ins Hinterland abzuziehen und der Presse zu zeigen. Auf der Seite der Thais sind zehn Soldaten gefallen und dreißig verwundet worden. Über die Verluste der Roten Khmer liegen in Bangkok noch keine Angaben vor. Sie gelten jedoch als mäßig. Seit dem Wochenende herrscht am Palai-Paß in Thailands Sisaket-Provinz Waffenruhe. Auf kambodschanischem Boden aber halten die Kämpfe an.

Der thailändische Oberkommandierende und Heereschef, General Arthit Kamlang-Ek, hat im Gespräch mit der WELT die jüngste vietnamesische Grenzverletzung als „die schwerste" bezeichnet, seit die Vietnamesen Ende 1978 in Kambodscha einmarschiert sind. Premierminister Prem, der am 24. April zu einem Staatsbesuch in Bonn eintreffen wird und gestern zur Reise in die USA abflog, wo er auch mit Präsident Reagan zusammentreffen wird, nannte die Grenzverletzung einen „geplanten und vorsätzlichen Akt". Er beweise, daß Vietnam eine Gefahr für die Stabilität der Region darstelle. Hanoi, so sagte Prem, verfolge neokolonialistische Absichten und zeige keinerlei Bereitschaft zu einer politischen Lösung des Kambodschakonflikts.

Militärische Beobachter in Bangkok sehen in der Palaischlacht den Auftakt zu der seit langem erwarteten Trockenzeitoffensive Hanois. Truppenkonzentrationen verschiedener Vietnamdivisionen an mehreren Stellen der kambodschanisch-thailändischen Grenze deuten darauf hin, daß in den nächsten Tagen mit neuen Attacken zu rechnen ist, insbesondere auf das Sihanoukcamp „Green-Hill", die Son Sann-Lager Ampil und Obok und weitere Lager der Roten Khmer.

Im Gegensatz zu früheren Trockenzeitoffensiven verfügen die Vietnamesen in diesem Jahr über ein reichliches Arsenal von schweren Waffen, insbesondere den gefürchteten, weil treffsicheren 130-mm-Geschützen. Die 130-mm-Geschütze haben eine Reichweite von 27 bis 40 Kilometern. Der Einsatz dieser Geschütze auf Greenhill oder die Son-Sann-Lager würde verheerende Folgen haben. Diese Lager sind hauptsächlich von Zivilisten bevölkert.

Warum aber, so fragen Bangkoker Beobachter, hat Hanoi seine Trockenzeit-Offensive erst jetzt begonnen? Bis zur Regenzeit, die die Böden zu einer schlammigen Masse aufweicht, sind es nur noch zwei Monate.

Möglicherweise war China der Faktor, der die Hanoi-Strategen zur Zurückhaltung bewog. Anläßlich des chinesischen Neujahrs Anfang Februar war Parteisekretär Hu Yaobang an die chinesisch-vietnamesische Grenze gereist und hatte vor chinesischen Grenzsoldaten eine „höchst wichtige Rede" gehalten. Dabei drohte er, daß China mit dem Einsatz seiner Luftwaffe nicht zögern werde, sollten vietnamesische Truppen auf chinesischem Boden eindringen.

Erst warnte China, dann griff es ein

Das war eine Warnung, die Hanoi in seine Kambodscha-Planung gewiß mit einbezog. Hanoi weiß aus bitterer Erfahrung, daß chinesische Grenzoperationen in direkter Beziehung zu vietnamesischen Vorstößen in Kambodscha stehen. Eine Reihe erfolgreicher militärischer Attacken der Khmer-Guerrillas gegen vietnamesische Positionen haben Hanoi jedoch keine andere Wahl gelassen, als nun das Signal zu einer massiven Offensive zu geben.

Entsprechend reagierte Peking. Am 2. April, am Tag, als die Artillerie-Duelle zwischen Vietnamesen und Thais am Palai-Paß am heftigsten tobten, eröffneten chinesische Truppen das Feuer auf vietnamesische Positionen südlich der chinesischen Grenze. Die Attacke erfolgte entlang einem dreihundert Kilometer langen Streifen zwischen den chinesischen Orten Funing (nördlich von Hanoi) in Richtung Westen bis zu Jinping. Peking erklärte das Bombardement als eine „Maßnahme der Selbstverteidigung" und nannte dreißig Grenzattacken, die die Vietnamesen allein im März gegen chinesische Grenzpositionen verübt hätten.

Am Wochende meldete Hanoi, chinesische Einheiten hatten in einer Zangenoperation zwei strategisch wichtige Bergpositionen der Vietnamesen besetzt. Vietnamesische Truppen und Bevölkerung hätten die Angreifer aber in die Flucht geschlagen. Peking bestreitet dies und spricht von Grenzverletzungen durch die Vietnamesen. Sollte es stimmen, daß China auf vietnamesisches Gebiet eingedrungen ist, dann kann das nur schwere Verluste auf beiden Seiten zur Folge haben. Denn hier stehen Hanois Elitetruppen.

Auch der pazifische Raum hat Schwächen

Pariser Seminar verbreitet qualifizierten Optimismus

A. GRAF KAGENECK, Paris

Europa kann die technologische Herausforderung der Industriemächte des pazifischen Raumes, allen voran der USA und Japans, annehmen, wenn es sich zu engerer industrieller Zusammenarbeit zusammenschließt. Jeder einzelne europäische Staat aber würde bei dem Versuch, die Konkurrenz gegen diese Mächte allein aufzunehmen, zu Grunde gehen. Das ist das Fazit eines dreitägigen Seminars, welches das in Paris angesiedelte „Internationale Institut für Geopolitik" am Wochenende in einem Pariser Hotel veranstaltete. 400 Wissenschaftler, Unternehmer und Militärs aus Europa, den USA und mehreren Randländern des Pazifik einschließlich Rotchinas und Japans nahmen teil.

Die Organisatorin und Institutsleiterin Marie-France Garaud, einst politische Beraterin des Präsidenten Pompidou und im Wahlkampf 1981 selbst Kandidatin für das Präsidentschaftsamt, hatte das Stichwort gegeben: „Es gibt keine zum Tode verurteilten Nationen, es gibt nur die, die sich selbst aufgeben." Selbstaufgabe aber könne bedeuten, unterstrichen mehrere europäische Redner und vor allem der französische Industrieminister Laurent Fabius, wenn man sich hinter den Mauern seiner Grenzen einschlösse und für sich allein Zukunftsprojekte entwickele. Eine Aufsplitterung der notwendigen Anstrengungen, wäre nicht nur sträflicher Luxus, sie könnte tödlich sein, warnte Fabius.

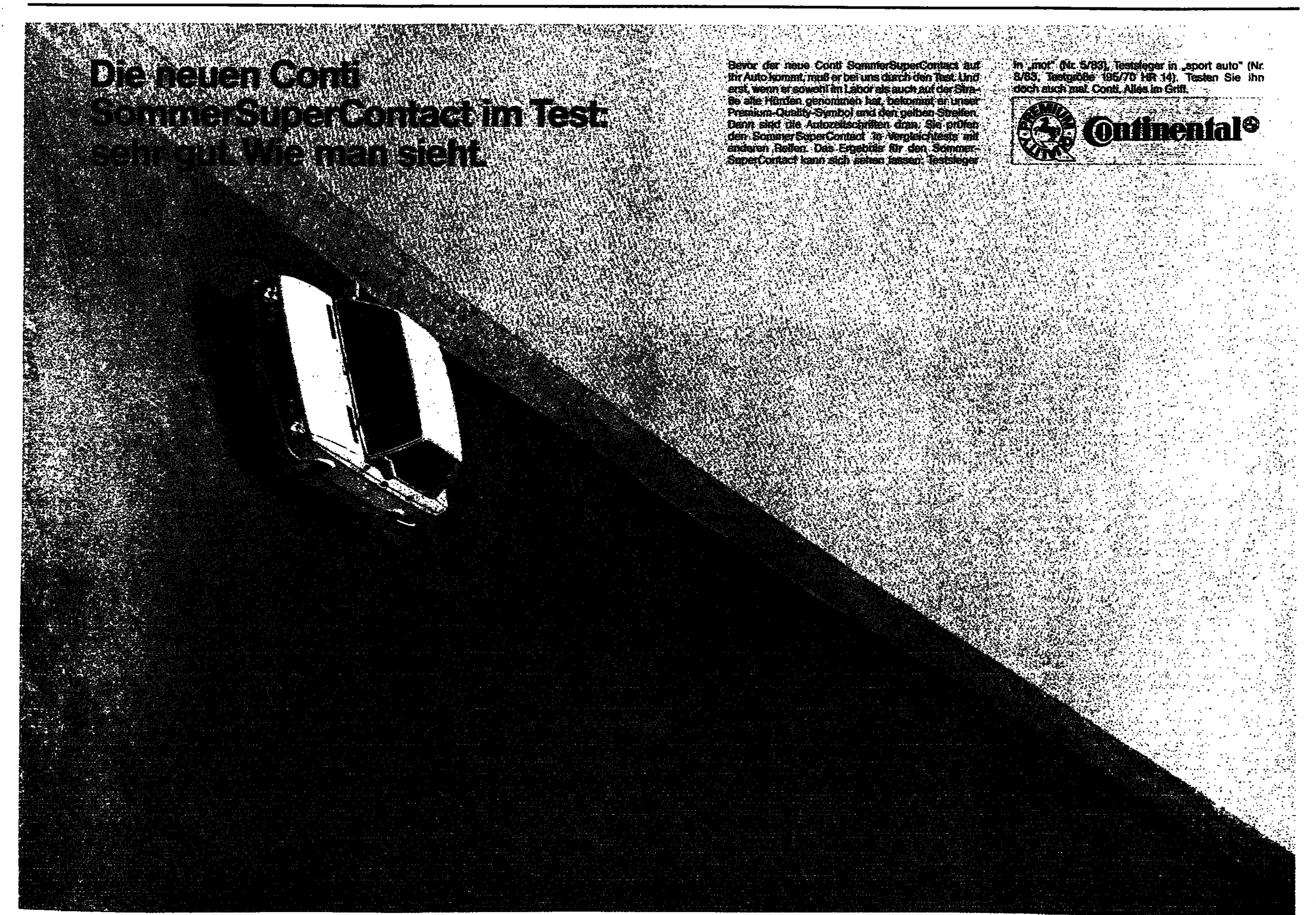
Die Europäer seien in der Lage, technisch und technologisch Spitzenleistungen zu vollbringen und Japaner oder Amerikaner zu überflügeln. Der Airbus, die Ariane-Rakete und der Superschnellzug TGV seien Beispiele hierfür. Woran es vor allem Franzosen mangele, sei die Kommerzialisierung ihrer Produkte, sagten manche französische Redner. Man mache zu häufig „Technik um der Technik willen". Das Stichwort laute heute Handel. Gerade hier hätten die Europäer von den Japanern zu lernen. Der pazifische Raum sei zwar wirtschaftlich im Aufschwung, politisch und strategisch aber extrem unsicher und jederzeit krisenanfällig. Man könne ihn, so der ehemalige Premierminister Barre, nicht als Ganzes ansehen, nicht als eine kulturelle Einheit wie etwa das Mittelmeer oder den Atlantik. Man solle sich bei der „pazifischen Herausforderung" stets dieser Schwächen bewußt sein.

Asiaten bestätigten die Analyse der Europäer. Sie seien weder eine strategische noch eine wirtschaftliche Einheit wie etwa die NATO oder die EG, beschworen einige Japaner. Jiro Tokuyama von einem Tokioter Managementbüro erinnerte daran, daß das Fehlen jeglicher Rohstoffe die Völker dieses Raumes zur Innovation gezwungen habe. Sie hätten nur durch Industrialisierung und Handel überleben können.

Schon vorher hatte Minister Fabius eingeräumt, daß es sich bei den meisten Anrainern des Pazifik um „Entwicklungsländer mit extrem niedrigem Pro-Kopf-Einkommen" handele und im Bereich der hohen Technologie nur Japan mit seinem phänomenalen Durchbruch vom Uhrenbau bis zur Biotechnik zu einer Großmacht geworden sei. Die Gewißheit, daß Europa dieser Konkurrenz gewachsen sei, vermittelte auch der deutsche Forschungsminister Heinz Riesenhuber, der auf einige bemerkenswerte Erfolge der deutschen Computer-Industrie hinwies. In Amerika und Japan gebe es eine wachsende Zahl von europäischen, speziell deutsch-französischen gemeinsamen Unternehmungen, die ihren Konkurrenten am Ort in nichts nachstünden.

Sowohl die amerikanische UNO-Botschafterin Jane Kirkpatrick wie der deutsche CSU-Abgeordnete Hans Graf Huyn unterstrichen, daß Europa und Amerika im pazifischen Raum in gleicher Weise von der neuen euro-asiatischen Weltmacht Sowjetunion bedroht würden und daher eine Interdependenz der Interessen zwischen Amerika und Europa bestünde. Kirkpatrick versicherte Europäern und Asiaten, daß Amerika der Doppelrolle einer Schutzmacht nach Osten und Westen gewachsen sei, wenn es auch aus historischen und geographischen Gründen eher zu Europa neige.

Graf Huyn sprach von Amerika als einem „Doppeladler", der seine Schwingen über beide Ozeane, dem Pazifik und dem Atlantik, ausbreite. Ihm könne man jedoch diese Aufgabe nicht alleine überlassen, Europa müsse Amerika sowohl in Europa als auch im Pazifik einen Teil der Lasten abnehmen.



Ein Blick in die Ausstattungsbetriebe beim WDR

„Ohne uns läuft nichts!"

Das Brandenburger Tor, so wie es 1764 ausgesehen hat, steht ein wenig einsam auf der Wiese hinter den Werkshallen herum. Es soll auch jetzt, nach Beendigung der aufwendigen Preußen-Serie von Ulrich Schamoni („So lebten sie alle Tage"), nicht abgerissen werden. Harald Reichelt hat andere Pläne mit dem Bauwerk: „Das soll der Grundstock sein für eine Art Disneyland im Miniformat. Hier das Brandenburger Tor, dahinten, an einem Schornstein-Gerüst, eine 'Startrampe' für Raumschiffe, daneben eine Bühne für öffentliche Shows."

Im Moment ist das zwar noch Zukunftsmusik, und sehr leise obendrein. „Aber Interesse für so etwas ist beim Publikum vorhanden, das haben wir im vorigen Jahr beim 'Tag der offenen Tür' gemerkt. Mit 2000 Besuchern haben wir gerechnet – 14 000 sind es dann geworden." Harald Reichelt, kürzlich 50 Jahre alt geworden, gelernter Bühnenbildner, der unter anderem am Brechtschen „Theater am Schiffbauerdamm" gearbeitet hat, ist Direktor der Ausstattungsbetriebe beim WDR in Bocklemünd. Siebzehn Jahre ist er mittlerweile bei dem Kölner Sender tätig.

Gleichgültig, ob ein Wahlstudio, eine Unterhaltungsshow oder ein Großprojekt wie die „Preußen"-Serie bestückt werden muß – ohne die Leute aus Bocklemünd „läuft (so gut wie) nichts", wie sie selbstbewußt behaupten. Auf 55 000 Quadratmetern Werkstatt- und Fundusfläche sind 300 Mitarbeiter aus einem guten halben Hundert verschiedener Berufe tätig, die etwa 1000 Fernsehproduktionen jährlich betreuen. Dafür stehen ihnen 1,3 Milliarden Mark zur Verfügung.

Am teuersten schlagen dabei erwartungsgemäß Unterhaltungssendungen zu Buche, deren Requisitenkosten bis zu 50 Prozent der Gesamt-Produktionskosten ausmachen. Für eine „Bananas"-Sendung müssen rund 270 000 Mark ausgegeben werden. Vieles, was in dieser Show für Minuten auf dem Bildschirm zu sehen ist, kann für andere Produktionen kaum noch verwendet werden. Reichelt deutet auf einige blaugestrichene, mit silbernen Sternen verzierte Kästen: „Aus denen sprangen letztens die Mitwirkenden bei 'Bananas'. Was macht man jetzt damit?"

„Wiederverwertbarkeit" ist ein gern gehörtes Wortungetüm in Bocklemünd, bedeutet es doch, daß nur einmal für ein Dekorationsstück zu zahlen ist, was nach der Erstverwendung in den Fundus wandert und dann kostenlos zur Verfügung steht. Vier Fundusbereiche (Kostüme, Requisiten, Bauteile und Möbel) im Gesamtwert von 5,5 Millionen Mark helfen beim Geldsparen.

Und wenn ein Requisit nicht mehr für eine Produktion benutzt werden kann, dann findet Harald Reichelt auch schon mal eine unkonventionelle Art der Wiederverwertung. Elke Sommer benötigte vor Jahren für eine Fernsehshow einen Swimmingpool. Nachdem die Sendung abgedreht war, stand das sperrige Gerät unbenutzt im Weg. Da kam dem Chef die Idee, daß er seinen Mitarbeitern etwas Gutes tun könnte: Er ließ den Swimmingpool in eine Wiese einsetzen, und jetzt steht er allen im Betrieb zur Verfügung, die sich an heißen Tagen etwas abkühlen wollen – in der Mittagspause, versteht sich! „So etwas fördert schließlich das Betriebsklima", schmunzelt Reichelt.

Der Fertigung einer Ausstattung gehen minutiöse Kalkulationen voraus: Regiebeprechungen stehen am Anfang einer jeden Produktion, es folgt die Konzeption nach dem Drehbuch, Designer machen erste Entwürfe; Zeichnungen, Materialbestimmung und Kalkulation gehen der Projektbesprechung voraus, und wenn die Kalkulation verabschiedet ist, kann mit dem Aufbau und den Dreharbeiten begonnen werden.

Ein Computer, gefüttert mit allen wesentlichen Daten, rechnet genau aus, wieviel Mitarbeiter für ein Projekt benötigt werden, wieviele Stunden für jeden Arbeitsgang notwendig sind und was das alles kostet. Dabei verzeichnet er kleinlich jede Position: Von der Plaka-Farbe, die Dose zu 12,23 Mark, bis hin zur kolorierten Fotowand für 3 360 Mark.

Mitunter gelingt es Reichelt und seinen Mitarbeitern, den elektronischen Kollegen doch zu überlisten. Für eine Folge von „Bei Bio" sollte ein Studio von 8 000 Quadratmetern Größe mit Kunstrasen ausgelegt werden. Kalkulierter Preis: etwa 100 000 Mark.

Ein findiger Kollege kam auf die Idee, es mit Platten von natürlichem Rasen zu probieren, wie sie auf Sportplätze „verlegt" werden. Quadratmeterpreis: sieben Mark. Ein beruhigender Beweis dafür, daß „Köpfchen" immer noch mehr wert ist als eine Rechenmaschine modernster Bauart.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Nach holländischem Muster

Das war eine geniale Idee: Per Inserat hatte man das deutsche Publikum zur Rudi-Carrell-Show **Die verflixte 7** (ARD) nach Holland geholt – sieben Autobusse aus dem Sauerland. Kein snobistisches Großstadtpublikum, keine Fußballjugend, keine notorischen Buhrufer, sondern meist liebe Muttis – und alle Carrell-Fans. Hätten sie sonst eine Tour hin und zurück nach Aalsmeer in 13 Stunden auf sich genommen?

So hatte Rudi Rückendeckung. Es war genau sein Publikum. „Diese Show", so blickte er nach Schluß der Live-Sendung zurück, „war keine Show für Kritiker, es war eine Show für die Omas von Kritikern, für die Kinder von Kritikern" (es fehlte noch, daß er „und für die Frauen und Hunde" hinzugefügt hätte).

In der halben Stunde, die für den „Nachplausch" mit der Presse vorgesehen war, posierte Rudi so willig vor Horden von Fotoreportern, daß alle deutschen Familienblätter nächste Woche ihre eigene Rudi-Serie haben und – zweitens – daß Rudi dem Gespräch mit den bissigen Kritikern entging.

Nun – die Kritik braucht nicht gar so bissig zu sein. Carrell war in Fahrt, schon beim „Aufwärmen" des Publikums vor Sendebeginn, wobei er sich als routinierter Conférencier gab. Sollte man ihn von seinem Showmasterthron stürzen – aber das ist nach dem Beginn der „verflixten 7" kaum anzunehmen –, dann würden sich die Manager von Hausfrauennachmittagen um ihn schlagen.

Nach der vermasselten Neujahrs-Show blickt Rudi Carrell auch auf Erfolge zurück: auf 13 holländische Showprogramme mit Einschaltquoten von 58 Prozent, hohen Wertungsziffern und dem stolzen Ergebnis seiner Sammelaktion für ein Hospital-Urlaubsschiff: 30 Millionen. Allerdings schloß die holländische Kritik den „verlorenen Sohn" weniger liebreich in die Arme als das Publikum.

„Die verflixte 7" nach dem Muster der holländischen Showprogramme ist ein flottes Rezept. 90 Minuten, in denen das Publikum mit dem Kandidatenpaar hoffen und bangen darf. Sechs Preischancen – oder wird es die Niete?

Carrell hatte ein nonchalantes, natürliches Kandidatenpaar – ein Pluspunkt. Er hatte viele bekannte Gesichter in der Show – sogar Filmemacher Volker Schlöndorff ließ sich herab, seinen vergoldeten Oscar vorzuzeigen. Margot Werner als fesches Wildwestmädel oder die Band „Cowboys der Nation" – das ist Amüsement ohne Ansprüche und mit Tempo gebracht.

Die ARD hat insgesamt fünf Programme eingeplant, noch zwei in Aalsmeer, wo man die Dekorationen aus der holländischen Show, die Kostüme, das Ballett und die Statisten gebraucht – das bürgt für Routine und Tempo und drückt den Preis. Und zwei in Bremen. Wenn's an Rudi liegt, wird die „Verflixte 7" ein Dauerbrenner.

ELFRUN JACOB

STUDIO

Für ihre Verdienste um die Förderung zeitgenössischer Musik sind ZDF-Intendant **Dieter Stolte**, dessen stellvertretender Programmdirektor **Peter Gerlach** und ARD-Programmdirektor **Dietrich Schwarzkopf** mit dem „SPIDEM-Kristall" des Spitzenverbandes Deutsche Musik (SPIDEM) ausgezeichnet worden. Die erstmals vergebene Auszeichnung ging außerdem an Hermann Rauhe, den Präsidenten der Hochschule für Musik in Hamburg.

Mitte Mai soll sie in Berlin auch dem bayerischen Kultusminister Hans Maier und dem französischen Kulturminister Jack Lang verliehen werden.

*

„Liebesgrüße aus Moskau" ist der erste **James-Bond-Film**, den die Fernsehzuschauer am Pfingstmontag sehen können. Die ARD eröffnet damit die Ausstrahlung der berühmten 007-Filme, die im Februar von der amerikanischen MGM/United Artists erworben wurden. Der früheste James-Bond-Film, „007 jagt Dr. No", soll ebenfalls noch 1984 zu sehen sein. Von den übrigen erworbenen Bond-Filmen kommen dann jährlich zwei in das ARD-Programm.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Der Mann, der keine Autos mochte
10.50 Die verflixte 7
12.25 Gott und die Welt
Entwicklung braucht Partnerschaft
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Video & Co.
Moderatoren: Brigitte Rohkohl und Manfred Waffender
17.20 Die Besucher
Letzter Teil: Kleine Reparatur der Welt
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Glücksritter
Die Abenteuer des Robert Curwich
anschl. Ein Platz an der Sonne
21.15 Kontraste
Elbgrenze und zentrale Erfassungsstelle Salzgitter – Hindernisse einer weiteren deutsch-deutschen Annäherung? / „Die Sicherung der Vollbeschäftigung ist kein Gottesgeschenk" – Arbeitsmarktprobleme auch in der „DDR" / Zweieinhalb Jahre in Polen – Arbeitserfahrungen eines Fernseh-Korrespondenten / Ohne Numerus clausus zum Medizinstudium – Deutsche Studenten an ungarischen Universitäten
Moderation: Peter Schultze
22.00 Solo für Spaßvögel
mit Andreas Vitásek
22.30 Tagesthemen
23.00 Ljubica, eine Frau über Dreißig
Jugoslawischer Spielfilm (1978)
Regie: K. Golik
Die dreiunddreißigjährige Ljubica lebt allein in Zagreb, seitdem ihr Mann im Ausland arbeitet. Ihr kleiner Junge wächst bei ihren Schwiegereltern auf dem Lande auf. Halt in ihrer Einsamkeit findet die junge Frau nur in ihrer Arbeit mit gehörgeschädigten Kindern.
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lernen ist menschlich
2. Teil: Kalbskopf en tortue
Elternsache: Grundschule
2. Teil: Der erste Schultag
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassies Abenteuer
Gefährliche Spiele
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ricky Shayne, Ingrid Peters
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Die Helden sind nicht müde
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Wie Hunger gemacht wird
2. Teil des Afrika-Berichts
20.15 Herkules – Der Rächer von Rom
Italienisch-französischer Spielfilm (1964)
Regie: Piero Pierotti
Nach der Ermordung des römischen Kaisers Gordianus läßt sich Filippus Afrus, Statthalter in Ravenna, zum Kaiser ausrufen. Den siegreichen und edlen Feldherrn Quintus Trajanus schickt er als Statthalter nach Pannonien, wo Herkules, der den Mord nicht verhindern konnte, die von Filippus Afrus bedrohte Kaisertochter Urpia versteckt hält. Hier lernen sich Quintus Trajanus und Urpia kennen und lieben.
21.45 heute-journal
22.05 Die Kunst ist das Leben
Ein Portrait des Malers Willem de Kooning
Film von Erwin Leiser
22.35 Leben im Winter
Fernsehfilm
Regie: Harmut Griesmayr
0.15 heute

Im „Solo für Spaßvögel" stellt sich heute der Österreicher Andreas Vitasek vor (ARD, 22.00 Uhr). FOTO: TELEBUNK



III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
Moderation: Sonja Kurowsky, Reinhard Münchenhagen
21.45 Die Saat geht auf
Choreographinnen im Umfeld Von Pina Bausch
22.15 Hilferufe
Menschen in der Krise
Traute S.: Als Kind mißbraucht
anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Seefahrt ist not
Passagierschiffahrt gestern und heute
20.00 Tagesschau
20.15 Großmacht Indien
Bilder aus einem armen Land
21.00 Das Montagsthema
Zu Leben und Freiheit erwacht
22.00 Gefahr am Doro-Paß
Englischer Spielfilm (1938)
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Bei Papotin, dem Nachtschwärmer
19.00 Wen ich immer schon mal fragen wollte
Mit Udo Lindenberg
20.00 Weißer Fleck
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Schauplatz New York
Ein hochbrisanter Fall
23.35 Gibt es so etwas wie Werktreue?

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Deutsch
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Wein und Wasser
20.20 Fischermanns Doktor
Als Schiffsarzt vor Grönlands Küsten
21.05 Mad Movies
Herzensbrecher in 1000 Nöten
21.30 Sonnenbaus
Film von Jochen Richter
22.15 Jazz am Montagabend

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Tempel und Grabmäler der Pharaonen
22.50 Captain Paris
Mauer des Schweigens
23.55 Rundschau

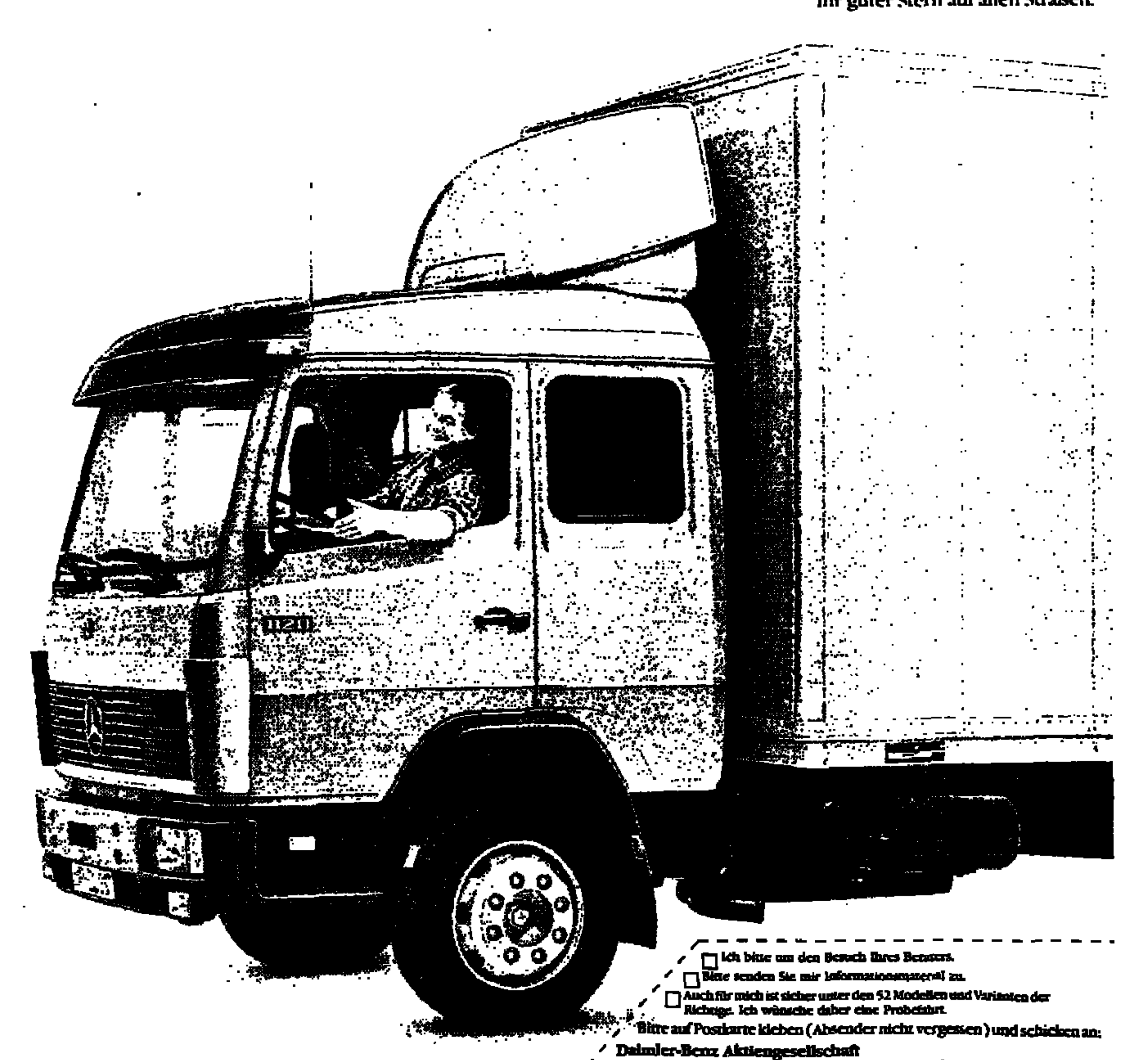
Wolfgang L. im Gespräch mit der Belegschaft:

Ab heute können wir unter ganz neuen Aspekten disponieren, mit einem völlig neuen Lkw. Eine Technik, auf die man sich verlassen kann. Ein Design, bei dem Optik und Funktionalität harmonisch zusammenfinden. Ein Fahrerhaus, das den Ansprüchen an einen modernen Arbeitsplatz meisterhaft entspricht. Ein Armaturenbrett, das . . .



Das sind die neuen 6,5–11-Tonner von Mercedes-Benz. Leichter in bester Form. Ein völlig neues Fahrzeug-Konzept, bei dem nur eins beim alten bleibt: die Garantie für einzigartige Gesamtwirtschaftlichkeit. Deshalb werden es andere schwer haben, sich mit den Neuen zu messen.

In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz.
Ihr guter Stern auf allen Straßen.



☐ Ich bitte um den Besuch Ihres Beraters.
☐ Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zu.
☐ Auch für mich ist sicher unter den 52 Modellen und Varianten der Richtige. Ich wünsche daher eine Probefahrt.
Bitte auf Postkarte kleben (Absender nicht vergessen) und schicken an:
Daimler-Benz Aktiengesellschaft
Abt. VOI/VL-F, Postfach 202, 7000 Stuttgart 60

Strauß: Europa soll nicht stets nur nach den USA blicken

dpa / rtr, München

Die Europäische Gemeinschaft braucht eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, erklärte der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, auf dem wehrpolitischen Kongreß der CSU in München. Strauß betonte, die staatliche Einigung Europas müsse auch zur Aufstellung einer europäischen Verteidigungsstreitmacht führen, die stärker sein könne als die Addition der Einzelarmeen. Derzeit ist die EG nach Einschätzung des CSU-Chefs aber nicht zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik fähig. Die europäische Einigung müsse aber dennoch vorangetrieben werden.

Das Selbstbestimmungsrecht Europas dürfe nicht allein von Washington garantiert werden, forderte Strauß. Immer nur nach Washington zu blicken, sei auf Dauer mit dem seelischen Gleichgewicht von 300 Millionen Europäern nicht vereinbar. Dies bedeute keine Abkehr von den USA. Doch die Europäer könnten nur als politische Einheit eine starke Säule im gemeinsamen Verteidigungspakt sein. Strauß warnte davor, mit Verdächtigungen und Anschuldigungen eine Stimmungslage in den Vereinigten Staaten zu schaffen, „die sich gegen unsere Interessen auswirken muß".

Von der französischen Regierung verlangte Strauß Aufklärung und Absprache über ihre auf deutsche Ziele gerichteten Atomwaffen. Man sei zwar „einigermaßen über die amerikanische Zielplanung im NATO-Bereich informiert". Er glaube aber nicht, daß es schon eine „ausreichende Absprache" mit Frankreich „über den Einsatz seiner Atomwaffen" gebe. Die französischen Atomwaffen seien eine „wertvolle Ergänzung". Da aber „mit Sicherheit französische Atomwaffen auch gegen Ziele auf dem Boden Deutschlands" gerichtet seien, „und zu Deutschland gehört natürlich auch die DDR, das ist unser gemeinsames Vaterland, ist hier noch ein weites Feld nicht nur für Information, sondern auch für Abstimmung, für gegenseitige Aufklärung und gemeinsame Planung."

Steuerreform bleibt in der Koalition weiter umstritten

E. N. Bonn

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff rechnet mit einer Tarifreform zum 1. Januar 1986. Strengste Ausgabendisziplin müsse bis dahin herrschen, damit man sich diese Reduzierung der, wie er sagte, weit überzogenen Steuer- und Abgabenlast des Staates leisten könne.

In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" zum Thema „Steuerreform – Ende der Wende?" berief sich der Wirtschaftsminister auf seine „Vaterschaft der Wende", die damit begründet worden sei, daß die Staatsfinanzen wieder in Ordnung gebracht werden müssten. Über das „Ob und Wie" einer möglichen Kompensation der Tarifreform wollte sich Lambsdorff nicht äußern.

Zum gleichen Thema meinte der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Apel (SPD), die Bundesregierung müsse ihre Versprechungen wahr machen und die Steuersubvention zugunsten der Besserverdienenden kürzen. Ein erster Schritt der Steuerreform könne ab 1986 eine Verbesserung des Kindergeldes mit jährlich fünf Milliarden Mark sein, zu einem späteren Zeitpunkt könne man dann eine Lohn- und Einkommensteuer-Reform durchsetzen, „die diesen Namen verdient".

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth (CDU) sprach sich dafür aus, daß unter der CDU-Regierung die Steuerquote nicht steigen dürfe und daß die Konsolidierung durchgesetzt werden müsse, wobei er aber mit einem längeren Zeitraum rechnet.

Die Uneinigkeit der Koalitionspartner bei den Vorarbeiten zur Steuerreform rügte Späth: „Es ist höchste Zeit, daß wir Klarheit schaffen."

CSU-Chef Strauß verlangte eine stärkere familienpolitische Komponente bei der Steuerreform, zum Beispiel durch höhere als die von Stoltenberg vorgeschlagenen Kinderfreibeträge. Der CDU/CSU-Finanzpolitiker Manfred Carstens gab zu bedenken, ob nicht die Versicherungssteuer statt der Mehrwert- und Verbrauchsteuern angehoben werden könnte.

Kirche mahnt Pfarrer zum Bleiben in der „DDR"

rtr, Potsdam

Die Kirchenleitung der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburgs hat ihre Pfarrer und Gemeindemitglieder zum Bleiben in der „DDR" gemahnt und sich auf einer Tagung der achten Synode in Potsdam besorgt über Ausbürgerungsanträge geäußert. Unter Hinweis auf sechs Pfarrer allein aus der Berlin-Brandenburgischen Kirche, die 1983 mit ihren Familien in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelten, heißt es in dem vorgelegten Bericht der Kirchenleitung: die Kirche müsse sich fragen, wie sie sich „stärker als eine Beistandsgemeinschaft auch unter Belastungen erweisen kann". Die Kirche bedauere den Weggang, „denn wir brauchen sie dringend."

Dennoch sieht auch die Kirchenleitung „unlösbare Fälle", in denen sie „aus seelsorglicher Verantwortung" die „Ausbürgerungsanträge unterstützt" habe. Sie wisse „um manche Hoffnungslosigkeit, Bedrängnisse und Ängste". Sie bitte aber auch zu bedenken, daß die christliche Bewahrung und Verheißung „auch in diesem Land erhält und trägt". Zugleich bekräftigt die Kirche ihre Eigenständigkeit und „kritische Funktion" gegenüber dem Staat.

Die „Kirche in der sozialistischen Gesellschaft" habe „keineswegs alle Mitverantwortung für Politik und Gesellschaft an den Staatsapparat abgegeben", erklärte der Bischof der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck. Er wandte sich dagegen, daß der Staat die Formel „Kirche im Sozialismus" gelegentlich so auslege „als bejahe die Kirche damit kritiklos alle Entscheidungen und Maßnahmen unseres sozialistischen Staates". Forck beklagte in diesem Zusammenhang, daß die Kirche noch immer auf ihre Frage ohne Antwort bleibe, ob die „in der Verfassung zugesicherte Glaubens- und Gewissensfreiheit gewahrt bleibt". Er kritisierte auch die staatliche Grundaussage: „Sozialismus ist gleich Friede".

Hussein beruft sich auf Moskau und Resolution 242

DW./RS, Amman/Bonn

Eine Beteiligung Moskaus an einem eventuellen Friedensprozeß im Nahen Osten würde nach Meinung des jordanischen Königs Hussein „zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens" in dieser Krisenregion beitragen. Auf einem Empfang für eine Delegation der amerikanischen Militärakademie in Amman sagte der jordanische Monarch, die Sowjetunion sei eine „im Nahen Osten präsente Supermacht", die die Regelung des israelisch-arabischen Konflikts auf der Basis der UNO-Sicherheitsrats-Resolution 242 anerkannt habe. In diesem Beschluß wird das Existenzrecht aller Staaten in gesicherten Grenzen postuliert und der Rückzug Israels aus besetzten arabischen Gebieten gefordert. Die Palästinenserfrage wird in dieser Resolution der Vereinten Nationen bemerkenswerterweise lediglich als Flüchtlingsproblem angesprochen. Husseins Bezugnahme auf „242" könnte nach Meinung von Beobachtern signalisieren, daß der jordanische König in Abstimmung mit Moskau Jerusalem Kompromißbereitschaft anzeigen möchte.

Nach einer Meldung des libanesischen Rundfunks haben sich die Mitglieder des vom Nationalen Sicherheitskomitees eingesetzten Ausschusses auf eine Truppenentflechtung in Beirut und die Errichtung einer Pufferzone entlang der „grünen Linie", die die christlichen von den muslemischen Stadtteilen trennt, geeinigt. Wann die Waffenruhe in Kraft treten soll, ob und wie lange sie eingehalten werden wird, steht noch nicht fest. Unterdessen gingen in Beirut die Kämpfe unvermindert weiter. Am Wochenende allein starben vier Menschen, 36 wurden verletzt. Nach einer Meldung des israelischen Rundfunks will der libanesische Staatspräsident Gemayel in der zweiten Wochenhälfte nach Damaskus reisen, um mit dem syrischen Staatschef Assad nach Wegen für eine Befriedung des Landes und für den Abzug aller fremden Truppen zu suchen.

„Jerusalem besitzt keine Pläne zum Bau der Leo-2-Kanone"

General Tal beklagt eine Abwendung Bonns von seiner historischen Verantwortung

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

„Es ist nicht nur unwahr, daß Israel auf dem Umweg über die USA die Pläne zur Herstellung der deutschen Leopard-2-Kanone bekommen hat: Die Bundesregierung weigert sich auch schon seit mehr als fünf Jahren, den Israelis diese Kanone zu verkaufen, obwohl die Sowjetunion den arabischen Staaten ihren T-72-Panzer mit seiner 125-mm-Kanone (die großkalibrigste der Welt) unbeschränkt liefert."

Mit dieser Feststellung reagierte Generalmajor a.D. Israel Tal, der bekannteste israelische Panzerexperte und enger Mitarbeiter von Verteidigungsminister Arens, auf eine entsprechende Behauptung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel". Gegenüber dem Springer-Auslandsdienst nannte Tal die „Spiegel"-Meldung „eine freche und böswillige Lüge". Er glaubt jedoch nicht, daß das Nachrichtenmagazin die Sache erfunden hat. Wahrscheinlicher sei es, daß der „Spiegel" jemandem, der ein Interesse daran hat, zum Opfer gefallen ist. „Die USA können den Israelis die Lizenz zur Herstellung dieser Kanone ohne deutsche Genehmigung gar nicht erteilen. Die haben sie nicht. Der „Spiegel" bezichtigt also Washington auch einer ungesetzlichen Handlung. Wir befassen uns jetzt mit der Lösung unseres Problems, aber nicht mit der Hilfe der Deutschen und auch nicht mittels amerikanischer Diebstähle von Deutschland", meinte der General.

Deutschlands Weigerung, den Israelis die Leo-Kanone zu geben, erinnere Tal an die Haltung der Bundesregierung im Yom-Kippur-Krieg 1973: „Damals kämpften wir um unser nacktes Überleben ... Doch die Bundesregierung verbot amerikanischen Flugzeugen mit Munition für uns, auf deutschem Boden Zwischenlandungen zu machen ... Ich spreche gar nicht davon, daß uns Deutschland Munition hätte liefern sollen. Aber es unterband sogar den Transit."

General Tal äußerte bittere Enttäuschung über die gegenwärtige Haltung der Bundesrepublik Deutschland. Er erzählte, er sei schon bald nach der israelischen Staatsgründung im Jahre 1948 für Zusammenarbeit und Verständigung mit Deutschland eingetreten. „Ich war überzeugt, daß dies der richtige Kurs sei. Aber jetzt habe ich meine Meinung geändert. Der Prozeß der Versöhnung ist einseitig geworden. Hier in Israel dauert er noch, in Deutschland geht er jetzt in umgekehrter Richtung vor sich."

Der Militär erinnerte an die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk und beklagte, „daß diese Verantwortung heute in der Bundesrepublik in zunehmendem Maße und beispiellosem Zynismus ignoriert" werde. Dies zeige sich insbesondere in der Frage der geplanten deutschen Waffentransaktionen in die arabischen Staaten.

Der Militär befürchtet, daß durch eine Änderung der Richtlinien für deutsche Waffenexporte in Spannungsgebiete Israel nach wie vor Waffen aus der Bundesrepublik vorenthalten werden könnten. Während Saudi-Arabien und Jordanien, die sich als im Kriegszustand mit dem jüdischen Staat betrachten, in den Genuß deutscher Waffenexporte gelangen könnten. Dies sei „das Gegenteil von Verständnis", sagte Tal.

Polens Landwirte bleiben skeptisch

Westhilfe nimmt aber konkretere Formen an / Jaruzelski spielte auf Zeit

J. G. GÖRLICH, Düsseldorf

Die Westhilfe für Polens Landwirtschaft nimmt nach dem Beschluß des polnischen Sejm (Reichstag) seit dem Wochenende konkrete Formen an. Es ist an der Weichsel bekannt, daß der deutsche Steuerzahler dazu den größten Anteil einbringen wird. Welches Resultat die Sondierung des stellvertretenden Sekretärs der polnischen Bischofskonferenz, Pater Alojzy Orszulik, in den USA hatte, darüber ist bisher Konkretes nicht bekannt.

General Jaruzelski hatte auf Zeit gespielt. Er hatte zunächst die Verhandlungen mit den westlichen Kreditgebern abwarten wollen - ob diese – was die Abzahlung der Kredite anbelangt – für ihn günstig verlaufen würden. Die Untergrundpresse Polens zweifelte zwischendurch daran, ob der Sejm noch dieses Jahr die Westhilfe akzeptieren würde. Noch im März berieten darüber die Sejm-Ausschüsse (*Wirtschafts- und Finanzplanung*) so wie „gesetzgeberische Arbeit". Es wurden abermals Korrekturen angebracht. Besonders heftig umstritten war der Vorschlag, Steuerbefreiung und Ermäßigung Personen und Einrichtungen zu gewähren, die Spenden zugunsten des Fonds entrichten würden. Neo-stalinistische Abgeordnete verlangten feste Zusagen, daß der Fond seinen Sitz in Polen haben werde und unter strikter Kontrolle der polnischen Behörden stehen müsse. Seine Ziele müßten „mit den Zielen und Interessen" der VR Polen im „völligen Einklang" stehen. Jaruzelski sagte zu.

Die Untergrundpresse wurde skeptischer und kritischer. Auf dieser Linie liegen auch viele Publikationen der neuen polnischen Emigration im Westen. Die Polnische Bauern-Partei im Exil (PSL) dämpfte merklich ihren Optimismus. Sie machte darauf aufmerksam, daß privater Boden von Bauern, die in den Genuß staatlicher Renten kamen, ausschließlich den Staatsgütern zugute kamen. Ebenso, daß in letzter Zeit unrentable LPGs aufgelöst wurden, ihr Grund aber zu Schrebergärten für Funktionäre um*funktioniert* wurde, entsprechende bereits schriftlich gemachte Zusagen an die Bauern zwecks Rückgabe mit brachialer Gewalt rückgängig gemacht wurden.

Das Organ der Bauern-Partei, „Jutro Polski" (London), wies auf die in Polen offiziell veröffentlichte sogenannte Polarisierungsstrategie von Jaruzelskis Agrarberater, Prof. Dr. Augustyn Wos, hin. Dieser sieht die Zusammenfassung der knapp eine Million freien Bauernhöfe in 450 018 Hektar große Betriebe vor und legt das künftige Schwergewicht der Landwirtschaft auf die Staatsgüter. Sie machen momentan 19,7 Prozent der Landwirtschaft aus, die LPGs 4,5 Prozent. Allerdings mußten laut polnischer Presse im vergangenen Jahr 80 Staatsgüter aufgelöst werden, 30 Prozent befinden sich stets in den roten Zahlen, obwohl kräftig aus dem staatlichen Agrarfonds subventioniert wird. Aus diesem Agrarfonds werden ohnehin LPGs und Staatsgüter zu 80 Prozent subventioniert, die private Landwirtschaft erhält nur 20 Prozent.

Wie die Untergrundpresse erfahren haben will, hat sich die Jaruzelski-Equipe durchsetzen können, daß die Westhilfe zur Hälfte an die verstaatlichte Landwirtschaft geht. Zuerst war nur von der privaten Landwirtschaft die Rede. Auch die Zulieferungsindustrie, soll in den Genuß dieser Hilfe kommen.

Mittelamerika: Ärger zwischen USA und Paris

SAD, Washington

Scharfe Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten über den besten Weg zur Entschärfung der Lage in Mittelamerika traten am Wochenende offen zutage. Die US-Regierung warnte die Regierung in Paris davor, ein bisher nur unverbindlich vorgetragenes Angebot wahrzumachen und Hilfe beim Räumen der vor den Küsten Nicaraguas ausgelegten Minen zu leisten. Die Minen sind offensichtlich von konterrevolutionären Kräften mit direkter Unterstützung des US-Geheimdienstes (CIA) gelegt worden.

Die Kontroverse kam ans Licht, nachdem das linksgerichtete Sandinista-Regime in Nicaragua einen ursprünglich an die kolumbianische Regierung gerichteten Brief des französischen Außenministers Cheysson an die Öffentlichkeit lanciert hatte. Cheysson hatte darin vorgeschlagen, daß Frankreich und „eine oder mehrere befreundete europäische Mächte" die Minen vor den Häfen Nicaraguas beseitigen sollten.

Mondale baute Vorsprung vor Hart aus

AFP / AP, Philadelphia

Im Rahmen der Vorwahlen für die Präsidentschaftsnominierung der Demokratischen Partei findet morgen in Pennsylvania eine wichtige Abstimmung statt. Bei bisherigen Umfragen lagen Mondale und Hart stimmengleich. Der hochindustrielle Bundesstaat im Nordosten der USA stellt 172 Delegierte für den Parteikonvent, der im Juli in San Francisco endgültig entscheidet, ob der frühere Vizepräsident Walter Mondale oder Senator Gary Hart gegen Präsident Ronald Reagan antreten wird.

Mondale konnte am Samstag mit 54 Prozent bereits den Mittelweststaat Wisconsin für sich verbuchen. Auf seinen Rivalen Hart entfielen 30 Prozent der Stimmen. Der schwarze Bürgerrechtler Jesse Jackson erhielt 15 Prozent. Zwei Prozent der Stimmen gingen an nicht festgelegte Delegierte. Insgesamt entsendet Wisconsin 78 Delegierte zum Nominierungskonvent. Bisher sind damit 1860 Delegierte bestimmt worden. Für die Nominierung sind 1967 der insgesamt 3933 Delegierten erforderlich.

Franzosen bei Minensuche in Tschad getötet

A. GRAF KAGENECK, Paris

Neun Soldaten der französischen „Manta"-Streitkraft in Tschad haben am Sonnabend bei einem Aufklärungsunternehmen, 30 Kilometer südlich der „Roten Linie" im Norden des Landes, den Tod gefunden. Verteidigungsminister Hernu vermutet, daß es sich um einen „Unfall" handelte.

Der Spähtrupp, bestehend aus einem Offizier, drei Unteroffizieren und 16 Mann, hatte im Laufe einer Rast am Wegrand ein in der Nähe stehendes, 1982 bei den Kämpfen abgeschossenes Panzerfahrzeug näher untersuchen wollen, wobei es plötzlich zu einer noch ungeklärten Explosion kam. Sechs weitere Soldaten wurden dabei verletzt. Der Minister vermutet, daß der Spähtrupp auf eine Mine geraten sein könnte. Er betonte jedoch ausdrücklich, daß es sich nicht um eine Kampfaktion mit Feindberührung und auch nicht um einen Hinterhalt der gegnerischen Truppen gehandelt habe. Frankreich unterhält seit August 1982 3000 Mann in Tschad.

Schwieriger Weg zu den Laser-Waffen

● Fortsetzung von Seite 1

teau der amerikanischen Ultra-Technologie aus gesehen, fast eine Unmöglichkeit.

Denn dies muß alles gleichzeitig geschehen: Infrarotsensoren an Bord der kosmischen Stationen erfassen die Wärmestrahlung der heißen Gase startender Raketen. „Optische" Computer, die mit Lichtsignal schneller rechnen als die schnellsten Computer der Gegenwart, vermitteln im Millionstel einer Milliardstel Sekunde die Informationen an die Zielvorrichtungen der Gamma-Strahlenlaser. In einer kaum vorstellbaren Zeitspanne nach Zünden der nuklearen Anlage mit dem Freisetzen der Gammastrahlen zum Erreichen des hochenergiereichen Laserstrahls ist alles vorbei.

Nach den zur Verfügung stehenden Informationen bieten Projekte wie „Romano" die größte Wahrscheinlichkeit, eines Tages die gewünschte Waffenwirkung zu erzielen. Dabei wird die nukleare Initialstrahlung eines Atomsatzes ausgenutzt, die etwa fünf Prozent der Gesamtenergie ausmacht. Diese nukleare Initialstrahlung besteht hauptsächlich aus Gamma-Strahlen, die mit Röntgen-Strahlen oder „x-rays" hoher Energie identisch sind.

Von entscheidender Bedeutung für die Realisierung der von Präsident Reagan in Gang gesetzten „strategic *defense initiative*" zur Abwehr ballistischer Geschosse durch Energiewaffen ist die Entwicklung von Supercomputern, ohne die das Projekt nicht verwirklicht werden kann. Bei diesen Computern, deren Informationsträger nicht mehr Elektronen, sondern Lichtphotonen sind, soll das „Wunder" vollbracht werden, zehn Milliarden Rechenoperationen in der Sekunde auszuführen. Die Beherrschung dieser „photonischen" Technologie wird das Tempo bestimmen, mit der die strategische Verteidigungsinitiative Reagans umgesetzt werden kann.

Selbstverständlich arbeiten auch die Sowjets an Energiewaffen. Es ist sogar wahrscheinlich, daß auch die Russen auf ihrem unterirdischen Atomversuchsgelände von Semipalatinsk ihre Version einer nukleargepumpten Strahlenwaffe vom „Romano" erprobt haben. Nur: Die Sowjets haben zwar hervorragende Theoretiker, aber sie beherrschen noch lange nicht das Klavier der Ultratechnologie. Deswegen sind Informationen aus amerikanischer Quelle zumindest fragwürdig, nach denen die Sowjets auf einzelnen Gebieten der Energiewaffen einen Vorsprung von wenigstens zehn Jahren besitzen.

Tatsächlich haben die USA auf vielen Sektoren der Hochtechnologie oder Ultratechnologie einen weiten Vorsprung. Die Sowjets können nicht im Traum daran denken, im Wettlauf der Supercomputer mitzuhalten. Der Rückstand der Sowjetunion gilt auch auf dem Gebiet der Lasertechnologie oder der Miniaturisierung von Nuklearsätzen.

Aber der Westen muß aufpassen, daß die Sowjets auf dem Gebiet der Ultratechnologie, die ihnen wesensfremd ist, nicht schneller als erwartet Fortschritte erzielen. Dann könnten die USA tatsächlich, wie es Verteidigungsminister Weinberger formulierte, in eine „prekäre" Position geraten.

Naturwasser von nur 4 Härtegraden macht es im Geschmack so unvergleichlich weich.

Budweiser Budvar

Das Bier der Könige aus Böhmen

BUDWEISER BUDVAR

P. U. Importgesellschaft. Kamphenkel & Gioudow mbH u. Co. KG, Ringbahnstraße 38–40, 1000 Berlin 42, Tel. (030) 752 1083 · Strelow & Co. (GmbH & Co.), Bornmoor 18, 2000 Hamburg 54, Tel. (040) 544047 · Heinz Kampmann GmbH & Co., Import und Biervertrieb, Zipfelweg 17, Postfach 270145, 4300 Essen 11, Tel. (0201) 660088 · Matth. Harzheim KG-GmbH u. Co., Bremerhavener Straße 33, 5000 Köln 60, Tel. (0221) 7 12 2031-33 · Richard Müller, Biervertrieb- u. Import GmbH & Co. KG., Assmannshäuser Straße 30–32, 6200 Wiesbaden, Postfach 4327, Tel. (06121) 48043 · Leo Karas GmbH & Co. KG., Bruno-Dreßler-Straße 7, 6457 Maintal 2, Tel. (06194) 61001 · Firma Albert Schmid, Olgastraße 86, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 2192–0 · Otto Pachmayr GmbH & Co., Mineralwasser-KG, Triebstraße 37, 8000 München 50, Tel. (089) 146054

Samstags geöffnet

J. Sch. (Paris) – Auch am Wochenende einkaufen zu können, was das Herz begehrt, gehört in Frankreich nach wie vor zu den Grundlagen der indivuduellen Freiheit. Selbst die kommunistische Gewerkschaft ist gegen einen Ladenschluß nach deutschem Vorbild. Die Hauptsache, das Personal wird entsprechend gut bezahlt. Aus dieser Perspektive könnte der Samstagsverkauf aber doch eines Tages in Frage gestellt werden.

Bisher war jedenfalls in den französischen Großstädten der Samstag der mit Abstand verkaufsstärkste Tag der Woche. Seit einiger Zeit verlagert sich das große Geschäft zunehmend auf den Freitag. Bald könnte das Verhältnis umgekehrt sein.

Als wichtigsten Grund für die sich verändernden Einkaufsgewohnheiten wird die Arbeitszeitverkürzung genannt, die ein längeres Wochenende – meist auf dem Lande – erlaubt. Dazu kommt, daß die Franzosen Samstag das lange Warten an den Kassen der Kaufhäuser leid werden. Insoweit verlagert sich das Interesse auf den schulfreien Mittwoch, den manche Warenhäuser mit großem Erfolg bis in die Nacht hinein verlängern.

So erwägen schon einige Warenhäuser, ob sie nicht an dem geschlossenen Montag das Geschäft öffnen sollen und dafür Samstagnachmittags schließen. Aber werden die Franzosen dann nicht zur Konkurrenz überlaufen? So könnte die Entwicklung dahin führen, daß für den Luxus des Samstageinkaufs Aufpreise bezahlt werden müssen.

Imitationen

K. S. – Das Ideenklauen in der Wirtschaft verärgerte Rido Busse, Inhaber des Instituts für Produktplanung und Produktentwicklung, lange Zeit. Denn im Strafgesetzbuch schützt kein Paragraph vor diesem immateriellen Diebstahl. Jedoch hat Busse sich den Grenzen des Rechtssystems nicht gebeugt: Vor acht Jahren schuf er einen Negativpreis für die unverfrorenste Kopie – den Plagiarius. Dieser häßliche kleine schwarze Gartenzwerg mit der goldenen Nase wird seitdem jedes Jahr auf der Hannover-Messe verliehen. Zum besten Nachäffer 1983 kürte die Jury Wall Collins Ltd., New York. Beim Immitieren einer Küchenwaage der Gebr. Soehnle, Murrhardt, hatte Collins bemerkenswertes Talent bewiesen. Die Firmen Seshin in Seoul und Oriental Merchandise Inc. in Taipei belegten mit ihren Nachahmungen die nächsten Plätze. Daß die Würdenträger bei der Verleihungs-Zeremonie fehlten, bedauerte der Präsident des Deutschen Patentamtes, Erich Hauser, in seiner Laudatio zutiefst. So könne er ihnen weder die Hand schütteln, noch den „verdienten Tritt in den Hintern" versetzen.

USA / Börsenbeobachter fürchten weiteren Anstieg der Zinsen

Der Dow-Jones-Index fällt auf das niedrigste Niveau seit 12 Monaten

LEO FISCHER, Bonn

Mit einem Kurseinbruch reagierte die Wall Street auf den neuen Zinsschub in den USA. Zum zweitenmal innerhalb von drei Wochen hatten die führenden US-Banken ihre Prime Rate um ½ Prozent auf jetzt 12 Prozent erhöht. Am Freitag setzte die Notenbank den Diskont, der seit September 1982 bei 8,5 Prozent stand auf 9 Prozent herauf. An der Wallstreet fielen die Aktienkurse auf den niedrigsten Stand seit einem Jahr.

Die Prime Rate, also der Zins, den die Geldinstitute ihren besten Kunden in Rechnung stellen – schlechtere Adressen zahlen einen Aufschlag – hat in den USA eine weit stärkere Signalwirkung als der Diskontsatz, mit dem die Notenbank lediglich den Märkten seit Wochen ansteigenden Zinstrend konstatiert. Die Prime Rate hat nun das höchste Niveau seit November 1982 erreicht. Zu der jüngsten Erhöhung sahen sich die US-Banken genötigt, nachdem ihre Refinanzierungskosten am Geldmarkt gestiegen waren. Die Sätze für Federal Funds waren bereits bis auf 11 Prozent angezogen.

Mit der letzten Erhöhung scheint aber der Zinsauftrieb in den USA noch lange nicht zu Ende zu sein. Der nach wie vor starke Konjunkturaufschwung, die wachsende Kreditnachfrage und die hohen Haushaltsdefizite deuten darauf hin, daß das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist.

Vor allen Dingen hat die Notenbank durch ihre Diskonterhöhung und die engen Liquiditätszügel, an denen sie die Geldinstitute hält, gezeigt, daß sie es mit der Inflationsbekämpfung ernst meint. Auch diese Politik deutet auf tendenziell weiter anziehende Zinsen hin. „Die Zinsen werden zwar nicht mehr in dem Tempo der letzten Monate steigen, aber der Zinsauftrieb wird sich fortsetzen", erklärte Roy I. Moor, Chefeconomist der First National Bank of Chicago, die die jüngste Prime Rate-Runde eingeleitet hatte. „Die Kreditnachfrage ist weiter sehr stark", stellte er fest. Er sagte voraus, daß die Prime Rate auf 12,5 oder sogar 13 Prozent bis zum Jahresende ansteigen könnte.

Während die Diskonterhöhung für die Börse zu spät kam, reagierte die Wall Street auf die Anhebung der Prime Rate mit einem regelrechten Kurseinbruch, obwohl eine Reihe von Brokern die neuerliche Erhöhung in der Vorwoche bereits prognostiziert hatte.

Gleichwohl sackte der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte am Donnerstag, als die Nachricht bekannt wurde, um 18,01 Punkte. Dies war der schärfste Kursrückgang an einem Tag seit dem 28. Februar dieses Jahres. Gleichzeitig wurde am Donnerstag mit 1130,55 der niedrigste Indexstand seit einem Jahr (1124,71 am 8. April 1983) notiert. Am Freitag konnte sich der Dow zwar leicht auf 1132,22 Punkte verbessern, doch verlor er im Wochenverlauf 32,67 Punkte. Der 1500 Werte umfassende Nyse-Index fiel von 91,67 auf 89,14 Punkte.

Chart-Analysten sehen die Wall Street auch in der nächsten Zeit in einer schwachen Verfassung. Sie weisen darauf hin, daß sich seit dem scharfen Kursrückgang im Januar bei 1140 im Dow Jones eine Widerstandszone herausgebildet hatte, die nun unterschritten worden ist. Als am Donnerstag dieser Punkt erreicht wurde, brach eine Flut von Verkaufsaufträgen über die Börse herein.

Auch die jüngste Geldmengenentwicklung gibt wenig Anlaß zum Optimismus. In der Woche zum 26. März wuchs die Geldmenge M 1 (Bargeld- und Scheckkonten) wieder sehr stark um 2,2 Milliarden Dollar. Auch dies deutet darauf hin, daß man mit der gedrosselten Liquiditätspolitik fortfahren muß.

Gewisse Anregungen erhielt die Börse derzeit nur von der Fusionsphantasie. In der letzten Woche sorgten das Übernahmeangebot von The Limited Company für Carter Hawley Hayes sowie der Kampf von Royal Dutch Shell um einen 30 Prozentanteil an Shell Oil für einige Bewegung an der Wall Street.

Mit einer gewissen Erleichterung nahmen die Anleger die jüngsten Arbeitslosenzahlen auf. Die Arbeitslosenquote blieb mit 7,8 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit September 1981, als 7,6 Prozent registriert wurden.

VERSCHULDUNGSKRISE

Lateinamerika übt harte Kritik an Gläubigerstaaten

dpa/VWD, Lima/Washington

Mit bisher ungewohnter Deutlichkeit haben die Staaten Lateinamerikas die Industrieländer beschuldigt, für die schwerste Wirtschaftskrise ihres Kontinents seit 50 Jahren und das Anwachsen ihres Schuldenberges auf über 330 Mrd. Dollar mitverantwortlich zu sein. Auf der am Wochenende in Lima beendeten Konferenz der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (Cepal) erklärten die Lateinamerikaner in einer Resolution, ihre Probleme seien eine Folge „äußerer Faktoren, die sich ihrer Kontrolle entziehen, weil sie eine Folge der Wirtschaftspolitiken westlicher Länder sind". Die Experten verwiesen in diesem Zusammenhang auf die „übermäßige Erhöhung" der Zinsen, auf das Ausbleiben neuer Kredite, auf den Verfall der Rohstoffpreise und die Errichtung von Importschranken.

In ihrer Resolution – von den sechs westlichen Industrieländern, die aufgrund ihrer historischen und geographischen Beziehungen zu Lateinamerika der Cepal angehören, freilich nicht unterstützt – kommen die Lateinamerikaner zu dem Schluß, daß die Verantwortung für das Problem der Auslandsschulden folglich von den Schuldnern und den Gläubigerländern, den internationalen Privatbanken und den multilateralen Finanzorganisationen gemeinsam getragen werden müsse. Bisher hätten die neun größten US-Banken nach Angaben der Cepal-Experten allein 1983 an der Neufinanzierung von Schulden der Dritten Welt zwischen 70 und 130 Mill. Dollar zusätzlich verdient.

Nach Ansicht der Cepal sollten die lateinamerikanischen Schuldner fordern, daß sie bei Refinanzierungen zumindest einen Zeitraum von zehn bis zwölf Jahren mit sechs Freijahren eingeräumt bekommen. Außerdem müsse die gegenwärtige Zinslast vermindert werden, damit Lateinamerika in einer erhofften Phase des Aufschwungs infolge der Belebung der Weltkonjunktur in den drei Jahren bis 1986 eine jährliche Wachstumsrate von fünf Prozent erreichen könne. Dazu müßten die Zinszahlungen bis dahin zu 80 Prozent durch neue Kredite der Gläubiger gedeckt werden. Nicht auszumachen ist, ob das barsche Auftreten der Lateinamerikaner auf das bisher sture Verhalten Argentiniens zurückzuführen ist.

Argentienien selbst hingegen scheint inzwischen bereit zu sein, über Wirtschaftsauflagen, von denen der Internationale Währungsfonds (IWF) einen gewünschten IWF-Kredit abhängig macht, zu diskutieren. Der Berater des argentinischen Präsidenten Raoúl Alfonsín, Raoúl Prebisch, soll dem IWF einen Brief in diese Richtung geschrieben haben. Beim Währungsfonds wurde Ende letzter Woche, kurz vor geplanten Gesprächen mit dem argentinischen Wirtschaftsminister Bernado Grinspun, eine Stellungnahme zu diesen Informationen jedoch abgelehnt.

Energie in Fesseln

Von HANS BAUMANN

Sie ist längst zur Institution geworden, die Internationale Arbeitstagung des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln, dem der geradezu missionarische Markthüter Prof. Hans Karl Schneider vorsteht. In diesem Jahr packte er gleich zwei heiße Eisen an, Ökonomie und Umwelt sowie das Subventionsübermaß in der Energiewirtschaft, das sich in den vergangenen zehn Jahren auf stolze 74 Milliarden Mark addiert – mit wachsendem Appetit der Wirtschaft auf Hilfen aus dem Steuersäkkel, was der Aufwand von sage und schreibe mehr als 37 Milliarden Mark allein in den letzten vier Jahren belegt.

Aber nicht nur die Subventionen lassen den Markt der Energie mehr und mehr vom Wettbewerb veröden. Ordnungspolitische Maßnahmen, Steuern und überdimensionierte energiepolitische Eingriffe, die zudem selten das Qualitätssiegel reifen Sachverstandes tragen, verdrängen die belebende Konkurrenz in die kleine Marktnische der Mineralölprodukte.

Da Energie aber der Rohstoff aller Rohstoffe und der Treibsatz der Volkswirtschaft schlechthin ist, sollte gerade in diesem Bereich der Wettbewerb besonders groß geschrieben werden, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß Energie in der Bundesrepublik Deutschland zu teuer ist, gefährlich teuer, bedenkt man, daß das Bruttosozialprodukt zu 30 Prozent im Ausland verdient wird, daß Wettbewerbsfähigkeit das Überlebenselexier dieses Staates ist.

Unter diesem Aspekt ist es bedauernswert, daß man auf der 23. Arbeitstagung des Kölner Instituts vergebens nach Politikern Ausschau hielt, sieht man von dem vortragenden Forschungsminister Riesenhuber und dem stets engagierten Unionspolitiker Gerstein ab. Befremdend wirkte auch, daß auf dem Diskussionspodium kein Vertreter der Kommunen zu sehen war.

In Köln hätte ihnen ins Stammbuch geschrieben werden können, daß sie regionalen und kommunalen Egoismen Vorrang vor Markt einräumen, daß sie bevormunden statt zu befreien, wenn es um Energie geht. Bei Stadtsanierungen steht in Grundstücksverkaufsverträgen, welche Energie in den neu zu errichtenden Wohnhäusern zu verwenden sei. Nicht etwa höher geweihter Sachverstand reglementiert hier den Markt, sondern die Kasse des Kämmerers, der über leitungsgebundene Energien mehr Konzessionsabgaben zufließen als über die Gewerbesteuer, die ein Heizöl- oder Kohlehändler zu zahlen hätte.

Mit fadenscheinigen Argumenten wird hier etwa der Fernwärme das Wort geredet. Sie beschere Arbeitsplätze, halte die Luft rein und entlaste die Zahlungsbilanz, heißt es. Wohlklingende politische Vokabeln, die hohe Überzeugungskraft haben, aber einer sachlich kritischen Prüfung überhaupt nicht standhalten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Fernwärme dort Sinn hat, wo sie als Nahwärme aus kostengünstigen Quellen stammt. Sie aber mit riesigen Subventionen und mit Anschluß- und Benutzungszwang in den Wärmemarkt zu katapultieren heißt, kommenden Generationen eine schwere Bürde aufzuerlegen. Denn heute schon fragen sich verstohlen Fernwärmeanbieter, wer wohl die Mittel bereitstellen soll, wenn es in vielleicht zwanzig Jahren daran geht, die aufwendigen Netze zu sanieren. Im Zweifel der Bürger, der an der Fessel des Heizrohres liegt, direkt über den Wärmepreis oder aber über seinen Steuerbeitrag.

Köln hätte den Strategen in den Landtagen und auch in den Kommunalparlamenten klarmachen können, daß Subventionen Gift für die Marktwirtschaft sind, daß sie der Wirtschaft die Entscheidungsfreiheit entwinden und sie meist den sachfernen Emotionen von Politikern überlassen. Köln hätte auch der Wirtschaft die Leviten lesen müssen, die nur allzugern bereit ist, in den Steuersäckel zu greifen, ihre Erfolge also nicht mehr im Markt, sondern in politischen Konstellationen zu suchen.

Diese Anmerkungen sollten nicht als Kritik an dem Kölner Forum gewertet werden, das seinem guten Ruf auch in diesem Jahr voll gerecht wurde. Sie sollen vielmehr Anregungen für die nächste Arbeitstagung geben, die immer unter dem Aspekt stehen wird, den Einfluß der öffentlichen Hände auf die Energiewirtschaft zu reduzieren.

AUF EIN WORT

„Eine saubere Umwelt ist nicht nur ein persönliches, sondern auch ein wirtschaftliches Gut."

Dr. Hellmuth Buddenberg, Vorsitzender des Vorstandes der Deutsche BP AG, Hamburg.
FOTO: FRANK DARCHINGER

Iran pocht auf höhere Ölpreise

rtr, London

Iran will auf der nächsten Sitzung der Organisation ölexportierender Länder (Opec) eine Erhöhung des Rohölpreises erreichen. Unter Berufung auf Ölminister Mohammad Gharasi meldete die iranische Nachrichtenagentur Irna, die Durchsetzung höherer Preise sei von einigen Opec-Mitgliedern, vor allem vom saudiarabischen Ölminister Scheik Ahmed Saki Jamani, unterlaufen worden. Der Iran hatte schon vor dem letzten Opec-Treffen im vorigen Dezember für das arabische leichte Rohöl eine Erhöhung des Barrelpreises von 29 Dollar um fünf Dollar gefordert.

Der Opec-Ausschuß für Absatzpolitik, der darüber entscheidet, wird sich sich im April in Dubai treffen. Doch Ölexperten erklärten, der iranische Vorschlag werde wohl erst beim nächsten Ministertreffen im Juli in Wien vorgelegt.

IFO-PROGNOSE

Langsameres Wachstum, weiterer Arbeitsplatzabbau

dpa/VWD, München

Die deutsche Industrie rechnet nach Ermitthungen des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in diesem Jahr mit einem durchschnittlichen realen Produktionswachstum von 4,6 Prozent. Dieses werde sich allerdings 1985 deutlich auf nur noch 1,5 Prozent abschwächen, hieß es. Insgesamt 390 Industrieunternehmen hatten Ifo in der Prognose 100 ihre Umsatz-, Beschäftigungs- und Investitionspläne bis 1988 genannt.

Danach erwarten die Unternehmen, daß sie ihre Umsätze 1984 und 1985 um sechs und fünf Prozent steigern können. Für den Inlandsumsatz wurde dabei eine Ausweitung um fünf Prozent, für den Auslandsumsatz ein Plus von sieben oder sechs Prozent prognostiziert.

Die Bruttoanlageinvestitionen sollen 1984 um sechs Prozent steigen, während sie 1985 stagnieren dürften. Das Institut gab zu bedenken, daß die Investitionsplanung in den Aufschwungsphasen der Konjunktur bei fernerem Planungshorizont zu Unterschätzungen neige, so daß 1985 ein Investitionswachstum nicht ausgeschlossen sei.

Die geplanten Investitionsprojekte dürften laut Ifo überwiegend Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen dienen. Der Abbau der Arbeitsplätze wird sich nach den Unternehmensplanungen 1984 auf minus 1,7 Prozent und 1985 auf minus 0,7 Prozent abschwächen. Die Voraussagen bis 1988 würden auf eine Verringerung der Beschäftigtenzahl in der Industrie seit 1983 um 200 000 auf 6,5 Millionen hinauslaufen.

ARBEITSUNFÄLLE

Neun Millionen Menschen in einem Jahr verunglückt

GISELA REINERS, Bonn

Innerhalb eines Jahres sind rund neun Millionen Menschen – das sind so viele wie etwa in New York leben – bei Arbeitsunfällen verletzt worden. 24 000 Menschen starben dabei. Nach Angaben des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) in Genf, das diese Zahlen aus seinem Arbeitsstatistischen Jahrbuch veröffentlicht, dürfte dies jedoch nur die „Spitze des Eisbergs" sein; die Daten beziehen sich auf 1983 und das vorangegangene Jahr, aus denen Daten von über 100 Ländern verfügbar waren. Dennoch ist diese Statistik nicht vollständig, da manche Länder über derartige Statistiken gar nicht verfügen. Die Zahl der Arbeitsunfälle, auch der mit tödlichem Ausgang, dürfte daher höher liegen.

Mit 27 Prozent waren die tödlichen Unfälle am häufigsten in der Fertigungsindustrie, dicht gefolgt vom Baugewerbe mit 22 Prozent. Elf Prozent ereigneten sich bei Transport, Lagerung und Kommunikation, zehn Prozent in der Landwirtschaft, acht Prozent in Bergbau und Steinbrüchen – genau so viele wie im Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe. Am wenigsten gefährlich ist freilich die Arbeit im Sektor Finanzen, Versicherung, Immobilenhandel und anderen Dienstleistungsgeschäften wie Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung. Dort betrug die Rate der tödlichen Arbeitsunfälle nur ein Prozent.

Wenn sich absolut gesehen auch die meisten Unfälle mit Todesfolge in der Fertigungsindustrie ereigneten, so ist diese Branche relativ jedoch die am wenigsten gefährliche. Bei diesem Untersuchungsmerkmal liegt die Arbeit in Bergbau und Steinbrüchen an der Spitze – gefolgt vom Baugewerbe. Das zeigen Durchschnittsrechnungen von 1973 bis 1977 und von 1978 bis 1982.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Verbrauchssteuern sollen nicht erhöht werden

Hamburg (VWD) – Die Haushaltsexperten der Regierungskoalition in Bonn wollen sicherstellen, daß die geplante Entlastung der Steuerzahler um rund 25 Mrd. DM nicht mit einer gleichzeitigen Anhebung von Verbrauchssteuern ausgeglichen wird. Der Ausgleich soll vielmehr durch einen langsameren Abbau der Staatsverschuldung und größere Einsparungen bei den Subventionen erreicht werden. Der Haushaltsexperte der Unionsfraktion, Manfred Carstens, erklärte, er sei sich mit seinem FDP-Kollegen Hans-Günther Hoppe einig in dem Bemühen, die von Finanzminister Stoltenberg vorgeschlagene Kompensation durch Aufschläge bei der Mehrwert-, Tabak-, Mineralöl- und Branntweinsteuer „unnötig zu machen".

Weg der Kurse

	6.4.84	30.3.84
Boeing	36,625	38,25
Chrysler	21,875	25,375
Citicorp	32,75	34
Coca-Cola	53,625	55
Exxon	38,25	38,50
Ford Motors	33,375	36,625
IBM	108,375	113,875
PanAm	6,50	6,75
US Steel	29,125	30,25
Woolworth	30,25	33,753

Innovationsfinanzierung

Düsseldorf (Py.) – Unter dem Namen „Innovatives Düsseldorf" will die Stadtsparkasse Düsseldorf in Kürze eine Innovationsfinanzierungs-GmbH & Co. KG gründen, die Unternehmen mit hoher produktions- und verfahrenstechnischer Technologie namentlich im Umweltschutz Kapital zur Verfügung stellen soll. Die Stadtsparkasse gibt dafür zehn Mill. DM. Die Mischung der geförderten Sparten und die Höhe der jeweiligen Beteiligung (auf keinen Fall eine Mehrheitsbeteiligung) wird von dazu ausdrücklich eingeladenen Mitgesellschaftern bestimmt.

Keine Einigung

Washington (dpa) – Die USA und Japan haben Verhandlungen über neue Exportkontingente von US-Fleisch- und Zitrusprodukten nach Japan ergebnislos abgebrochen. Nach Angaben des Handelsbeauftragten der US-Regierung, William Brock, wurde lediglich eine Einigung darüber erzielt, die Verhandlungen Ende des Monats wieder aufzunehmen.

Beistandskredit in Aussicht

Washington (dpa) – Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Peru ein Kreditpaket von rund 318 Mill. Dollar in Aussicht gestellt, sobald die offenstehenden Fragen gelöst sind. Peru, das mit rund zwölf Mrd. Dollar im Ausland verschuldet ist, will vom IWF einen einjährigen Beistandskredit und Gelder zum Ausgleich von Exporterlösausfällen.

Gesetzentwurf zugestimmt

Bonn (dpa/VWD) – Der Bundesrat hat im ersten Durchgang den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Regelung der Preisangaben begrüßt. Mit ihm soll eine verfassungsrechtlich einwandfreie Basis für den alsbaldigen Erlaß einer neuen Preisangabenverordnung geschaffen werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte festgestellt, daß die bisherige Preisangabenverordnung keine ausreichende gesetzliche Grundlage habe.

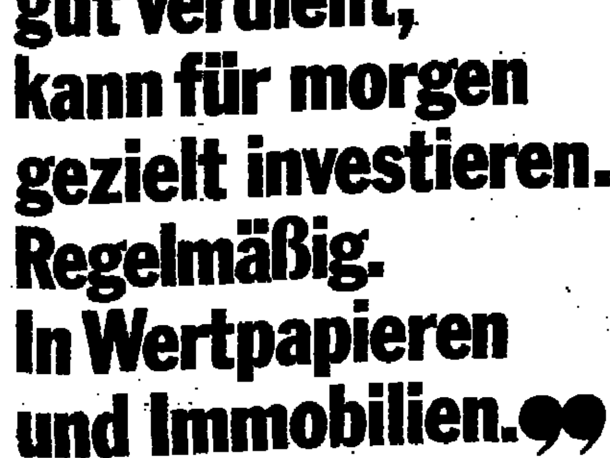
240 Millionen für Türkei

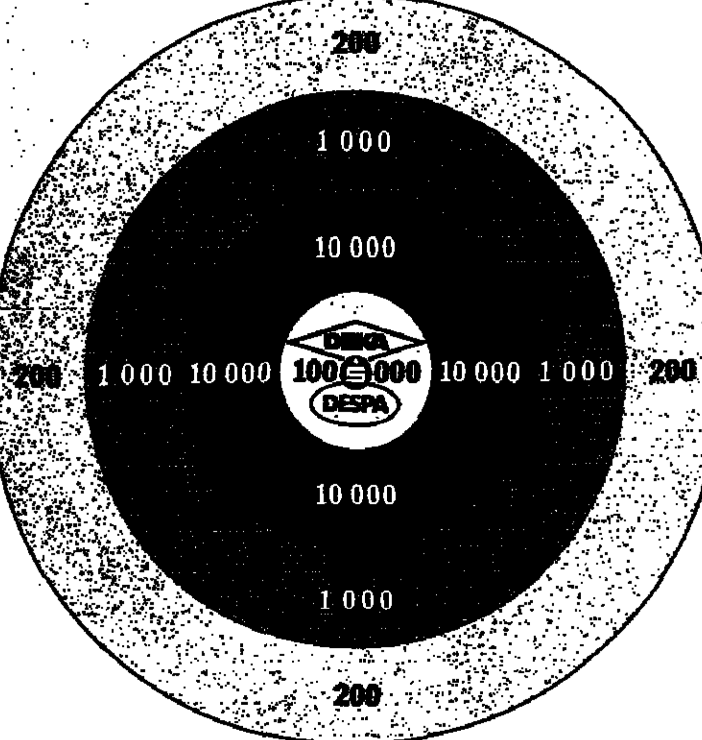
Washington (AFP) - Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat der Türkei einen Stand-By-Kredit in Höhe von rund 240 Mill. Dollar gewährt. Wie der IWF Ende letzter Woche mitteilte, hat der Kredit eine Laufzeit von einem Jahr und soll der Stützung der türkischen Wirtschaftspolitik dienen.

Londoner Kassapreise

	6.4.84	30.3.84
Kupfer(£/t)	1085,25	1081,5
Blei(£/t)	345	345,5
Zink(£/t)	712,5	729,5
Zinn(£/t)	8677,5	8605
Gold($/Unze)	381	388,25
Silber(p/Unze)	640,40	670,15
Kakao[1](£/t)	1761,5	1823,5
Kaffee[2](£/t)	2031,5	2052,5
Zucker(£/t)	110	118
Kautschuk(p/kg)	77	77,75
Wolle(p/kg)	468	466
Baumwolle[3](cts/lb)	88,85	89,00

[1])Abladung Juli; [2])Abladung juli; [3])A-Index-Preis Liverpool





Auf regelmäßigen Zuwachs kommt es an
Wer den Aufbau seines Vermögens auf lange Sicht plant, muß heute die richtige Entscheidung für morgen treffen: Regelmäßig investieren. In die richtigen Papiere. Unabhängig von kurzfristigen Kursschwankungen. Den Schlüssel zum Erfolg bietet das DEKA-/DESPA-Zuwachs-Konto.

Das DEKA-/DESPA-Zuwachs-Konto
Das richtige Instrument für ein „Zweites Einkommen" aus Vermögen ist ein spezielles Konto für die Wertpapier- und Immobilien-Anlage bei Ihrer Sparkasse. Das DEKA-/DESPA-Zuwachs-Konto. Sie zahlen auf dieses Konto regelmäßig Beträge ab DM 200,–, die Sie langfristig anlegen. Wir kaufen für Sie sofort Sparkassenfonds-Anteile.

Ein gesundes Vermögen steht auf zwei gesunden Beinen
Nutzen Sie nicht nur eine Chance, wenn Sie investieren. Sichern Sie sich garantierte Erträge aus festverzinslichen Papieren und partizipieren Sie an der Wertsteigerung von Immobilien. Kombinieren Sie RENDITDEKA und DESPA-FONDS.

RENDITDEKA – der deutsche Rentenfonds der Sparkassen
Hinter diesem gemanagten Depot mit einer ausgewogenen Mischung aus Anleihen, Pfandbriefen und Obligationen stehen die deutschen Sparkassen mit ihrem ganzen Know-how. Erfahrene Wertpapier-Experten kaufen für Sie rechtzeitig die richtigen Papiere und verkaufen sie wieder zum richtigen Zeitpunkt. Und darauf kommt es an.

DESPA-FONDS – der deutsche Immobilienfonds der Sparkassen
Ertragreiche kommerzielle Immobilien, die im Wert steigen und gut vermietet sind, bilden die Basis. Mit Anteilen daran können Sie Hausbesitzer werden. Die Verwaltung übernehmen wir. Sie verdienen. An der Wertsteigerung. An der Vermietung. An Steuervorteilen. Jahr für Jahr. Und das ist entscheidend.

Sparkassenfonds
Die hohe Schule der Geldanlage

METALLBEARBEITUNG / Messe in Moskau beendet

Deutsche Firmen zufrieden

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Von der Moskauer internationalen Ausstellung „Metallbearbeitung" kehren die 220 westdeutschen Firmen, darunter zehn aus Berlin, „sehr zufrieden" zurück. Das teilten Sprecher des „Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken" mit. Die überwiegend mittelständischen Betriebe aus der Bundesrepublik bildeten *das bei weitem größte Kontingent* unter den 571 beteiligten Firmen aus 23 Ländern. Ihre Exponate nahmen über 30 Prozent der 27 000 Quadratmeter großen Fläche im Ausstellungsgelände an der Moskwa und im Sokolnikipark in Anspruch.

Die umfangreiche Beteiligung an der ersten „Metalloobrabotka" entspricht dem traditionell hohen Anteil von Werkzeugmaschinen am deutschen Ostexport. Im vorigen Jahr konnte dieser Industriezweig seine Ausfuhr in die Sowjetunion auf 1,07 Mrd. DM steigern. Das Ergebnis lag um 57 Prozent über dem von 1982. Die sprunghafte Zunahme ergab sich im Bereich der Metallbearbeitung.

Anzeige

ARZNEIMITTEL

Zu diesem Thema bringt die WELT ein farbiges Tiefdruck-Magazin heraus.

Erscheinungstermin: 24.5.84
Anzeigenschluß ist am 12.4.84

Sind Sie interessiert, in dieser Sonderveröffentlichung zu inserieren? Gern informieren wir Sie über Einzelheiten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anzeigenabteilung
Postfach 30 58 30 · 2000 Hamburg 36
Tel.: (040) 3 47-43 83, -41 28, -1
Telex: 217 001 777 as d
01-881

Moskau ist damit zum größten Einzelabnehmer von Werkzeugmaschinen aus der Bundesrepublik geworden. Der auch hier anwachsende Kompensationsanteil, der sich nach früher üblichen drei bis fünf Prozent inzwischen fast verdreifacht hat, konnte das Geschäft bisher nicht beeinträchtigen. Den Erfolg führen sachkundige Beobachter vor allem auf die Fähigkeit der Hersteller zurück, hochspezialisierte Maschinen zu liefern und damit den ausgeprägten Sonderwünschen der sowjetischen Abnehmer entgegenzukommen. Sie ergeben sich aus der zunehmenden Tendenz zur Modernisierung bestehender Produktionsanlagen. Sie kann von der internationalen Konkurrenz, von einigen Ländern wie etwa der Schweiz abgesehen, nicht in gleicher Weise befriedigt werden. Die hochwertigen Angebote aus Japan zum Beispiel orientieren sich überwiegend an der Serienproduktion.

Günstige Voraussetzungen haben auch die Moskauer Spezialausstellungen geschaffen, die der „Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken" unter der russischen Bezeichnung „Stanki Frg" seit 1972 im Vierjahresrhythmus veranstaltet. Daran haben sich stets bedeutend mehr westdeutsche Firmen beteiligt als jetzt an der „Metalloobrabotka" – auf einer fast doppelt so großen Fläche. Die nächste soll im Mai 1986 folgen, zu Beginn des zwölften Fünfjahresplanes; eine zweite internationale Ausstellung ist für 1989 vorgesehen.

Der sowjetische Ministerpräsident Tichonow, begleitet von mehreren Fachministern und dem Politbüromitglied Alijew, ließ sich bei seinem Ausstellungsbesuch das Angebot aus der Bundesrepublik ausführlich erläutern. Boris Balmont, sein Minister für Werkzeugmaschinen, übernahm die Führung. Im Mittelpunkt standen die spannenden Maschinen zur Metallbearbeitung, daneben elektronische Ausrüstungen sowie Handhabungs- und Montagetechnik. Die umformenden Maschinen wurden wegen ihrer großen Dimensionen hauptsächlich als Modelle gezeigt.

Hauptsächlich im neuen Messegelände am Krasnopresnjenski-Ufer konzentriert, bestimmten die deutschen Firmen auch das äußere Bild. Da der Platz nicht ausreichte, mußten einige von ihnen in einer speziell errichteten Leichtbauhalle untergebracht werden. Den Besuchern fiel sie durch ein umlaufendes Band in den Farben der Bundesrepublik besonders ins Auge. Einen Ausgleich für die Außenseiter-Stellung bot das Bundespresseamt: In einer Ecke der Halle veranstaltete es an einer Multimedia-Wand zahlreiche Quizwettbewerbe.

ZIMBABWE / Überweisungen ins Ausland nur noch mit Einschränkung gestattet

Rückgang der Produktion befürchtet

AFP, Harare

Nach der in der vergangenen Woche in Zimbabwe eingeführten drastischen Devisenkontrolle besteht nach der Ansicht von Wirtschaftskreisen in Harare in absehbarer Zeit die Gefahr eines starken Produktionsrückgangs. Dieses noch relativ wohlhabende Land könnte dann schrittweise in das „Lager der wirtschaftlich Fußlahmen" Afrikas geraten.

Die gleichen Kreise betonen jedoch, daß der Regierung keine andere Wahl blieb, um eine weitere Verschlechterung der Zahlungsbilanz und eine zusätzliche Verschuldung zu verhindern. Mit den beschlossenen Maßnahmen sollen monatlich 20 Mill. US-Dollar an Devisen eingespart werden. Die in Harare erscheinende Zeitung „Sunday Mail" erklärte, die Reduzierung des Defizits der Zahlungsbilanz dürfte jedoch nicht das einzige Ziel bleiben. Zimbabwe müsse dafür Sorge tragen, daß die Investitionen wesentlich verstärkt, die Industrieproduktion des Exportsektors verbessert und ausreichend Devisen erwirtschaftet werden, um 1984 Mais einführen zu können.

Die von Finanzminister Bernard Chidzero angekündigten Maßnahmen sehen drastische Einschränkungen der Überweisungen von Einkommen und Dividenden ausländischer Investitionen ins Ausland vor. Für Investitionen, die nach 1979 in Zimbabwe vorgenommen wurden, können die Gewinne bis zur Hälfte nach Steuern ausgeführt werden. Für frühere Investitionen ist der Transfer der Gewinne ins Ausland vorübergehend untersagt.

Landeseinwohner, die Zimbabwe endgültig verlassen wollen, dürfen nur noch 1000 Zimbabwe-Dollar ausführen. Bisher durften 10 000 Zimbawe-Dollar oder der Gegenwert in Devisen mitgenommen werden. Alle ausländischen Beteiligungen, die sich im Besitz von Einwohnern des Landes befinden, werden verstaatlicht. Die Inhaber erhalten dafür nicht transferierbare Zimbabwe-Dollar zu einem festen Kurs. Die Regierung will diese Beteiligungen und Wertpapiere gegen Devisen verkaufen. Um den jährlichen Transfer von rund 40 Mill. US-Dollar ins Ausland zu verhindern, sollen die ausländischen Kapitalinhaber gezwungen werden, diese Beträge im Land zu investieren.

Geschäftskreise in Harare befürchten, daß diese Maßnahmen in Zukunft zum völligen Versiegen ausländischer Neuinvestitionen in Zimbabwe führen werden. Seit der Unabhängigkeit 1980 sind sie auf dem ohnehin gesunkenen Niveau von 30 Mill. US-Dollar stehengeblieben. Ursprünglich verfügte Zimbabwe über eine große Anzahl von Industrieunternehmen, über einen stark entwickelten Bergbau, eine *leistungsfähige* Landwirtschaft und über für ein afrikanisches Land relativ beachtliche Infrastrukturen. Der Exportsektor war stark entwickelt, hauptsächlich bei Bergwerks- und Agrarerzeugnisse.

Das 7,8 Millionen Einwohner zählende Land wurde jedoch nach einem zu Beginn lebhaften Wachstum von der weltweiten Rezession hart getroffen, die zu starken Export- und damit Deviseneinbußen führten. 1980 hatte das Realwachstum mit 15 Prozent noch die höchste Rate Afrikas erreicht. 1983 blickt das Land auf ein „Nullwachstum" oder sogar auf einen Rückgang. Die Handelsbilanz ist seit 1981 defizitär. Zimbabwe, das früher einen hohen Agrarexportüberschuß erzielte, muß heute Nahrungsmittel einführen. Die Außenverschuldung nahm stark zu.

SUBVENTIONEN / Bundesregierung strebt Eindämmung innerhalb der EG an

Textilbeihilfen verzerren Wettbewerb

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die EG-Kommission legt bei der Genehmigung von sektoralen Beihilfen strengere Maßstäbe als früher an. Das Bundeswirtschaftsministerium führt dies, wie es in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage heißt, nicht zuletzt auf die ständigen Interventionen der Bundesregierung zurück. *Bonn hat sich immer entschieden* gegen Sektorbeihilfen anderer Mitgliedstaaten gewandt. Dies habe sich unter anderem auch bei der Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Genehmigung des belgischen Textilplans 1982 durch die EG-Kommission gezeigt. Die Bundesregierung werde auch künftig nicht nachlassen, auf allen Ebenen eine Eindämmung der sektoralen Subventionspolitik in der Gemeinschaft anzustreben.

Nach Auffassung der Bundesregierung wirkten sich die italienischen und niederländischen Subventionsprogramme zugunsten der Textil- und Bekleidungsindustrie wettbewerbsverzerrend auf den innergemeinschaftlichen Handel aus. Beide Programme hätten überdies negative Auswirkungen auf den notwendigen Strukturwandel im Textil- und Bekleidungsgewerbe. Sie hätten jedoch nicht die Qualität des belgischen Claes-Plans mit seinem Fördervolumen von rund 560 Millionen Mark in den Jahren 1982 und 1983.

Das Ende 1983 von der EG-Kommission genehmigte niederländische Unterstützungsprogramm umfasse bei einer Laufzeit von fünf Jahren ein Beihilfevolumen von 65 Millionen Gulden (60 Millionen Mark). Rund 23 Prozent der Fördermittel seien für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten reserviert. Außerdem stünden den Unternehmen Kredite zu Marktkonditionen (150 Millionen Gulden) sowie Bürgschaften von 100 Millionen Gulden zur Verfügung. Die italienische Textil- und Bekleidungsindustrie habe die Möglichkeiten des Förderprogramms von rund 230 Millionen Mark im vergangenen Jahr nur in geringem Umfang in Anspruch genommen. Trotzdem sei es vor kurzem in unveränderter Höhe verlängert worden.

Die Entlastungsmaßnahmen zugunsten der französischen Textil- und Bekleidungsindustrie hatte die EG-Kommission bereits Anfang 1983 als für nicht vereinbar mit dem gemeinsamen Markt erklärt. Der Europäische Gerichtshof hat einer entsprechenden Klage im November stattgegeben. Aufgrund dieses Urteils stellte die französische Regierung ihre Subventionen vorübergehend ein. Zum Jahresende hat die Kommission der französischen Regierung mitgeteilt, unter welchen Bedingungen sie einer befristeten Fortführung des Entlastungsprogramms zustimmen könne.

ITALIEN / Versiegelte Registrierkassen

Kampf gegen Steuersünder

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das italienische Finanzministerium will bis Ende Juni einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem die Steuerhinterziehung erschwert werden soll. Für Finanzminister Bruno Visentini ist es „ein Skandal", daß ein großer Teil der selbständig Erwerbstätigen ein geringeres Einkommen erklärt als Lohn- und Gehaltsempfänger in vergleichbaren Verdienstpositionen. Die Pläne der Regierung sind darauf gerichtet, für unselbständig Erwerbstätige Steuermindestsätze einzuführen. Niedrigere als diese Sätze sollen künftig nur noch akzeptiert werden, wenn die Steuerzahler den Nachweis erbringen können, weniger als die vom Fiskus aufgestellten Einkommens-Pauschalbeträge verdient zu haben. Im Visier des Fiskus sind vor allem die selbständigen Einzelhändler und Handwerker, die als Jahreseinkommen bisher durchweg weniger angaben als ihre eigenen Angestellten und Arbeiter.

Ausgangspunkt der Regierungsinitiative ist ein in der vergangenen Woche veröffentlichtes Weißbuch des Finanzministeriums mit den Steuererklärungen des Jahres 1982. Daraus geht hervor, daß die freien Unternehmer ein Jahreseinkommen von 8,4 Millionen Lire erklärten, die Einzelhändler von 7,8 Millionen Lire. Beide lagen damit nicht nur unter dem durchschnittlichen Jahreseinkommen der Angestellten (11,7 Millionen Lire), sondern auch dem der Arbeiter (8,7 Millionen Lire).

Das hier offen zutage tretende Mißverhältnis zwischen den erklärten selbständigen und unselbständigen Einkommen hat Experten des Finanzministeriums zufolge seinen Grund nicht zuletzt in der noch immer sehr hohen Hinterziehung der Mehrwertsteuer. Nach Schätzungen des Finanzministeriums hätte die Mehrwertsteuer auf der Basis des eingetretenen Verbrauchs 1982 und 1983 mindestens 27 000 bzw. 33 000 Milliarden Lire ergeben müssen. Tatsächlich wurden aber nur 8800 bzw. 11 000 Milliarden Lire erklärt. Die Hinterziehungsquote belief sich daher im Jahre 1982 auf 43,7 Prozent, im Jahr danach auf 45 Prozent. Eine Besserung hofft das Finanzministerium in den nächsten Jahren erreichen zu können, wenn im Handel und anderen Bereichen die versiegelten Registrierkassen aufgestellt sein müssen, die im vergangenen Jahr eingeführt wurden. Trotzdem wird es Experten zufolge noch lange dauern, bis Italien eine ähnliche Steuerstruktur aufweist wie EG-Länder.

RENTENMARKT / Kupontermin verpufft

Negative Einflüsse aus USA

Der Rentenmarkt machte während der letzten Tage einen wieder etwas stärker USA-hörigen Eindruck. Deswegen zogen die Zinsen ein wenig an. Die Hoffnungen auf eine Nachfragebelebung zum Kupontermin haben sich nicht erfüllt.

Dennoch schien der Markt jetzt ein Zinsniveau erreicht zu haben, das einigen institutionellen Anlegern attraktiv erscheint. Nach Meinung von Händlern wären die Renditen in der letzten Woche freilich noch etwas mehr gestiegen, wenn nicht von den Daueremittenten nur so wenig Material angeboten worden wäre und sich öffentliche Stellen nicht so zurückgehalten hätten. (cd.)

Emissionen	6.4. 84	30.3. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,45	7,43	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,48	7,46	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,46	7,45	7,83	7,81	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,97	7,99	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,48	7,44	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,15	7,12	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,10	8,04	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,48	7,45	7,89	7,83	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,74	7,73	8,08	8,45	10,32



MASCHINEN- UND ANLAGENBAU / IHK-Studie

Probleme sind lösbar

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der Stahl-, Maschinen- und Anlagenbau im Raum Düsseldorf sieht gute Chancen, seine gegenwärtigen schwierigen Strukturprobleme zu lösen. Das ergab eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf bei dieser Industriegruppe, auf die mehr als ein Fünftel der Industriebeschäftigten und des Gesamtumsatzes sowie ein Drittel des Industrieexports im Kammerbezirk entfallen. Als entscheidende Ursachen für den besorgniserregenden Kapazitätsabbau und den Beschäftigungsverlust, die auch andere Regionen betreffen, wurden Veränderungen in der Endnachfrage (Stahl-, Hütten- und Walzwerkeinrichtungen sowie Kessel- und Rohrleitungsbau), aber auch Zahlungsprobleme vieler Abnehmerländer im Ostblock und in Südamerika genannt.

Bundesweite Gültigkeit hat auch das Argument, daß die vorhandenen Absatzmöglichkeiten zunehmend von der Bereitschaft abhängen, einen Großteil der Fertigung in das Abnehmerland zu verlegen. Sehr oft werde das auch mit der Forderung nach einer Lizenzerteilung mit der Folge verknüpft, daß die Abnehmer später als Konkurrenten auf dem Weltmarkt auftreten. Zusätzlich steht die Industrie auf Drittmärkten (pazifischer Raum und Vorderer Orient) auch in scharfer Preiskonkurrenz mit ostasiatischen Niedriglohnländern. Stahl-, Maschinen- und Anlagenbau haben darunter jedoch noch nicht zu leiden. Ganz überwiegend sehen die Unternehmen keinen technologischen Rückstand gegenüber anderen technisch hochstehenden Ländern, auch nicht gegenüber Japan und den USA.

Aber auch inländischen Mitbewerbern insbesondere aus dem von Überkapazitäten gezeichneten Werkzeugmaschinenbau wird von teilweise ruinöser Preiskonkurrenz berichtet. Erhebliche Wettbewerbsnachteile sehen die Unternehmen auch im Wettbewerb mit Exportversicherungs- und Finanzierungskonditionen sowie in staatlichen Subventionen ausländischer Mitbewerber, die günstigere Kreditkonditionen anbieten könnten und in der Abwicklung unbürokratischer aufträten.

Wachsende Absatzpotentiale versprechen sich die Unternehmen insbesondere durch stärkere Nutzung der Mikroelektronik, anhaltend hohe Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, Umstellung der Sortimente auf Umwelttechnologien, horizontale Ausweitung der Produktpalette, Kooperation mit ausländischen Firmen mit hochwertiger Technologie, Erschließung neuer Märkte im nordamerikanischen und südostasiatischen Raum sowie im verstärkten Einstieg in das Maintenance- und Servicegeschäft auf den Auslandsmärkten.

All dies setzt dem Ergebnis der Düsseldorfer Kammerumfrage zufolge ein wirtschaftspolitisches Klima voraus, das risikoreiche Investitionsprojekte und die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen begünstigt. Dazu gehöre vor allem, daß die Ertragslage keinen neuen Belastungen durch Lohnkostenschübe und erneutem Anziehen der Steuerschraube ausgesetzt wird.

ROHSTOFFE / Metallgesellschaft zuversichtlich

Gutes Metalljahr 1984

INGE ADHAM, Frankfurt

Mit einem „guten Metalljahr" 1984 rechnet Walter Sies, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Metallgesellschaft AG, Frankfurt. Besonders die Auftragssituation in der Investitionsgüterindustrie spreche dafür, daß der Metallverbrauch noch zunehmen werde. Im Hinblick auf die vorhandenen und mobilisierbaren Kapazitäten rechnet Sies jedoch nicht mit „allgemeinen spektakulären Preisentwicklungen nach oben"; hält aber auch Preissenkungen für relativ unwahrscheinlich.

Sies erinnert daran, daß im vergangenen Jahr erstmals seit 1980 der Weltmetallverbrauch wieder zugenommen hat, was nach den „sehr schlechten" Jahren 1980 bis 1982 bei den Hütten- und Weiterverarbeitungsbetrieben wieder zu einer besseren Auslastung der Produktionskapazitäten geführt hat. Die höchsten Zuwachsraten gab es mit plus acht Prozent bei Aluminium und Zink. Beide Metalle profitierten von der positiven Entwicklung in der Automobil- und Bauindustrie. Der Verbrauch von Nickel in der westlichen Welt zog um gut vier Prozent an, während Kupfer (plus 0,4 Prozent) und Blei (plus 1,5 Prozent) nur geringfügig mehr verbraucht wurden als im Jahr zuvor. Analog zur Konjunkturentwicklung war das Verbrauchswachstum in den USA deutlich stärker als in Europa.

Nach teilweise kräftigen Ausschlägen im vergangenen Jahr hat sich die Preisentwicklung für NE-Metalle seit Januar generell stabilisiert. Bei seiner Einschätzung des derzeitigen Preisniveaus nannte Sies Zink „zweifellos recht teuer", das gleiche gelte aber für Aluminium. Daher trete im Augenblick keine besondere Substitutionskonkurrenz zwischen beiden Metallen auf. Sie bestehe aber zwischen Aluminium und Kupfer, das Sies als „nach wie vor sehr preisgünstig" bewertet. Immer noch billig seien auch Nickel und Blei, das aber in den letzten Wochen deutlich angezogen ist. Als teuer und damit substitutionsgefährdet schätzt Sies dagegen Zinn ein, wo aber die verworrenen Marktverhältnisse und ein um sich greifender Zinnschmuggel Verbrauchsaussagen immer schwieriger machen.

Den Aluminium-Markt sieht Sies derzeit in einer Konsolidierungsphase. Seit drei Monaten liegen die Bestände auf nahezu unverändertem Niveau – allerdings deutlich unter dem Vorjahr. Dieser Bestandsabbau führte auch zu einer besseren Auslastung der hochdimensionierten Rohaluminium-Kapazitäten der westlichen Welt, die Anfang 1983 nur zu gut 73 Prozent ausgelastet waren, im Januar dieses Jahres dagegegen zu knapp 87 Prozent.

Der Kupfermarkt folgt dagegen weit langsamer der allgemeinen Konjunkturbelebung. Die unvermindert starke Nachfrage nach Zink, die aber auch bei Verbrauchswachstum von vier Prozent in diesem Jahr erst das Niveau von 1979 erreichen würde, kann nach Einschätzung von Sies nur anhalten, wenn der Zinkpreis sinkt. Das gegenwärtige Niveau verstärke die Substitutionsanstrengungen in den Abnehmerindustrien. Als immer noch unbefriedigend kennzeichnet Sies die Lage am Nickelmarkt.

HANDELSBANK

Niedrigeres Neugeschäft

VWD, München

Das Neugeschäft der Bayerische Handelsbank AG, München, ist 1983 um 44 Prozent auf 1,41 (2,51) Mrd. Kreditzusagen zurückgegangen. Für den Einbruch war in erster Linie das auf 691 (1662) Mill. DM mehr als halbierte Kommunaldarlehensgeschäft verantwortlich. Aber auch bei den Hypothekendarlehen gab es im Gegensatz zur Branchenentwicklung einen Rückgang um 16 Prozent auf 717 (849) Mill. DM. Vorstandssprecher Ludwig Reichert begründet dies damit, daß sein Institut das Hypotheken-Wachstum bereits 1982 mit einem Sprung von 66 Prozent vorweggenommen hatte. Aus Gründen der Personalkapazität war offenbar ein nochmaliger Zuwachs nicht möglich. Im ersten Quartal 1984 ist das Neugeschäft kaum gestiegen. Reichert ist daher skeptisch, ob das Volumen des Vorjahres erreicht werden kann.

Ausgezahlt wurden 1983 insgesamt 1,38 (2,51) Mrd. DM, davon 652 (809) Hypotheken- und 731 (1706) Mill. DM Kommunaldarlehen. Zur Refinanzierung wurden Schuldverschreibungen über 3,66 (6,70) Mrd. DM erstmals abgesetzt. Die Bilanzsumme wuchs auf 16,05 (15,39) Mrd. DM. Der Zinsüberschuß stieg um 22 Prozent auf 90,2 Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 21,4 (18,8) Mill. DM werden 10 Mill. DM vorab den Rücklagen zugewiesen. Der verbleibende Bilanzgewinn von 11,4 Mill. DM wird zur Zahlung einer Dividende von unverändert 10 DM je 50-DM-Aktie und zu einer weiteren Rücklagenstärkung um 2 Mill. DM verwendet.

SCHWEIZER UHRENINDUSTRIE

Aufwind in der Zeitmessung

WERNER NEITZEL, Basel

Die schweizerische Uhrenindustrie, die für die Eidgenossen den Rang einer Schlüsselindustrie hat, sieht nach jahrelanger enttäuschender Talfahrt wieder Zeichen für einen Aufwind. Jedenfalls haben die Uhrenexporte (sie machen 88 Prozent der Gesamtproduktion aus) in den ersten beiden Monaten dieses Jahres um 12 Prozent zugenommen und damit das Niveau der Vergleichszeit des Jahres 1982 erreicht. Dennoch bleibt gegenüber dem Resultat von 1981 immer noch ein Rückstand von 10 Prozent aufzuholen.

Immerhin geht man in der Branche davon aus, in diesem Jahr wertmäßig auf einen Exportumsatz zu kommen, der die beiden Vorjahre übertrifft. In 1983 war der Exportumsatz der schweizerischen Uhrenproduzenten um 3 Prozent auf 3,4 Mrd. sfr zurückgegangen. In 1981 belief sich der Exportumsatz auf 3,9 Mrd. sfr. An diesen Wert glaubt man jedoch in 1984 nicht heranzukommen.

Da die Schweiz bekannt ist für ein qualitativ hochstehendes und zugleich auch teureres Uhrenprogramm, zeigt ein Vergleich der produzierten Stückzahlen ein eher ungünstigeres Bild. Lag die Produktion im Jahre 1980 noch bei 55,1 Mill. Uhren (hierbei handelt es sich praktisch nur um Kleinuhren, denn im Großuhrensektor tritt die Schweiz kaum auf), so sank die Produktion Jahr um Jahr auf nunmehr 34,4 Mill. Stück, also um insgesamt gut ein Drittel, ab. Parallel dazu verringerte sich seit 1980 die Zahl der Firmen auf 678 (1980: 818) mit nunmehr noch knapp 32 500 (47 00) Beschäftigten. Daß in diesem Umstrukturierungsprozeß noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, zeigen die offenkundig noch immer vorhandenen Probleme bei der Fusion zwischen den beiden Uhrenriesen SSIH und Asuag.

Auch die schweizerischen Uhrenproduzenten folgen immer stärker dem Trend der Zeit zur elektronischen Zeitmessung: Während 1980 erst ein Fünftel aller exportierten Zeitmesser elektronisch gesteuert war, hat der Anteil der Elektronik-Uhren 1983 fast zwei Drittel erreicht. Kaum Sorgen haben dürfte die Sparte der hochwertigen Edelmetalluhren (aus Gold, Platin oder Silber): In diesem Bereich liegen die schweizerischen Uhrenexporte gegenüber 1980 mit wertmäßig 1,1 Mrd. DM um 15 Prozent höher.

Die schweizerische Uhrenindustrie hat zwar in der Vergangenheit dem aufkommenden Konkurrenzdruck insbesondere aus Fernost kräftig Tribut zollen müssen, doch behauptete sie wertmäßig (durch Betonung der Qualität) noch immer den ersten Rang unter den Exporteuren der Welt: Mit dem Exportumsatz von umgerechnet 1,6 Mrd. US-Dollar (1983) rangieren die Eidgenossen weiterhin vor Japan (1,55 Mrd. Dollar) und Hongkong (1,1 Mrd Dollar). Stückzahlmäßig verkehrt sich indessen die Reihenfolge: Hongkong exportierte in 1983 schätzungsweise rund 300 Mill. Uhren (davon allein etwa 100 Mill. Stück integriert in Kugelschreiber, Feuerzeuge usw.), gefolgt von Japan (75 Mill. Stück) und der Schweiz mit rund 30 Mill. Stück.

Privatkunden trugen das Kreditgeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Bei der Kreissparkasse Düsseldorf ist 1983 der Rückgang der Zinserträge aus dem Kreditgeschäft über die Ermäßigung der Zinsaufwendungen hinausgegangen, während die ertragsmäßigen Auswirkungen der unter Rentabilitätsgesichtspunkten günstig gestaffelten Liquiditätsreserven stabilisierend wirkten. So hat sich, so Vorstandsvorsitzender Günther Neuper die Zinsspanne nur leicht auf 3,8 Prozent verbessert.

Nach einem Zinsüberschuß von 57 (55) Mill. DM und einem Provisionsüberschuß von 5,6 (5,3) Mill. DM wird ein Jahresüberschuß von 5,9 (5,9) Mill. DM ausgewiesen, der zum größten Teil das Eigenkapital auf fast 81 Mill. DM aufstockt, die 6,7 Prozent der Gesamteinlagen oder 5,7 Prozent der auf 1,42 (1,38) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme ausmachen – Relationen, die nur wenige Institute ausweisen.

Die Kundeneinlagen sind 1983 um 3,6 (5,4) Prozent auf 1,22 Mrd. DM gestiegen. Das Kreditvolumen erreichte 873 (848) Mill. DM. Das Plus entstammte ausschließlich dem langfristigen Bereich mit 682 Mill. DM (plus 4,3 Prozent). Die Nachfrage wurde hier in erster Linie vom privaten Kunden getragen, die gewerbliche Wirtschaft zog erst langsam nach.

Adt nun in der Verlustzone

VWD, Frankfurt

Die im Markenartikel- und Bauträgerbereich tätige Adt AG, Frankfurt, geriet im vergangenen Jahr mit 2,4 Mill. DM in die Verlustzone. Wie es im Aktionärsbrief heißt, hat das Gesamtjahr 1983 bei weitem nicht das gehalten, was die Entwicklung im ersten Halbjahr versprochen hatte. Während zunächst eine erfreuliche Nachfragebelebung in allen Geschäftsbereichen der zum Adt-Verbund gehörenden Gesellschaften beobachtet werden konnte, war insbesondere der Aufschwung auf dem Immobiliensektor nur von kurzer Dauer. Zur Jahresmitte trat eine erneute Stagnation ein. Für 1982 waren 4,00 (7,50) DM Dividende je 50-DM-Aktie auf 25 (10) Mill. DM Grundkapital gezahlt worden.

Umsätze und Ergebnisse der ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres zeigen nach dem Bericht des Vorstands eine Fortsetzung der positiven Entwicklung im Markenartikelbereich sowie eine Stabilisierung des Bauträgerbereichs. Aus heutiger Sicht könne davon ausgegangen werden, daß im Bauträgerbereich bereits ab 1984 insgesamt wieder Jahresüberschüsse erwirtschaftet werden können. Im vergangenen Jahr setzte der Adt-Verbund insgesamt 335,4 (364,1) Mill. DM um. Davon entfallen 58 Prozent auf den Markenartikelbereich.

PHILIP MORRIS / In den USA Marktführer

Glanzvolles Ergebnis

JAN BRECH, Hamburg

Der zweitgrößte private Tabakkonzern der Welt, die Philip Morris Inc., New York, präsentiert für das Geschäftsjahr 1983 zum 30. Mal in Folge neue Rekordergebnisse. Dabei wird das Umfeld, in dem Philip Morris tätig ist, eher negativ beschrieben. Im Geschäftsbericht heißt es, daß die Zeiten schwer seien; erhöhte Verbrauchssteuern in Verbindung mit der Dollarstärke hätten das Zigarettengeschäft beeinträchtigt und die Kampagnen und Restriktionen gegen das Rauchen und Trinken verschärften sich. Vor allem in den USA sinke der Zigarettenabsatz und stagniere der Konsum von Bier und Erfrischungsgetränken.

In dem Philip-Morris-Rechenwerk werden diese Entwicklungen nur zum Teil erkennbar. Dank der hohen Leistungsfähigkeit der Anlagen und der überragenden Anteile an Schlüsselmärkten, habe sich der Konzern gut gehalten, heißt es. Bei einem um 12 Prozent gestiegenen Umsatz von rund 13 Mrd. Dollar (rund 34 Mrd. DM), weist Philip Morris einen Reingewinn von 904 Mill. DM aus; das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Verbesserung von rund 15,6 Prozent. Die Netto-Rendite stieg von 6,7 auf 7 Prozent, eine Relation, die in europäischen Breiten höchst selten zu finden ist und die deutsche Zigarettenkonzerne, die inzwischen beim Ertrag entlang der Null-Linie operieren, zuletzt vor 10 Jahren erreicht hatten.

Am muntersten sprudelten dabei die Erträge im US-Zigarettengeschäft. Der Absatz stagnierte zwar, doch auf rückläufigem Gesamtmarkt verbesserte Philip Morris den Marktanteil auf 34,4 Prozent und avancierte damit zum US-Marktführer. Allein 20,1 Prozent entfielen auf die vermutlich größte Marke der Welt, die „Marlboro". Das Betriebsergebnis der Philip Morris USA verbesserte sich um 21,4 Prozent auf rund 1,3 Mrd. Dollar und steuerte damit 68 Prozent zum Konzernbetriebsergebnis bei.

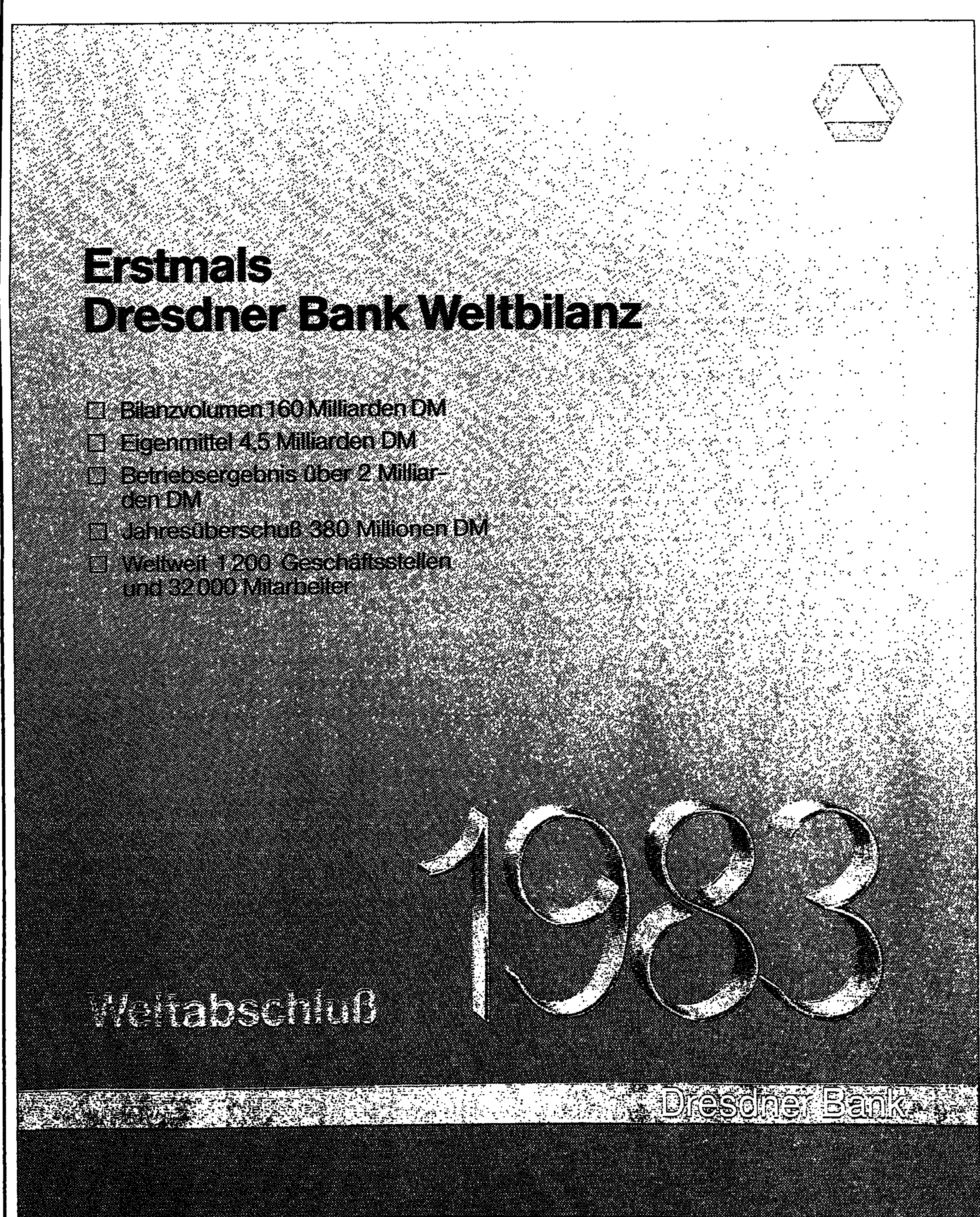
Gegen widrigere Bedingungen mußte dagegen die Philip Morris International ankämpfen. Zwar erhöhte sich der Gesamtabsatz an Zigaretten auf 245 Mrd. Stück und festigte sich der Weltmarktanteil (außer den USA) bei 6,2 Prozent, doch ging das Betriebsergebnis um 18 Prozent auf 366 Mill. Dollar zurück.

Intensive Preiskonkurrenz, Einfuhrbeschränkungen, Preiskontrollen, Inflation und Dollarstärke nennt Philip Morris als Gründe. Das gilt auch für den deutschen Markt. Die Philip Morris GmbH, München, hat zwar zwei Prozentpunkte Marktanteil zugewonnen, jedoch starke Einbußen im Betriebsergebnis erlitten.

Auf solide Ertragsbasis hat Philip Morris 1983 die Miller-Brewing-Gruppe gestellt, die 1969 konkursreif übernommen worden war und inzwischen zweitgrößte Brauerei-Gruppe der USA ist. Bei stagnierendem Absatz verbesserte Miller das Betriebsergebnis um 43 Prozent. Erhebliche Ertragsfortschritte machten ferner die kleineren Konzern-Bereiche wie Philip Morris Industries und die Immobiliengesellschaft Mission Viejo.

Unter Ertragsaspekten einziger Makel, blieb die 1979 übernommene Erfrischungsgetränke-Gruppe Seven Up, die den Umsatz mit 650 Mill. Dollar auf neue Rekordhöhe trieb, aber rund 11 Mill. Dollar Betriebsverluste erlitt. Bei Seven Up verfolgte Philip Morris die gleiche Strategie wie bei dem weltweiten Aufbau der Zigaretten- und Biermarken, heißt es dazu. Unter Inkaufnahme kurzfristiger Verluste, werde in Hinblick auf künftiges Wachstum hoch investiert.

Im Gesamtkonzern hat Philip Morris in den vergangenen 5 Jahren fast 4 Mrd. Dollar investiert. Die Investitionsrate von knapp 5 Prozent dürfte auch in den kommenden Jahren beibehalten werden. Finanziell und materiell stehe Philip Morris besser da als je zuvor, schreibt der Vorstand, und der Cash-Flow reiche aus, um den Finanzbedarf zu decken.





WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

ZVEI – SEL – Honeywell-Bull – Gerdts – Holec – Triumph Adler – Philips

Überfüllte Parkplätze und Menschentrauben, die das gezielte Ansteuern bestimmter Hallen und Gesprächspartner zu einem zweifelhaften Vergnügen geraten ließen – dies waren charakteristische Merkmale der Hannover-Messe am Wochenende. Das Sehpublikum dominierte, ein Zeichen dafür, daß sich die Bevölkerung der Stadt und der näheren Region mit „ihrer" Messe identifiziert. Wenngleich die Aussteller nur bedingt Freude an dem überquellenden Besucherstrom haben – schon zur Mittagszeit waren beim Standpersonal Ermüdungserscheinungen sichtbar –, steht der „Messe der Messen" nicht nur nach Ansicht der Veranstalter der absehbare Besucherrekord gut zu Gesicht. Immerhin zeigt sich, daß der Vorwurf der Interesselosigkeit an technischen Neuentwicklungen unberechtigt ist. Die ausstellende Wirtschaft ist mit den bisher erzielten Ergebnissen in Hannover weitgehend zufrieden. Die Auftragsbücher füllen sich. Vor allem in den Cebit-Hallen, aber auch bei den Zulieferern und in Teilbereichen der Elektro-Industrie und des Maschinenbaus sind die Erwartungen bislang übertroffen worden. Vieles spricht dafür, daß auch im Investitionsgüterbereich der Motor angesprungen ist und der von Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff apostrophierte „sich selbst tragende Aufschwung" Gestalt annimmt. (dos.)

Japans Innovations-Phantasie basiert auf Kapital

In Deutschland muß sich niemand mit seiner Technologie verstecken – auch in der Elektronik *nicht*", meint Rudolf Scheid, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI). Die Bauelemente-Industrie habe inzwischen auch die bisher höchsten Stufen der Chips-Integration bewältigt, stehe mit bestimmten Verfahren sogar schon wieder in der Welt-Spitzengruppe.

Freilich: „Das Ganze ist im Grunde gemeinsames Wissen der hochindustrialisierten Länder. Da macht der eine mal hier einen Vorstoß, der andere da. Das führt dann bestenfalls einmal zu temporären Vorsprüngen". Auch dafür, daß von den weltweit gängigen Mikroprozessoren nach wie vor kaum einer aus deutscher Produktion kommt, hat Scheid eine Erklärung: „Das ist weniger eine Frage des Könnens als eine Frage, wer noch Geld in diesen weltweit überbesetzten Markt stecken will."

Gewisse Unterschiede zu den beiden großen Konkurrentenländern USA und Japan will Scheid indessen keineswegs in Abrede stellen. Bei den Amerikanern sind es vor allem die enormen Staatsinvestitionen in Sicherheits- und Weltraumtechnik, die mit entsprechenden Aufträgen an die *Wirtschaft speziell die Elektronik*-Branche vorangebracht haben.

Bei den Japanern, die auf Teilgebieten (zum Beispiel Unterhaltungselektronik, insbesondere Video) sowohl Amerikaner wie auch Europäer das Fürchten gelehrt haben, blickt der ZVEI-Chef angesichts geschrumpfter deutscher Eigenkapital-Quoten fast neidvoll auf die Kapitalbildungskraft der Unternehmen. „Diese beliebige Anwendung der Mikroelektronik mit ihren manchmal spielerischen Ausprägungen – das kann nur jemand verwirklichen, der auch die Finanzierungsmöglichkeiten dazu hat."

Scheid rechnet vor: In den Jahren 1976 bis 1981 ist das japanische Brutto-Sozialprodukt im Jahresdurchschnitt um 5,1 Prozent gewachsen, gleichzeitig lag die reale Lohnerhöhung bei 1,3 Prozent, die Sparquote konstant bei 22 (!) Prozent. Das heißt, der Industrie standen beträchtliche Mittel zur Verfügung, und das bei einer Inflationsrate von 6,2 Prozent sozusagen „kostenlos".

„Wenn sie eine so unglaubliche Kapitalbildungskraft haben, dann sind der Phantasie von Investitionen überhaupt keine Grenzen gesetzt", urteilt der Professor der Volkswirtschaftslehre Scheid über das Phänomen, das seit 1976 auch von der Politik der japanischen (Firmen-) Gewerkschaften unterstützt wird. Und: „Das erklärt fast alles, was man in Japan so sieht." So gehe es denn auch bei dem ganzen Rückstands-Lamento *letztlich nicht* um *Probleme der Technologie.*

Berechtigt sei es ohnehin nicht. Das belege nicht zuletzt die Branchenentwicklung. So habe gerade der Fachbereich der Bauelemente für die Nachrichten- und Informationstechnik – um den es in der Technologie-Diskussion vor allem geht – schon in der zweiten Hälfte 1983 und auch in den ersten Monaten des neuen Jahres progressiv steigende Auftragseingänge vorzuweisen.

Von November bis Januar lagen die Orders der Branche insgesamt um 36 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Dabei kam der Hauptschub nicht etwa aus dem Inland (knapp 28 Prozent Zuwachs), sondern in erster Linie aus dem Auslandsgeschäft mit seinem Plus von fast 51 Prozent, nicht eben Indiz für die internationale Mißachtung einer inferioren Technik. Allerdings: Die Statistik enthält auch jene Produkte, die Auslandsgesellschaften bei ihren deutschen Töchtern fertigen lassen.

Was für den Bauelemente-Bereich besonders ausgeprägt galt, traf auch für die Nachrichten- und Informationstechnik – hier aber mit Betonung auf dem Inlandsgeschäft – insgesamt zu: Sie erwies sich als Motor der Elektrokonjunktur. Verwundert stellt Scheid fest: „Früher war es immer das Exportgeschäft, das den Aufschwung einleitete. Diesmal kamen aber die Impulse eindeutig aus Richtung der Technologie."

Als Gründe dafür sieht er zum einen die generell gewachsene Akzeptanz der elektronischen Arbeitsmittel, den Abbau von psychologischen Hemmschwellen. Zum zweiten sei die Mikroelektronik aber auch flexibler, leichter anpaßbar und damit anwendbarer geworden (zum Beipiel durch die Möglichkeiten, spezielle Schaltkreise nach Kundenwünschen einfacher zu fertigen). Damit sind auch technische Barrieren gefallen, von denen sich vor allem kleinere und mittlere Unternehmen immer noch von der Elektronik abhalten ließen.

Zum Dritten aber sähen sich auch die Investoren neuen Relationen gegenüber: „Früher galt bei Investitionen in höhere Maschinenleistung immer auch das Merkmal zunehmender Kapitalintensität. Die Elektronik ermöglicht es erstmals, mit einem geringeren Kapitaleinsatz je zusätzlicher Leistungseinheit auszukommen." Auch diese Verschiebung hat offenbar zum neuen Investitionsschub, beginnend bei Büroautomation und Fertigungssteuerung, beigetragen. Darauf deutet auch hin, daß in drei Viertel aller Fälle die Produktivitätssteigerung als Investitionsmotiv im Vordergrund stand.

Sorgen, daß dem Zugpferd Mikroelektronik die Luft ausgehen könnte, macht sich Scheid nicht. Zum einen sei erst ein Bruchteil der möglichen Anwendungen erschlossen. Zum anderen bestehe „ein wachsender Bedarf an immer komplexerer und schnellerer Informationsverarbeitung – wie zum Beispiel in der Sprachverarbeitung –, der in absehbarer Zeit kaum zu befriedigen sein wird. Je mehr Leistung wir bieten, um so mehr wird auch gebraucht."

JOACHIM WEBER



Philips stellt das größte funktionsfähige Telefon der Welt vor
FOTO: KURT STAEDELE / DPA

Ausgleich beim Nahverkehr

Empfindliche Einbußen auf dem Gebiet der Bahnsteuerungstechnik kennzeichnet das Geschäft der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, in den letzten Jahren. Roland Mecklinger, im SEL-Vorstand zuständig für „Öffentliche Nachrichtentechnik", spricht von einem regelrechten Zusammenbruch des Marktes. Die Sparmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn haben seit 1982 zu einem Rückgang der Investitionen um 20 Prozent pro Jahr geführt.

Problematisch ist es, auf dem Gebiet der Fernbahn-Signaltechnik einen Ausgleich im Auslandsgeschäft zu finden. Nur fünf weitere Länder, so Mecklinger, arbeiten mit dem gleichen Signal-System (Flachrelais) wie die Bundesbahn, darunter Südafrika, Jugoslawien und Korea; die anderen Bahnverwaltungen haben sich für das Schwerkraft-Relais entschieden. Das Geschäftsvolumen mit der Bundesbahn beziffert Mecklinger auf rund 120 Mill. DM. Neben SEL ist in dem Bereich der Bahnsteuerungstechnik noch Siemens tätig.

Vor dem Hintergrund schrumpfender Bahnaufträge verstärkt SEL die Anstrengungen, neben der Fernbahntechnik den Nahverkehr zu erschließen. Hier sind bereits bemerkenswerte Erfolge erzielt worden. Mecklinger verweist auf die automatisch gesteuerte Versuchsanlage in Berlin. Mit dem elektronischen Nahverkehrs-System „SEL-Truc" habe das Unternehmen auch auf dem nordamerikanischen Markt Fuß gefaßt. Mehrere Großstädte in Kanada und in den USA wollen ihre Stadtbahnen umrüsten. Die mittlerweile erteilten Aufträge haben einen Wert von gut 100 Mill. Dollar, erstrecken sich allerdings über mehrere Jahre.

Eine Erschließung neuer Märkte verspricht sich Mecklinger von der Entwicklung elektronisch gesteuerter Stellwerke. Dafür bestehe auch im Ausland großes Interesse. Das Problem allerdings liege darin, daß noch keine Pilotanlage installiert sei. Derzeit verhandele SEL mit der Bundesbahn über den Bau solcher Muster-Stellwerke. Die hohen Sicherheitsanforderungen, so Mecklinger, seien in vollem Umfang gewährleistet. SEL gehe davon aus, daß noch in diesem Jahr die Genehmigung durch die Bahn erfolgen wird. Erst dann könne auch im Ausland akquiriert werden. Zu berücksichtigen sei in diesem Zusammenhang aber die lange Betriebsdauer der Stellwerke (20 bis 30 Jahre).

Zuversichtlich äußert sich Mecklinger zu den Aussichten einer zügigen Glasfaser-Verkabelung in der Bundesrepublik. Abstriche allerdings gelte es zu machen bei der flächendeckenden Verkabelung. Schätzungen gingen davon aus, daß das Kupferkabelnetz einem Wert zwischen 40 und 60 Milliarden DM entspricht. Diese Ressourcen in absehbarer Zeit zu ersetzen, sei technisch zwar kein Problem, von der Wirtschaftlichkeit her gesehen aber zumindest fragwürdig.

Nachdrücklich setzt sich Mecklinger für den Bau der Glasfaser-Fabrik in Berlin ein. Derzeit gebe es allerdings vom Kartellamt noch keine Signale, daß das Konsortium das Projekt verwirklichen kann. Gegenwärtig produzieren die beteiligten Unternehmen noch an verschiedenen Standorten. Die Einheiten indes seien zu klein. Wirtschaftlich arbeite eine Faserfabrik erst bei einer Kapazität von *mindestens 75 000 Kilometern pro* Jahr. Zu den Beteiligungsverhältnissen an dem Berliner Projekt wollte Mecklinger keine konkreten Angaben machen. SEL dürfte jedoch mit einem Anteil von gut 20 Prozent unter den Konsorten nach Siemens den zweiten Rang einnehmen.

DOMINIK SCHMIDT

Anzeige

Abonnieren Sie Informationsfülle

Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kaum ein Blatt aber bietet eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: komprimiert, konzentriert, übersichtlich geordnet. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Beruf: ______
Telefon: ______ Datum: ______
Unterschrift: ______

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ______

Automatische Wiederholung

Manchmal sind es kleine Zusatzleistungen, die einem neuen Produkt erst den letzten Pfiff geben. Bei Philips-Diktiergeräten ist es beispielsweise die automatische Wortwiederholung. Nach jedem Stopp wiederholt das Gerät die letzte Wortpassage und das in zuvor wählbarer Länge.

Diese hier gezeigte Innovationsfähigkeit zieht sich durch das gesamte Programm, das die Philips Kommunikationsindustrie AG, Siegen, in Hannover ausstellt. Unter dem gemeinsamen Dach dieser Gesellschaften zeigen die drei Bereiche Data-Systems, TE-KA-DE-Fernmeldeanlagen und FG Nachrichtenkabel und Anlagen ein weites Programm, bei dem die Kommunikation mit Daten, Text, Sprache und Bild die gemeinsame Klammer bildet. (hdt.)

Vorschläge vom Programm

Wer mit dem Programmieren nicht vertraut ist, soll dennoch die Möglichkeit haben, einen Computer mit den für ihn wichtigen Funktionen zu füttern. Dieses Ziel verfolgt die Herbert F. Gerdts Datentechnik GmbH, Bremen, Tochterfirma der 1983 an die Börse gegangenen Gestra AG, seit fünf Jahren. Das ehemalige Ingenieurbüro, das sich vor allem auch mit der Hardware befaßt, hat nun – mit mehreren Mannjahren und 2 Millionen DM – ein Software-System entwickelt, das diesem Anspruch gerecht wird.

In deutscher Sprache programmiert der „Laie", welche Aufgaben zu lösen sind. Das Programm seinerseits erkundigt sich per Bildschirm, was getan werden soll, macht Vorschläge, wie die Aufgabe bewältigt werden kann und gibt die Schritte dann im einzelnen vor. Das Verfahren, für Datensammlung, Bearbeitung und Verwaltung geeignet, gibt dem Anwender die Möglichkeit, seine Lösung in die EDV zu schreiben.

Ein weiterer Vorteil sei, erklärte Geschäftsführer Herbert F. Gerdts gestern auf der Messe, daß auf Basis des Generatorsystems lediglich Anwenderlösungen gesucht werden müßten, eine Programmiersprache hingegen nicht mehr gebraucht werde. Bislang hat das mittelständische Unternehmen – 1 Million DM Umsatz im vergangenen Jahr nach 500 000 in 1982 – 20 Anwenderlösungen auf Lager. Neben Branchenpaketen für Ärzte, Makler, Finanzierungen, Warenwirtschaft, verschiedene Handwerksbetriebe, Getränkegroßhandel, Schulen und Vereine bietet Gerdts auch Standardprogramme für Lagerhaltung, Finanzbuchhaltung und Textverarbeitung. KAREN SÖHLER

Rasantes Wachstum

Beträchtliche Energieeinsparungen versprechen die Hersteller von mikroprozessorgesteuerten Energieleitsystemen ihren Kunden. Bereits in Gebäuden mittlerer Größe mit jährlichen Energiekosten ab 200 000 DM werde sich eine vollautomatische Regelung von Heizung, Temperatur, Klimatisierung und Beleuchtung in spätestens zwei Jahren amortisieren, heißt es bei der Holec *GmbH, Darmstadt. Die* hundertprozentige Tochter der niederländischen Elektrogruppe Holec N.V., Utrecht, präsentiert ein dezentralisiertes digitales Regelsystem. Dieses kann gleichzeitig Störungen beispielsweise in der Heizungsanlage melden. Fallen mehr als 20 000 DM Energiekosten im Jahr an, lohnt es sich, die Zentralheizung auch kleinerer Objekte mit einer elektronischen Regelung nachzurüsten.

Vor allem der stark expandierende Bereich Systemtechnik wird in diesem Jahr für ein rasantes Wachstum seines Unternehmens sorgen, erwartet Geschäftsführer Joachim Schober. Die Entwicklung im 1. Quartal lasse die angestrebte Umsatzausweitung um runde 50 Prozent auf etwa 20 Milliarden DM realistisch erscheinen.

Noch vor zwei Jahren stellte Holec ausschließlich Elektromotoren her. Heute entfällt auf diesen in der Zweigniederlassung Unna angesiedelten Bereich weniger als die Hälfte des Geschäftes. Neben der Systemtechnik ist inzwischen noch der Vertrieb von Produkten der Muttergesellschaft auf dem deutschen Markt hinzugekommen. Das Spektrum reicht dabei von einfachen Schaltgeräten bis zu unterbrechungsfreien Stromversorgungsanlagen.

HEINZ STÜWE

Computer für Steuerberater

Neben verstärkten internationalen Vertriebsaktivitäten sind es vor allem neue Produkte, mit denen die Triumph Adler AG, Nürnberg, ihre Marktposition weiter auszubauen gedenkt. Das Unternehmen, dessen Umsatz 1983 erstmalig die 2-Mrd.-DM-Marke überschritt, verfügt bereits jetzt über eine Produktpalette, deren Durchschnittsalter zwischen 2 und 3 Jahren liegt.

Mit den in Hannover ausgestellten neuen Produkten soll bis Ende 1984 die Hälfte des Umsatzes erzielt werden. *Premiere hatte auch ein Computer* für Steuerberater und eine Telefonschreibmaschine. Gute Fortschritte konnten zudem auf dem Wachstumsmarkt Mikrocomputer erzielt werden, wo sich TA als größter deutscher Anbieter sieht. Planziel für 1984 ist der weltweite Absatz von mehr als 50 000 solcher Anlagen.

(hdt.)

Die Europäer müssen in Europa stärker werden

Wenn wir die guten Informationstechniker in Europa behalten wollen, die wir für unsere technologische Wettbewerbsfähigkeit benötigen, *dann* brauchen wir auch eine leistungsfähige EDV-Industrie, die für solche Leute attraktiv ist", postuliert Jacques Stern, Präsident der Compagnie des Machines und Bull, Paris. Vorstandschef Francis Lorentz illustriert: „Heute arbeiten mehr französische EDV-Leute im Silicon Valley als bei Bull."

Dies sei indessen auch ein wichtiges Instrument des Technologie-Transfers, *ähnlich wie der personelle* Austausch zwischen Unternehmen und Universitäten, den man in Europa noch intensivieren müsse. Gute Ansätze hierzu sieht Stern in europäischen Gemeinschaftsvorhaben, wie dem Informatikprojekt ASPRIT, das die Zusammenarbeit von Universitäten und Unternehmen über die Grenzen hinweg deutlich verstärkt hat.

Für eine langfristige Überlebensstrategie der europäischen Informatik-Industrie sei das allerdings nur ein erstes gutes Beispiel. Ein Europa-Konzept der Datenverarbeiter müßte nach Sterns Vorstellungen mehrere Punkte umfassen:

– „Wir brauchen langfristig mehr Kooperation zwischen den europäischen Herstellern, z. B. in Gestalt von gemeinsamen Forschungszentren, wie wir eines mit Siemens und ICL betreiben.

– Auch nach außen hin – z. B. in Richtung Japan oder USA – sollte *jede mögliche Zusammenarbeit* genutzt werden, um immer neueste Technologie in unsere Produkte holen zu können.

– Die Europäer müssen in Europa selbst stärker werden. Wenn man bedenkt, daß ihr Anteil am eigenen Markt nur bei einem Drittel liegt, dann sind hier noch große Anstrengungen fällig.

– Die europäischen Informatik-Unternehmen müssen stärker nach gemeinsamen Standards suchen. Auf dem neuen riesigen Feld der Computer-Kommunikation in Netzen sollten wir uns auf gemeinsame Normen einigen, um alle unsere Produkte untereinander kommunikationsfähig zu machen. Damit schaffen wir für den Anwender die attraktive Möglichkeit, nicht von vornherein von einem Lieferanten abzuhängen. Und wenn sich so eine Normung erst einmal bewährt hat, könnte sie sich auch nach aller Erfahrung sehr schnell weltweit als Standard durchsetzen."

Ein derartiges Normungsprojekt wird derzeit gerade von einem runden Dutzend europäischer Hersteller in Angriff genommen. Insgesamt räumt der Bull-Präsident sich und seinen europäischen Kollegen gute Chancen ein. Gerade im Zusammenhang mit der Verknüpfung von Informations- und Nachrichtentechnik, mit dem Aufbau von Kommunikationsnetzen, könnte sie auf ein enormes Know-how bei den nationalen Postverwaltungen zurückgreifen.

Der Bull-Konzern selbst ist im vergangenen Jahr mit seiner Konsolidierung ein gutes Stück vorangekommen. Die Verluste – noch nicht beziffert – werden trotz erheblicher Aufwendungen für die Integration von drei neuangegliederten Unternehmen mehr als halbiert. Die Gewinnschwelle wird allerdings nach Sterns Prognose erst 1986 erreicht werden.

Doch es geht bergauf. So steigerte die 26 000 Mitarbeiter-Gruppe im vergangenen Jahr ihren Gruppenumsatz um 21 Prozent auf 11,6 Mrd. DM. Dazu trug auch die deutsche Tochter Honeywell-Bull AG, Köln, mit einer Umsatzsteigerung um 17 Prozent auf 360 Mill. DM bei. Sie wies mit 15 Mill. DM sogar ein positives Ergebnis aus.

JOACHIM WEBER

BEB
Erdgas Erdoel

Wir sind mit Energie dabei

Über 2.000 qualifizierte Mitarbeiter setzen in unserem Unternehmen ihre Energie ein, für Energie aus einheimischen Quellen und langfristig gesicherten Importen.

An der inländischen Erdölproduktion haben wir einen Anteil von etwa 30 %, beim Erdgas sind es rund 60 %. Erdgasimporte aus den Niederlanden, aus Norwegen und zukünftig auch aus anderen Regionen ergänzen unser Aufkommen. Damit leisten wir einen bedeutenden Beitrag zur Deckung unseres Energiebedarfs, denn mehr als jeder vierte Kubikmeter Erdgas, der in unserem Lande verbraucht wird, stammt von BEB.

Daß wir diese Position erreicht haben, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen mit Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden DM. Um auch in Zukunft diesen Beitrag leisten zu können, müssen wir weiter investieren und neue Ideen entwickeln. Wir sind mit Energie dabei.

BEB Gewerkschaften Brigitta und Elwerath Betriebsführungsgesellschaft mbH, Riethorst 12, 3000 Hannover 51

ERGEBNISSE

M'gladbach – Frankfurt	1:1	(0:0)
Offenbach – Leverkusen	0:2	(0:2)
Bremen – Uerdingen	5:2	(0:2)
Mannheim – K'lautern	2:0	(1:0)
München – Stuttgart	2:2	(1:1)
Köln – Nürnberg	3:1	(0:0)
Düsseldorf – Bielefeld	0:0	:
Braunschweig – Dortmund	5:0	(1:0)
Bochum – Hamburg	1:1	(1:0)

DIE SPIELE

München – Stuttgart 2:2 (1:1)

München: Pfaff – Augenthaler – Beierlorzer (28. Kraus), Dürnberger – Nachtweih, Grobe, Lerby, Pflügler – K.-H. Rummenigge, Hoeneß, M. Rummenigge. – **Stuttgart:** Roleder (46. Jäger) – Makan (46. Müller) – K.-H. Förster, Buchwald, B. Förster – Niedermayer, Ohlicher, Allgöwer, Sigurvinsson – Kelsch, Corneliusson. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Grobe (15.), 1:1 Nachtweih (17., Eigentor), 2:1 Grobe (48., Foulelfmeter), 2:2 Sigurvinsson (67.). – **Zuschauer:** 77 839 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** K.-H. Rummenigge (3), Dürnberger (4), Pflügler (4/1), K.-H. Förster (4/2).

Bochum – Hamburg 1:1 (1:0)

Bochum: Zumdick – Knüwe – Zugcic (60. Benatelli), Gerland (14. Pater) – Bönighausen, Lameck, Woelk, Oswald, Schulz – Kuntz, Schreier. – **Hamburg:** Stein – Jakobs – Schröder, Wehmeyer – Kaltz, Hartwig (60. Schatzschneider), von Heesen, Magath, Rolff – Wuttke, Milewski. – **Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tore:** 1:0 Oswald (38.), 1:1 Wuttke (63.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karten:** Hartwig (7), Wehmyer (4/1), Rolff (3).

Braunschweig – Dortmund 5:0 (1:0)

Braunschweig: Josef – Hollmann – Scheike, Pahl, Ellmerich – Bruns, Tripbacher, Lux (70. Kindermann), Studzizba – Worm, Geyer (74. Keute). – **Dortmund:** Immel – Zorc – Storck, Rüßmann, Konopka (46. Huber) – Bittcher, Loose, Keser, Raducanu – Klotz, Wegmann. – **Schiedsrichter:** Huster (Lahnstein). – **Tore:** 1:0 Worm (30.), 2:0 Hollmann (51., Handelfmeter), 3:0 Geyer (59.), 4:0 Studzizba (69.), 5:0 Pahl (84.). – **Zuschauer:** 12 721.

Bremen – Uerdingen 5:2 (0:2)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Gruber, Otten – Sidka, Möhlmann, Meier – Reinders (78. Okudera), Völler, Neubarth. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Schwarz, van de Loo, Hentrich (22. Brinkmann; 75. Guhlich) – Buttgereit, Funkel, Thomas, Hofmann – Feilzer, Loontiens. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 0:1 Funkel (36.), 0:2 Gruber (44., Eigentor), 1:2 Reinders (61., Handelfmeter), 2:2 Pezzey (66.), 3:2 Völler (72.), 4:2 Reinders (78.), 5:2 Völler (81.). – **Zuschauer:** 14 100. – **Gelbe Karten:** Otten (4), Feilzer (2).

Düsseldorf – Bielefeld 0:0

Düsseldorf: Kleff – Zewe – Theis (6. Schmidkunz), Löhr – Bockenfeld, Bommer, Fach, Dusend (39. Bless), Weikl – Edvaldsson, Ormslev. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Dronia, Hupe – Geils, Büscher, Schnier, Rautiainen, Pohl – Grillemeier (89. Kühlhorn), Ozaki (73. Pagelsdorf). – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Zuschauer:** 6700. – **Gelbe Karten:** Schmidkunz, Grillemeier (4/1), Dronia (2).

Köln – Nürnberg 3:1 (0:0)

Köln: Schumacher – Strack – Prestin, Steiner – Hartmann (63. Lefkes), Engels, Mennie, Hönerbach (39. Haas) – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Nürnberg:** Kargus – Weyerich – Eder, Brunner, Reinhardt – Grahammer, Täuber, Burgsmüller, Giske – Lottermann, Trunk. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 0:1 Trunk (61.), 1:1 Engels (71.), 2:1 Fischer (76.), 3:1 Littbarski (81.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karten:** Hönerbach (4/1), Hartmann (4), Brunner (3).

Mannheim – K'lautern 2:0 (1:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Dickgießer, Scholz – Quaisser, Knapp, Hein, Schön (90. Kohler) – Remark (90. Linz), Bührer, Walter. – **K'lautern:** Hellström – Melzer – Wolf, Briegel, Loechelt – Lang, Brehme, Geye, Allofs – Nilsson (46. Brummer), Eilenfeldt. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 1:0 Sebert (10.), 2:0 Hein (85.). – **Zuschauer:** 40 000. – **Gelbe Karten:** Hein (4/1), Briegel (4/1), Geyer (3).

M'gladbach – Frankfurt 1:1 (0:0)

M'gladbach: Sude – Bruns – Borowka, Herlovsen – Krauss, Matthäus, Rahn, Schäfer, Frontzeck (65. Criens) – Mill (74. Pinkall), Lienen. – **Frankfurt:** Pahl – Fruck – Berthold, Kraaz – Trieb, Borchers, Körbel, Kroth (84. Sievers), Falkenmayer – Müller, Svensson (74. Tobollik). **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Tore:** 0:1 Müller (80.), 1:1 Lienen (88.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Svensson (4), Berthold (3).

Offenbach – Leverkusen 0:2 (0:2)

Offenbach: Reck – Trapp – Kutzop, Thiel – Grünewald (66. Eichhorn), Michelberger, Franusch (30. Höfer), Bein, Sandner – Hofeditz, Krause. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Gelsdorf, Posner – Hörster, Winklhofer, Bittorf (79. Gezschlecht), Röber, Wojtowicz – Zechel (65. Vöge), Tscha. – **Schiedsrichter:** Retzmann (Hamburg). – **Tore:** 0:1 Tscha (7.), 0:2 Hörster (15.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karten:** Krause (4), Kutzop (3), Sandner (3), Posner (3), Zechel (2).

Anzeige

erdgas IST EINE SAUBERE SACHE.

VORSCHAU

Freitag, 13. April, 20 Uhr:

Uerdingen – Braunschweig	(2:1)
Stuttgart – Düsseldorf	(0:3)
Kaiserslautern – Bochum	(1:4)
Samstag, 14. April, 15.30 Uhr:	
Bielefeld – Offenbach	(2:2)
Nürnberg – München	(2:4)
Hamburg – Mönchengladbach	(0:4)
Dortmund – Mannheim	(1:4)
Leverkusen – Bremen	(0:3)
Frankfurt – Köln	(0:7)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

BUNDESLIGA / Münchener Lob für Stuttgart: „Die beste Mannschaft, gegen die wir in dieser Saison gespielt haben"

Boxeinlage zwischen Rummenigge und Förster

Von PETER STÜTZER

Frisch geduscht und adrett geföhnt führte Karl-Heinz Rummenigge der erste Weg direkt in die Stuttgarter Kabine. „Was ist mit Helmut Roleder?", fragte der Kapitän des FC Bayern München besorgt. Doch die Antwort wußte so kurz nach dem Spiel noch niemand. Stuttgarts Torwart lag längst im Schwabinger Krankenhaus, nachdem bei ihm schon in der Halbzeit des Bundesliga-Gipfeltreffens München–Stuttgart (2:2) Nierenblutungen festgestellt worden waren.

Zurück in Stuttgart ist Roleder Nachts um halb zwei noch einmal mit „wahnsinnigen Schmerzen wie noch nie" (Ehefrau Ilona) in die Klinik gefahren. Nicht zuletzt die Angst hat ihn dorthin getrieben, denn schon vor viereinhalb Jahren war bei ihm ein Riß der rechten Niere festgestellt worden. Die Diagnose diesmal beruhigte deshalb halbwegs: Quetschung der linken Niere. An einen Einsatz am Freitag gegen Düsseldorf ist jedoch nicht zu denken.

Keine Frage, beim Bundesliga-Gipfel wurde mit harten Bandagen gekämpft wie selten. „Ohne Chance, noch an den Ball zu kommen, ist er dem Helmut Roleder in der Luft in die Hüfte gesprungen", schimpfte Karlheinz Förster auf den Kollegen Rummenigge. Der Zorn war auch eine Stunde nach dem Schlußpfiff noch nicht verraucht.

Als das Feinste vom Feinen war dieses Duell angekündigt worden. Förster gegen Rummenigge, Karlheinz gegen Karl-Heinz, der beste Verteidiger des Landes gegen den besten Stürmer. Eine rare Delikatesse in der Bundesliga-Einheitssuppe. War es auch, wenngleich es zwischen den beiden weniger delikat als derbrustikal zuging. Erst trat der Stuttgarter dem Münchner rüde in die Knochen – Gelbe Karte. Dann war es umgekehrt, die beiden wurden nach Rummenigges Foul an Roleder regelrecht handgreiflich – gelb für den Bayern-Kapitän. Und so weiter.

Hinterher selbstverständlich, wollte es wieder keiner gewesen sein. Beide fanden schöne Worte. „Da war doch Musik drin", schwärmte Förster geradezu. „Der Kalle wollte es mir beim letzten Duell wohl noch einmal beweisen. Er ist diesmal aber auch beim kleinsten Körperkontakt umgefallen." Als rechten Härtetest für das kommende Abenteuer zwischen italienischen Verteidigerbeinen hat Rummenigge die Sache eingestuft. Ein gelungener Test nicht gerade. „Ich habe das Duell gewonnen, weil ich an unseren beiden Toren beteiligt war", entschied Förster. Keine Widerrede.

Wenn auch die nackten Zahlen anderes besagen, den Vergleich der beiden Bundesliga-Größen haben ebenfalls die Stuttgarter als Sieger beendet. Mut, Intelligenz, Offensivdrang, Technik, das waren ihre Trümpfe. „Die beste Mannschaft, die sich in dieser Saison in München vorgestellt hat", so lassen sich nacheinander Udo Lattek, Karl-Heinz Rummenigge, Uli Hoeneß, Wolfgang Dremmler und viele mehr zitieren.

Zudem bewies diese Stuttgarter Mannschaft eine zumindest in dieser Liga seltene Moral. Der zweimalige, unverdiente Rückstand wurde ebenso lässig weggesteckt wie der Ausfall von Torwart Roleder und Libero Hans-Peter Makan schon zur Halbzeit. Und auch die Tatsache, daß der Roleder-Ersatz Armin Jäger bei seinem Debüt vor großer Kulisse im Olympiastadion noch reichlich grün hinter den Ohren war, schien niemanden ernstlich nervös zu machen.

Was gar nicht so selbstverständlich war, denn schließlich hat der 21jährige bereits nach 120 Sekunden Bundesliga-Karriere seinen ersten Elfmeter verschuldet. Einen höchst fragwürdigen allerdings, denn als sich Jäger am Boden liegend mit der rechten Hand den Ball sicherte, aber mit der linken sich Dieter Hoeneß vom Leibe zu halten versuchte („Damit er nicht durchzieht"), da ging der lange Mittelstürmer, gelenkig wie eine Bahnschranke, zu Boden. Was Schiedsrichter Dieter Ahlenfelder wohl mächtig imponiert haben muß, er entschied auf Strafstoß, den Wolfgang Grobe verwandelte. „Eine Frechheit, diesem Jungen gegenüber", befand da sogar der verletzte Münchner Wolfgang Dremmler auf der Tribüne. „Vorher hätte er einen Elfmeter für uns pfeifen müssen, aber das war keiner."

Doch wie gesagt: An diesem Tag gab es nichts, was die Stuttgarter nicht locker hätten wegstecken können. Trainer Helmut Benthaus faßte sich kurz beim Kompliment für seine Mannschaft: „Hut ab." Eine Menge



Rauferei zwischen Nationalspielern, ein Elfmeter: Förster und Rummenigge geraten aneinander, nachdem der Münchner Roleder gefoult hatte (links). Hoeneß läßt sich fallen, obwohl Jäger nur den Ball berührt. FOTOS: BONGARTS

Schulterklopfen für die Stuttgarter, nicht einmal ein Klaps für die Münchner. Wohl deshalb sah sich Udo Lattek zur Kosmetik der eigenen Fassade veranlaßt. Er müsse sich wohl revidieren, meinte der Bayern-Trainer mit Seitenblick auf den Kollegen Helmut Benthaus. Sein Urteil vergangener Tage, die Bundesliga verfüge über keine Spitzenmannschaft mehr, ziehe er hiermit zurück. Denn: „Dies war ein Spitzenspiel mit zwei Spitzenmannschaften." Hänschen Rosenthal hätte das, Dalli-Dalli mit flinkem Luftsprung, kaum schöner unters Volk streuen können.

Und noch etwas hat Lattek gesagt, was seinem Nachbarn, dem Bayern-Präsidenten Willi O. Hoffman, überhaupt nicht zu schmecken schien. Wie die 78 000 im Stadion hatte auch der Bayern-Trainer die Klassevorstellung eines Stuttgarters bestaunt, der den Münchnern kein Unbekannter ist. Asgeir Sigurvinsson, von den Bayern im Sommer 1982 ins Schwabenland verscherbelt, weil Paul Breitner keine anderen (Fußball-)Götter neben sich duldete, weil Pal Csernai offenbar dessen Talent verkannte und weil, wie es heißt, Manager Uli Hoeneß nicht länger mit ansehen konnte, wie ein hoch veranlagter Spieler dieses Kalibers auf der Ersatzbank zugrunde ging.

Er könne nicht laufen, haben sie dem Isländer damals vorgehalten. Diesmal hat er sie allesamt in Grund und Boden gerammt, hat ihnen den Ball, wie der Fußballerjargon es nennt, durch den Hosengummi gespielt, und ihnen mit seinem Prachtschuß zum 2:2 auch noch „einen für uns goldenen Punkt" (Karlheinz Förster) stibitzt. Rache auf isländisch, eine sympathische Rache.

Also sprach Udo Lattek: „Wenn man seine Leistung gesehen hat, dann muß man sagen, daß sein Verkauf eine absolute Fehlentscheidung war." Kollege Benthaus schien, ausnahmsweise, einer Meinung: „Ich bin nur froh über diese Fehlentscheidung." Da bereitet nur noch die nachträgliche Schuldzuweisung Probleme. „Was fragen Sie mich, fragen Sie doch Herrn Csernai", so verwies Hoeneß auf den ehemaligen Bayern-Trainer, der längst in Griechenland sein Unwesen treibt. Bleibt der verantwortliche Präsident, Willi O. Hoffmann. Und der beschloß die Pressekonferenz am Samstag so: „Stellen Sie ruhig weitere Fragen. Aber bitte andere . . ."

Und Trainer Benthaus sinnierte derweil darüber, ob seine Mannschaft nun nicht doch noch Meister werden könnte: „Unser Position hat sich nicht geändert. Unsere Chance ist eher größer als kleiner geworden nach diesem gewonnenen Punkt. Mit dieser in München gezeigten Moral gehe ich optimistisch in den Bundesliga-Endspurt. Wir haben schließlich im Gegensatz zu unseren Mitbewerbern noch vier Heimspiele auszutragen."

Ausverkauf in Offenbach, Nürnberg

DW. Bonn

Kickers Offenbach und der 1. FC Nürnberg haben die Planungen für den Neuanfang in der Zweiten Liga schon begonnen. Wieder einmal. Für Offenbach ist es der vierte Abstieg. Nürnberg trifft es zum dritten Mal. Bei sechs und fünf Punkten Rückstand auf Eintracht Frankfurt rückte für beide Klubs selbst Platz 16 in aussichtslose Ferne. „Wir sind Realisten", sagte Offenbachs neuer Präsident Waldemar Klein nach der 0:2-Heimniederlage gegen Leverkusen. Offenbach muß ein ähnlich schweres Erbe antreten wie 1976 nach dem letzten Abstieg. Trotz des sportlichen und finanziellen Scherbenhaufens – die Schuldenlast steuert auf vier Millionen Mark zu – spricht Klein aber von der Zukunft: „Wir werden mit einer jungen Mannschaft neu anfangen." 14 Verträge laufen aus. Das deutet auf den Verkauf der wenigen guten Spieler (Bein, Trapp, Kutzop) hin. Gesucht wird noch der geeignete Trainer, der die Offenbacher aufrichten soll.

Nürnberg ist einen Schritt weiter. Trainer Heinz Höher erhielt einen Zweijahresvertrag und volle Unterstützung bei einer neuen Konzeption: „Um Burgsmüller herum will ich das neue Club-Team aufbauen." Rüdiger Abramczik und dem Österreicher Reinhold Hintermaier flatterte die Kündigung ins Haus, Werner Heck (zurück nach Mannheim) durfte auch schon die Koffer packen. Die Ablösesumme für Alois Reinhardt (eine Million), um den auch Bayern München buhlt, soll das Loch in der Kasse schließen helfen. Denn trotz der 2,5 Millionen Mark, mit denen sich Ex-Präsident Michael A. Roth seinen Abschied auslöste, plagt auch die Nürnberger die Angst um die Lizenz für die zweite Liga.

Der Abstieg setzt in Offenbach und Nürnberg nur den Schlußpunkt unter eine verfehlte Vereinspolitik. Bei dem gemeinsamen Scheitern lassen sich erstaunliche Parallelen feststellen: Wahlen des Präsidiums im Herbst, Rücktritte und außerordentliche Jahreshauptversammlungen mit Neuwahlen im Frühjahr. Dazwischen: Trainerablösungen.

Tabelle nach dem 27. Spieltag

							Heim		Auswärts	
1. München	27	16	6	5	65:29	38:16	48:10	25:3	17:19	13:13
2. M'gladbach	27	16	6	5	61:36	38:16	41:13	26:2	20:23	12:14
3. Stuttgart	27	14	9	4	57:28	37:17	36:8	23:3	21:20	14:14
4. Hamburg	27	15	6	6	59:30	36:18	45:16	22:6	14:14	14:12
5. Bremen	27	14	6	7	59:35	34:20	42:10	24:4	17:25	10:16
6. Leverkusen	27	12	6	9	46:43	30:24	29:13	21:5	17:30	9:19
7. Köln	27	12	4	11	50:43	28:26	31:17	19:9	19:26	9:17
8. Düsseldorf	27	10	7	10	52:46	27:27	38:15	20:8	14:31	7:19
9. Bielefeld	27	9	8	10	33:40	26:28	20:15	16:10	13:25	10:18
10. K'lautern	27	10	5	12	56:52	25:29	33:18	18:10	23:34	7:19
11. Uerdingen	27	9	7	11	48:59	25:29	26:21	17:9	22:38	8:20
12. Mannheim	27	7	11	9	32:43	25:29	20:16	15:11	12:27	10:18
13. Braunschweig	27	11	3	13	45:58	25:29	32:15	20:6	13:44	5:23
14. Dortmund	27	8	6	13	38:53	22:32	26:14	18:10	12:39	4:22
15. Bochum	27	7	7	13	45:60	21:33	28:20	17:9	17:40	4:24
16. Frankfurt	27	4	12	11	33:49	20:34	18:16	14:14	15:33	6:20
17. Offenbach	27	5	5	17	33:81	15:39	21:25	13:13	12:56	2:26
18. Nürnberg	27	6	2	19	31:57	14:40	26:21	14:12	5:36	0:28

Statistik: Mehr als 200 000 Fans

● Erstmals in der Rückrunde kamen mehr als 200 000 Zuschauer in die Stadien, genau waren es 209 460. Mehr als die Hälfte davon wurden in den beiden Spielen in München und Bochum gezählt. Beim Spitzenspiel gegen Stuttgart war das Münchner Olympiastadion mit 77 839 zum ersten Mal in dieser Saison ausverkauft. Auch in Bochum wurde mit 30 000 Besuchern der Schnitt (17 400) weit übertroffen. Dagegen erreichten die Besucherzahlen in Köln, Düsseldorf und Offenbach mit jeweils rund 6000 Dimensionen, die mancher Amateurligaverein übertrifft.

● Trotz des Unentschieden gegen Frankfurt bleibt Borussia Mönchengladbach die erfolgreichste Mannschaft der Rückrunde. 15:5 Punkte erkämpften die Gladbacher seit Anfang des Jahres. Dagegen ist Fortuna Düsseldorf, der Überraschungself aus der Hinrunde, die Luft ausgegangen: 2:14 Punkte aus den letzten acht Spielen ließen die Düsseldorfer ins Mittelfeld zurückrutschen.

● Wolfgang Grobe, (München), Rudi Völler und Uwe Reinders (beide Bremen) verbesserten ihre Torausbeute um je zwei Treffer. Den in der Torschützenliste führenden Karl-Heinz Rummenigge (München, 20 Tore) konnten sie damit jedoch nicht erreichen. Mit je 15 Treffern verfolgen ihn Christian Schreier (Bochum), Friedhelm Funkel (Uerdingen), Rudi Völler (Bremen) und Frank Mill (Mönchengladbach).

● Als siebter Spieler dieser Saison sah Jimmy Hartwig (Hamburg) die siebte Gelbe Karte und wird damit für den nächsten Samstag gesperrt. Nach vier gelben Karten ebenfalls gesperrt: Otten (Bremen), Hartmann (Köln), Svensson (Frankfurt), Dürnberger (München), Krause (Offenbach).

Und deshalb freut sich der HSV

dpa, Hamburg

Schon am Samstag abend tat der Punktverlust beim VfL Bochum Titelverteidiger Hamburger SV gar nicht mehr so weh. „Ich bin in Hochstimmung", sagte Mannschaftskapitän Felix Magath. Mit den Unentschieden der Konkurrenten Bayern München, VfB Stuttgart und Borussia Mönchengladbach stiegen bei den HSV-Spielern die Hoffnungen auf die Meisterschaft wieder an – trotz der immer noch zwei Punkte Rückstand zur Spitze.

Wie soll aber dieser Rückstand wettgemacht werden? „Zumindest das Restprogramm von Bayern und Stuttgart ist schwerer als unseres. Wir müssen in den Spielen gegen Gladbach, Bayern und in Stuttgart selbst den Rückstand wettmachen. Es darf uns nichts mehr passieren", sagt Magath.

Und das ist das Restprogramm der vier Meisterschaftsanwärter:

Bayern: 14. April: Nürnberg (Auswärtsspiel), 21. April: Bremen (A), 28. April: Frankfurt (Heimspiel), 5. Mai: Hamburg (A), 12. Mai: Kaiserslautern (H), 19. Mai: Dortmund (A), 26. Mai (letzter Spieltag): Uerdingen (H).

Gladbach: 14. April: Hamburg (A), 21. April: Mannheim (A), 28. April: Kaiserslautern (H), 5. Mai: Dortmund (A), 12. Mai: Uerdingen (H), 19. Mai: Leverkusen (A), 26. Mai: Bielefeld (A).

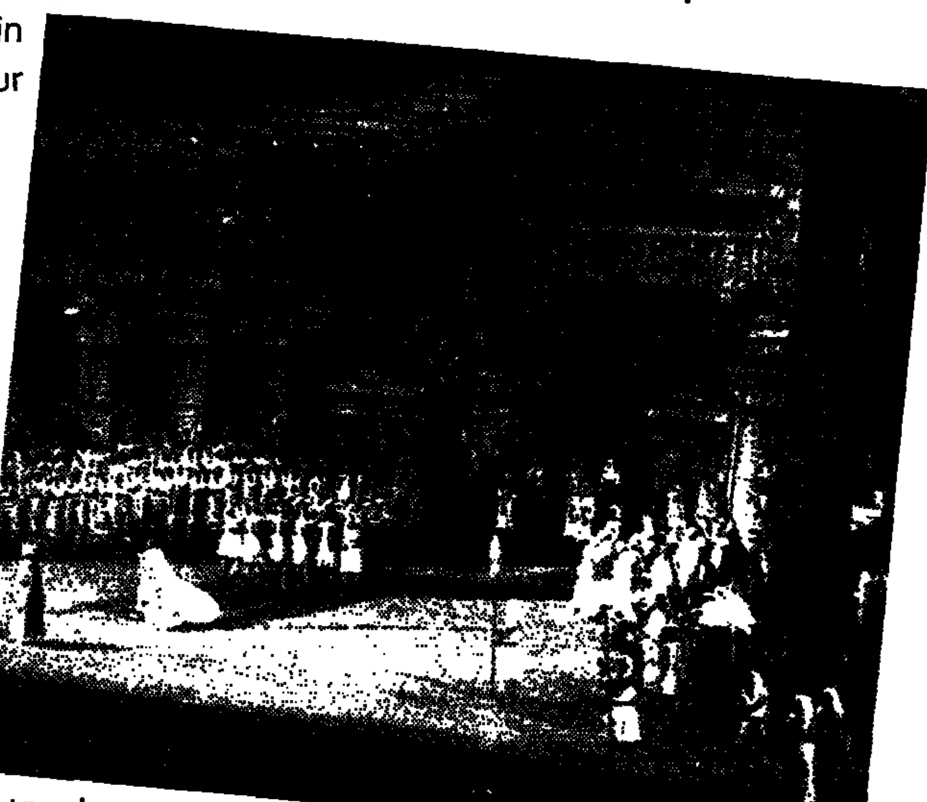
Stuttgart: 14. April: Düsseldorf (H), 21. April: Bochum (A), 28. April: Nürnberg (A), 5. Mai: Offenbach (H), 12. Mai: Frankfurt (H), 19. Mai: Bremen (A), 26. Mai: Hamburg (H).

Hamburg: 14. April: Gladbach (H), 21. April: Bielefeld (A), 28. April: Köln (A), 5. Mai: Bayern (H), 12. Mai: Nürnberg (A), 19. Mai: Frankfurt (H), 26. Mai: Stuttgart (A).

ARENA DI VERONA, 4. JULI 1984, 21.01 UHR.
VORHANG AUF FÜR AIDA.

Festival Dell' Opera Lirica. Premiere. Auf dem Programm Verdis „Aida". Maria Chiara singt die Titelpartie. Im zweitausend Jahre alten römischen Amphitheater zu Verona erleben 22 000 faszinierte Besucher ein unvergleichliches „spettacolo". Es ist fast wie damals, als der berühmte Tullio Serafin am 10. August 1913 zum erstenmal „Aida" dirigierte. Puccini gehörte zum Publikum, Maxim Gorki und Franz Kafka. Noch lange klang der Jubel durch die Sommernacht.
Inzwischen ist die Reise nach Verona für Opernfreunde aus aller Welt Jahr für Jahr wiederkehrendes Ereignis, beinahe ein „Muß".

Und wie sie reisen! Viele deutsche Gäste zum Beispiel sind mit der DEUTSCHEN TOURING hier, einer Bustochter der Bahn. Alles lief **problemlos in bequemster Tagesfahrt** (ein Angebot übrigens, das nur die TOURING ihren Kunden machen kann). **Anreise bis München im Intercity** (1. Klasse, selbstredend). Dann **weiter im vollklimatisierten Komfortbus** direkt ans Ziel in ein **Hotel der Spitzenklasse.** Keine Frage: „Aida" wäre mit TOURING nach Verona gekommen! Man spürt, die TOURING-Gäste sind zufrieden. Dort vorne, das Ehepaar aus München, zum erstenmal hier, bezahlte für den 4-Tage-Genuß **nur 480 Mark.**



Im nächsten Jahr wollen sie länger bleiben, „Tosca" erleben oder „Carmen" von Bizet. Die Sorge um die **Karten** nimmt ihnen TOURING dabei ab. Wie heute werden sie **im Preis inklusive** sein. Doch still jetzt, „Aida" beginnt...

AIDA – TOSCA – CARMEN – EXCELSIOR – LOMBARDEN

TOURING-Kurzreisen, 4 bis 8 Tage (21 Reisetermine), zu den Opernfestspielen in der „Arena di Verona", 4. Juli – 2. September. Anreise im Intercity 1. Klasse bis München, Weiterfahrt im klimatisierten Luxusbus. Ankunft in den Spitzenhotels von Abano/Montegretto Terme rechtzeitig zum Abendessen im Hotel-Restaurant. Ab DM 480,– Halbpension inklusive Opernkarte. Ausflüge nach Venedig oder Ravenna. Reiseleitung. Ausführliche Reiseinformation, Beratung und Buchung in Ihrem DER-Reisebüro oder direkt bei DEUTSCHE TOURING GmbH, Am Römerhof 17, 6000 Frankfurt 90, Tel. (06 11) 7 90 32 51.

Touring
Busreisen international

FUSSBALL / Braunschweiger Spieler wollen sich nach Gehaltskürzungen reamateurisieren lassen

Humor im Abseits, Udo Latteks Spott vor Gericht Cramer schon heute Spitze und seiner Zeit voraus

Von ULRICH DOST

Derzeit ist **Dettmar Cramer** (59) seiner Zeit um ein Jahr voraus. Im zweiten Jahr seiner Tätigkeit bei Bayer 04 Leverkusen wollte Cramer sein Team in gesicherter Position wissen. Im dritten Jahr dann sollte aus Leverkusen eine Spitzenmannschaft geformt sein, wobei Cramer damit die Positionen eins bis sechs meinte. Aber schon im zweiten Jahr sind die Leverkusener in ihrer Entwicklung weiter, als es der Trainer geplant hat. Schon heute stehen die Leverkusener auf dem sechsten Tabellenplatz, der zur Teilnahme am UEFA-Pokal berechtigt. Ernsthafter Konkurrent im Kampf um diesen Platz scheint nur der 1. FC Köln zu sein.

Cramer, den sie auch den Fußball-Professor nennen, weil es nichts gibt, was dieser Mann nicht über den Fußball weiß, stapelt wie mmer tief. Das sei keine Masche von ihm, hat er gesagt. Dieses Geschäft betreibt er schon zu lange und zu intensiv, um nach jedem Sieg Jubelarien anzustimmen. Die Chancen stehen wirklich günstig für die Bayer-Werksmannschaft, im nächsten Jahr tatsächlich im internationalen Geschäft vertreten zu sein.

Cramer wäre ein schlechter Trainer, hätte er *nicht auch dieses Ziel* im Auge. Er formuliert es nur anders: „Ich rechne nicht, sondern will immer nur das nächste Spiel gewinnen." Selbstverständlich, wenn das klappt, kann eigentlich nur ein gutes Resultat dabei herauskommen.

Die Spieler selbst befassen sich schon lange mit dem Gedanken. Libero **Dieter Bast** (32) sagt: „Jetzt haben wir es in den beiden Heimspielen gegen Bremen und Kaiserslautern selbst in der Hand, uns die Teilnahme zu sichern." Kapitän **Thomas Hörster** (27) meint: „Wir brauchen einfach ein Ziel."

Im Bayer-Werk würde sich auch niemand dagegen wehren, wenn dem Klub der große Wurf gelingen würde. Wer so viel Geld investiert, der will auch mal Erfolge sehen. Erfolge, die sich das Mutterwerk zusätzlich noch etwas kosten lassen will.

Als weiterer Anreiz wurde der Mannschaft eine Erfolgsprämie in Höhe von rund 150 000 Mark in Aussicht gestellt, wenn der UEFA-Pokalplatz tatsächlich geschafft wird. Wohl dem, der solche Geldgeber im Rücken weiß.

*

Was wird dann nun aus **Fritz Walter** (23)? Das ist eine Frage, die derzeit die ganze Pfalz bewegt. Genaues weiß man aber nicht. Auch wenn der Betroffene selbst sagt: „Meine Entscheidung ist getroffen." Wie schön, nur mitteilen tut er sie nicht. Erst sollen sich die beiden Vorstände von Kaierslautern und Waldhof Mannheim ins Benehmen setzen. Bei beiden Klubs hat der Spielerbekanntlich einen Dreijahres-Vertrag unterschrieben. Nach dem 2:0-Erfolg der Waldhöfer über den 1.FC Kaiserslautern ging das Rätselraten weiter. „Wir gehen davon aus, daß die Sache positiv endet", meinte **Udo Sopp** (48), Präsident von Kaiserslautern. Sein Kollege Wilhelm Grüber dagegen meint: „Das Waldhof-Trikot steht Fritz Walter gut, so *soll* es auch bleiben." Trainer **Klaus Schlappner** (43) ist sich sicher: „Die Mannschaft wird ihn schon überzeugen." Gefragt ist jetzt die elegante Lösung, die es beiden Klubs ermöglicht, ungeschoren aus der Sache herauszukommen, ohne das Gesicht verloren zu haben.

*

Günter Mast (52), Präsident von Eintracht Braunschweig, hat seine Ankündigung wahrgemacht. Er schickte seinen Spielern Briefe nach Hause, in denen er ihnen Gehaltskürzungen von rund 50 Prozent ankündigte. Nun ist das Gejammer aber groß. Bis zum 15. Mai hatte Mast den Spielern Bedenkzeit eingeräumt, aber schon jetzt haben die Profis ihren Denkprozeß abgeschlossen. Es gehörte nicht viel hellseherisches Talent dazu, um vorauszusagen, daß die Spieler entrüstet sein werden.

Sie haben sich ja alle auf einen Lebensstandard eingerichtet, der hoch anzusiedeln ist. Das Häuschen oder die Wohnungen wollen abbezahlt werden, da wirken sich Gehaltseinbußen geradezu katastrophal aus. Profis denken ja bekanntlich nur an den Mehrzuwachs. Um dem Verein eins auszuwischen, wollen jetzt einige die Reamateurisierung beantragen. Damit könnte Mast keine Ablösesummen kassieren. **Hans-Heinrich Pahl** (24) wird so zitiert: „Ich kann jederzeit in meinen erlernten Beruf als Bankkaufmann zurückkehren. Dort würde ich nicht viel weniger verdienen als bei der Eintracht."

Stimmt, aber dafür müßte er mehr arbeiten.

Es ist doch immer wieder erstaunlich, worum sich die Herren beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) alles kümmern. Sie sollten doch eigentlich genug mit sich selbst zu tun haben, schließlich steht die Europameisterschaft an, und mit der Nationalelf sind derzeit bestimmt keine Lorbeeren zu gewinnen.

Aber nein, beim DFB wird derzeit wohl besonders intensiv Zeitung gelesen. Als Nestbeschmutzer wurde jetzt **Udo Lattek** (49), Trainer des FC Bayern München, ausgemacht. Mit viel Spott und Häme hatte nämlich Lattek die Leistung der deutschen Nationalmannschaft beim 2:1 über die UdSSR vor seinen Spielern so kommentiert: „Wenn ihr Euch nicht hineinhängt, schicke ich Euch zur Nationalmannschaft."

Latteks spöttische Bemerkung hatte eine Zeitung noch mit dem Zusatz „zur Strafe" versehen. Das hat den Herren von DFB gar nicht gefallen. Der Kontrollausschuß wurde eingeschaltet, Udo Lattek muß jetzt schriftlich Stellung nehmen. Er sagt: „Ich bin nicht verantwortlich dafür, was in den Zeitungen steht. Man sollte das ganze nicht so tierisch ernst nehmen." Humor, zumal wenn er auf eigene Kosten geht, wird beim DFB ganz klein geschrieben. An Latteks gewiß nicht freundliche Aussage kann sich heute schon kaum noch jemand erinnern. Dadurch, daß der DFB noch einmal nachhakt, wird die Geschichte erst zum Vorgang und bekommt eine Bedeutung, die sie wirklich nicht verdient hat.

Bundesliga-Profis als Balljungen? Unmöglich, möchte man meinen. In Köln gibt es aber so etwas. **Vincent Mennie** (19) heißt der junge Mann, ein Schotte, der beim 1. FC Köln in diesem Jahr zum Stammspieler wurde. Mögen seine Kollegen um ihn herum auch noch sehr von der Frühjahrsmüdigkeit befallen sein, wie beim mäßigen 3:1 über Nürnberg, Mennie läuft und rennt, als ginge es um einen Profi-Vertrag. Längst ist er zum Publikumsliebling geworden. Mennie geht es nie schnell genug, Stillstand bedeutet für ihn Rückstand. Wenn einer seiner Kollegen mal wieder weit neben das Tor geschossen hat, dann ist sich dieser Schotte nicht zu schade, das Spielfeld zu verlassen, um selbst den *Ball zu holen*. Wo andere noch verschnaufen, legt Mennie noch mal zu. Solche Typen mag das Publikum: Sie rackern für ihr Geld.

Wenn es beim 1. FC Köln mal nicht mehr klappen sollte, will Mennie in seine Heimat nach Aberdeen zurückkehren, wo seine Eltern jetzt wohnen, nachdem der Vater als Offizier der Rheinarmee das Pensionsalter erreicht hat. Mennie wurde zwar in Deutschland geboren, die deutsche Staatsbürgerschaft aber will er nicht annehmen. Er sagt: „Ich bin Schotte. Und wenn es beim 1. FC Köln für mich nicht mehr gut aussieht, gehe ich nach Schottland. Ein anderer Bundesligaklub kommt für mich nicht in Frage."

Es ist schon komisch, daß die Schotten so am 1. FC Köln hängen. Denn **Gordon Strachan** (27) vom FC Aberdeen, den die Kölner verpflichten wollen, zieht es unbedingt nach Köln. Er sagt: „Das hat mich doch sehr beeindruckt, wie der 1. FC Köln im Europapokal Glasgow Rangers mit 5:0 besiegt hat." So viel Geiz den Schotten auch nachgesagt wird, mit einem geizen sie nicht: nämlich mit der Bereitschaft, zu kämpfen.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

ZWEITE LIGA / Schalkes Talfahrt hält an

„Alle reden nur noch über das Pokalfinale"

B. WEBER, Gelsenkirchen

Es ist gerade erst vier Wochen her, da saß Schalkes Abwehrspieler Bernard Dietz im Rundfunkstudio und flachste ins Mikrophon: „Ich glaube unserem Vorstand wäre es ganz recht, wenn wir der Konkurrenz nicht allzu weit davonliefen:„ Das nimmt dem Kampf um die Aufstiegsplätze nämlich nur die Spannung und kostet dem Verein Zuschauer und damit auch Einnahmen." Als Dietz das sagte, hatte der Gelsenkirchener Traditionsklub einen hochrespektablen Vorsprung in der Tabelle, das es allenfalls noch strittig schien, um wieviele Punkte der Tabellenführer seine Verfolger abschütteln würde. Indes, der Flachs ist allen Schalkern inzwischen längst vergangen. Wo vor kurzer Zeit noch Selbstbewußtsein, fast Übermut herrschte, ist inzwischen tiefe Ratlosigkeit eingekehrt. Samstag verbrannten die nur noch 8000 Zuschauer im Stadion ihre Fahnen, nachdem der FC Schalke 04 mit der 1:5-Heimniederlage gegen Hertha BSC Berlin für die wohl größte Sensation dieser Saison gesorgt hatte. Es war der Höhepunkt einer Talfahrt und veranlaßte „Bild am Sonntag" nach 1:7 Punkten in Serie zu der gereimten Schlagzeile: „Was ist bloß mit Schalke los!" Ganz sicher ist, daß die von den meisten als bereits perfekt gebuchte Rückkehr in die erste Bundesliga urplötzlich ernsthaft in Gefahr geraten ist. Das sieht auch Trainer Diethelm Ferner so, der andererseits natürlich mit Recht darauf hinweist, daß seine Mannschaft immer noch drei Punkte vor dem Tabellendritten Hessen Kassel liegt. Ferner zur WELT: „Das ist zumindest noch so viel, daß wir nicht in Panik verfallen müssen."

Und genau das hat er seinen Spielern auch gestern morgen in einem sehr eindringlichen Vortrag klarzumache versucht. Aber dabei hat es der Trainer – bei allem Seelentrost, den die psychisch derzeit heftig angeschlagenen Schalker brauchen, (und den sie auch bekommen haben) – an deutlichen Worten nicht fehlen lassen. Denn Ferner glaubt bei der Suche nach den Gründen für die schlimme Krise fündig geworden zu sein. „Ganz eindeutig", sagt der Trainer und er verhehlt seine Wut darüber nicht, „ist die völlig unangebrachte Pokaleuphorie Schuld daran. Seit Wochen wird im Umfeld der Mannschaft nur noch von der möglichen Endspielteilnahme gesprochen. Als wir das Halbfinale durch den 2:0-Sieg über Hertha erreicht hatten und dann auch noch Bayern München zu Hause zugelost bekamen, sprach von der laufenden, ungleich wichtigeren Zweitliga-Meisterschaftsrunde kein Mensch mehr. Die Spieler haben sich davon, trotz meiner intensiven Warnungen, beeinflussen lassen. Schließlich haben sie völlig ihre Konzentration verloren."

Von der Hand zu weisen ist solche Argumentation nicht. Die vergangenen Tage haben es eindrucksvoll bewiesen. Als letzten Donnerstag der Vorverkauf für das Pokalspiel gegen Bayern am 2. Mai begann, wurden vor der Schalker Geschäftsstelle im Parkstadion Menschenschlangen bis zu 200 Metern gesichtet. Es dauerte nur knappe drei Stunden bis alle 38 000 Sitzplatzkarten restlos vergriffen waren. Die Fans schwelgten nach langer Zeit mal wieder in königsblauer Glückseligkeit – und mußten sich am Samstag wieder im tristen Alltagsgrau zurechtfinden. Aber mehr noch der Schalker Vorstand, dem vor allem die aktuellen Zahlen einfach bedrükken müssen. Vom kalkulierten Saisonzuschauerschnitt, der mit 16 000 angesetzt war, sind die Schalker durch den Minusrekord von 8700 jetzt gegen Berlin noch weiter entfernt als bisher. Und der lag mit 13 000 schon schlecht genug. Kein Wunder, daß Präsident Hans-Joachim Fenne auf die Frage nach Spielerneuerwerbungen für die nächste Saison zunächst ausgesprochen gereizt reagierte und dann lediglich sagte: „Wir planen nur mit den Leuten, die uns im Augenblick zur Verfügung stehen." Im Klartext: An den Kauf des Hamburgers Dieter Schatzschneider, mit dem die Schalker seit Wochen flirten und der das 1:5 auf der Tribüne miterlebte, ist vorläufig überhaupt nicht zu denken. Denn dazu fehlt einfach das Geld. Schalke im Jahr seines 80jährigen Bestehens, das ist ein Klub ohne Glanz und ohne Perspektive auch. Wenn der Aufstieg – was immer noch wahrscheinlich ist – letztlich doch klappen sollte. Schalke-Manager Rudi Assauer hat in seiner nunmehr zweieinhalbjährigen Tätigkeit „ganze Arbeit" geleistet . .

2. Liga

DW. Bonn

Auch der Kampf um den dritten Platz der zweiten Liga, der zu einem Ausscheidungsspiel gegen den 16. der Bundesliga berechtigt, bleibt spannend. Der MSV Duisburg verlor zwei wichtige Punkte bei der 0:2-Niederlage in Saarbrücken, Hessen Kassel profitierte von diesem Ausrutscher. Die Hessen besiegten Hannover 96 mit 2:0, wobei wieder einmal Heinz Traser beide Treffer erzielte. Traser liegt jetzt in der Torschützenliste mit 19 Treffern hinter Roland Wohlfarth (Duisburg/23) und Emanuel Günther (Karlsruhe/21) an dritter Stelle. In den Kampf um den dritten Tabellenplatz kann wohl außer Duisburg und Kassel nur noch Alemannia Aachen eingreifen. Fortuna Köln verspielte seine letzte Chance beim 1:2 in Essen. Den Duisburgern fehlt im nächsten Spiel Guido Szesni, der als erster Spieler der Sasion zum zehnten Mal verwarnt wurde. Er ist zum dritten Mal für einen Spieltag gesperrt.

DIE ERGEBNISSE

Stuttgart – Wattenscheid	0:0	:
Saarbrücken – Duisburg	2:0	(0:0)
Schalke – Hertha BSC	1:5	(0:2)
Kassel – Hannover	2:0	(1:0)
Solingen – Darmstadt	2:1	(0:0)
Ulm – Osnabrück	1:0	(0:0)
Essen – Köln	2:1	(1:0)
Lüttringh. – Karlsruhe	1:4	(0:2)
SCC Berlin – Aachen	0:1	(0:0)
Oberhausen – Freiburg	1:0	(1:0)

DIE TABELLE

1.Karlsruhe	30	19	6	5	71:37	44:16
2.Schalke	30	17	8	5	72:38	42:18
3.Kassel	30	17	5	8	58:31	39:21
4.Duisburg	30	14	10	6	51:31	38:22
5.Aachen	30	15	8	7	43:30	38:22
6.Solingen	30	13	9	8	56:43	35:25
7.Köln	30	13	8	9	60:50	34:26
8.Hertha BSC	30	11	9	10	59:48	31:29
9.Freiburg	30	9	13	8	40:45	31:29
10.Saarbrücken	30	11	7	12	49:52	29:31
11.Ulm	30	9	10	11	52:49	28:32
12.Stuttgart	30	9	10	11	39:41	28:32
13.Wattenscheid	30	10	8	12	48:55	28:32
14.Hannover	30	9	9	12	40:52	27:33
15.Darmstadt	30	9	8	13	38:54	26:34
16.Essen	30	7	10	13	40:50	24:36
17.SCC Berlin	30	7	8	15	31:55	22:38
18.Osnabrück	30	8	5	17	33:51	21:39
19.Oberhausen	30	6	8	16	35:54	20:40
20.Lüttringh.	30	5	5	20	38:69	15:45

DIE VORSCHAU

Die nächsten Spiele: Freitag, 13. April, 19.30 Uhr: Darmstadt – Essen; 20 Uhr: Aachen – Stuttgart, Osnabrück – Solingen; Samstag, 14. April, 15.30 Uhr: Freiburg – Saarbrücken, Köln SCC Berlin, Hertha BSC – Ulm, Karlsruhe – Oberhausen, Wattenscheid – Lüttringhausen, Duisburg – Kassel, Hannover – Schalke.



MOTORSPORT / Der schnellste Große Preis von Südafrika, den es je gab, mit vielen Ausfällen – Nur ein Team hielt durch

Hinter Lauda, Prost und Porsche nur noch Statisten

sid/dpa, Kyalami

Niki Lauda, der inzwischen 35 Jahre alte österreichische Ex-Weltmeister der Formel 1, feierte beim Großen Preis von Südafrika in Kyalami ein großes Comeback. 21 Monate nach seinem letzten Sieg in einem McLaren mit Cosworth-Saugmotor beim englischen Grand Prix in Brands Hatch war Lauda in Südafrika triumphaler Sieger. Für Niki Lauda war es in seiner 1971 begonnenen Karriere als Formel-1-Rennfahrer der 20. Sieg und zugleich auch der dritte auf dem Kyalami-Kurs. Lauda hatte in Südafrika bereits 1976 und 1977 gewonnen.

An den Boxen verfolgten die Teammanager zunächst mit Staunen, dann mit Achselzucken den Doppelerfolg der 700 PS starken McLaren-Porsche. Denn nur Niki Lauda und der zweitplazierte Franzose Alain Prost wurden in derselben Runde abgewinkt. Die anderen 24 Teilnehmer, angeführt von dem drittplazierten Engländer Derek Warwick (Renault), fristeten mit mindestens einer Runde Rückstand ein Statistendasein. Sie kämpften gegen Benzinmangel an oder fielen – oft mit Motorschaden – aus.

Gleichzeitig präsentierte Niki Lauda den 60 000 Zuschauern auf der Hochgeschwindigkeitsstrecke von Kyalami trotz Benzinlimitierung und 40 Grad Hitze den schnellsten südafrikanischen Grand Prix aller Zeiten: 1:29:23,430 Stunden wurden für ihn nach 75 Runden (307,783 km) gestoppt. Das entsprach einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 206,587 Kilometern in der Stunde. Laudas Reaktion: „Der Wagen lief absolut perfekt, vom Anfang bis zum Ende. Ich hatte nur dann etwas Probleme, wenn ich andere Fahrer überrunden mußte. Wir sind zur Zeit wirklich das beste Team. Aber wir müssen hart arbeiten, um den Vorsprung zu halten."

Nach seinem schrecklichen Unfall am 1. August 1976 auf dem Nürburgring schien die Karriere des Niki Lauda beendet zu sein. 1979 gab der Österreicher in Montreal seinen Rücktritt mit den Worten bekannt: „Ich habe es satt, mich immer im Kreise zu drehen." Zwei Jahre später stieg Lauda erneut in die Formel 1 ein – mit einem Millionenvertrag. Für Lauda hat sich in den letzten eineinhalb Jahren das Warten auf den neuen Porsche-Motor gelohnt. Mit dem für rund 15 Millionen Mark in arabischem Auftrag völlig neu entwickelten Aggregat muß Lauda jetzt als einer der Ältesten des Grand-Prix-Geschäfts als Anwärter auf den Weltmeistertitel gelten.

Lauda und der McLaren-Porsche – das ist zur Zeit die ideale Kombination der Formel 1. Und hätte nicht in Rio de Janeiro ein Kurzschluß in der Elektrik den führenden Lauda aus dem Rennen gerissen, der Österreicher wäre schon vor vierzehn Tagen wieder die Nummer eins gewesen. Denn darüber herrscht nach Rio und Kyalami kein Zweifel: Bei McLaren und Porsche hat man die Probleme, die durch die Turbo-Auflader und auch durch die Tanklimitierung auftraten, wohl als einziges Team bewältigt.

Lauda war in Kyalami von Beginn an an der Spitze mitgefahren, lange im Schatten von Weltmeister Nelson Piquet (Brabham-BMW). Nach dessen Ausscheiden fuhr Lauda sein Rennen souverän zu Ende. Übrigens: Laudas Teamkollge bei McLaren-Porsche, der französische Vize-Weltmeister Alain Prost, mußte kurz vor dem Start in einen Ersatzwagen umsteigen und als Letzter aus der Boxengasse heraus das Rennen aufnehmen. Im eigentlichen Auto des Franzosen hatte der tiefgekühlte Treibstoff während der Aufwärmrunde die Benzinpumpe eingefroren. Prost: „Nach all den Schwierigkeiten ist Platz zwei ein exzellentes Resultat. Ich hatte sogar geglaubt, noch gewinnen zu können."

Anschließend wurden von den beiden gegenseitige Komplimente verteilt. Prost: „Ich freue mich für Niki genauso, wie er sich über meinen Sieg in Rio gefreut hat." Man nahm es ihm ab, führen doch jetzt beide die Formel-1-Weltmeisterschaft nach dem zweiten von 16 Läufen an: Prost mit 15 Punkten, Lauda mit neun.

Der Konstrukteur des Porsche-Motors, Hans Mezger, stellte fest: „Mehr kann man halt mit zwei Maschinen nicht erreichen als wir heute." Es ist das schon fast übliche Porsche-Understatement, doch Mezger räumte auch ein, daß sein Team während der Rennvorbereitungen „eine ganze Masse an Problemen zu überwinden hatte, vielleicht mehr als andere." Der Grund: Man hatte nicht an den Tests auf dem 1800 Meter hoch gelegenen Kurs teilgenommen. Doch im Rennen blieben dann die technischen Schwierigkeiten aus, wenngleich Teamdirektor Ron Dennis gesagt hatte: „Es gibt noch Probleme mit der elektronischen Benzineinspritzung." Aber davon war am Ende nichts mehr zu spüren.

Lange Gesichter gab es hingegen bei BMW. Weltmeister Nelson Piquet, der mit großem Abstand Schnellste im Abschlußtraining, mußte aufgeben als sein Turbolader nach zwei Dritteln der Distanz streikte. Sein Teamkollege Teo Fabi (Italien) war mit eben diesem Defekt schon vorher ausgestiegen. „Wir haben heute verloren, damit muß man leben können, sonst darf man keine Rennen fahren," sagte ein BMW-Sprecher nach dem Rennen. Für die nächsten Starts sei „mit erheblichen Modifikationen zu rechnen", versicherte er.

Mutiger Christian Danner

H. P. BRÜNIG, Hockenheim

So überlegen wie die McLaren-Porsche in der Formel 1 sind die Ralt-Honda in der Formel 2. Die englisch-japanische Gemeinschaftsproduktion dominierte beim Jim-Clark-Rennen in Hockenheim, dem zweiten Lauf zur Europameisterschaft. Es gewann der Brasilianer Roberto Moreno vor seinem neuseeländischen Teamkollegen Mike Thackwell. Eine Woche zuvor in Silverstone war die Reihenfolge umgekehrt. Dritter wurde wie in England der Franzose Ferte (Martini-BMW) mit einer halben Minute Rückstand. In der EM-Wertung führen nach zwei von zwölf Läufen Thackwell und Moreno punktgleich mit je 15 Zählern.

Mit einem kleinen Hoffnungsschimmer endete das Rennen über 203,910 Kilometer für den Münchner Christian Danner. Obwohl er nach einem Motorschaden im Training nur vom 15. Rang aus gestartet war, wurde er mit seinem March-BMW Sechster und holte einen Punkt. Mit einem neuen Motor fuhr Danner sehr beherzt, lag schon in der 14. Runde an siebenter Stelle, verbog sich bei einem Zweikampf den Frontspoiler, fiel zurück und kämpfte sich wieder nach vorne.

LEICHATHLETIK / Zola Budd ist Britin

Streit um Südafrikanerin

sid/dpa, London

Die 17 Jahre alte Weltrekord-Läuferin Zola Budd hat die britische Staatsbürgerschaft erhalten. Die Südafrikanerin, die ihre Rennen barfuß bestreitet, hat so die Chancen an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilzunehmen. Zola Budd erhielt ihren neuen Paß in London nach einer nur zehntägigen Wartezeit. Ihr Großvater stammt aus England. Innenminister Leon Brittan hat sich für die Südafrikanerin eingesetzt und damit eine politische Kontroverse ausgelöst. Britische Oppositionspolitiker erklärten, die Gewährung der Staatsbürgerschaft „riecht nach Rassendiskriminierung", weil sie offensichtlich nur deshalb so rasch abgewickelt wurde, weil Zola Budd weißhäutig sei, farbige Antragsteller müßten oft monatelang warten.

Die Generalsekretärin des Britischen Frauen-Amateur-Verbandes, Marea Hartmann, sagte: „Sie ist als britische Bürgerin willkommen, an allen Wettkämpfen teilzunehmen." Aber sie habe sich den britischen Auswahl-Kriterien für die Olympischen Spiele zu unterwerfen, ihre Teilnahme sei nicht automatisch gesichert. Die nur 1,57 m große und 38 kg schwere Zola Budd hält den Weltrekord über 5000 m (15:00,83).

RALLYE / Überzeugender Sieg des Audi-Quattro-Teams Demuth/Lux

Zwei erfolgreiche Damen jagten Männer

dpa, St. Wendel

Mit einem überzeugenden Sieg brillierte das deutsch-belgische Team Harald Demuth/Willy Lux auf einem Audi Quattro bei der Saarland-Rallye, dem dritten Lauf zur deutschen Meisterschaft. Platz zwei belegten die Opel-Werksfahrer Erwin Weber/Gunter Wanger (Neufarn/Ludwigshafen) vor den saarländischen Lokalmatadoren Manfred Hero/Dietmar Müller (Schmelz/Saarbrücken) auf Porsche 911 Turbo. Für Demuth/Lux war es bereits der dritte Sieg in dieser Saison. Damit führen sie in der deutschen Rallye-Meisterschaft überlegen.

107 Teams aus acht Nationen waren am Freitag in Saarbrücken auf die mit 31 Wertungsprüfungen gespickte und mehr als 900 Kilometer lange Strecke gegangen. In der Nacht zum Sonntag erschwerten dann winterliche Straßenverhältnisse den Wettbewerb.

Ein äußerst spannenden Kampf zwischen Demuth/Lux und Weber/Wanger faszinierte vor allem am ersten Tag die rund 100 000 Zuschauer am Streckenrand. Eine Vorentscheidung fiel, als am 280 PS starken Opel Manta 400 des deutschen Meisters Weber ein Hinterachsschaden für einen Zeitverlust von einer Minute sorgte. Demuth: „Ich konnte es danach etwas ruhiger angehen lassen."

Geradezu sensationell ist das Ergebnis des Damenteams Renate Blome und Wiltraud Baerges aus Saarbrücken und Idar-Oberstein. Beide gewannen ihre Klassenwertung und belegten mit ihrem nur 130 PS starken Auto (Talbot-Samba) einen hervorragenden achten Platz im Gesamtklassement. In der Meisterschaftswertung liegen sie derzeit auf Platz vier - so gut war im deutschen Rallyesport noch nie eine Damenmannschaft.

SPORT-NACHRICHTEN

Niederlage für Rüsselsheim

Hamburg (sid) – Europapokalsieger Rüsselsheim verlor in der Gruppe Süd der Judo-Bundesliga gegen den deutschen Meister TSV München-Großhadern 6:11. TSV München-Großhadern und der TSV Abensberg liegen mit jeweils 4:0 Punkten an der Tabellenspitze.

Deutscher Europacup-Sieg

Genf (sid) – Doris Speckheuer (Bremerhaven) wurde in Genf Bowling-Europacup-Siegerin. Es war der erste deutsche Einzeltitel bei Europacup-Wettbewerben überhaupt. Im Finale besiegte sie die Schweizerin Dely Howald mit 380:331 Pins.

Operation vor Olympia

Düsseldorf (sid) – Hürdenrekordlerin Heike Filsinger (Mannheim) und Jens Klocke (Wattenscheid), deutscher Weitsprungmeister von 1982, sind in Essen operiert worden. Sie fallen zumindest in den ersten Saisonwochen aus.

Platz zwei für Hanisch

Minsk (sid) – Beim vierten Weltcup-Turnier der Florettfechterinnen in Minsk (UdSSR) wurde Europameisterin Cornelia Hanisch (Offenbach) erst im Finale von der Sowjetrussin Velitschko mit 3:8 geschlagen. Im Viertelfinale hatte sie Mandy Niklaus (DDR) besiegt.

Weiter Speerwurf

Austin (sid) – Dem Isländer Einar Vihjalmson gelang überraschend der erste große Speerwurf in diesem Jahr. In Austin (US-Bundesstaat Texas) erreichte er 92,38 Meter.

Wieder Sieg für Kasparow

Wilna (dpa) – Im Finale des Kandidatenturniers zur Schachweltmeisterschaft in Wilna gewann Garie Kasparow (UdSSR) die 12. Partie gegen seinen Landsmann Wassili Smyslow. Er steht bei einer 8:4 Führung vor dem Gesamtsieg. Kasparow genügt aus den restlichen vier Partien ein Remis (0,5), um sich als Herausforderer für Weltmeister Karpow (UdSSR) zu qualifizieren.

Neuer Vertrag mit Thurau

Frankfurt (sid) – Dietrich Thurau will in dieser Saison auch einige Straßenrennen fahren. Der Frankfurter Radprofi hat mit einer deutschen Firma einen Vertrag als Einzelfahrer unterschrieben und bemüht sich für ein oder zwei Etappenrennen um eine Übernahme in einen Rennstall.

Guillerot Europameister

Carnac (sid) – Der Franzose Gildas Guillerot wurde vor Carnac in der Bretagne neuer Europameister in der olympischen Windglider-Klasse der Segelsurfer. Der Holländer Stephan van den Berg belegte den zweiten Platz vor dem Franzosen Calvet.

Sieg für Sean Kelly

Zarauz (sid) – Der Ire Sean Kelly gewann die Baskenland-Rundfahrt für Radprofis vor den beiden Spaniern Gorospe und Marino Lejarreta.

Langer im Mittelfeld

Greensboro (sid) – Berhard Langer (Anhausen) liegt bei dem mit 400 000 Dollar dotierten Golf-Turnier in Greensboro (US-Bundesstaat North Carolina) nach drei Runden neun Schläge hinter dem führenden Amerikaner Andy Bean (210) zurück. Langer ist im Mittelfeld plaziert.

Rückschlag für Italien

Verona (sid) – Nach zwei Siegen gegen Mexiko und der Türkei gab es für Fußball-Weltmeister Italien mit einem 1:1 (1:0) gegen die CSSR in Verona nur ein Unentschieden.

Lendl schlägt McEnroe

Tokio (sid) – Nach drei Niederlagen bei großen Turnieren gelang dem Tschechoslowaken Ivan Lendlo erstmals wieder ein Erfolg über den amerikanischen Wimbledonsieger John McEnroe. Lendl gewann das Finale des Schauturniers in Tokio mit 6:4, 3:6, 6:3. Er erhielt ein Preisgeld von 110 000 Dollar, McEnroe 70 000.

Eklat in Südkorea

Seoul (UPI) – Einen sportpolitischen Eklat gab es bei den 8. Asiatischen Basketball-Juniorenmeisterschaften in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. Taiwans Mannschaft trat gegen Malaysia und Singapur nicht an, weil die Organisatoren das Hissen der taiwanesischen Flagge unterbunden hatten. Taiwan hatte bereits das Eröffnungszeremoniell boykottiert, weil der Mannschaft verboten worden war, unter seiner Flagge anzutreten.

Zwangsversteigerung
Industriegelände mit Fabrikationshallen und einem 6geschossigen Verwaltungsgebäude
Lage: Bielefeld-Jöllenbeck, Heidsieker Heide 94-114
Baujahr: 1962–1970
Grundstücksgröße: 19 897 m²
Verkehrswert: 9 330 000,- DM (6 K 9, 11/83)
sowie 11 931 m² Baugrundstück
Lage: Bielefeld-Jöllenbeck, Heidsieker Heide
Verkehrswert: 1 340 000,- DM (6 K 53/83)
Termin: 3. Mai 1984, 10 Uhr, Niederwall 71 (Landgericht), Saal 54
Amtsgericht Bielefeld

In Freiheit dienen.
Der Satz stammt von einem der großen Schriftsteller der deutschen Nation. Von Theodor Fontane.
Es ist ein guter Leitsatz für die Bewältigung der Zukunft. Wir sollten ihn beherzigen.
Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen.


Das Poster dieses Anzeigenmotives im Format DIN A 2 und die Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen" senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.
Aktion Gemeinsinn e.V., eine Vereinigung unabhängiger Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1

Hinterzarten
In zentraler Lage mit traumhaftem Schwarzwald-Panorama exklusive
5-Zimmer-Maisonette-Eigentumswohnung
144 m² Wohnfläche
DM 652 000,–
Direkt vom Bauträger.
Rufen Sie einfach an und informieren Sie sich:
PROBAU GmbH
7803 Gundelfingen-Wildtal · Tel. 07 61 / 55 10 26-27

bhb
Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank
Aktiengesellschaft
Hannover
Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am
Mittwoch, den 30. Mai 1984, 12.00 Uhr
im Neubau der Bank, Hannover, Landschaftstraße 2, stattfindenden
108. ordentlichen Hauptversammlung
ein.
Wegen der Tagesordnung verweisen wir auf den Bundesanzeiger Nr. 69 vom 6. April 1984.
Hannover, im April 1984
Der Vorstand

BARGELD bis DM 100 000,– auf dem Postweg ohne Bürgen. Trotz bestehender Verpflichtungen. Wir finanzieren alles und helfen immer. Schreiben Sie uns unt. S 5625 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

mach mit . . .
Aktion Saubere Landschaft e. V. Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

BETON—FUNDAMENT FÜR IHRE KARRIERE?
Viele Baustellen fordern die Beton-Anwendungstechnik heraus. Manche außergewöhnliche Aufgabe wartet auf einen jungen, engagierten Maschineningenieur oder Bauingenieur. Er soll die Probleme der Kunden analysieren und sie beraten, wie man mit Baumaschinen die Probleme löst. Diese Karriere-Chance für einen jungen Aufsteiger ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 14. April, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag!

Hotel Landhaus Höpen DAS EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Min.) Fragen Sie uns, wir informieren Sie gern.
Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik
3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide) Telefon 05193/1031 · Telex 924153

Wir lösen Ihr Transportproblem
Nah- und Fernumzüge, Europa, Ostblock, Übersee, Werttransporte, Kurierdienste, preisgünstig und schnell. Vertrauen Sie jahrelanger Erfahrung.
Western Trading GmbH
1000 Berlin 44, Lichtenrader Str. 16

Vorsicht Trickbetrüger!!
Bitte helfen Sie mir. Unbekannte Täter haben unter meinem Namen Hans-J. Wellenberg 1984/85 in Zeitungen oder anderweitig ein Seniorenheim in Teneriffa angeboten bzw. den Aufenthalt in diesem, um evtl. Geld im voraus zu verlangen oder um mich persönl. zu schädigen. Betroffene Personen bitte melden, damit ich diesen Verbrechern das Handwerk legen kann. Alle anfallenden Unkosten sowie eine Belohnung von DM 1000,- für die Ergreifung der Täter werden von mir bezahlt.
Zuschriften an: Rechtsanwalt Peter Gmelner, Bahnhofstr. 3, 8230 Bad Reichenhall

Kurierdienste
Europa, Asien, Übersee. Wir bringen Ihre Lieferung an jeden Ort der Welt. Strengste Diskretion selbstverständlich! Wir erledigen alles für Sie. Angebote unter T 5626 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Hannover-Messe '84
Probleme mit Industriefußböden?
Mit astradur –
dem System für Vergütung und Sanierung wird Ihr Boden unverwüstlich und extrem belastbar.
Einfach Dokumentation anfordern:
astra-Chemie Dr. Seidler GmbH
Postfach 380
D-6782 Rodalben/Pfalz
Telefon 0 63 31/5 20 71
Telex 4 52 361
Halle 5, Stand 1412



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.), Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klüre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Das Wirtschafts-wunder läßt sich wiederholen

❑ Warum verdienen Arbeiter und Angestellte in Baden-Württemberg mehr als in anderen Bundesländern?

❑ Und warum gibt es in Baden-Württemberg weniger Arbeitslose?

❑ Warum haben uns die Japaner vom Platz 2 der westlichen Industrie-Nationen verdrängt?

❑ Warum glauben selbst viele Arbeitslose nicht, daß die 35-Stunden-Woche wieder neue Arbeitsplätze schafft?

❑ Warum lassen ausländische Reedereien ihre Schiffe seit Jahren lieber in Korea bauen als bei uns?

❑ Warum sind die Arbeitsplätze bei Daimler-Benz sicher, und warum mußten bei Hanomag alle Arbeiter gehen?

❑ Werden wir noch einmal einen Aufstieg wie nach dem Krieg erleben? Läßt sich das Wunder wiederholen?

❑ „Ja", sagt der bekannte Wirtschaftsjournalist mercator.*) mercator ist das Pseudonym des ehemaligen Mitherausgebers der ZEIT und Chefs ihrer Wirtschaftsredaktion, Diether Stolze.

❑ Ja – das Wunder läßt sich wiederholen – und er sagt auch wie.

*) Diether Stolze (55) war nach dem Regierungswechsel in Bonn Staatssekretär und Leiter des Bundespresseamtes. Er schrieb mehrere Bücher, darunter „Bleiben wir reich", „Mach mehr aus Deinem Geld". Außerdem moderierte er das wirtschaftspolitische Fernsehmagazin „Plusminus".

Jetzt in Bild

OLYMPIA / Julian K. Roosevelt soll das olympische Komitee verlassen

Scharfe sowjetische Angriffe gegen Los Angeles – Daume: Kein Boykott

dpa/sid, Colorado Springs

Der Ausschluß des in München stationierten amerikanischen Senders Radio Free Europe/Radio Liberty von den Winterspielen in Sarajevo durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat zu einer ungewöhnlichen Reaktion geführt. Das Exekutivkomitee des Nationalen Olympischen Komitees der USA (USOC) sprach dem amerikanischen IOC-Mitglied Julian K. Roosevelt seine Mißbilligung aus und verlangte vom IOC den Ausschluß des 59jährigen aus dem olympischen Gremium.

Roosevelt hatte als Mitglied des IOC-Exekutivkomitees für den Ausschluß des Senders bei der Abstimmung im entscheidenden IOC-Führungsgremium gestimmt. Der Wirtschaftsmanager, 1952 Segel-Olympiasieger, hatte zur Begründung seiner Entscheidung erklärt, Radio Free Europe/Radio Liberty sei „ein Spionage-Werkzeug der amerikanischen Regierung." Die amerikanische Regierung wiederum hatte bei den jugoslawischen Gastgebern und beim IOC vergeblich gegen den Ausschluß des Senders interveniert, der durch einen sowjetischen Protest erfolgte.

In einer Resolution von USOC heißt es, Roosevelt habe den amerikanischen Interessen geschadet. USOC-Präsident William Simon verlangte in einem Brief an IOC-Präsident Samaranch den Ausschluß Roosevelts aus dem Exekutivkomitee und aus dem IOC.

Auf amerikanische Kritik hatte Roosevelt bereits in Sarajevo erklärt: „Ich bin niemandem daheim Rechenschaft schuldig. Nach den Statuten des IOC bin ich ein Botschafter des IOC in meinem Land, und nicht umgekehrt." Laut IOC-Satzung haben NOKs bei der Auswahl von IOC-Mitgliedern lediglich ein Vorschlagrecht. Die Nominierung wird vom IOC selbst vorgenommen.

Trotz der ungewöhnlich scharfen Angriffe kommunistischer Medien gegen die amerikanischen Gastgeber sehen westliche Sportführer dreieinhalb Monate vor den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles keine erhöhte Boykott-Gefahr durch osteuropäische Länder. Willi Daume, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK), erkennt weder auf sowjetischer noch auf amerikanischer Seite Interesse an einer solchen Eskalation.

Peter Ueberroth, der Präsident des Organisationskomitees von Los Angeles, meinte: „Bis zur Stunde gibt es keine Anzeichen, daß sich an unseren guten Beziehungen zum sowjetischen NOK unter Mate Gramow etwas geändert hat." Doch die sowjetische Nachrichtenagentur TASS sieht in ihrem kritischen Artikel Anzeichen, daß gezielte Kampagnen in den USA die Teilnahme sowjetischer Sportler an den Spielen verhindern wollen. Vertreter des Außenministeriums, des FBI und andere Geheimdienste würden durch beabsichtigte Bespitzelung eine Atmosphäre des Spionagewahns und antisozialistische Stimmung erzeugen.

Den TASS-Vorwurf, das Organisationskomitee würde nicht einmal den Versuch unternehmen, sich von politischen Provokateuren zu distanzieren, konterte Ueberroth mit dem Hinweis auf schlechte Information. Ueberroth, der letzte Woche in Puerto Rico mit IOC-Präsident Samaranch zusammengetroffen war, vermutete, den Sowjets sei dieser gute Kontakt offenbar nicht recht. In dem TASS-Artikel wurde auch dem IOC vorgeworfen, auf die angebliche antisowjetische Hetze nicht zu reagieren. Willi Daume: „Die Sowjets bereiten sich auf Los Angeles vor wie noch nie auf Olympia." Mit einem Boykott sei also nicht zu rechnen.

GALOPP

Reiterin gestürzt

K. GÖNTZSCHE, Düsseldorf

Über den Platzlautsprecher wurde am Samstag auf der Galopprennbahn am Grafenberg in Düsseldorf ein Jockey gesucht, der im letzten Rennen den Ritt auf dem achtjährigen Wallach Page übernehmen sollte. Der dafür vorgesehene Reiter, Alan Sofley, war ausgefallen, weil ihm zwei Rennen vorher ein Stein ins Auge geflogen war.

Schließlich übernahm Petra Faulstich (26) aus Dortmund, Deutschlands derzeit beste Rennreiterin, den Page-Ritt. Eingangs der Zielgeraden kam sie zu Fall. In der Chirurgischen Klinik des Städtischen Krankenhauses in Düsseldorf-Gerresheim stellten die Ärzte eine Kette schwerer Verletzungen fest: Dreifacher Kiefernbruch, Frakturen des Schulterblattes und des Schlüsselbeins, Gehirnerschütterung und Brustprellungen.

Rennleitungssprecher Dr. Peter Tasch: „Wir haben uns den Rennfilm unzählige Male angeschaut. Eine Ursache ist nicht feststellbar." Der Wallach Page, ein Pferd der untersten Leistungsklasse, ist auf einem Auge blind. Es ist deshalb durchaus möglich, daß er sich durch das neben ihm galoppierende Pferd Waldbuche, auf dem der Lehrling Raymond Lüdtke sein erstes Rennen ritt, irritiert fühlte und deshalb zu Fall kam.

Der schon neunjährige Hengst Justus gewann als 404:10-Außenseiter mit Jockey Erwin Schindler den Kölner Frühjahrs-Ausgleich mit einer dreiviertel Länge Vorsprung vor dem Favoriten Diu Star. Die weiteren Plätze belegten San Domingo, Solo Dancer und Potomac. Die Trial-Stakes in Frankfurt holte sich Bergfürst mit Jockey Paul Kallai, der für die verunglückte Petra Faulstich im Sattel saß. Den Düsseldorfer Stutenpreis gewann Slenderella mit Andreas Tylicki vor Porteferraio, Las Vegas und der 17:10-Favoritin La Colorada.

VOLLEYBALL

Der Meister ist müde

DW./sid/dpa, München

Zum drittenmal in Folge ist der SV Lohhof Deutscher Volleyball-Meister der Damen. Am Samstag setzten sich die Münchnerinnen mit 3:1 gegen den USC Münster durch, gegen die Mannschaft also, die als letzte vor dem SV Lohhof Meister war – damals mit der makellosen Bilanz von 36:0 Punkten und nur fünf verlorenen Sätzen in der ganzen Saison.

So souverän, wie sich 1980 trotz des schon existierenden „Modells Lohhof" der USC Münster die Meisterschaft sicherte, so souverän sollte eigentlich auch diese Saison für den Münchner Vorortverein verlaufen. Doch am Ende weist die Mannschat sechs Verlustpunkte auf: Zwei Spiele wurden mit je 1:3 gegen Feuerbach und in Münster verloren, die dritte Niederlage wurde durch ein Verbandsurteil herbeigeführt.

Nach der langen Saison sei seine Mannschaft „einfach volleyballmüde", erklärte Lohhofs Trainer Andrzej Niemczyk die mittelmäßigen Leistungen aus den letzten Spielen. Seine Spielerinnen mischten in der Meisterschaft, im Pokal und im Europapokal vorne mit, zudem wird die ebenfalls von dem Polen Niemczyk trainierte Nationalmannschaft überwiegend von Spielerinnen aus Lohhof gebildet.

20 bis 22 Stunden Volleyball pro Woche – das ist trotz profihafter Einstellung irgendwann zuviel. Deshalb steht der Coach jetzt vor einem Motivationsproblem, wenn ab heute die Vorbereitung auf den Springcup (15.–21. April), so etwas wie die westeuropäische Meisterschaft (Endrunde in Berlin), beginnt. Niemczyk hat sich deshalb in der Vergangenheit nicht nur Hilfe von psychologischer Seite versprochen, sondern versucht es mit dem Vorbild von Kollegen: „Ich mache es wie Derwall in Spanien. Wir trainieren nur ganz wenig."

RADSPORT

Braun lange vorn, Fünfter

FRANS VERMEEREN, Roubaix

Gregor Braun, der Doppel-Olympiasieger von 1976 in Montreal, hat lange auf dem schweren französischen Klassiker Paris–Roubaix das Rennen beherrscht. Doch am Ende wurde der Neustädter auf der Radrennbahn im nordfranzösischen Roubaix Fünfter – also wieder kein Klassiker-Sieg für Braun. Das überaus schwere Rennen durch die sogenannte „Hölle des Nordens", über das Kopfsteinpflaster in der Nähe von Lille, gewann im Spurt der Ire Sean Kelly vor dem Belgier Rudy Rogiers und dem Franzosen Alain Bondu, dem früheren Verfolgungs-Weltmeister.

Gregor Braun hatte sich gemeinsam mit seinem französischen Teamkollegen Alain Bondu schon sehr früh vom Feld abgesetzt, noch bevor das Kopfsteinpflaster begann. Zwei Minuten Vorsprung vor einer 15köpfigen Verfolgergruppe hatten die beiden bereits 80 Kilometer vor dem Ziel in Roubaix. In der Verfolgergruppe befanden sich neben Sean Kelly und dem Vorjahrssieger Hennie Kuiper aus Holland fast alle Asse. Auf dem Kopfsteinpflaster vor Roubaix wagte Kelly dann einen Ausreißversuch, schloß gemeinsam mit Rossiers zu Braun und Bondu auf. Braun fiel zurück, Bondu stürzte 15 Kilomter vor dem Ziel – damit war das Rennen gelaufen, denn der schnellere Spurter war allemal Sean Kelly.

Bitter ist diese Angelegenheit für die Belgier, die seit Jahren auf einen Sieg bei diesem Rad-Klassiker hoffen. Doch scheint nach Roger Devlaeminck niemand in der Lage zu sein, dessen Erfolge zu wiederholen.

An den inoffiziellen Wettbörsen in Nordfrankreich, Westflandern und in den Ardennen waren zuvor Eddy Plankaertund Eric Vanderaerden als die hohen Favoriten gehandelt worden.

Sport in Zahlen… Sport in Zahlen…

FUSSBALL

Erste englische Division, 35. Spieltag: Arsenal – Stoke 3:1, Aston – Coventry 2:0, Liverpool – West Ham 6:0, Luton – Everton 0:3, Manchester United – Birmingham 1:0, Norwich – Watford 6:1, Nottingham – Bromwich 3:1, Queens Park – Ipswich 1:0, Southampton – Leicester 2:2, Sunderland – Tottenham 1:1, Wolverhampton – Notts 0:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 59:34 Tore/69 Punkte aus 34 Spielen, 2. Manchester United 64:33/67/34, 3. Nottingham 58:36/60/34, 4. Queens Park 54:31/57/35.

„DDR"-Oberliga, 21. Spieltag: Halle – Erfurt 2:3, Dresden – Lok Leipzig 2:2, Magdeburg – Rostock 3:2, Karl-Marx-Stadt – Riesa 2:1, Chemie Leipzig – Frankfurt 1:1, Union Berlin – Aue 0:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 51:26/30:10, 2. Dresden 46:19/30:12, 3. Magdeburg 44:28/27:15, 4. Lok Leipzig 42:26/27:15.

Länderspiel in Verona: Italien – CSSR 1:1 (1:0). – **Schüler-Länderspiel** in Saarbrücken: Deutschland – England 2:0 (2:0).

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 23. Spieltag: Schwabing – Dankersen 20:14, Lemgo – Hüttenberg 21:22, Gummersbach – Göppingen 28:17, Nürnberg – Günzburg 23:20. – **DHB-Pokal**, Damen, Achtelfinale: Leverkusen – Jarplund-Weding 26:15, Sindelfingen – Frankfurt 22:13, Engelskirchen – Oldenburg 20:16, Oldesloe – Herzhorn 16:18.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, 1. Spieltag, Feld, Gruppe Nord: Kahlenberg – Club an der Alster 1:1, SW Köln – Gladbach 1:4. – Gruppe Süd: Heidelberg – München 0:0. – **Bundesliga**, Damen, 1. Spieltag, Gruppe Nord: Leverkusen – Düsseldorf 3:0, Krefeld – Hamburg 2:3. – Gruppe Süd: Berlin – Stuttgart 1:0.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Endrunde Damen, 5. Spieltag: Augsburg – Oythe 1:3, Lohhof – Münster 3:1. – **DVV-Pokal**, Viertelfinale, Damen: Lohhof II – Oythe 0:3.

MOTORSPORT

Großer Preis von Südafrika in Kyalami, zweiter von 16 Läufen zur Formel-1-Weltmeisterschaft, 75 Runden = 307,783 km: 1. Lauda (Österreich) McLaren-Porsche 1:29:23,430 Std., 2. Porst (Frankreich) McLaren-Porsche 1:30:29,380, 3. Warwick (England) Renault eine Rd. zur., 4. Patrese (Italien) Alfa Romea zwei Rd. zur., 5. de Cesaris (Italien) Ligier-Renault zwei Rd. zur., 6. Senna (Brasilien) Toleman-Hart drei Rd. zur., 7. de Angelis (Italien) Lotus-Renault, 8. Baldi (Italien) Spirit-Hart, 9. Surer (Schweiz) Arrows-Ford, 10. Hesnault (Frankreich) Ligier-Renault, 11. Brundle (England) Tyrrell-Ford alle vier Rd. zur., 12. Alboreto (Italien), 13. Boutsen (Belgien) Arrows-Ford beide fünf Rd. zur. – Stand WM-Wertung nach zwei Rennen: 1. Prost 15 Punkte, 2. Lauda 9, 3. Rosberg (Finnland) 6, 4. Warwick und de Angelis je 4, 6. Patrese und Cheever je 3, 8. de Cesaris und Brundle je 2, 10. Senna und Tambay (Frankreich) je 1.

Saarland-Rallye, dritter Lauf zur deutschen Meisterschaft, 933 km Gesamtstrecke, 31 Wertungsprüfungen = 298 km: 1. Demuth/Lux (München/-Belgien) Audi Quattro 2:56:33 Std., 2. Weber/Wanger (Neufahrn/Ludwigshafen) Opel Manta 1:56 Min. zur., 3. Hero/Müller (Schmelz/Honzrath) Porsche Turbo 6:34, 4. Holzer/Holzer (Bobingen/Augsburg) Opel Manta 15:14, 5. Brusch/Schaller (Gifhorn/Hamburg) Opel Manta 17:24, 6. Mayer/Stock (Schlat/Hassloch) VW Golf 17:48. – Stand der deutschen Meisterschaft nach drei von zehn Läufen: 1. Demuth/Lux 90 Punkte, 2. Hero/Müller 80, 3. Weber/Wanger 58, 4. Blome/Bärdges (Bübingen/Idar Oberstein) 55, 5. Mayer/Stock 46, 6. Brauer/Hage (Braunschweig/Eschershausen) 43.

JUDO

Bundesliga, 2. Wettkampftag, Gruppe Nord: Eilbeck – Düsseldorf 7:10, Remscheid – Wolfsburg 7:12, Witten – Bremen 11:5. – Gruppe Süd: Malstatt-Saarbrücken – Wiesbaden 8:9, Nürnberg – Abensberg 8:9, Rüsselsheim – München-Großhadern 6:11.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Katamaran (P. Remmert), 2. Koreaner, 3. Erbprinz, Toto: 28/10, 10, –, ZW: 36, DW: 60, 2. R.: 1. Graue Eminenz (M. Hofer), 2. Gilla Girl, 3. Congora, Toto: 144/50, 46, 42, ZW: 2288, DW: 18 212, 3. R.: 1. Slenderella (A. Tylicki), 2. Porteferraio, 3. Las Vegas, Toto: 48/26, 238, 30, ZW: 2848, DW: 13 688, 4. R.: 1. Uno Duo (R. Ulrich), 2. Diorit, 3. el Bimbo, Toto: 28/14, 26, 20, ZW: 240, DW: 1092, 5. R.: 1. Pick Feine (S. Guillemin), 2. Ferdi, 3. Go-Go, Toto: 92/22, 22, 12, ZW: 1464, DW: 4832, 6. R.: 1. Quebec (Frau P. Malone), 2. Zerberus, 3. Neu Game, Toto: 40/21, 22, 26, ZW: 288, DW: 2444, 7. R.: 1. Kara (M. Hofer), 2. Nakija, 3. Tanning, Toto: 20/13, 34, 22, ZW: 480, DW: 2396, 8. R.: 1. Vinex (D. Ilic), 2. Intschu Tschuna, 3. Neighbour's Love, Toto: 44/14, 26, 14, ZW: 508, DW: 1244, 9. R.: Whisky Pure (St. Wegner), 2. Stratege, 3. Gletscherlied, Toto: 92/22, 19, 50, ZW: 456, DW: 12 852, 10. R.: 1. Abi (E. Schindler), 2. Head-Hunter, 3. Premier Lord, Toto: 60/22, 18, 26, ZW: 448, DW: 3060.

TENNIS

Schauturnier in Tokio (250 000 Dollar), Finale: Lendl (CSSR) – McEnroe (USA) 6:4, 3:6, 6:2; Spiel um den dritten Platz: Noah (Frankreich) – Connors (USA) 2:6, 6:2, Connors aufgegeben.

GEWICHTHEBEN

Bundesliga, vorletzter Kampftag, Gruppe Süd: Altrip – Roding 676,9:696,1, Hostenbach – Mannheim 635,6:607,6, Kindsbach – Mutterstadt 630,9:802,9. – Gruppe Nord: Duisburg – Derne 748,7:609,5, Wuppertal – Berlin 801,7:633,8, Soest – Kassel 675,1:592,2.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 5, 11, 29, 32, 43, 48, Zusatzzahl: 13. – **Spiel 77:** 2 6 4 3 8 7 2. – **Toto, Elferwette:** 0, 1, 2, 1, 1, 0, 0, 1, 1, 2, 1. (Ohne Gewähr).

Pankraz, die Dekadenz und der Fall Roms

Der Fall Roms" heißt das neue, soeben im Verlag C. H. Beck erschienene Buch des Berliner Historikers Alexander Demandt. Aber wer eine Erzählung über die letzten Jahrhunderte des römischen Reiches erwartet, wird enttäuscht. Es geht Demandt nicht um die Auflösung dieses Reiches selbst, sondern um die Meinungen, die sich die Nachwelt – von den ersten Christen bis heute – darüber gebildet hat. Mit ungeheurem Fleiß und ehrfurchtgebietendem strategischem Überblick hat er ein gewaltiges Kompendium zustandegebracht, aus dem man mehr lernen kann als aus Dutzenden herkömmlicher Geschichtswerke.

Man erkennt bei der Lektüre bald, daß noch unsere ganze moderne Untergangsmetaphorik völlig durch das Beispiel Roms geprägt ist. Der Untergang Roms liefert das große Paradigma, nach dem alle späteren Untergänge benannt und beurteilt werden. Von Anfang an wollte man nicht daran glauben, daß ein so machtvolles Gebilde, wie Rom es war, zufälligen, „äußeren" Ursachen zum Opfer fallen konnte, den Einfällen der Barbaren etwa, dem Aufkommen des Christentums oder den Aufständen der Sklaven. Vielmehr sah man eine „innere Gesetzmäßigkeit" hinter dem Gang der Ereignisse. Rom ging demnach unter, weil es „alt" geworden war, weil „seine natürlichen Kräfte erschöpft" waren, weil es der „Dekadenz" verfiel. Der Begriff der sozialen Dekadenz – er ist auch heute noch unablösbar mit dem Fall Roms verknüpft. „Wie im alten Rom" sagt man, wenn man ein besonders augenfälliges Phänomen von „Dekadenz" charakterisieren will.

Der Katalog dessen, was als dekadent gilt, unterscheidet sich denn auch kaum von dem, was schon die grimmigen, unverbesserlichen Republikaner zur Zeit des Kaisers Augustus für schädlich und dem Gemeinwesen abträglich erklärten. Da ist die Hypertrophie des städtischen Lebens, der Zug ins Übergroße und Gigantische, da ist die Verfeinerung der Sitten und die „Genußsucht" der oberen Stände, das Playboy-Wesen, die freche Verachtung der „alten Tugenden", das zynische Reden über die Götter, das Eindringen fremder, asiatischer Kulte, die Illoyalität der Jugend, die nicht mehr zum Dienst gefordert, sondern sich selbst überlassen wird. Da ist schließlich, als Folge von alledem, der genetische Verfall, die Kinderlosigkeit der führenden Schichten, das Einströmen fremder, barbarischer Stämme und, damit verbunden, der Niedergang des technischen Wissens, die sich ausbreitende Unfähigkeit, Verwaltung und Produktion auf dem erreichten zivilisatorischen Niveau zu halten, die Vergammelung der Bausubstanz, der Verfall der Straßen, die Barbarisierung und Ideologisierung der Volksbildung.

Die Erinnerung an das Schicksal Roms bringt es mit sich, daß wir uns angewöhnt haben, alle diese „Dekadenz"-Phänomene und ihre Abfolge als einen unausweichlichen Prozeß zu sehen, als ein Stück Natur, als „soziale Spätphase", die dem Alter, der Spätphase, von lebendigen Organismen, von Pflanzen, Tieren und einzelnen Menschen entspricht. Aber begehen wir damit nicht einen großen, verhängnisvollen Fehler? Sind soziale Verbände, sind Nationen, Weltreiche, Zivilisationen und Kulturen wirklich nichts anderes als Organismen, die denselben Gesetzen unterliegen wie Pflanzen?

Bedenkt man, daß das Reden über Dekadenz schon in der „Hochblüte" des römischen Reiches, eben zur Zeit Cäsars und Augustus', einsetzte, so muß man ja zumindest einräumen, daß die „Spätphase" des Reiches sehr lange währte, Jahrhunderte, in denen sich der Alltag der römischen Bürger, ihre Sitten und ihr zivilisatorisches Niveau kaum veränderten. Gewiß, die kaiserliche Macht verkam zum Spielball in der Hand grober Armeeführer, die hohe Politik löste sich sichtlich vom restlichen Sozialkörper ab und führte ein Eigenleben. Auf das Gesamtbild des Reiches warf das aber allenfalls einen schmalen Schatten.

Und selbst als der Westkaiser endgültig abgesetzt worden war, das (West-)Reich also aufgehört hatte zu existieren, war der römische Kulturkreis noch keineswegs am Ende. Die Germanen verstanden sich als Fortsetzer römischer Kultur, ihre Herzöge wurden zu Kaisern des „Heiligen Römischen Reiches", und diese Fiktion (wenn es denn eine war) währte bis in die Neuzeit. Noch das Pathos der französischen Revolution von 1789 war gewollt altrömisch. Man begriff sich als Wiederhersteller der „eigentlich römischen", der „vordekadenten" republikanischen Zustände, knüpfte unmittelbar an die Kulturkritiker des augusteischen Zeitalters an.

So ist es vielleicht doch mehr als ein bloß geistreiches Aperçu, wenn Alexander Demandt in seinem Nachwort die These riskiert, das römische Reich oder wenigstens die römische Kultur seien erst in unseren jüngsten Tagen wirklich untergegangen, als die Bildungsreform das Latein und das Griechisch drastisch reduzierte und die Kenntnis der alten Klassiker, von Herodot bis Plutarch, von Cicero bis Marc Aurel, für faktisch überflüssig erklärte. Christen und Barbaren hatten neun Zehntel der antiken Kulturgüter vernichtet oder verkommen lassen. Doch das verbleibende Zehntel behielt für die romanisch-germanische Welt bis in unsere Tage konstituierende Kraft und liefert der allermodernsten Naturwissenschaft und Wissenschaftstechnik immerhin sogar noch die Denkmuster.

Wer weiß, möglicherweise ist das jetzige Vergessen von Herodot und Plutarch nur das Präludium für das Vergessen von abendländischen Denkmustern und Kulturpraktiken überhaupt. Dann bekämen die Dekadenz-Propheten, die seit 2000 Jahren das Ende an die Wand malen, endlich recht. Aber der Blick auf den bisherigen „Untergang Roms" lehrt, daß da wohl nichts „Naturnotwendiges" im Spiele war. Die Natur sieht nur zu, wenn der Mensch selbst beschließt, entweder unterzugehen oder zu überdauern.

Pankraz

Herrenhausen: Hannovers Könige in England

Verblüffende Erbgesetze

Der Stammbaum am Eingang wirkt beeindruckend. Wer die Ausstellung „Hannovers Könige auf Englands Thron" auf Schloß Herrenhausen anschauen möchte, ist gut beraten, sich dieser Urkunde einige Minuten zu widmen. Denn nicht jedermann wird wissen, daß ausgerechnet ein Hannoveraner auf den englischen Thron kam. Im Grunde ist es ganz einfach: Kurfürstin Sophie von Braunschweig-Lüneburg, Mutter des jungen Kurfürsten Georg, war die letzte direkte protestantische Nachfahrin von James I. Stuart, Tochter der Winterkönigin, der einzigen Tochter König James' von England.

Als die Engländer nach dem Tode Königin Annes wieder einmal die Frage diskutierten, wer die Nachfolge der kinderlos verstorbenen Regentin antreten solle, fiel ihr Augenmerk auf das Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg. So kam es, daß Sophies Sohn Georg August als George I. im Jahre 1714 den englischen Thron bestieg, ein englischer König, der die Sprache seiner neuen Heimat nie richtig beherrschen sollte. Dreizehn Jahre herrschte George, dem Portrait nach ein eher fülliger Mann mit fleischigem Gesicht, über England und über sein deutsches Kurfürstentum. Er starb 1727 bei Osnabrück und liegt heute im Mausoleum des Herrenhausener Schlosses in Hannover begraben.

Die Personalunion mit Hannover währte 123 Jahre. In diese Zeit fiel der Siebenjährige Krieg, die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, die George III. in seiner Regierungszeit, die über 60 Jahre dauerte, hinnehmen mußte, fielen die Kämpfe gegen Napoleon und Englands Aufschwung zur Weltmacht und zur Industrienation. Das Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg dagegen blieb weitgehend ein Agrarstaat, auch nachdem es 1814 beim Wiener Kongreß zum Königreich Hannover erhoben worden war.

Die kleine Ausstellung im Herrenhausener Schloß dokumentiert anschaulich anhand von Portraits, Miniaturen, Stichen, darunter Karikaturen von James Gillray, Objekten aus Silber, Porzellan und Urkunden die wechselseitigen Beziehungen Englands und Hannovers. Die englischen Könige deutschen Geblüts ehelichten zwar stets deutsche Prinzessinnen und legten sich auch meist deutsche Mätressen zu, wie die berühmte Melusine von Schulenburg. Sie hielten sich aber ganz offensichtlich lieber in ihrer neuen, glanzvollen Hauptstadt London auf, die sie Hannover vorzogen. Ihre Söhne allerdings, wie zum Beispiel Adolf Friedrich von Cambridge, den jüngsten Sohn Georges III., schickten sie gerne zur Militärausbildung in die alte Heimat.

Im Jahre 1837 starb William IV., der letzte Hannoveraner auf dem englischen Thron. Seine Nachfolge trat die junge Königin Viktoria an, Tochter von Williams verstorbenem Bruder Edward, Herzog von Kent. Ein Portrait in der Ausstellung zeigt Viktorias Vater als jungen Mann. Voller Verblüffung glaubt man, ein Bildnis von Prinzessin Anne, der Tochter der jetzigen Königin Elizabeth, vor sich zu haben. Erbgesetze geben offensichtlich wundersame Wege, und so gleicht die Urahnin ihrem fernen Verwandten wie eine Mendelsche Wicke der anderen.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Vom Computer herausgefordert: Die 21. Kinder- und Jugendbuchmesse von Bologna ging zu Ende

Abenteuer gegen des Alltags Tristesse

Erinnerung an die Frankfurter Buchmesse: Auch in Bologna war die Zahl der Stände wieder einmal „noch größer" geworden. Nicht weniger als 998 Verleger aus 58 Ländern waren gekommen, darunter allein 75 aus der USA und 65 aus der Bundesrepublik. Titel der Ausstellung: „Kind und Computer – Eine Herausforderung an die Verleger".

Natürlich gab es auch den obligaten, alles belebenden Skandal, und zwar um den ersten Grafikpreis. Der wurde verliehen an „Rotkäppchen" von Perrault, mit düsteren Meisterfotos von Sarah Moon (Verlag Grasset, Paris). Auf den ganzseitigen Fotos zwischen dem Originaltext wandert ein erschrockenes kleines Mädchen, von einem Auto verfolgt, durch unheimliche Vorstadtstraßen zur Großmutter. Das vorletzte Bild zeigt das fast entkleidete Kind neben dem Schatten des Wolfes, das letzte zeigt ein zerwühltes Bett.

Gegen diese „Ermordung des Märchens" im Namen der Psychoanalyse, die Rotkäppchens Begegnung mit dem Wolf als traumatische Sex-Erfahrung auslegt, protestierte die Hausherrin des besten italienischen Kinderbuchverlages, Emme, Rossellina Archinto, in einem offenen Brief. „Hier wird ein hochraffiniertes Buch für erwachsene Voyeurs als Kinderbuch ausgegeben. Ihm den ersten Preis zu verleihen, schafft eine unsagbare Konfusion um ein delikates und schwieriges Feld."

Ein Dozent für Kinderliteratur kommentierte: „Das Buch der Sarah Moon zeigt eine deutliche Tendenz der modernen Kinderliteratur: Das fehlende Interesse für Kinder. Traurige Erwachsene schaffen mit immer komplizierter und sublimer werdenden Botschaften eine Welt für ihresgleichen. So wächst im Vergleich zu anderen von Kindern benutzten Medien die Isolierung des Buches, in dem die Melancholie des Alltags dominiert und Witz und heitere Abenteuer anscheinend definitiv verbannt werden."

Zum Glück wurde des Professors These in Bologna doch noch hier und da durch gute neue Kinderbücher widerlegt, nicht zuletzt durch den Verlag Emme, der eine zauberhaft geschriebene Autobiographie von Claudio Abbado mit köstlichen Illustrationen zeigte und nicht minder heiter belehrende Büchlein über Instrumente mit dazugehörenden Kassetten.

Ein bestimmter Trend war diesmal nicht auszumachen, im Gegensatz zu vergangenen Jahren, als etwa Dinosaurier oder Science Fiction wie auf geheime Verabredung plötzlich in sämtlichen Kinderbüchern rings um den Erdball auftauchten. Außer den Tierbüchern, heiter und verspielt für die Kleinen, sachlich für die reifere Jugend, gab es tatsächlich als gemeinsamen Nenner nur die Krise. Das Computerthema machte das zusätzlich augenfällig. Das Kinderbuch befindet sich in einer Identitätskrise. Man weicht ihr aus durch Rückgriffe in die Vergangenheit. Nie zuvor konnte man in Bologna so oft Wiedersehen mit eigenen Kindheitserinnerungen feiern.

Ein ganz massives Comeback erleben z.B. die Faltbücher, aus denen Szenen und Gestalten hervorklappen. Die aktuelle Konkurrenz dazu sind „Computerbücher", die beim Aufklappen Melodien summen oder Geschichten vortragen, weil Großmutter im Altersheim sitzt und Mutter arbeitet. Es gibt auch Bücher, auf deren Einband der Titelheld rastlos mit Armen und Beinen schlenkert. Ob Kinder das schön finden, konnte man in Bologna nicht prüfen, denn Besucher unter 14 Jahren sind hier nicht zugelassen.

Viel Interesse fand der Amsterdamer Verlag Zwijsen, der sich mit „Erstlesebüchern" und „Leichter Lesen" für Problemkinder einsetzt. Vor allem geistig Behinderte und Gastarbeiterkinder finden hier den pädagogisch durchdachten Übergang vom Bilderbuch zur Lektüre und damit die Lust auf Lesen, auch wenn's schwerfällt.

Auch auf dem Kinderbuchsektor haben sich die Japaner ganz nach vorne gepirscht. Das bewiesen nicht nur ihre überquellenden Stände. Japanische Illustratoren sind in allen Sätteln gerecht und arbeiten in Scharen für europäische und amerikanische Verleger. Hinter altväterischen, höchst „europäisch" wirkenden Illustrationen verbergen sich heute in der Regel Japaner. Und drei der diesmal verliehenen Grafikpreise sowie einer der „Nobelpreise" für Kinderbücher, der Hans-Christian-Andersen-Preis, der im Oktober auf Zypern verliehen wird, gingen an Japaner. Ständig traf man auf Gruppen mandeläugiger Fotografen, die ihre preisgekrönten Landsleute fotografierten, worauf sich Jäger und Gejagte ehrerbietig voreinander verneigten.

Konnte man früher die Herkunft von Bilderbüchern ziemlich leicht erkennen, so machen die vielen Koproduktionen das heute fast unmöglich. Sie zu suchen und die Zinsen zu verkaufen, ist in Bologna noch wichtiger geworden als die weltweite Information. Man kann hier sehr viel lernen, auch Weltgeschichte vor leer gebliebenen Ständen. Und auch die tröstliche Erkenntnis, daß das geteilte Deutschland auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendbücher ungeteilt blieb.

Nur schauen westdeutsche Verleger manchmal neidisch auf ihre ostdeutschen Kollegen, die mit Durchschnittsauflagen von 20 000 Exemplaren den Bedarf ihres 16,5-Millionen-Landes kaum decken können. „Da Schulumfragen ergaben, daß viele Kinder bei uns Dresden für eine polnische Stadt halten, planen wir für das nächste Jahr ein Jugendbuch über das Deutschland östlich der Elbe", erzählte ein Hamburger Verleger.

Ob unter den vielen jungen Künstlern mit den dicken Mappen unterm Arm vielleicht die neuen Talente waren, die die Grafikjury vermißte, als sie aus über 600 eingesandten Arbeiten nur 60 für die Halle der Illustratoren aussuchte? Die Comicstrips, denen eine ganze Abteilung mit dem Titel „Schwarz und weiß" gehörte, triumphieren nun schon seit fünfzig Jahren und zogen nicht nur bei Larousse in Bücher über Weltgeschichte und Mythologie, in Enzyklopädien und in die Bibel ein.

Laut den Schlagzeilen italienischer Zeitungen beherrschten die Computer die Messe. „Sind sie der böse Wolf, der die Bücher verschlingen wird?", fragten wir viele Verleger. Das Fazit der Antworten hieß grob vereinfacht: „Nur gute Kinderbücher sind durch nichts zu ersetzen. Wir werden uns im Namen der Kinder sehr anstrengen müssen."

MONIKA von ZITZEWITZ



Erhielt auf der Bologneser Messe den Preis „Critici in erba": Das Katzenbuch „Mame's cats 1,2,3" aus dem japanischen Verlag Kaisei-Sha
ZEICHNUNG: ANN MAME

Wo Körper und Seele entblößt werden: Uraufführung von George Taboris „Peepshow" in Bochum

Willie oder: Nicht geboren zu sein ist das Beste

Auf der Bühne liegt ein Kreis aus fleischfarbenen Tüchern. Dahinter befindet sich eine Reihe schmuddeliger Garderoben, wie man sie in drittklassigen Nachtclubs findet. Hier sitzen Männer und Frauen, rauchen, trinken, reden miteinander, ziehen sich um, schminken sich und warten auf ihren Auftritt. Wann immer sie etwas zu sagen oder zu tun haben, treten sie hinein in die kreisrunde Scheibe, um hier ihre Seele und manchmal auch ihren Körper zu entblößen. Peepshow.

Das Leben ist eine lebenslange Peepshow, eine trostlose Ansammlung sexueller Abenteuer, freudloser Höhepunkte, armseliger Befriedigung – eben die Lust des Voyeurs in seinem dunklen Verschlag. Und „Peepshow" heißt das jüngste Stück von George Tabori, das jetzt in den Bochumer Kammerspielen uraufgeführt wurde. „Ein Rückblick", erläutert lakonisch der Untertitel.

Es handelt sich um einen Rückblick auf das Leben von Willie, seinen Weg von der Geburt bis zum Tod. Willie will zunächst überhaupt nicht raus ins Leben, aber gegen die Natur kann man nun mal nicht ankommen. Nach dem mütterlichen Versprechen, immer für ihn da zu sein, läßt Willie sich endlich gebären.

Von diesem Moment an wird der weibliche Körper, in dem er sich so wohl gefühlt hat, für ihn zur permanenten Obsession; ständig versucht er, in ihn zurückzukehren, und so beschränkt sich sein curriculum vitae auf eine hastige Abfolge sexueller Betätigungen bei der Suche nach der einzigen Frau, die ihm mehr bedeutet als die Möglichkeit, einen Orgasmus zu erleben: seine Mutter. Doch diese Vereinigung findet erst nach ihrer beider Tod statt. In einer unio mystica sexualis vollendet sich Willies Leben, aus dem Schoß der Mutter wurde er ins Leben gestoßen, in ihrem Schoß verliert er es wieder: der perfekte Kreislauf.

Dieser Willie, den Branco Samarovski als stets gleichen Lüstling spielt, als eine Art Don Juan, der sich die Frauen reihenweise untertan macht, ist ein recht vielseitiges Kerlchen. Wie ein pikaresker Held abenteuert er durch die Landschaft, und das ist für eine Weile recht lustig.

Zunächst spielt er den ewigen Ödipus, der Abenteuer auf Abenteuer häuft, angefangen bei seiner Amme, die ihn handfest aufklärt, über eine Schauspielerin mit zweifelhaftem Ruf und über eine abgeklärte Puffmutter hin zur spröden Ehefrau. Aber Willie bleibt letztlich lebensunfähig, was ihm von seiner Frau unmißverständlich-schockierend klargemacht wird: Als Weihnachtsgeschenk hat sie für ihn ein totes Baby in Spiritus eingelegt – ihrer beider Kind, Willies Ebenbild.

Taboris alte Lust am Schockieren durchzieht das gesamte Stück, verselbständigt sich, stößt bald ab. Das ist eigentlich schade, denn überall dort, wo Willie „ins Leben eingeführt" wird, geht es echt witzig und sarkastisch zu. Da zeigt sich Taboris Talent für die absurde Pointe.

Eine vorzügliche Frauenriege zudem begleitet Willie auf seinem Weg: Miriam Goldschmidt als Mutter, Kirsten Dene als Ehefrau, Ursula Höpfner als Amme, Eleonore Zetsche als verruchte Bordelldame und – ein wenig blaß bleibend – Julia von Sell als Schauspielerin. Die letzten drei setzen Willies Leben schließlich als „Die drei Hexen" auch ein Ende – nicht etwa, indem sie ihn ermorden, sondern, viel schlimmer, indem sie ihn entmannen – in einer „Die Rache" überschriebenen Szene. Zu Monstern sind die Frauen da längst für Willie geworden, zu einem Trauma, das durch die Kastration nur noch gegenständlich wird.

Das Stück ist wieder mal zu lang, wie üblich bei Tabori, und es ist zu sehr befrachtet mit philologischem Ballast. Unser Autor hat es diesmal mit Shakespeare. Dauernd werden Verbindungen zwischen Willie und Shakespeare geknüpft. Man läßt Willie mit Hamlet hadern, Sonette schreiben, mit einer „Dunklen Dame" verheiratet sein, und die drei Hexen sind selbstverständlich dieselben, die schon für Macbeth Unheil bereithielten.

Das hält die „Peepshow" letztlich nicht aus. Die Zuschauer verkrümeln sich lange vor der Zeit. Vielleicht hätte man Tabori nicht auch noch mit der Regie betrauen sollen. Beim eigenen Text setzt man nur ungern den Rotstift an.

RAINER NOLDEN

JOURNAL

Washington und Moskau für Kulturaustausch

AFP, Washington

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sind übereingekommen, neue Verhandlungen mit dem Ziel eines Abkommens über den seit 1980 unterbrochenen kulturellen und wissenschaftlichen Austausch aufzunehmen. Die entsprechende Vereinbarung wurde zwischen dem amerikanischen Außenminister George Shultz und dem sowjetischen Botschafter in den USA, Anatoly Dobrynin, getroffen, ohne daß bisher ein Datum für die Gespräche festgesetzt wurde.

Zimmermann für mehr ostdeutsche Kulturarbeit

dpa, Regensburg

Zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit hat das Bundesinnenministerium eine Grundsatzkonzeption entwickelt, teilte Minister Friedrich Zimmermann in Regensburg bei einem Besuch in der Ostdeutschen Galerie mit. Die Bundesmittel seien für 1984 um 1,8 Mio. auf 6,2 Mio. Mark aufgestockt worden. Die Ostdeutsche Galerie müsse auch in Zukunft das zentrale Kunstmuseum der ostdeutschen Kunst bleiben, betonte er. Es sollten aber auch weitere Museen geschaffen werden, darüber hinaus neue Lehrstühle für ostdeutsche Landeskunde entstehen.

Musik-Honorare sollen eingefroren bleiben

dpa, Zürich

Die Honorare für Dirigenten und Solisten sollten in der kommenden Spielzeit grundsätzlich auf dem Stand von 1982/83 eingefroren bleiben. Darauf einigten sich 35 Vertreter der bedeutendsten Orchester aus zehn westlichen Ländern auf der 3. Internationalen Konferenz der Sinfonieorchester (IKS) in Zürich. Es wurde übereinstimmend festgestellt, „daß der aufsehenerregende Beschluß aus dem Jahr 1983 und die Solidarität der Orchesterträger zu einer Beruhigung der teilweise extremen Gagenentwicklung bei Dirigenten und Solisten geführt haben".

Endlich Einigkeit über Kölner Theaterleitung

dpa, Köln

Über die seit einem halben Jahr heftig umstrittene Nachfolge des Kölner Schauspielhaus-Intendanten Jürgen Flimm ist nun endlich Einigkeit erzielt worden. Der bisherige Schauspieldirektor, der 41jährige Volker Canaris, soll in Köln bleiben und gleichberechtigt mit Hans Neuenfels, der zuletzt als freier Regisseur vorwiegend in Berlin gearbeitet hat, das Kölner Schauspiel leiten. Canaris und Neuenfels, die sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt haben, sollen bis Anfang Mai ein Personal- und Sachkonzept vorlegen.

Neuer Direktor des Schiller-Nationalmuseums

dpa, Marbach a. N.

Zum neuen Direktor des Schiller-Nationalmuseums und des Deutschen Literaturarchivs in Marbach am Neckar hat der Ausschuß der Deutschen Schillergesellschaft den leitenden Bibliotheksdirektor der Universitätsbibliothek Trier, Ulrich Ott, gewählt. Er wird sein Amt als Nachfolger von Prof. Bernhard Zeller in der zweiten Jahreshälfte 1985 antreten. Ott, Jahrgang 1939, promovierte mit einer Arbeit über Theokrit, arbeitete von 1965 bis 1968 bei Prof. Ernst Zinn in Tübingen an der Ordnung des Nachlasses von Rudolf Borchardt. Seit 1970 war er an den Universitätsbibliotheken Tübingen, Hannover, Konstanz und Trier tätig.

Oscar-verdächtiges Melodram: James L. Brooks' Film „Zeit der Zärtlichkeit" mit Shirley MacLaine

Wenn die Liebe über den Gartenzaun springt



Zwei Glanzrollen: Shirley MacLaine als Mutter (li.) und Debra Winger als Tochter FOTO: UIP

Seit Monaten schon rührt er Amerika zu Tränen, für elf Oscars in den wichtigsten Kategorien ist er nominiert: James L. Brooks' Erstlingsfilm „Zeit der Zärtlichkeit" nach einem Roman von Larry McMurtry. Es ist ein Film wie aus dem Leben gegriffen, in der Tradition amerikanischer Melodramen à la „Kramer gegen Kramer", dem Oscar-Gewinner von 1980. Alles, was ein breites Publikum anspricht, bietet er auf: große Gefühle und Alltagsquerelen, Liebe, Tod und Schmerzen, Enttäuschungen, aber auch eine gute Portion Hoffnung. Und nicht zuletzt das Versprechen, daß das Leben keineswegs so nichtig und sinnlos ist, wie es manchmal scheint.

Menschen „von nebenan" sind die Helden, die gerade in ihrer Mittelmäßigkeit ans Herz und an die Tränendrüsen greifen und zur Identifizierung herausfordern. Was sie in ihrer bescheidenen kleinen Welt erleben, mutet vertraut an, jeder Zuschauer hat so etwas, in der einen oder anderen Form, selbst erfahren.

Die Geschichte beginnt im Jahr 1948, am Stadtrand von Houston in Texas. Schmucke, aber von Langeweile geprägte Vorstadtidylle, weiße Schindelhäuser, blühende Gärten und Swimmingpools. Eine junge Frau beugt sich über ihr Baby und glaubt, es sei tot; sie kneift es, bis es schreit. Dreißig Jahre später steht diese Frau dann noch einmal am Bett der Tochter, die jetzt tatsächlich stirbt, von einem unheilbaren Tumor heimgesucht. Dazwischen liegt ein Leben voller Auseinandersetzungen und Machtkämpfe, aber auch voller Zärtlichkeit zwischen Mutter und Tochter.

Aurora Greenway, die Mutter – das ist eine Glanzrolle für Shirley MacLaine, die hier ihre oft gerühmte „entwaffnend widerborstige Sanftheit" entfalten kann –, ist eine eigenwillig-exzentrische, dabei recht puritanische Frau, die ihre Umwelt radikal vereinnahmt, durch allzu offene Kritik verletzt, dann aber wieder eine Herzlichkeit ohnegleichen ausstrahlt. Als junge, attraktive Witwe versteht sie es über zwanzig Jahre hinweg, eine Reihe platonischer Verehrer bedingungslos an sich zu knüpfen, bis sie – da ist sie schon Anfang Fünfzig – doch noch der großen Liebe ihres Lebens begegnet.

Ihre Tochter Emma (Debra Winger ist dieses Mädchen, spontan und direkt in ihren Gefühlsausbrüchen, verspielt und äußerst verletzlich) flüchtet sich allzu früh in die Ehe, um der dominierenden, wenngleich geliebten Mutter zu entkommen. Sie heiratet einen spießig-blassen Universitätsdozenten, dessen einzige Größe darin besteht, seine Schwäche zu erkennen und zu akzeptieren. In dieser Ehe, die übrigens mit drei Kindern gesegnet ist, gibt es Geldnöte und Krisen sowie Seitensprünge, die erschreckend banal sind. Und immer wieder finden Mutter und Tochter nach Zeiten der Trennung in innigem Verständnis zueinander; nach Emmas Tod übernimmt Aurora die Kinder.

Regisseur Brooks, bislang ein bewährter TV-Mann, malt seine Geschichte in heiteren, hellen Tönen, er überflutet die Genrebilder aus dem amerikanischen Kleinstadt-Alltag förmlich mit Licht. Besonders in Auroras liebevoll gehegtem Garten entfesselt er ein Farbenspiel, das an Monets Blumenparadiese in Giverny erinnert.

Und er führt eine Figur ein, die der Roman nicht kennt, die aber dem Film eine dynamische Spannung gibt. Jack Nicholson – er tritt hier mit viel Mut zur Häßlichkeit auf den Plan – ist Auroras Nachbar Garrett Breedlove, ehemals Astronaut, abgetakelter Frauenheld mit Bauchansatz und meist schlecht rasiert, der hinter Taktlosigkeit und miserablen Manieren seine Gefühle und seine Einsamkeit verbirgt. Nachdem er und Aurora sich jahrelang über den Gartenzaun hinweg argwöhnisch und schweigsam belauert haben, kommt es zwischen diesem nur scheinbar ungleichen Paar zu einer überraschenden Liebesbeziehung. In brillant zugespitzten Dialogen spielen sich Shirley MacLaine und Nicholson gegenseitig die Bälle zu und entfachen ein launiges Feuerwerk aus Witz und Geist, aus Komik und Tragik. Sie machen aus der anspruchslosen Geschichte einen Schauspielerfilm von Rang. So schnell wird man dieses hinreißende Paar nicht wieder vergessen können.

DORIS BLUM

Neue Panne im All: „Solar Max" ließ sich nicht an die Leine legen

US-Astronaut konnte Satelliten nicht zur Reparatur stabilisieren / Heute zweiter Versuch

A. BÄRWOLF, Hamburg

Der erste Versuch in der Geschichte der Weltraumfahrt, einen defekten Satelliten durch einen frei im Raum schwebenden Astronauten stabilisieren und reparieren zu lassen, ist in der Nacht zum Montag fehlgeschlagen. Der Astronaut George Nelson arebeitete sich mit seinem Manövriergerät aus der offenen Ladeluke des US-Raumflugzeuges „Challenger" an den fast vier Meter hohen und 2,5 Tonnen schweren Sonnensatelliten „Solar Max" heran. Dann jedoch scheiterten mehrere Anläufe des Astronauten, sich mit einem Koppelstutzen an den Himmelskörper anzuschließen. Nelson, der dieses Manöver viele Male in Simulatoren auf der Erde geübt hatte, versuchte immer wieder unter Einsatz seines Lebens den 1980 gestarteten Satelliten auf diese Weise zu stabilisieren: vergeblich. Der etwa fünf Zentimeter lange Koppelstab des Satelliten rastete nicht in dem Stutzen ein, den Nelson über seinem Raumanzug vor dem Bauch trug. Nelson versuchte sogar, den Satelliten manuell in seiner Rotation zu stoppen - allerdings auch das vergeblich.

Bald stellte sich dann heraus, warum Nelson große Schwierigkeiten hatte, mit „Solar Max" Verbindung aufzunehmen: Der Satellit rotierte wesentlich schneller, als man angenommen hatte. Vor dem Start des 11. Shuttle-Unternehmens war mit einer Rotationsgeschwindigkeit von 0,5 Grad in der Sekunde gerechnet worden. Tatsächlich drehte sich der Satellit jedoch mit mindestens drei Grad pro Sekunde um seine eigene Achse. Nach bangen Minuten rief Raumschiffkommandant Crippen, der zum dritten Mal mit dem Shuttle unterwegs ist, seinem Kollegen Nelson zu: „Komm zurück." Er erteilte ihm den Befehl zur Ladeluke zurückzukehren, in der der Astronaut van Hoften sich bereit hielt.

Der amerikanischen Raumflugführung blieben nach dieser unerwarteten Panne zwei Möglichkeiten. Erstens: Das zweite Manöveriergerät, das sich noch an Bord befindet, für einen zweiten Kopplungsversuch einzusetzen. Dabei hätte dann Nelson mit größere Kraft versuchen müssen, die Kopplungs-Vorrichtung doch noch zum Einrasten zu bringen. Schnell entschied jedoch Kommandant Crippen auf diesen Versuch wegen der starken Rotation des Satelliten zu verzichten. Nach Diskussionen zwischen den Astronauten und den Bodenstationen in Houston und Greenbelt an der Ostküste einigte man sich auf die zweite Möglichkeit. So soll heute versucht werden, den Satelliten trotz der starken Rotation ohne Astronautenhilfe, nur mit dem Greifarm von „Challenger" einzufangen. Am Ende dieses Greifarms läßt sich eine Koppel-Vorrichtung befestigen, die mit jener des Astronauten identisch ist. Ob dies allerdings wegen der schnellen Drehung von „Solar Max" gelingt, bleibt ungewiß, denn die Manövrierfähigkeit des Raumschiffs ist naturgemäß geringer, als die eines frei schwebenden Astronauten.

Bevor Nelson sich ins Ungewisse stürzte und an den drehenden Satelliten mit seinen gespreizten Flügeln heranarbeitete, hatte die Bodenstation in Greenbelt durch Funkkommandos die Steuerkontrollen deaktiviert. In dem Satelliten befinden sich noch Explosivsätze, die zumindest für die Zeit der Annäherung entschärft werden mußten. Außerdem war es notwendig, die Lagensteuerungsdüsen für die Zeit der Reparatur außer Betrieb zu setzen, damit der Apparat nicht plötzlich in unkontrollierte Bewegeungen übergehen und den Raumanzug Nelsons aufreißen konnte. Die Panne ereignete sich während der 33. Erdumrundung von Challengere, kurz nachdem er den amerikanischen Kontinent passiert hatte. Das Unternehmen ist von größter Bedeutung für die künftige Reparatur von Satelliten. Bei einem Erfolg würden alle neuen Satelliten mit den Vorrichtungen zum Einfangen und Koppeln ausgerüstet werden. „Solar Max" war am 14. Februar 1980 gestartet worden mit dem Auftrag, Sonneneruptionen zu beobachten. Aber schon kurz nach dem Start waren die technischen Schwierigkeiten aufgetreten, die den Satelliten zunächst zu einem Totalausfall machten.

Kinder zogen in die Straßenschlacht

Fußball-Fans, „Street-Gangs" und Soldaten sorgten für unruhiges Wochenende

AP, Frankfurt

Straßenschlachten und Schlägereien haben am Wochenende die Polizei in Atem gehalten. In München wurden 21 Fußballrowdies vorübergehend festgenommen, nachdem sie nach dem 2:2 endenden Spiel Bayern München gegen VfB Stuttgart randaliert hatten. In Ansbach trieb die Polizei in den Morgenstunden des Samstag 25 Deutsche und US-Soldaten auseinander, die sich eine blutige Massenschlägerei geliefert hatten, bei der es zahlreiche Verletzte gab. Frankfurts Polizei nahm nach einer Straßenschlacht zwischen verfeindeten „Street Gangs" schon am Freitag abend 70 junge Leute vorläufig fest.

Wie die Münchner Polizei erklärte, hatten die Fußballrowdies am Hauptbahnhof und im Olympia-Stadion randaliert. Gestern wurden zehn wieder auf freien Fuß gesetzt. Elf sollten dem Ermittlungsrichter zur Haftprüfung vorgeführt werden. Sie müssen sich wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung, Diebstahl, Beleidigung und Verstoß gegen das Waffengesetz verantworten.

Bei der Ansbacher Massenschlägerei waren sich die Männer im Alter zwischen 20 und 25 Jahren vor einem Lokal „in die Haare geraten", unter ihnen deutsche und amerikanische Soldaten. Nach Polizeiangaben gingen die Kontrahenten nicht nur mit Fäusten, sondern auch mit Messern und Gaspistolen aufeinander los.

Am Freitag abend trafen im Frankfurter Stadtteil Hausen rund 250 Mitglieder drei verfeindeter Straßenbanden aus den Ortsteilen Hausen, Praunheim und Nordweststadt unter einer Autobahnbrücke aufeinander. Beteiligt waren auch Mitglieder des radikalen Fußballfanclubs „Adlerfront". Die Jungendlichen im Alter zwischen 12 und 20 Jahren, gingen mit Baseballschlägern, Fahrradketten, Schlagstöcken, Messern und auch mit Tränengaspistolen aufeinander los.

Die Polizei zog aus allen Stadtteilen Kräfte zusammen, setzte mehr als 100 Beamte, 33 Einsatzwagen, Hunde und Hubschrauber ein und trieb die „Kampfhähne" auf dem zukünftigen Gelände der Bundesgartenschau an der Nidda auseinander. 70 Jugendliche, unter ihnen auch drei Mädchen, wurden vorläufig festgenommen, aber am Abend wieder freigelassen.



So klein die winzigen Schädlinge auch sind (Foto links), wenn sie in Millionenscharen auftreten, richten die Borkenkäfer verheerende Schäden an. Die Masse der „Schmalspuren" (Foto rechts) läßt schließlich ausgewachsene Bäume sterben. FOTOS:DPA

Käfer geben dem deutschen Wald den Rest

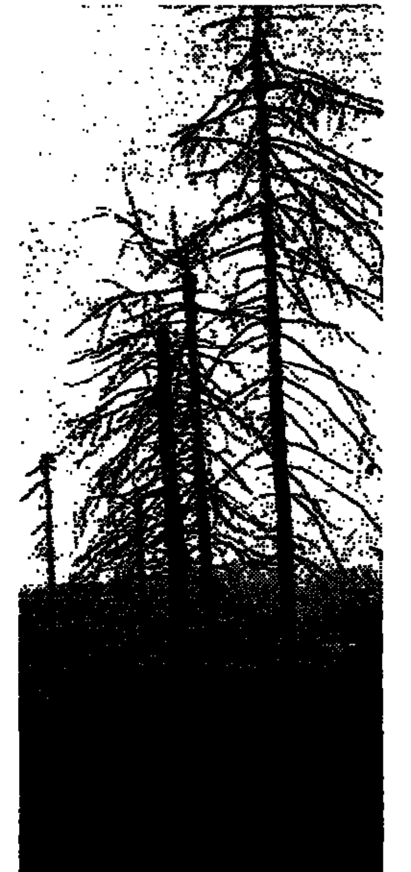
Von D. GURATZSCH

Eine Massenvermehrung des Borkenkäfers „in bisher nicht gekanntem Ausmaß" melden Forstämter in der Tschechoslowakei und in Süddeutschland. Bayerische Forstbehörden haben den „Wald-Notstand" ausgerufen. In verschiedenen Bundesländern wird der Einsatz von Arbeitslosen gegen die Käferplage erwogen, die den bereits durch Luftschadstoffe geschwächten Wäldern einen weiteren schweren Schlag zu versetzen droht.

Nach Meinung der Forstexperten geht die ungewöhnliche Vermehrung der Waldschädlinge, die bei warmer Witterung *Mitte* April zu fliegen beginnen, vor *allem* auf die trockenen Sommer von 1982 und 1983 zurück. Statt bis zu drei Generationen in „normalen Jahren" konnten in den heißen Sommern nach Angaben des bayerischen Landwirtschaftsministeriums bis zu sieben Generationen schlüpfen. Dabei produzierte ein Borkenkäferpaar bis zu 8000 Nachkommen.

Aber auch ungewöhnliche Mengen von Schneebruch-Schadholz (1981/82 allein in Baden-Württemberg drei Millionen Festmeter, dazu 300 000 Festmeter Sturmholz 1983) und die allgemeine Schwächung der Wälder durch Schadstoffimmissionen hätten, so die Fachleute, ideale Lebensbedingungen für die Schädlinge geschaffen. Vitale Bäume verfügen über einen Abwehrmechanismus. Sie ersticken die Käfer, die in den Rinden brüten, mit Harz. Geschwächte Bäume sind zu dieser Reaktion jedoch nicht fähig. Außerdem scheiden sie Duftstoffe aus, die die Schädlinge sogar in Scharen anlocken.

Eine Vermehrung der Schadinsekten wie jetzt hat es nach Meinung der Fachleute höchstens in den Nachkriegsjahren 1946 bis 1948 gegeben, wo die Tiere verheerende Schäden vor allem in Fichtenwäldern anrichteten. Die Schadholzmenge von 1983 müsse bereits als Alarmzeichen gewertet werden. Sie betrug im Bundesgebiet zwei Millionen Festmeter, ein Viertel davon stellte allein das Land Bayern.



Vom Borkenkäfer „kahlgefressene" Tannen. FOTO: HENNING CHRISTOPH

Besonders gefährdet sind nach Angaben des bayerischen Landwirtschaftsministeriums die Nadelwälder im Donauraum zwischen Regensburg und Deggendorf und die oberfränkischen Wälder zwischen Kronach und Stadt Steinach. Um die befallenen Stämme ausholzen und abtransportieren zu können, müßten hunderttausend Mann eingesetzt werden, was der Referent des Ministeriums, Hans Schwaiger, für „undenkbar" erklärt hat. Ergänzend solle deshalb eine „entgiftete" Version des Insektizids „Lindan" gesprüht werden, allerdings nur auf liegendes Holz und nicht in der Nähe von Gewässern und Bienenstöcken.

In Baden-Württemberg, wo das Ernährungsministerium bei warmer und trockener Witterung mit einer „explosionsartigen Vermehrung" der Schädlinge bis zu Millionenheeren rechnet, werden schon jetzt jugendliche Arbeitslose zur „Prophylaxe" als Handlanger bei Waldarbeiten eingesetzt. Zusätzlich sollen auch hier Insektizide „punktuell" eingesetzt werden, wenn es kritisch wird. In Hessen und Nordrhein-Westfalen wurden bereits jeweils 30 000 Duftstoff-Fallen aufgestellt, mit denen freilich nur der fünf bis sechs Millimeter große „Buchdrucker" und der „Nutzholzborkenkäfer" gefangen werden können. Den kleineren „Kupferstecher" erwischt man nicht.

Am schlimmsten hat die Borkenkäferplage erneut das Erzgebirge befallen, in dem die Wälder wegen der Luftverschmutzung bereits großflächig sterben. Forstoberrat Klaus Thiele von der Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald: „Dort hacken schon die Spechte die Rinde herunter, die Bäume haben rote Nadeln. Der endgültige Tod des Waldes."

Der Frühling nimmt einen neuen Anfang

AP, Frankfurt

Erste Ansätze für eine Wetterlage, die das Attribut „frühlingshaft" verdient, haben die Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes für Mitte dieser Woche versprochen. Den sprichwörtlichen Silberstreif am Horizont erblicken sie auf ihren Karten in Gestalt eines Hochdruckkeils. Er soll sich von einem Schönwettergebiet über Irland bis nach Norddeutschland schieben und der Zufuhr feuchtkalter Meeresluft von Norden her Einhalt gebieten, sagten sie am Wochenende. Die Tagestemperaturen hatten am Wochenende lediglich im östlichen Teil Deutschlands die Zehn-Grad-Grenze überschritten. In der übrigen Bundesrepublik war es auch gestern nördlich der Mittelgebirge noch bitterkalt. Bremen meldete minus 2,5 Grad, Hannover minus ein und Hamburg null Grad.

Die Meteorologen erwarten von Dienstag an auflockernde Bewölkung und allmählich ansteigende Tagestemperaturen, die tagsüber etwa 15 Grad erreichen dürften. In den Mittelgebirgen liegen nach wie vor beachtliche Schneedecken.

Absturz: 3 Tote

dpa, Trier

Drei Menschen kamen gestern beim Absturz eines Sportflugzeuges vom Typ Piper bei Wittlich in der Eifel ums Leben. Die Maschine stürzte auf einen Fußballplatz. Wahrscheinlich brachte ein Fehler des Piloten die Maschine bei neblig-trübem Wetter ins Trudeln.

Schnee für Marokko

rtr, Rabat

Die USA wollen Marokko mit Schnee helfen. Beide Staaten unterzeichneten ein Abkommen über ein Projekt, das der Förderung des Schneefalls im Atlas-Gebirge – einem wichtigen Wasser-Reservoir in Marokko – dienen soll.

Hochwasser in New York

dpa, New York

Hochwasser hatte am Wochenende Tausende von Menschen in der Umgebung von New York aus ihren Wohnungen vertrieben. Nach zweitägigen sintflutartigen Regenfällen standen viele Häuser, Straßen und Felder in New Yersey und den Wohnbezirken nördlich von New York unter Wasser.

Zehnjährige Mutter

dpa, Chicago

Ein 10jähriges Mädchen hat in Chicago ein drei Kilogramm schweres Mädchen zur Welt gebracht. Laut Polizei wußte die Zehnjährige nicht, daß sie schwanger war. Das Mädchen sagte, es sei im Juli vergangenen Jahres von einem 45 Jahre alten Onkel vergewaltigt worden.

Rettender Zusatz

SAD, London

Der britische Chemiegigant ICI will noch in diesem Jahr bei einem kontrollierten Absturz einen Treibstoffzusatz testen, der die verheerenden Explosionen bei Flugzeugunglücken verhindern soll. Bei dem Zusatz handelt es sich um eine FM 9 genannte Chemikalie, die Flugzeugtreibstoff bei einem plötzlichen Aufprall zu Gelee erstarren läßt.

Tödliche Flugshow

dpa, Madrid

Fünf Menschen sind gestern bei einer Luftschau auf Teneriffa ums Leben gekommen. Der spanische Kunstflugmeister Gil de Montes hatte die Gewalt über sein Kleinflugzeug verloren und vier Zuschauer mit in den Tod gerissen.

ZU GUTER LETZT

„Komplett ausgestattetes Polsterbett, 150 x 200 cm, wie abgebildet (ohne Mädchen)." Aus einem Prospekt der Firma „Möbel-Franz"

Selbstmordwelle macht die Japaner ratlos

1983 stieg die Selbstmordrate um mehr als 20 Prozent / Auflösungstendenzen in der gruppenorientierten Gesellschaft

FRED de LA TROBE, Tokio

Mit 25 202 Toten pro Jahr oder 70 pro Tag stieg Japans Selbstmordrate 1983 auf einen Nachkriegsrekord. Nach Angaben der japanischen Polizei von Anfang April lag die Zahl damit um mehr als 20 Prozent höher als im Jahr davor. Die amtlichen Statistiken förderten auch die erstaunliche Tatsache zutage, daß fast die Hälfte der Opfer den Altersgruppen zwischen 40 und 59 Jahren angehören.

Unter diesen Jahrgängen waren besonders viele Arbeitslose, Geschiedene aber auch Beschäftigte in verantwortungsvollen Stellungen. So stürzte sich vor einigen Tagen der 50jährige Direktor von Hitachis Elektromaschinenwerk in der Stadt Mito vom 39 Meter hohen Dachgeschoß des Verwaltungsgebäudes in die Tiefe. Das Motiv des Selbstmords soll die unbefriedigende Geschäftslage des Betriebs gewesen sein.

Die Freitodursache Nummer eins war im vergangenen Jahr jedoch immer noch Krankheit. Danach folgten Angst vor Schande gegenüber der Gesellschaft und Isolierung, Trunksucht, Familienstreit und Liebeskummer.

Der Psychiater Kenshiro Obara führt die steigenden Selbstmordziffern auf beginnende Auflösungstendenzen in der gruppenorientierten Gesellschaft Japans und auf die Entfremdung im Zusammenleben der Menschen zurück. Die Zeitung „Mainichi" stellte fest, daß die Altersklassen in den Vierzigern und Fünfzigern entscheidend am wirtschaftlichen Aufbau des Landes in den letzten Jahrzehnten beteiligt gewesen seien. „Jetzt verdienen sie eine Belohnung, stattdessen legen sie aber Hand an sich selber", klagt das Blatt.

Der Psychologe Toyomasa Fuse wundert sich dagegen, daß die Selbstmordrate in Japan nicht wesentlich höher als in Nord- und Mitteleuropa liegt. Das buddhistisch geprägte Inselvolk beurteilt den Freitod nämlich sehr nachsichtig und steht damit im krassen Gegensatz zur vorherrschenden Auffassung im christlichen Abendland.

Der Buddhismus sieht im Tod etwas schönes und reinigendes. Er löscht zu Lebenszeiten begangene Verfehlungen aus. Zwar werden in Japan Selbstmörder nicht gerade gepriesen, doch läßt sich ihr Tun rechtfertigen: ihr Verantwortungsgefühl vor anderen und sich selbst hat sie dazu getrieben, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Durch den Tod können die Gestorbenen hoffen, für ihr Versagen Nachsicht zu finden.

In der japanischen Gesellschaft – vor allem auch im Film und Drama – lebt auch immer noch etwas von der langen Tradition des Harakiri (Seppuku), dem ehrenvollen Freitod durch Bauchaufschlitzen fort. Nach ernsten Pflichtverletzungen stieß sich der zum Tod entschlossene in Gegenwart eines Freundes ein Kurzschwert in die linke Seite des Unterleibs und riß sie dann nach rechts oben. Während der Verblutende nach vorne fiel, schlug ihm sein Freund mit seinem Schwert das Haupt ab. Damit war die Schuld gesühnt und die Ehre gerettet.

Mit diesem Abendländer grausig anmutenden Todesritual schied als letzter Prominenter der international berühmte Schriftsteller Yukio Mishima 1970 aus dem Leben. Heutzutage wählen aber die Selbstmörder in Japan ähnliche Methoden, wie sie im Westen üblich sind.

Im vergangenen Jahr nahmen sich 1790 Japaner das Leben, die sich nicht mehr aus den Fängen sogenannter „Kredithaie" befreien konnten. Wer im Falle von Geldnot die von den Banken geforderten hohen Sicherheiten nicht leisten kann, findet bei derartigen privaten Kreditgebern letzte Zuflucht. Sie fordern ihren Schuldnern Wucherzinsen ab und schrecken beim Eintreiben der Gelder vor brutalen Methoden nicht zurück.

In der japanischen Selbstmordziffer ist auch an jedem Tag mindestens eine Familientragödie eingeschlossen. In 75 Prozent der Fälle sind es Mütter, die erst ihre Kinder töten und sich dann selbst umbringen oder gleichzeitig aus dem Leben scheiden. Am häufigsten ist der Tod durch Ertränken oder durch Gas. (SAD)

LEUTE HEUTE

Vorarbeiten

Bedienstete des Vatikan waren am Samstag bemüht, sämtliche Nonnen aus dem Blickfeld eines indischen Guru zu entfernen, der mit 20 Anhängern von Papst **Johannes Paul II.** zu einer kurzen Audienz empfangen wurde. Der Guru, der von seinen Gefolgsleuten „Seine göttliche Heiligkeit **Shri Pramukh Swami**" genannt wird, lebt in strengstem Zölibat und hat nach eigenen Angaben seit 44 Jahren jeden Anblick einer Frau vermieden. Seiner Sekte „Swaminarayan Hindu Mission" sollen weltweit 35 Millionen Menschen angehören.

Titel-Änderung

Der Sultan des seit Januar unabhängigen winzigen Ölstaates Brunei an der Nordwestecke von Borneo, **Muda Bei Kidn**, ist der neueste Kandidat für den Titel Reichster Mann der Welt. Die Londoner „Sunday Times" führte ein paar jener Dinge auf, die das Leben des absoluten Herrschers über 220 000 Untertanen angenehm machen. Der Sultan, dessen jährliches Einkommen aus Öl und Gas mehr als zehn Milliarden beträgt und dessen Aktienpakete einen Wert von fast 80 Milliarden Mark darstellen, ließ sich für mehr als eine Milliarde Mark einen Palast bauen, der dreimal so groß ist wie Londons Buckingham-Palast und der 1788 Zimmer hat. Der Sultan besitzt 100 Autos, eine Jacht, eine Boeing 727 und eine Farm in Australien, die größer als sein ganzes Sultanat ist.

Mafia-Banker

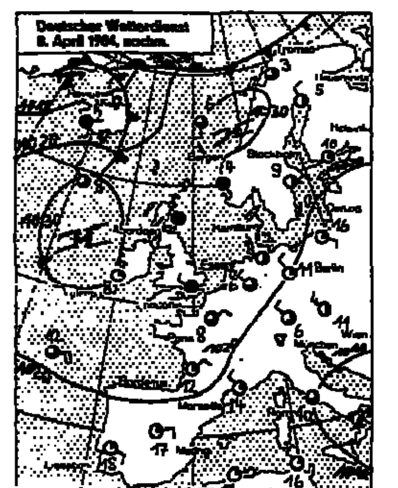
Erstmals ist in Italien nahezu die gesamte Verwaltungsspitze einer Bank wegen Mafia-Verdachts verhaftet worden. Carabinieri nahmen den Präsidenten der Volkskreditbank „Don Bosco" der Gemeinde San Cataldo bei Caltanissetta in Sizilien, **Giuseppe Viviano**, und dessen Vorgänger **Attilio Pilato** fest. Ebenfalls hinter Gitter kamen der Generaldirektor und drei Verwaltungsratsmitglieder sowie drei Großkunden des Geldinstituts. Den Verdächtigten wird vorgeworfen, die Geschäfte der organisierten Unterwelt betrieben zu haben. Dabei soll auch schmutziges Mafia-Geld „gewaschen" worden sein.

WETTER: Allmählich wärmer

Wetterlage: An der Ostflanke eines Hochs westlich von Irland fließt weiter wolkenreiche und verhältnismäßig kühle Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Montag

Berlin: Heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen um 14 Grad, nachts Abkühlung auf 5 Grad. schwachwindig.



Bundesgebiet: Überwiegend starke, nur gelegentlich auflockernde Bewölkung und vereinzelt Schauer, südlich der Donau auch zeitweise Regen. Höchsttemperaturen zwischen 7 und 10 Grad, in den Mittelgebirgen bei 3 Grad, nachts Abkühlung auf 4 bis null Grad, schwacher Wind aus Nordwest.

Weitere Aussichten:
Allmählich freundlicher und wärmer.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	22°
Bonn	7°	Kopenh.	8°
Dresden	8°	Las Palmas	20°
Essen	6°	London	7°
Frankfurt	8°	Madrid	17°
Hamburg	7°	Mailand	14°
List/Sylt	1°	Mallorca	17°
München	6°	Moskau	9°
Stuttgart	7°	Nizza	17°
Algier	17°	Oslo	4°
Amsterdam	6°	Paris	8°
Athen	15°	Prag	7°
Barcelona	15°	Rom	10°
Brüssel	6°	Stockholm	9°
Budapest	15°	Tel Aviv	22°
Bukarest	9°	Tunis	16°
Helsinki	10°	Wien	11°
Istanbul	10°	Zürich	6°

* Sonnenaufgang am Dienstag: 6.38 Uhr, Untergang: 20.10 Uhr, Mondaufgang: 12.43 Uhr, Untergang 4.42 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Die Mexikaner bauen auf Zelluloid

W. THOMAS, Mexiko Stadt

John Wayne, Johnny Weismuller und Gary Cooper hatten nicht nur den Beruf gemeinsam. Sie teilten auch die Vorliebe für ein Land: Mexiko: Weismuller wollte dort sogar beigesetzt werden. Sein Wunsch ging vor einigen Wochen in Erfüllung. Die Hollwood-Stars konnten den südlichen Nachbarn der USA während ihrer Arbeit kennen- und schätzenlernen. Mexiko gilt seit den dreißiger Jahren als ideales Filmgelände. Nirgendwo anders auf der Welt – Hollywood ausgenommen – sind soviele Streifen gedreht worden wie hier.

Einige der erfolgreichsten Produktionen der Filmgechichte entstanden in diesem Land. „High Noon" beispielsweise, der Westernklassiker mit Gary Cooper und Grace Kelly. Richard Burton und Elizabeth Taylor traten in dem Pazifik-Ort Puerto Vallarta für die „Nacht des Leguan" vor die Kamera. Die „Butch Cassidy"-Komödie mit Paul Newman und Robert Redford wurde in den Bergen und Dörfern des Bundesstaates Morelos aufgenommen. Der letzte Costa Gavras-Streifen, „Vermißt", kam in Mexico-City und Umgebung zustande. Im Februar wurde bekannt, daß Burt Lancaster wieder einmal von berufswegen in Mexiko weilt: Der Veteran hatte sich in Cuernavaca bei einer umstrittenen Szene mit einer jungen Kollegin geprügelt.

Als Filmland ist Mexiko heute attraktiver denn je. Allein im vergangenen Jahr gab es mehr al 60 ausländische Produktionen. „Die Leute stehen Schlange", sagt Margaret Donaghey, Sprecherin der im Dezember gegründeten Filmbehörde des Staates Morelos. Morelos, ideal bei Mexico-City gelegen, hat Hochkonjunktur. Acht Streifen sind in den letzten zwei Monaten abgedreht worden, zehn weitere sind schon geplant.

Die Amerikanerin Margaret Donaghey glaubt die Gründe für den Boom zu kennen: Schöne Landschaft, herrliches Wetter, geringe Kosten. In Mexiko können Filme gewöhnlich um 60 Prozent billiger gedreht werden als anderswo. Die riesigen Churubusco-Studios in Mexico-City bieten zudem alle technischen Raffinessen, die ein Regisseur braucht. Und die Gewerkschaften machen keine Schwierigkeiten. Arbeitskräfte sind leicht zu beschaffen: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung geht keiner regelmäßigen Arbeit nach. Nicht zuletzt kooperiert die Polizei bereitwillig, besonders, wenn mit Geldscheinen nachgeholfen wird.

Ausländer schaffen Arbeitpslätze, bringen Devisen und lindern auf diese Weise die Auswirkungen der schweren Wirtschaftskrise. Deshalb will der Staat Morelos noch mehr auf die Filmbranche setzen als bisher. In Cueravaca sollen Studios entstehen, damit die Crews nicht mehr hochfahren müssen in die schlechte Luft und das Verkehrschaos der Hauptstadt. Ein internationaler Flughafen ist geplant. „Dann wird Cuernavaca nur zwei Stunden von Los Angeles entfernt sein", betont Margaret Donaghey.

Nicht alle Produzenten jedoch machen gute Erfahrungen mit dem Filmland Mexiko. Das Beispiel des Hamburgers Jürgen Mohrbutter beweist das. Mohrbutter will seit einigen Wochen den Streifen „Edmilson" für das ZDF drehen und erhält keine Genehmigung, obgleich die Mexikaner zuvor schon grünes Licht gegeben hatten. Der Film soll das traurige Schicksal brasilianischer Waisenjungen schildern. Mit dem Hinweis auf eine „neue Moral" ist dem Produzenten bisher die Dreherlaubnis verweigert worden. (SAD)

Verband gegen die Zeit

H. WEISSENBERGER, Paris

Ein französischer Kinderarzt, Professor Boris Sandler (52) ist zu einem Feldzug gegen die Sommerzeit aufgebrochen, die, wie er sagt, für Kinder, kranke, alte Leute und Nachtarbeiter eine „erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität" bedeutet. Sandler, Professor an der Universität Bordeaux und Chef der Kinderklinik des Krankenhauses Pellegrin in Bordeaux, gründete den „Verband gegen die Sommerzeit". Der hat bereits 2000 Mitglieder und sammelte schon 12 000 Unterschriften für die Abschaffung der Sommerzeit.

Der Professor war eher durch Zufall auf die Sommerzeitprobleme gestoßen, als er 1976 Kinderarzt in Libourne bei Bordeaux war. Er war überrascht von der Zahl der Eltern, die zu ihm kamen, weil ihre Kinder an Schlafstörungen litten. „Ich konnte den Eltern nichts anderes empfehlen, als zu versuchen, ihre Kinder so früh wie möglich ins Bett zu stecken. Aber das ist bei der heutigen Lebensweise leichter gesagt als getan." Der Professor veröffentlichte einen Artikel in einer medizinischen Fachzeitschrift, die ihm derart viele Zuschriften einbrachte, daß er beschloß, einen Verband zu gründen.

Sandler: „Die Behörden behaupten, zwei Drittel der Franzosen seien für die Sommerzeit. Ich weiß nicht, auf welche Daten sie sich dabei stützen. Bestimmt nicht auf die Kinder, die immerhin 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen." Außer den Kindern beeinträchtige die Sommerzeit vor allem den Lebensrhythmus der Bauern und der Nachtarbeiter wie die Briefsortierer der Post, die Eisenbahner und die Nachtschichten in kontinuierlich arbeitenden Fabriken.

„Ganz übel dran sind auch die alten Leute in Altersheimen und die Patienten in Krankenhäusern und Kurkliniken, für die sich nach der frühen Abendmahlzeit der Abend unendlich lang hinzieht", sagt Sandler. In seinen Augen wird die relativ geringe Ersparnis (ca. 300 000 Tonnen Erdöl) durch die Kosten der „perversen" Auswirkungen der Sommerzeit mehr als zunichte gemacht. Der Professor meint: „Wenn man alle die Minderheiten zusammenzählt, für die die Sommerzeit eine Einbuße an Lebensqualität bedeutet, würde sich vermutlich herausstellen, daß sie die Mehrzahl sind."